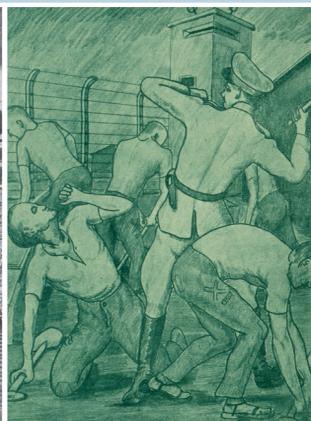


Marc Buggeln

## Das System der KZ-Außenlager

Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt



FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG



Reihe  
Gesprächskreis Geschichte  
Heft 95

Marc Buggeln

**Das System der KZ-Außenlager:  
Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt**

---

Gesprächskreis Geschichte

Heft 95

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke  
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen  
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: [Eva.Vary@fes.de](mailto:Eva.Vary@fes.de)  
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

© 2012 by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bonn

Redaktion:  
Wenzel Seibold, Eva Váry, Meik Woyke

Gestaltung und Satz:  
PAPYRUS – Schreib- und Lektoratsservice, Buxtehude

Umschlag:  
Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Bildrechte:  
Bestand Dieter Schmidt, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Frøslevlejrens Museum (Padborg)

Herstellung:  
Katja Ulanowski

Druck:  
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-090-9  
ISSN 0941-6862

## Inhalt

Vorwort .....	5
Marc Buggeln	
<b>Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt</b> .....	7
I. Erste Kooperationsversuche zwischen SS und Wirtschaft sowie Auf- bau von Rüstungsfertigungen in den KZ-Hauptlagern (1940 bis September 1942) .....	10
Die Einbindung der Konzentrationslager in die Arbeitskräftebeschaf- fung .....	14
Die Weichenstellungen innerhalb des KZ-Systems .....	23
II. Der Beginn des Ausbaus eines KZ-Außenlagersystems (September 1942 bis Juli 1943) .....	29
Das Arbeitskräfteproblem im Angesicht erster Niederlagen .....	33
Die Steigerung der Häftlingszahlen in den Konzentrationslagern nach den militärischen Niederlagen im Winter 1942/43 .....	36
III. Die ersten Untertageverlagerungen und das Außenlager Mittelbau- Dora (August 1943 bis Februar 1944) .....	51
Utilitaristische Initiativen der SS-Führung zur Senkung der Sterblichkeit	61
Die Sterblichkeitsraten in den Konzentrationslagern .....	66
Frühjahr 1944: Der langsam versiegende Nachschub an zivilen Zwangsarbeitern .....	73
Die weitere Expansion des KZ-Systems .....	77
Die Herkunft der neu eingelieferten Häftlinge .....	83
Mittelbau-Dora und die Raketenrüstung .....	88
Die Planungen und Taten der SS .....	94

IV. Die letzten, verzweifelten Rüstungsanstrengungen eines untergehenden Systems (Frühjahr 1944 bis Oktober 1944) .....	98
Die Rüstungswirtschaft .....	98
Der Jägerstab .....	101
Die Jägerfabriken .....	103
Der Geilenberg-Stab .....	105
Der Rüstungsstab und die Übernahme der Luftrüstung .....	110
Der Rückgang der Zwangsarbeiterrekrutierungen und die Verschärfung der Repression .....	113
KZ-Häftlinge als letzte Arbeitskraftreserve .....	116
KZ-Häftlinge für die Flugzeugindustrie .....	118
KZ-Häftlinge für die Öl-Industrie .....	128
Die Verteilung der Häftlinge .....	133
Die Auswirkungen des Außenlager-Ausbaus auf die Häftlingszusammensetzung .....	135
Der Umgang der SS mit den Häftlingen .....	142
V. Letzte Planungen vor der nahenden Niederlage (Oktober 1944 bis Mai 1945) .....	146
Evakuierungstransporte und die Überfüllung der Lager .....	148
Neuerrichtung von Außenlagern .....	149
Massensterben und Massenmord .....	152
Die Reorganisation des KZ-Systems: Versuche zur Regulierung des Todes und der Rückzug der Industrie .....	155
VI. Fazit: Sklavenarbeit als Genozidpolitik und „Vernichtung durch Arbeit“? .....	161
Bildnachweis .....	167
Zum Autor .....	168

## Vorwort

„Vernichtung durch Arbeit“ – diese Formulierung wurde bereits 1942 von führenden Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels und Reichsjustizminister Otto Georg Thierack verwendet, als es um die Überstellung von Justizhäftlingen in die Konzentrationslager ging. Die für die Lager zuständige SS stellte diesen Zusammenhang jedoch zumindest sprachlich nicht her. Gleichwohl fand der Quellenbegriff prominent Eingang in die Nachkriegszeit, zunächst im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zur Kennzeichnung des KZ-Systems. Danach wurde er mehr oder weniger unreflektiert von Historikern in beiden deutschen Staaten aufgegriffen. Erst in den 1980er und 1990er Jahren verdichtete sich eine Debatte über die Frage, ob die SS der Ermordung der Konzentrationslagerinsassen höhere Priorität beigemessen hat als dem ökonomischen Interesse, die Arbeitskraft der Häftlinge für einen möglichst hohen Preis an Rüstungs- und andere deutsche Betriebe zu verkaufen.

Hier setzt die Arbeit von Marc Buggeln an, der sich bereits in seiner Dissertation intensiv mit dem nationalsozialistischen Konzentrationslagersystem auseinandergesetzt hat.<sup>1</sup> Er legt überzeugend dar, dass es die SS zwar billigend hinnahm, wenn KZ-Häftlinge infolge rücksichtsloser Arbeitseinsätze starben. Allerdings zielten diese Einsätze nicht in erster Linie auf die systematische Vernichtung der arbeitsfähigen Häftlingsgruppen. Selbst im KZ Mittelbau-Dora, das für seine besonders harten Haftbedingungen berüchtigt ist, verfolgte die SS ihre Geschäftsinteressen parallel zu den ideologischen Zielvorgaben. Die Behandlung der Häftlinge erfolgte in dem seit 1942 zunehmend auf den Arbeitseinsatz ausgerichteten KZ-System differenziert nach Nationalität, Glaubensbekenntnis, Einweisungskategorie und Arbeitsqualifikation. Während Juden ebenso wie Sinti und Roma in den Konzentrations- und Vernichtungslagern Auschwitz und Lublin/Majdanek mehr-

---

1 *Marc Buggeln, Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009.*

heitlich nach ihrer Ankunft ermordet wurden, erhielten die als Sklavenarbeiter eingesetzten Insassen – beaufsichtigt vom Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS – einen vergleichsweise besseren Status. Diese Regelung galt nicht zuletzt für Sozialdemokraten und Kommunisten, Zeugen Jehovas, Nichtdeutsche und sogenannte Asoziale und Kriminelle.

Statt von „Vernichtung durch Arbeit“ zu sprechen, ist es daher zutreffender, die enge Wechselbeziehung von Arbeit und Gewalt im NS-Lagersystem hervorzuheben. Die skrupellose maximale Ausbeutung der Arbeitsleistung von Häftlingen in Verbindung mit den menschenverachtenden Verhältnissen in den Konzentrationslagern führt die Brutalität der NS-Herrschaft eindringlich vor Augen. Trotz oder zum Teil gerade wegen der Orientierung der SS auf den Arbeitseinsatz und damit auf Macht und Einfluss im nationalsozialistischen Herrschaftssystem bestanden in den Lagern katastrophale hygienische Zustände. Die Ernährung war minderwertig und ein zynisches Straf- und Vergünstigungssystem sorgte für Konkurrenz unter den Häftlingen und für zusätzlichen psychischen Druck. Willkürliche Gewaltexzesse und weitere Terrormaßnahmen gehörten zu den beinahe täglichen Erfahrungen. Auf diese Weise sollte die Widerstandskraft der betroffenen Menschen gebrochen, ihre Arbeitskraft jedoch so lange wie möglich ausgenutzt werden.

Dr. Meik Woyke  
Referatsleiter „Public History“  
Archiv der sozialen Demokratie

Marc Buggeln

## Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt

Im Jahr 1942 begann der systematische Einsatz von KZ-Häftlingen zur Sklavenarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft. Im weiteren Kriegsverlauf wurde dieser immer umfassender. Die Häftlingszahlen stiegen dramatisch an, vor allem weil die SS Arbeitskräfte zur Verfügung haben wollte. Gleichzeitig entstanden beständig neue KZ-Außenlager und das Verhältnis von Hauptlager zu den Außenlagern kehrte sich um: In den meisten KZ-Komplexen befand sich die große Mehrzahl der Häftlinge spätestens 1944 in den Außenlagern. Die Historikerin Karin Orth hat festgestellt, dass für die Phase ab 1942 zwei Elemente den wesentlichen Wandel des KZ-Systems markieren: Die Ermordung der europäischen Juden und die Zwangsarbeit der Häftlinge für die deutsche Kriegswirtschaft.<sup>1</sup> Für ein Verständnis des KZ-Systems ist deswegen für die Phase ab 1942 eine umfassende Analyse der Außenlager genauso unumgänglich wie die des Ausbaus des KZ Auschwitz zum Vernichtungslager.

Dies ist in der Forschung auch seit Langem unumstritten und die zentralen Linien der Entwicklung wurden bereits herausgearbeitet. Aufgrund der großen Anzahl an Forschungspublikationen zu zumeist einem der insgesamt vielen hundert Außenlager fehlt es jedoch an umfassender Überblicksliteratur zur ihrer Gesamtentwicklung.<sup>2</sup> Insgesamt sind dadurch die Dimensionen des Systems und die Bedeutung des Einsatzes von KZ-Häftlingen in der Kriegswirtschaft bisher noch sehr unscharf.<sup>3</sup> Die Möglichkeiten diese Um-

---

1 Karin Orth, *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte*, Hamburg 1999, S. 162.

2 Die besten Überblicke zur Entwicklung des Außenlagersystems sind gegenwärtig: Orth, *Das System*, S. 162-198 und 237-255; Jens-Christian Wagner, *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2001, S. 43-118.

3 Dies zeigt zum Beispiel der soeben mit mehreren Fehlern und Unstimmigkeiten hinsichtlich der Außenlager erschienene Überblick über das KZ-System 1941 bis 1944 bei: Daniel Blatman, *Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmordes*, Reinbek 2011, S. 59-87.

risse zu zeichnen, haben sich jedoch vor allem durch die beiden für das KZ-System abgeschlossenen Enzyklopädie-Reihen „Der Ort des Terrors“ und „Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945“ deutlich verbessert.<sup>4</sup> Zudem sind inzwischen erste vergleichende Arbeiten zu den Außenlagersystemen einzelner KZ-Hauptlager erschienen.<sup>5</sup>

Auf dieser Basis sowie der Auswertung der älteren Einzelstudien und eigener Quellenarbeiten soll im Folgenden ein Überblick über das KZ-Außenlagersystem gegeben werden. Dabei geht es unter anderem um die Präzisierung der Lager-, Belegungs- und Sterblichkeitsziffern, die Veränderung des Belegungsverhältnisses zwischen Haupt- und Außenlagern und die genauere Analyse bestimmter Wirtschaftsbereiche, die für die Entwicklung des Systems von zentraler Bedeutung waren.<sup>6</sup> Des Weiteren sollen die Unterschiede zwischen den einzelnen KZ-Komplexen zumindest ansatzweise herausgearbeitet werden, die sich vielfach wesentlich durch die differente wirtschaftliche Bedeutung der Außenlager erklären lassen. Dabei gerät auch die enge Verknüpfung der Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge mit der zivilen Zwangsarbeit ins Blickfeld.<sup>7</sup> Vor diesem Hintergrund soll dann auch gefragt

---

4 Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, 9 Bde., München 2005–2009; Geoffrey P. Megargee (Hrsg.), *The United States Holocaust Memorial Museum: Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945*, Vol. I: Early Camps, Youth Camps, Concentration Camps and Subcamps under the SS-Business Administration Main Office (WVHA), 2 Parts, Bloomington 2009. Im Folgenden werden beide Werke – wie auch einige andere Reihenwerke – nur mit Kurztitel genannt und nicht die jeweiligen Beitragsverfasser, um die Fußnoten nicht zu überfrachten.

5 Sabine Schalm, *Überleben durch Arbeit? Außenkommandos und Außenlager des KZ Dachau 1933–1945*, Berlin 2009; Marc Buggeln, *Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme*, Göttingen 2009.

6 Eine differenzierte Untersuchung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in den unterschiedlichen Außenlagern ist dabei hier nicht möglich. Für die Außenlager des KZ Neuengamme siehe dazu ausführlich: Buggeln, *Arbeit & Gewalt*.

7 Die beiden wichtigsten Überblickswerke zur Zwangsarbeit bilden: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999; Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001. Als jüngsten Forschungsüberblick: Fabian Lemmes, *Ausländereinsatz und Zwangsarbeit im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Neuere Forschungen und Ansätze*, in: AfS 50, 2010, S. 395–444.

werden, inwieweit die häufig gebrauchte Formel „Vernichtung durch Arbeit“ für die Beschreibung des KZ-Außenlagersystems sinnvoll ist.

Laut der Enzyklopädie „Der Ort des Terrors“ lassen sich seit Kriegsbeginn insgesamt 23 KZ-Hauptlager mit insgesamt 1.154 Außenlagern unter der Regie des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts (WVHA) nachweisen. In der Reihenfolge nach Anzahl der Außenlager sind dies: Stutthof (210), Dachau (152), Buchenwald (136), Groß-Rosen (100), Sachsenhausen (85), Neuen-gamme (83), Flossenbürg (83), Natzweiler (52), Auschwitz (47), Mauthausen (45), Mittelbau-Dora (39), Ravensbrück (31)<sup>8</sup>, Hinzert (29), Vaivara (21), Kauen (17), Riga (16), Herzogenbusch (13), Lublin/Majdanek (6), Plaszow (6), Bergen-Belsen (3) und ohne Außenlager: Niederhagen/Wewelsburg, Arbeitsdorf und Warschau.

Nach der jüngsten Schätzung von Jens-Christian Wagner existierten Ende 1943 260 KZ-Haupt- und Außenlager, im Juli 1944 etwa 600 und im Januar 1945 über 730.<sup>9</sup> Die große Anzahl von Außenlagern verrät jedoch wenig über die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Komplexe. So war etwa das größte Außenlagersystem (Stutthof) wirtschaftlich vergleichsweise unbedeutend, weil es sich bei der Mehrzahl um kleine Lager handelte, in denen nur bedingt kriegswichtige Produkte hergestellt wurden. Ökonomisch am wichtigsten war vermutlich der südliche KZ-Komplex um die Lager Dachau, Flossenbürg und Mauthausen, indem in mehreren großen Außenlagern für die Flugzeugindustrie Zwangsarbeit geleistet werden musste.

---

8 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass dem KZ Ravensbrück bis Mitte 1944 eine größere Anzahl Außenlager mit weiblichen Häftlingen zugeordnet war, die über das ganze Reichsgebiet verteilt waren und die erst dann den nächstgelegenen Hauptlagern zugeschlagen wurden. In der Enzyklopädie wurden sie zur Vermeidung einer Doppelzählung nur bei den späteren Hauptlagern aufgeführt.

9 *Jens-Christian Wagner, Work and Extermination in the Concentration Camps*, in: *Jane Caplan/Nikolaus Wachsmann* (Hrsg.), *Concentration Camps in Nazi Germany*, London 2010, S. 127-148, hier: S. 135. Dies hängt natürlich auch maßgeblich davon ab, ob kleinere Lager als selbstständige Außenlager oder als Unterlager eines anderen Außenlagers oder als Außenkommandos betrachtet wurden und werden. Die SS selbst ging im Januar 1945 von etwa 500 Außenlagern aus. Die Zahl stammt aus der Begründung für den Beförderungsantrag für Gerhard Maurer, Bundesarchiv Berlin (BAB)/Berlin Document Center, Gerhard Maurer. Ich danke Stefan Hördler für den Hinweis auf das Dokument.

Größere Bedeutung hatten auch die insbesondere im Komplex Buchenwald verorteten Lager bei den Hydrierwerken und die um das KZ Mittelbau-Dora gruppierten Stätten der Raketenfertigung.

Im Folgenden wird nun die Genese der unterschiedlichen KZ-Außenlager-Komplexe chronologisch analysiert.

## **I. Erste Kooperationsversuche zwischen SS und Wirtschaft sowie Aufbau von Rüstungsfertigungen in den KZ-Hauptlagern (1940 bis September 1942)**

Erste Versuche von Industriebetrieben, aber auch vonseiten der Wehrmacht, auf die Arbeitskraft von KZ-Häftlingen zuzugreifen, gab es bereits 1940/41, weil es bereits seit Kriegsbeginn in vielen Bereichen zu einem Mangel an Arbeitskräften gekommen war. Als eines der ersten Privatunternehmen hatte das Flick-Werk in Hennigsdorf schon im Mai 1940 eine Vereinbarung mit der SS über die Abstellung von Häftlingen getroffen. Die Abmachungen sahen aber vor, dass kein Außenlager errichtet, sondern die Häftlinge täglich per Lastwagen vom KZ Sachsenhausen zum Werk hin- und zurücktransportiert werden sollten. Trotz dieser frühen Vereinbarung wurden die Häftlinge erst im September 1941 von der SS an das Flick-Werk verliehen und das Kommando blieb mit 45 Häftlingen vergleichsweise unbedeutend. Nach einem Fluchtversuch eines Häftlings im Sommer 1942 löste die SS das Kommando auf.<sup>10</sup>

Im Bereich des KZ Neuengamme zeigte die SS 1941 wenig Interesse, den Forderungen Außenstehender nach dem Einsatz der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen nachzukommen. Eine Bitte der Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven für Hilfe beim Bau eines Marinetanklagers in Bremen-Farge beschied die SS abschlägig. Eine Kooperation mit dem Akkumulatorenwerk in Hannover scheiterte an den hohen Sicherheitsauflagen der SS und eine Zusammenarbeit mit VW aus bisher unbekanntem Gründen.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Benz/Distel, *Der Ort des Terrors*, Bd. 3, S. 205f.

<sup>11</sup> Buggeln, *Arbeit & Gewalt*, S. 56.

Auch die Stellung von Häftlingen für den Aufbau des I.G.-Farben-Werks in Auschwitz war 1941 keineswegs schon vorbildhaft für das später entstehende Außenlagersystem und wurde von der SS trotz des großen Prestiges nicht bedingungslos befürwortet. Die treibende Kraft für die Zusammenarbeit war eher Hermann Göring als Heinrich Himmler. Zudem wurde 1941 für die I.G. Farben kein Außenlager errichtet, sondern die Häftlinge mussten täglich den Weg zwischen Baustelle und Hauptlager zurücklegen, sodass es sich um ein Arbeitskommando des KZ Auschwitz handelte. Ende 1941 stand die Kooperation fast vor dem Aus. Da die Siedlungspläne in Osteuropa in den Augen der SS bedeutsamer als alles andere waren, weigerte sich der Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz Rudolf Höß, den I.G. Farben mehr Häftlinge zur Verfügung zu stellen.<sup>12</sup>

Erst der Verlauf des Kriegs gegen die Sowjetunion führte schließlich zur Veränderung der Situation – wie die gesamte Kriegswirtschaft, war auch das KZ-System davon betroffen. Den deutschen Führungsschichten wurde zum Jahreswechsel 1941/42 klar, dass eine andere Organisation der Rüstungsproduktion unausweichlich war, wenn man eine Chance behalten wollte, den Krieg noch zu gewinnen. Das aus den Erfahrungen im Frankreichfeldzug und durchaus auch aus der Not geborene „Blitzkriegskonzept“<sup>13</sup> war vor den Toren Moskaus endgültig gescheitert. Doch der Führungsriege des ‚Dritten Reichs‘ gelang ein weiterer Akt strategischer Improvisation. Das neue Konzept der Kriegsführung und Kriegswirtschaft verband den Versuch der exponentiellen Steigerung des industriellen Ausstoßes durch Methoden fordistischer Massenproduktion mit den radikalsten Plänen nationalsozialistischer und imperialistischer Ideologie zu einer neuen Synthese des totalen Kriegs.<sup>14</sup>

---

12 Bericht der I.G. Farben über die 14. Baubesprechung am 16.12.1941, Staatsarchiv Nürnberg (StAN), NI-11130. Für die Anfangsphase der Kooperation: *Florian Schmaltz*, Die IG Farbenindustrie und der Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz 1941–1942, in: *Sozial.Geschichte* 21, 2006, S. 33–67.

13 Eine gelungene Synthese der neuesten Forschungsliteratur über die Entwicklung und Umsetzung der Blitzkriegskonzeption bietet: *Adam Tooze*, *The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy*, London 2006, S. 368–395 und 429–460.

14 Auch hier folge ich weitgehend *Tooze*, *Wages*, insb. S. 550.

Weitgehend einig war man sich, dass für die notwendige Steigerung der Rüstungsproduktion eine weitere Zentralisierung der Kompetenzen erforderlich war. Albert Speer als neuem Reichsminister für Bewaffnung und Munition war es vorbehalten, diese in seinem Amt durchzusetzen.<sup>15</sup> Erste Ansätze zum Umbau des kriegswirtschaftlichen Lenkungsapparats und der Schwerpunkte für die Rüstungsproduktion zeichneten sich seit November/Dezember 1941 ab.<sup>16</sup> Die Umstellung vom Blitzkrieg auf einen langfristigeren Landkrieg gegen die Sowjetunion bündelte sich im Erlass Hitlers über die „Rüstung 1942“. Der Schwerpunkt der Rüstungsproduktion wurde von der Luftwaffe auf das Heer zurückverlegt und die Rüstungsprogramme der Luftwaffe und der Marine gekürzt. Anstatt, wie bis November 1941 geplant, Soldaten von der Front in die Rüstungsproduktion zu entlassen, war nun das Hauptziel die „Neubildung und Auffrischung starker Offensivverbände“.<sup>17</sup> Mit dieser Festlegung war auch endgültig klar, dass in der deutschen Rüstungsindustrie ab sofort ein dramatischer Mangel an Arbeitskräften herrschen würde und die Zurverfügungstellung von Arbeitskräften neben der Beschaffung von Rohstoffen zum zentralen Problem der deutschen Kriegswirtschaft geworden war.

Bereits im Herbst 1941 hatte sich unter Teilen der Führung die Meinung verbreitet, dass das Reichsarbeitsministerium den gewachsenen Ansprüchen nicht gerecht werden könne.<sup>18</sup> Speer schlug deswegen vor, einen Gauleiter

---

15 Zu Speer: *Susanne Willems*, *Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungspolitik für den Berliner Hauptstadtbau*, Berlin 2000; *Dan van der Vat*, *Der gute Nazi. Leben und Lügen des Albert Speer*, Berlin 1997; *Matthias Schmidt*, *Albert Speer: Das Ende eines Mythos*, München 1982; *Joachim Fest*, *Speer. Eine Biographie*, Frankfurt am Main 2001; *Jonas Scherner/Jochem Streb*, *Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder*, in: *VSWG* 93, 2006, S. 172–196. Sehr verkürzt und die wirtschaftlichen Hintergründe außer Acht lassend, wird der Aufstieg Speers bei *Ian Kershaw*, *Hitler 1936–1945*, Stuttgart 2000, S. 662–666, beschrieben.

16 *Dietrich Eichholtz*, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, Bd. 2, Berlin 1985, S. 25–36.

17 *Georg Thomas*, *Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1919–1943/45)*, Boppard am Rhein 1966, S. 479.

18 *Dietrich Eichholtz*, *Die Vorgeschichte des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 9, 1973, S. 339–383; *Andreas Kranig*, *Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich*, Stuttgart 1983, S. 159f.; *Marie-Luise Recker*, *Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg*, München 1985, S. 71; *Herbert*, *Fremdarbeiter*, S. 173; *Hans-Walter Schmuhl*, *Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt*, Nürnberg 2003, S. 308–311.

als Generalbevollmächtigten einzusetzen, um die NSDAP in die Aufgabe einzubinden. Er konnte sein Konzept weitgehend durchsetzen<sup>19</sup>, allerdings nicht seinen konkreten Vorschlag, den Gauleiter Niederschlesiens Karl Hanke zu ernennen. Stattdessen wurde, vor allem auf Betreiben Martin Bormanns, der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel am 21. März 1942 zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) ernannt.<sup>20</sup> Das erklärte Ziel Sauckels war es, innerhalb kürzester Zeit für eine Massenrekrutierung ausländischer Arbeiter in die deutsche Rüstungswirtschaft zu sorgen. Im ersten halben Jahr nach seiner Ernennung arbeitete Sauckel dabei eng und einvernehmlich mit dem Speer-Ministerium zusammen.<sup>21</sup> Im März 1942 hatte das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt den Bedarf der deutschen Rüstungswirtschaft für das Jahr 1942 auf 1,4 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte geschätzt. Dementsprechend erhöhte der GBA im April seine Rekrutierungsvorgaben drastisch.<sup>22</sup> Vor allem sollte der Bedarf durch die Herbeischaffung sowjetischer Zivilarbeiter gedeckt werden. Diese Politik erwies sich für die deutschen Stellen als höchst erfolgreich. Sauckel vermeldete, dass er in den ersten acht Monaten seines Einsatzes (bis Ende November 1942) circa 2,7 Millionen Arbeitskräfte ins Reich geschafft hatte, darunter etwa 1,37 Millionen sowjetische Zwangsarbeiter, 417.000 Kriegsgefangene, 291.000 Polen aus dem Generalgouvernement und 168.000 Franzosen.<sup>23</sup>

---

19 Zuvor hatte Speer im Februar bereits einen Schutz von Schlüsselkräften aus der Rüstungswirtschaft vor dem Abzug zur Wehrmacht bei Hitler durchgesetzt: *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 196.

20 *Eichholtz*, *Vorgeschichte*; *Herbert*, *Fremdarbeiter*, S. 177; *Militärhistorisches Forschungsamt* (Hrsg.), *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (im Folgenden: DRZW), 10 Bde., Stuttgart 1979–2008, hier: Bd. 5/2, S. 779–782; *Peter Hüttenberger*, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969, S. 165–169. Zur Biografie Sauckels: *Steffen Raßloff*, *Fritz Sauckel – Hitlers ‚Mustergauleiter‘ und ‚Sklavenhalter‘*, Erfurt 2007; *Markus Fleischhauer*, *Der NS-Gau Thüringen 1939–1945. Eine Struktur- und Funktionsgeschichte*, Köln/Weimar etc. 2010.

21 Ab Herbst 1942 begannen sich dann Interessenkonflikte zwischen Speer und Sauckel aufzutun. Vgl. *Walter Naasner*, *Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Boppard am Rhein 1994, S. 45.

22 *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 203–205.

23 Zu den Zahlen: *Herbert*, *Fremdarbeiter*, S. 209.

## Die Einbindung der Konzentrationslager in die Arbeitskräftebeschaffung

Die zunehmende Durchsetzung des Einsatzes von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einrichtung von Sauckels Behörde. Auch im Januar und Februar 1942 reagierte die SS noch weitgehend ohne eigenes Konzept auf die Initiativen von Firmen und Wehrmacht. Das Hauptaugenmerk der SS richtete sich zu dieser Zeit zunächst auf die eigenen Siedlungsprojekte im zu erobernden „Ost-raum“, für die Heinrich Himmler und Oswald Pohl den Einsatz von Häftlingen im großen Maßstab vorsahen.<sup>24</sup> Erst mit den Ernennungen von Speer und Sauckel sah die SS die Gefahr, durch das Wirken dieser beiden Stellen die Verfügungsgewalt über die Häftlinge zu verlieren. So war bei der Zusammenlegung der beiden von Pohl geleiteten Hauptämter zum SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt am 1. Februar keine Einbindung der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) in das neue Amt vorgesehen. Erst am 4. März verkündete Himmler Pohl telefonisch, dass er sich für eine Einbeziehung der IKL in das WVHA entschieden habe, weil er im Führerhauptquartier von der Möglichkeit der Bestellung eines Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz erfahren habe.<sup>25</sup>

Die IKL wurde am 16. März 1942 zur Amtsgruppe D des SS-WVHA. Chef der Amtsgruppe blieb der vorherige Leiter der IKL, Richard Glücks, und auch der Großteil seiner führenden Mitarbeiter wurde aus der vorherigen Organisation übernommen. Dementsprechend blieb organisatorisch auf den ersten Blick vieles beim Alten. Zentral war aber, dass Pohl nun die faktische Unterstellung der IKL unter seine Hoheit erreicht hatte und dementsprechend über direktes Weisungsrecht verfügte, welches er auch umfangreich zu nutzen wusste. Insgesamt stellte die Amtsgruppe D nur einen vergleichsweise kleinen Teil des WVHA-Apparats. Während das WVHA in seiner

---

24 *Michael T. Allen*, *The Business of Genocide. The SS, Slave Labor, and Concentration Camps*, Chapel Hill, NC/London 2002, S. 148–158; *Jan-Erik Schulte*, *Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933–1945*, Paderborn 2001, S. 212.

25 *Ebd.*, S. 200f.

Hochzeit etwa 1.500 Personen beschäftigte, stellte die Amtsgruppe D davon nur etwa 100 Personen.<sup>26</sup> Das Führungsinstrument des Amtes D war das Amt D I, welches die Korrespondenz mit den Kommandanten und dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) führte. Darüber hinaus bestand die Amtsgruppe aus drei weiteren Ämtern: D II (Arbeitseinsatz), D III (Sanitätswesen) und D IV (Verwaltung). An Bedeutung gewann im Verlauf des Kriegs vor allem das Amt D II, dessen dynamischer Leiter, der erst 34 Jahre alte SS-Sturmbannführer Gerhard Maurer, ebenfalls zunehmend an Macht gewann. Im November 1943 stieg er zum Stellvertreter von Glücks auf.<sup>27</sup>

Um den Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge in seiner Verfügungsgewalt zu behalten, bemühte sich Himmler zügig um Absprachen mit dem neuen starken Mann der Rüstungswirtschaft, Albert Speer. Am Tag der Eingliederung der IKL in das WVHA traf sich Glücks darum mit den wichtigsten Mitarbeitern von Albert Speer (Karl-Otto Saur und Walther Schieber). Zur Verhandlung stand der Einsatz der Häftlinge in der Rüstungsindustrie. Die Position der SS in den Verhandlungen war zu dieser Zeit noch vergleichsweise stark, und so verlangte sie: „Nach einer Verordnung des Reichsführer SS müssen die Fertigungen in den Lagern verbleiben.“<sup>28</sup> Diese Forderung blieb unwidersprochen und sie wurde drei Tage später von Adolf Hitler in einer Führerbesprechung bestätigt.<sup>29</sup> Auf der Sitzung wurden Einsätze in den Hauptlagern Buchenwald, Sachsenhausen, Neuengamme, Auschwitz und Ravensbrück erwähnt. Erste Probeversuche sollten in den Lagern Neuengamme und Buchenwald erfolgen. Die SS versprach, zu diesem Zweck Handwerker unter den Häftlingen in anderen Lagern auszusortieren und in die Lager mit Rüstungsfertigung zu überstellen.<sup>30</sup> Aufschlussreich ist das Protokoll auch an einem weiteren Punkt: Die Forschung

---

26 *Enno Georg*, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 33; *Naasner*, Machtzentren, S. 258; *Schulte*, Zwangsarbeit, S. 206.

27 Zu Maurer: *Allen*, Business, S. 182–190; *Schulte*, Zwangsarbeit, S. 389–392.

28 Niederschrift über die Besprechung im Büro Saur vom 17.3.1942, StAN, NO-2468.

29 *Willi A. Boelcke* (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Speer 1942–1945, Frankfurt am Main 1969, S. 79.

30 Niederschrift über die Besprechung im Büro Saur vom 17.3.1942, StAN, NO-2468. Weitere Mitschriften beziehungsweise Erwähnungen der Besprechung finden sich in: StAN, NO-569 und NO-1215, sowie: BAB, NS 19/755.

ging lange Zeit mehrheitlich davon aus, dass die SS sich in der Folgezeit stark bemühte, die in die Lager verlegten Rüstungsfertigungen selbst zu leiten.<sup>31</sup> Im Januar hatte die SS bei der Kooperation mit dem Volkswagenwerk bereits einen Versuch in dieser Hinsicht gestartet. Hitler hatte sogar einen ersten Erlass, welcher der SS diese Rolle zugestand, unterzeichnet. Bald darauf musste die SS aufgrund des Widerstands des Unternehmens die Übernahme in eigener Regie jedoch widerrufen.<sup>32</sup> Dementsprechend stand die Frage beim Treffen im März auf der Tagesordnung. Der entscheidende Passus des Protokolls der Besprechung vom 17. März lautete: „Es besteht Übereinstimmung, dass die im Konzentrationslager verpflanzten Fertigungen nicht nur fertigungsmässig, sondern auch wirtschaftlich von der jeweiligen Firma betreut werden.“<sup>33</sup> Entgegen dieser Absprache versuchte die SS in den folgenden Monaten jedoch häufiger, die Übernahme einer Rüstungsfertigung ins Gespräch zu bringen. Zumeist mussten diese Überlegungen aber eingestellt werden, weil es nicht möglich war, die Widerstände vonseiten der Industrie zu überwinden. Dementsprechend kann nur mit einer gewissen Vorsicht davon gesprochen werden, dass der Reichsführer-SS „zunehmend Appetit auf einen größeren Einfluß auf die in die KL verlagerte Produktion“ bekam.<sup>34</sup>

Gemeinsames Ziel der SS und des Rüstungsministeriums war es in den folgenden Monaten, Rüstungsfertigungen in die Hauptlager zu verlegen. Be-

---

31 Als Beispiele: *Gregor Janssen*, *Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg*, Berlin 1968, S. 97f.; *Hermann Kaienburg*, „Vernichtung durch Arbeit“ – Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der Gefangenen, Bonn 1990, S. 237f.; DRZW, Bd. 6, S. 784.

32 *Hans Mommsen/Manfred Grieger*, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996, S. 496–500.

33 StAN, NO-2468, sowie: Anordnung Schiebers vom 17.3.1942, BAB, NS 19/755. Eine entgegengesetzte Lesart des Dokuments unter Auslassung dieses Satzes entwickelt *Kaienburg*, *Vernichtung*, S. 237.

34 *Schulte*, *Zwangsarbeit*, S. 215. Ich folge in der Interpretation hier in der Tendenz eher Schulte als Allen. Zwar betont Allen zu Recht, dass Himmlers Ziele 1942 noch im Wesentlichen im Bereich der Ostsiedlung lagen, jedoch gab es vom März bis September 1942 einige Versuche der SS, Rüstungsbetriebe zu übernehmen, die weitgehender waren, als Allen annimmt. *Allen*, *Business*, S. 190–201, insb. S. 193. Größer als die Differenzen sind aber die Übereinstimmung Schultes und Allens im Gegensatz zur älteren Forschung, die von einem zu starken Interessensgegensatz zwischen Speer und Himmler ausging, zum Beispiel DRZW, Bd. 6, S. 784 und 815f.

reits bei der Sitzung am 16. März wurde die Verlegung der Karabiner-Fertigung der Wilhelm-Gustloff-Werke in das KZ Buchenwald geplant.<sup>35</sup> Die Zusammenarbeit war in diesem Fall so schnell vorangeschritten, weil Speers Verhandlungsführer Walther Schieber gleichzeitig Vorstandsmitglied der Gustloff-Werke war. Trotzdem liefen die Bauarbeiten in Buchenwald erst im Juli 1942 und die Produktion erst im März 1943 an. Im gesamten Verlauf kam es zu Streitigkeiten zwischen der SS und der Firma. Im August 1944 wurde das Werk durch einen alliierten Bombenangriff weitgehend zerstört. Die hohen Erwartungen, die insbesondere die SS in das Werk gesetzt hatte, konnten insgesamt zu keiner Zeit erfüllt werden.<sup>36</sup> Auch für das KZ Neuengamme konnten drei Rüstungsfirmen gewonnen werden, die bereit waren, Fertigungen in das Hauptlager zu verlegen. Das größte Projekt („Metallwerke Neuengamme GmbH“) war jedoch ebenso wie die Produktion der Gustloff-Werke im KZ Buchenwald weitgehend durch Verzögerungen und Misserfolge gekennzeichnet.<sup>37</sup> Für eine Produktionsaufnahme im KZ Ravensbrück entschied sich eine der führenden deutschen Industriefirmen. Siemens sagte im März 1942 zu, dort eine Fertigungsstelle einzurichten.<sup>38</sup> Die Bauarbeiten wurden von männlichen Häftlingen des KZ Ravensbrück noch im selben Monat aufgenommen, die Fertigung mit weiblichen Häftlingen begann im Herbst 1942 und wurde bis Kriegsende fortgesetzt.<sup>39</sup>

---

35 StAN, NO-2468. Hitler stimmte der Fertigungsverlegung drei Tage nach der Sitzung zu. Vgl. *Boelcke*, Deutschlands Rüstung, S. 79. Die Wilhelm-Gustloff-Stiftung wurde durch Gauleiter Sauckel am 27. Mai 1936 gegründet und durch ihn als Stiftungsführer geleitet. Das Vermögen der Stiftung basierte weitgehend auf der 1935 vollzogenen ‚Arisierung‘ des Suhler Simson-Werks. Der Stiftung wurden in der Folgezeit weitere Rüstungsbetriebe unterstellt. 1939 erfolgte die Umbenennung in „Wilhelm-Gustloff-Werke, Nationalsozialistische Industriestiftung“; *Rafloff*, Fritz Sauckel, S. 70f.

36 *Allen*, Business, S. 190–206; *Schulte*, Zwangsarbeit, S. 214–217; *Naasner*, Machtzentren, S. 301f. und 306f.

37 *Kaienburg*, Vernichtung, S. 240f.

38 *Bernhard Strebel*, Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes, Paderborn 2003, S. 388f.; *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 4, S. 486f. *Karl Heinz Roth*, Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938–1945): Fakten – Kontroversen – Probleme, in: *Hermann Kaienburg* (Hrsg.), Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, Opladen 1996, S. 149–168. Auf S. 149 wird die Zusage erst auf den Sommer 1942 datiert.

39 *Strebel*, Ravensbrück, S. 384–418; *Roth*, Zwangsarbeit, S. 149–153.

Nach der zentralen Wende im September 1942, welche die Errichtung von KZ-Außenlagern bei Firmen förderte, gab es keine große Rüstungsfirma mehr, die bereit war, ihre Fertigung in ein Hauptlager zu verlegen. Himmlers Weisung, die Fertigungen in die Hauptlager zu holen, hatte als Richtlinie also nur etwa ein halbes Jahr Bestand, und die wenigen in Gang gesetzten Projekte erwiesen sich mit der Ausnahme des Siemens-Werks im KZ Ravensbrück auf die Dauer als wenig erfolgreich.

Von der bisherigen Forschung wurde zwar zur Kenntnis genommen, dass vom März bis September 1942 verstärkt versucht wurde, Fertigungen in die Hauptlager zu verlegen, aber die in der Besprechung erwähnte Verordnung Himmlers, nach der die „Fertigungen in den Lägern verbleiben“ sollten, wurde bisher ignoriert.<sup>40</sup> Bis vor Kurzem herrschte in der Forschung sogar die Tendenz vor, dass das KZ-System bereits 1942 in einen Rüstungskomplex mit einem Netz von Außenlagern verwandelt wurde. Neuere Studien haben gezeigt, dass diese Verwandlung erst langsam im Jahr 1943 einsetzte und sich im Frühjahr 1944 beschleunigte.<sup>41</sup> Trotzdem wurde auch in diesen Studien mitunter noch der Eindruck erweckt, dass ein durchaus massiver Ausbau bereits 1942 erfolgte, weil 82 Außenlager bestanden.<sup>42</sup> Diese Zahl hat vermutlich dazu geführt, dass die erwähnte Verordnung Himmlers bisher komplett ignoriert wurde. Es spricht jedoch viel dafür, dass diese Verordnung bis zum September 1942 für die SS eine zentrale Handlungsmaxime war, zumal sie von Pohl in einer Besprechung mit Schieber im Mai 1942 nachdrücklich bekräftigt und als Richtlinie der SS bestätigt wurde.<sup>43</sup>

---

40 Die einzige Ausnahme bildet Jan Erik Schulte, der notiert, dass die zentrale Veränderung im September 1942 die Aufweichung von Himmlers Gebot war. Vgl. *Schulte, Zwangsarbeit*, S. 220.

41 *Orth, Das System*, S. 180; *Wagner, Produktion*, S. 64.; *Schulte, Zwangsarbeit*, S. 392–400.

42 *Orth, Das System*, S. 180; *Wolfgang Sofsky, An der Grenze des Sozialen. Perspektiven der KZ-Forschung*, in: *Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann* (Hrsg.), *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*, Bd. 1, Göttingen 1998, S. 1141–1169, hier: S. 1143, die allerdings beide von „lediglich“ 82 Außenlagern sprechen. Beide berufen sich für die Zahl auf die Listen bei Gudrun Schwarz, die allerdings fehlerbehaftet sind: *Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager*, Frankfurt am Main 1990.

43 Niederschrift über die Besprechung am 16.5.1942, StAN, NO-1215.

Himmlers Verordnung vom März 1942 und die Existenz von bis zu 82 Außenlagern gehen überein, weil in nur ganz wenigen dieser Außenlager die Häftlinge zugunsten der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden. Bei der Mehrheit aller Außenlager des Jahres 1942 mussten die Häftlinge jedoch keine Rüstungsproduktion, sondern Bauarbeiten oder Dienstleistungen für die SS verrichten oder sie wurden bei lokalen Unternehmen eingesetzt, die nur geringfügige Bedeutung für die Rüstungsproduktion hatten. Zumeist befanden sich in diesen Außenlagern weniger als 100 Häftlinge. In vielen Fällen dürfte die Einrichtung ohne Kenntnis von Pohl oder Himmler erfolgt sein. Die Historikerin Sabine Schalm hat deswegen eine Begriffsdifferenzierung vorgeschlagen. Bei KZ-Häftlingen, die außerhalb des Hauptlagers zum Zweck der Zwangsarbeit untergebracht wurden, solle zwischen Außenlagern und Außenkommandos unterschieden werden. Außenkommandos nennt sie Unterbringungsorte, an denen keine differenzierte Lagerstruktur mit Verwaltungsapparatur, Arbeitseinsatzbüro, Wäscherei oder Revier bestand. Für den Bereich Dachau stellt sie fest, dass die Außenkommandos mit einer Ausnahme weniger als 250 Häftlinge umfassten und die Außenlager eine größere Zahl von Häftlingen aufwiesen.<sup>44</sup> Auch wenn diese Unterscheidung meiner Ansicht nach nur bedingt trennscharf ist, weil auch in vielen größeren Außenlagern nur ein Teil der Lagerstruktur des Hauptlagers vorhanden war und es im Bereich des KZ Neuengamme Lager gab, die mit etwa 200 Häftlingen belegt waren und trotzdem eher dem Typ des Außenlagers entsprachen, soll im Folgenden die Terminologie genutzt werden, um zu zeigen, dass das System von Lagern außerhalb des Hauptlagers 1942 vor allem aus Außenkommandos bestand. Im Bereich des KZ Dachau, in welchem sich 1942 immerhin mehr als ein Viertel der 82 existierenden Außenanlagen befanden, handelte es sich in allen 22 Fällen um Außenkommandos. In 17 der Kommandos mussten die Häftlinge für die SS, die Polizei oder die NSDAP und ihre Funktionäre arbeiten. In fünf Fällen wurde Zwangsarbeit für kleinere Privatbetriebe geleistet.<sup>45</sup> Die zweitgrößte Anzahl an Außenkommandos war 1942 dem Lager Stutthof zuzu-

---

44 Schalm, *Überleben*, S. 45–50.

45 Ebd., S. 73f.

rechnen, welches erst am 7. Januar 1942 von Himmler zum KZ-Hauptlager ernannt wurde. Bereits während der Zeit als Polizeihäftlager von 1939 bis 1941 hatte Stutthof 28 Außenkommandos in Danzig und Umgebung. Im Jahr 1942 existierte noch etwa die Hälfte dieser Lager, bei denen es sich durchgehend um Außenkommandos handelte.<sup>46</sup> Von den, je nach Zählung, acht bis zehn Dependancen des KZ Sachsenhausen im Jahr 1942 handelte es sich nur beim Außenlager bei Heinkel in Oranienburg um eines der privaten Rüstungswirtschaft. An allen anderen Orten waren die Häftlinge zur Zwangsarbeit für die SS, den SD oder die Polizei eingesetzt. Mit Ausnahme des 1941 errichteten Außenlagers zum Aufbau des Klinkerwerks in Oranienburg/Lehnitz handelte es sich hierbei durchweg um Außenkommandos.<sup>47</sup>

Hingegen war die Zahl der Außenlager, in denen für die Rüstungsindustrie gearbeitet werden musste, verschwindend gering. In den wenigen Fällen, wo Häftlinge bereits 1942 für die Rüstungsindustrie arbeiteten, handelte es sich mehrheitlich um Bauarbeiten und nicht um Produktionsarbeiten. Zudem war die Kooperation jeweils schon vor dem März 1942 verabredet worden (so zum Beispiel durch I.G. Farben in Auschwitz, Heinkel in Oranienburg, VW in Fallersleben oder Steyr-Daimler-Puch im Bereich Mauthausen). Nach dem bisherigen Forschungsstand gelang es nur einem Unternehmen der Rüstungsindustrie, mit der SS zwischen März und September 1942 die Einrichtung neuer Außenlager auszuhandeln: den Reichswerken Hermann Göring, also einem staatseigenen Konzern mit engsten Verbindungen zur SS.

Die bestimmende Figur des Göring-Konzerns war von Beginn an Paul Pleiger.<sup>48</sup> Erstmals nahm Pleiger im Herbst 1941 Verhandlungen mit Himmler

---

46 Siehe die Beiträge zu den Außenlagern des KZ Stutthof, in: *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 6, S. 531–792. Als Überblicksartikel: *Marek Orski, Stutthof Subcamp System*, in: *Megargee, Encyclopedia, Part B*, S. 1425–1426, sowie: *Marek Orski, Filie obozu koncentracyjnego Stutthof w latach 1939–1945*, Gdansk 2004; *Danuta Drywa, The Extermination of Jews in Stutthof Concentration Camp*, Gdansk 2004.

47 Siehe hierzu: *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 3, S. 73–298; *Megargee, Encyclopedia, Part B*, S. 1263–1352.

48 Zu Pleiger: *Matthias Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft*, Göttingen 1973.

über den Aufbau eines Holzverarbeitungswerks durch Häftlinge in der Nähe des KZ Mauthausen auf. Diese scheiterten allerdings, weil der Konzern das Werk bald nicht mehr als vordringlich betrachtete, aber auch weil die SS das Werk unter eigener Kontrolle führen wollte.<sup>49</sup> Nach dem Scheitern äußerte Pleiger gegenüber Himmler im Frühjahr 1942 den Wunsch, für den Bau eines Schlackenwerks bei Linz Häftlinge gestellt zu bekommen. Im Sommer 1942 einigte er sich mit Himmler darauf, für den Betrieb des Werks eine gemeinsame Gesellschaft zu gründen, die jeweils zu 50% im Besitz der Göring-Werke und des SS-Unternehmens Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH sein sollte. Pleiger scheint allerdings mit der ebenfalls festgeschriebenen Gewinnbeteiligung der SS von 50% nicht zufrieden gewesen zu sein und verzögerte die Verhandlungen und den Vertragsabschluss. Himmler übermittelte Pleiger wegen dessen Verzögerungstaktik im September 1942 ein erbostes Fernschreiben, in dem es unmissverständlich hieß, „dass für alle Unternehmen Pleiger-SS Fifty-Fifty das heilige Grundgesetz ist.“<sup>50</sup> Pleiger gab daraufhin seinen Widerstand auf und unterschrieb mit Pohl im November 1942 eine Vereinbarung zur Gründung der Hochofenschlacke Linz GmbH, die eine gleichmäßige Gewinnbeteiligung vorsah.<sup>51</sup>

In einem anderen Fall gelang es den Reichswerken jedoch schon im Frühjahr 1942, die Einrichtung eines Außenlagers zu erreichen. Im Mai 1942 löste die SS das Außenlager Vöcklabruck auf, in welchem für die SS gearbeitet wurde und überstellte das komplette Kommando von 300 bis 400 Häftlingen nach Ternberg. Dort mussten die Häftlinge neben Strafgefangenen, Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeitern den Bau eines Kraftwerks für die Reichswerke vorantreiben.<sup>52</sup>

Deutlich schneller als im Fall Linz scheinen die Verhandlungen über die Bereitstellung von Häftlingen für die ebenfalls von den Reichswerken betrie-

---

49 *Bertrand Perz*, *Der Arbeitseinsatz im KZ Mauthausen*, in: *Herbert/Orth/Dieckmann*, *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 2, S. 533–557, hier: S. 536.

50 Fernschreiben von Himmler an Pleiger vom 29.9.1942, BAB, NS 3/1361.

51 Vereinbarung zwischen Pohl und Pleiger vom 7.11.1942, ebd. und StaN, NID-12826.

52 *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 441–444. Für dieses Außenlager sind bisher keine Dokumente über die vorherigen Verhandlungen zwischen der SS und den Göring-Werken bekannt.

benen Kohlegruben in Brzeszcze-Jawischowitz vorangegangen zu sein. Hier bekamen die Werke schon kurz nach den ersten Gesprächen im August 1942 die ersten 150 Häftlinge aus dem KZ Auschwitz gestellt.<sup>53</sup> Erst wenige Wochen zuvor war in Gollerschau, in einem von der SS übernommenen Betrieb, das erste Außenlager des KZ Auschwitz errichtet worden.<sup>54</sup>

Zusammenfassend gab es also mehrere Gründe für Himmler, im Fall der Reichswerke von seiner eigenen Verordnung abzuweichen. Die Reichswerke gehörten zum Bereich der staatlich-parteinahen Wirtschaft, der Himmler ideologisch näher stand als der Privatindustrie, auch wenn sein durchgängiges Engagement für den industriellen Freundeskreis des Reichsführers SS zeigt, dass er keineswegs ein Gegner der Privatindustrie war. Zudem war es Himmler durch die Zusammenarbeit mit den Reichswerken möglich, die Verbindungen zu Pleiger und darüber hinaus auch zu Göring zu verbessern. Des Weiteren versuchte Himmler auch hier, den Einfluss der SS auszuweiten. In einem Fall verlangte er von Pleiger eine gemeinsame Unternehmensgründung mit einer 50:50-Gewinnteilung, in einem anderen Fall versuchte er im Gegenzug für die Überstellung von Häftlingen die Vergabe von Bergbaubetrieben an die SS zu erreichen. Die Vereinbarung mit den Reichswerken schien für Himmler eine besondere Bedeutung zu haben. Bisher ist außer den beiden Lagern für die Göring-Werke kein weiterer Fall bekannt, in dem die Einrichtung eines Außenlagers bei einem Industriebetrieb zwischen März und September 1942 zugesagt wurde, sofern es nicht vorherige Abmachungen gab.

Addiert man die Zahlen der bis zum September 1942 in der Rüstungsindustrie eingesetzten Häftlinge, so zeigt sich, wie die im Frühjahr 1942 von

---

53 *Adrianna Harazim*, Bergbau nahe Auschwitz. Der Einsatz von Konzentrationslagerhäftlingen auf oberschlesischen Zechen, in: *Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel* (Hrsg.), *Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlebergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Bd. 1, Essen 2005, S. 411–432; *Andrzej Strzelecki*, Das Nebenlager Jawischowitz, in: *Hefte von Auschwitz* 15, 1975, S. 183–250; *Franciszek Piper*, Arbeitseinsatz der Häftlinge aus dem KL Auschwitz, *Oswiecim* 1995, S. 251–253 und 273–276; *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bd. 5, S. 260–265.

54 *Franciszek Piper*, Die Ausbeutung der Arbeit der Häftlinge, in: *Wacław Długoborski/Franciszek Piper* (Hrsg.), *Auschwitz 1940–1945. Studien zur Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz*, 5 Bde., *Oswiecim* 1999, hier: Bd. 2, S. 83–168, hier: S. 131.

der SS und dem Speer-Ministerium projektierte Ausnutzung der Arbeitskraft der KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion allmählich umgesetzt wurde. Grob geschätzt waren im September 1942 etwa 5.000 KZ-Häftlinge für Bauaufgaben zugunsten der Rüstungsindustrie eingesetzt, wobei bei mehreren Aufbauprojekten die Kriegswichtigkeit durchaus fraglich war und zum Teil auch angezweifelt wurde.<sup>55</sup> 150 Häftlinge arbeiteten im Bergbau und höchstens 1.500 Häftlinge waren direkt in der Rüstungsproduktion eingesetzt.<sup>56</sup> Bei etwa 110.000 Häftlingen im gesamten KZ-System waren im September 1942 also etwa 5% der Häftlinge im weitesten Sinne zugunsten der Rüstungsindustrie tätig. Mit der direkten Rüstungsproduktion war hingegen nur etwas mehr als 1% der Häftlinge beschäftigt. Dementsprechend kann also noch keinesfalls von einer umfassenden Einbeziehung der KZ-Häftlinge in die Rüstungsproduktion im Jahr 1942 gesprochen werden.

### Die Weichenstellungen innerhalb des KZ-Systems

Die Eingliederung der IKL in das WVHA sorgte auch innerhalb des KZ-Systems für grundlegende neue Weichenstellungen. Die zentrale Maßnahme Pohls, der nun die vollständige Befehlsgewalt über das KZ-System besaß, war es, einen Teil der Kommandanten abzusetzen, weil er diese nicht für befähigt hielt, die neuen Anforderungen zu erfüllen. Zuvor hatte Pohl be-

---

55 Die Zahlen sind in der Literatur zumeist nicht genau für den September angegeben. Es handelt sich also um grobe Schätzungen, wobei ich hier eher die höheren Häftlingszahlen übernommen habe. Dementsprechend waren für die I.G. Farben in Auschwitz bis zu 2.000 Häftlinge (Aufbau Buna-Fabrik), Wilhelm-Gustloff-Werk II in Buchenwald bis zu 1.000 (Aufbau Karabiner-Produktion), VW in Fallersleben 800 (Aufbau Leichtmetall-Gießerei), Siemens in Ravensbrück 800 (Aufbau Werk für Fernsprech- und Radiogeräte sowie Messapparate), Göring-Werke in Ternberg 400 (Aufbau Kraftwerk), Riedel & Co in Stulln 200 (Aufbau Flussspatfabrik), Phrix in Wittenberge 150 (Aufbau Hefefabrik) Häftlinge eingesetzt; *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bde. 3–5.

56 Die 150 Häftlinge im Bergbau waren in Jawischowitz bei den Göring-Werken eingesetzt. In der Produktion arbeiteten im Höchstfall 800 Häftlinge für Heinkel in Oranienburg (Flugzeugproduktion), 300 Häftlinge bei Steyr-Daimler-Puch in Steyr-Münichholz (Walzlagerverk und Flugmotorenprüfung), 150 Häftlinge für Jastram im KZ Neuengamme (Schiffsreparatur), 100 Häftlinge für das Wilhelm-Gustloff-Werk I in Weimar (Produktion von Fahrzeugen und Gewehrläufen), 100 Häftlinge für Messap im KZ Neuengamme (Zeitzündermontage) und 50 weibliche Häftlinge für Siemens im KZ Ravensbrück (Spulenfertigung); ebd.

reits das Amt des Arbeitseinsatzführers E aufgelöst, weil er nun durch seine direkte Vorgesetztenstellung auf die Kommandanten Einfluss nehmen konnte.<sup>57</sup> Die vormaligen Arbeitseinsatzführer E wurden als Arbeitseinsatzführer in die Abteilung III der Konzentrationslager integriert und damit den Kommandanten untergeordnet. Im April unterstellte Pohl den Arbeitseinsatz den Kommandanten direkt. Zudem ernannte er sie bald darauf zu Betriebsdirektoren der SS-Betriebe, die ihren Lagern angegliedert waren. Allerdings blieben ihre Kompetenzen in dieser Funktion ungeklärt. Da ihre Vergütung zudem pauschal geschah und nicht am Gewinn des Betriebs orientiert war, blieb das Interesse der Kommandanten an den SS-Betrieben weiterhin gering.<sup>58</sup> Im Sommer entließ Pohl dann ein Drittel der amtierenden Kommandanten, die er für unfähig hielt und die zumeist mit Alkoholumismus und Korruption in Verbindung gebracht wurden. Der Großteil der Kommandanten wurde innerhalb der SS versetzt, Alexander Piorkowski (Dachau) wurde wegen Korruption entlassen und Karl-Otto Koch (Buchenwald) durch ein SS-Gericht zum Tode verurteilt.<sup>59</sup> Die beiden zentralen Kriterien für Pohls Anforderung an die neu zu ernennenden Kommandanten waren Verwaltungs- und Militärerfahrung sowie eine langjährige SS-Tätigkeit. Nicht alle ernannten Kommandanten entsprachen dann diesen Kriterien in vollem Umfang, allerdings verfügten alle über langjährige Dienst-erfahrung in den Konzentrationslagern oder innerhalb der Totenkopf-Division. Wirtschaftliche oder arbeitstechnische Kenntnisse spielten für die Qualifikation hingegen keine bedeutende Rolle. Pohl berief vielmehr Leute, die seinem eigenen Werdegang mit den Schwerpunkten Verwaltung und Militär ähnelten, die er vermutlich aber auch für eine gute Voraussetzung hielt, um die Anforderungen zu erfüllen, die in Form der Übernahme von Rüstungsproduktionen an die Konzentrationslager herangeführt werden sollten.

---

57 Karin Orth, *Die Konzentrationslager-SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien*, Göttingen 2000, S. 205.

58 Befehl Pohls vom 30.4.1942, StAN, R-129, abgedr. in: International Military Tribunal (im Folgendem: IMT), *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal Nuremberg*, 14 November 1945 – 1 October 1946, Nürnberg, 42 Bde., 1947–1949, hier: Bd. 38, S. 362–367; Hermann Kaienburg, *Die Wirtschaft der SS*, Berlin 2003, S. 1056; Orth, *Das System*, S. 166; dies., *Konzentrationslager-SS*, S. 205.

59 Ebd., S. 206–210.

Parallel bemühten sich Pohl und Glücks sowie der neue Leiter des Amts D II (Arbeitseinsatz), Gerhard Maurer, die Verhältnisse innerhalb der Konzentrationslager partiell an die Bedürfnisse der Rüstungsproduktion anzupassen. Die grundsätzliche Ausrichtung der Veränderungen formulierte Pohl in einem Schreiben an Himmler Ende April 1942:

„Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgaben hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. [...] Aus dieser Erkenntnis ergeben sich notwendige Maßnahmen, welche eine allmähliche Überführung der Konzentrationslager aus ihrer früheren einseitigen politischen Form in eine den wirtschaftlichen Aufgaben entsprechende Organisation erfordern.“<sup>60</sup>

Dem Schreiben war ein Befehl Pohls an die Kommandanten beigelegt, der einige der Veränderungen enthielt, von denen er sich die langsame Veränderung der Ausrichtung des Arbeitseinsatzes erhoffte: Die Arbeitszeit der Häftlinge sollte vollständig nach den Arbeitserfordernissen bestimmt werden, zeitraubende Appelle und Anmarschwege sollten verkürzt und die Bewachung sollte flexibilisiert werden.<sup>61</sup> Bereits die Antwort Himmlers auf Pohls Vorschläge zeigte, dass der Reichsführer SS zu einem grundsätzlichen Umdenken nur sehr bedingt bereit war:

„Ich glaube aber, daß doch in irgendeiner Weise betont werden müsste, daß die Fragen der Haftüberprüfung sowie der Erziehungszweck für die Erziehbaren im KL unverändert geblieben sind. Es könnte sonst der Gedanke auftauchen, daß wir Menschen verhaften [...] um Arbeiter zu haben. Deswegen die Betonung und Klarstellung, daß die Haftprüfung unverändert bleibt und unabhängig von dem wirtschaftlichen Einsatz ist. Außerdem, bei allem hundertprozentigen Vorantreiben der Arbeit, die wir herausholen müssen, bin ich der Ansicht, daß die Lagerkommandanten für die Erziehung der Erziehbaren zu sorgen haben.“<sup>62</sup>

Der einseitigen Ausrichtung an wirtschaftlichen Interessen standen also sowohl propagandistische Erfordernisse wie auch die generelle Einstellung

---

60 Schreiben Pohl an Himmler vom 30.4.1942, StAN, R-129, abgedr. in: IMT, Bd. 38, S. 362–367.

61 Ebd., S. 366.

62 Brief Himmler an Pohl vom 29.5.1942, StAN, NO-719.

Himmlers im Weg. Doch auch Pohls Anweisungen trugen dem Spannungsfeld zwischen Wirtschafts-, Sicherheits- und Bestrafungsinteressen Rechnung. Pohl versuchte diese Widersprüche bis zum September 1942 dadurch zu lösen, dass er die Arbeit der Häftlinge stärker und umfassender auf produktivere Tätigkeiten ausrichtete, ohne allerdings in irgendeiner Weise dafür zu sorgen, dass die Situation der Häftlinge verbessert wurde. Zwar diskutierten Himmler und Pohl im gemeinsamen Austausch durchaus Ideen wie Prämien oder die Zulassung von Lebensmittelpaketen für größere Häftlingsgruppen, de facto wurden diese aber vorerst nicht erlassen. Die einzigen Anweisungen der SS zur Verbesserung der Lage der Häftlinge bis zum September 1942 waren die Abschaffung des Pfahlhängens im Frühjahr 1942<sup>63</sup> und Pohls Forderung zur Verkürzung der Appelle und Anmarschwege. Weitere Bemühungen, etwa zur Einschränkung der Strafen, wurden nicht getroffen. Im Gegenteil: Himmler ordnete im April an, dass seine Verfügungen zur Prügelstrafe bei der Hinzusetzung des Worts „verschärft“ auf das unbedeckte Gesicht auszuführen seien.<sup>64</sup>

Der Großteil der Erlasse zielte darauf ab, die Häftlinge in produktiveren Tätigkeiten einzusetzen und ihre Arbeitszeit auszudehnen. So wurde bereits im Februar eine Reduktion der in der internen Lagerarbeit eingesetzten Häftlinge auf 10% der Gesamtbelegung eingeführt.<sup>65</sup> Des Weiteren wurde die tägliche Arbeitszeit der Häftlinge Ende März auf elf Stunden am Tag festgelegt<sup>66</sup> und im Juni wurde auch der Sonntag zum halben Arbeitstag erklärt.<sup>67</sup> Dementsprechend betrug die wöchentliche Arbeitszeit der Häftlinge ab dem Sommer 1942 72 Stunden. Eine Zahl, die sowohl von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) wie auch von der Industrie selbst für freie deutsche Arbeiter als nicht leistbar bezeichnet wurde. Auch beim Arbeitseinsatz standen Sicherheitsängste der SS einem produktiven Einsatz der Häftlinge mitunter im Weg. Besonders deutlich wird dies bei Pohls Forderung, dass

---

63 Naasner, *Neue Machtzentren*, S. 294.

64 Schreiben Liebehenschel an die Kommandanten vom 4.4.1942, StAN, NO-1542.

65 Schreiben von Glücks an die Kommandanten vom 12.2.1942, BAB, NS 4/Na 6, Bl. 9.

66 Schreiben von Glücks an die Kommandanten vom 31.3.1942, nach: Piper, *Ausbeutung*, S. 156.

67 Erlass WVHA vom 3.6.1942, zit. nach: Piper, *Ausbeutung*, S. 157.

die Häftlinge aus Sicherheitsgründen spätestens nach einem halben Jahr an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden sollten.<sup>68</sup> Diese Maßnahme lief allen Anforderungen der Betriebsleiter der SS-Wirtschaftsbetriebe entgegen, und auch private Industriebetriebe traten später häufig an die SS heran, da die Firmen dauerhaft dieselben Häftlinge behalten wollten. Bezeichnend sind Pohls Anweisungen an die Lagerkommandanten vom 30. April 1942, um die von der SS vom Frühjahr bis zum Herbst 1942 betriebene Politik zu beschreiben:

„Der Lagerkommandant allein ist verantwortlich für den Einsatz der Arbeitskräfte. Dieser Einsatz muß im wahren Sinn des Wortes erschöpfend sein, um ein Höchstmaß an Leistung zu erreichen. [...] Die Arbeitszeit ist an keine Grenzen gebunden. Ihre Dauer hängt von der betrieblichen Struktur des Lagers und von der Art der auszuführenden Arbeiten ab und wird vom Lagerkommandanten allein festgesetzt.“<sup>69</sup>

Neben dieser Arbeitshatzpolitik der SS hatte auch die Reduzierung der Nahrungsmittelversorgung starke Auswirkungen auf die Situation der Häftlinge. Bereits am 1. Januar war die wöchentliche Ration pro Häftling von 400 g auf 320 g Fleisch gekürzt worden. Ein abermals dramatischer Einschnitt erfolgte Mitte Mai 1942: Die wöchentliche Fleischration wurde noch einmal um 40 g gekürzt. Des Weiteren sollten die Häftlinge wöchentlich 300 g Fett, 290 g Brot, 100 g Mehl und 21 g Kaffeersatz weniger erhalten. Insgesamt wurde dadurch die Pro-Kopf-Ration gegenüber dem Jahr 1941 ab Mitte Mai 1942 um etwa 1.500 Kcal wöchentlich oder 215 kcal täglich gekürzt.<sup>70</sup>

Die Kombination aus verschärfter Arbeitshetze und Absenkung der Nahrungsrationen führte 1942 zur bis dahin höchsten Sterblichkeitsrate in den Konzentrationslagern. Laut Statistiken, welche Glücks an die KZ-Ärzte versandte, starben von Juli bis November 1942 allein 75.545 Häftlinge, von denen 9.015 exekutiert worden waren. Insgesamt seien von 136.000 Neuzugängen bereits etwa 70.000 durch Todesfälle ausgefallen.<sup>71</sup> Eine später er-

68 Schreiben Pohls an die Chefs der Amtsgruppen des WVHA vom 26.6.1942, StAN, NO-2318.

69 Schreiben Pohl an die Kommandanten vom 30.4.1942, StAN, R-129, abgedr. in: IMT, Bd. 38, S. 365–367, hier: S. 366.

70 Verpflegungssätze für K.L.-Häftlinge je Kopf und je Woche vom 1.1.1942 und 15.5.1942, abgedr. in: *Naasner*, Machtzentren, S. 481–484.

71 Schreiben von Glücks an die KZ-Standortärzte vom 28.12.1942, StAN, NI-10815.

stellte Aufstellung Pohls hielt für den Zeitraum von Juli bis November hingegen nur 48.703 Todesfälle fest.<sup>72</sup> Aber auch nach Pohls Statistik wiesen die Konzentrationslager mit einer Sterblichkeitsrate von über 10% in den Monaten von August bis Oktober 1942 die höchste prozentuale Sterblichkeit auf. Bis zur Auflösung des KZ-Systems im Frühjahr 1945 wurden solche Sterblichkeitsraten nur noch in wenigen Ausnahmefällen in einzelnen Lagern, aber nicht im System insgesamt erreicht.<sup>73</sup> Auch nach den Zahlen Eugen Kogons war die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern 1942 prozentual höher als in allen Jahren zuvor und auch höher als im nachfolgenden Jahr.<sup>74</sup>

Insgesamt kann festgehalten werden, dass im Gesamtsystem der Konzentrationslager am ehesten in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 „Vernichtung durch Arbeit“ praktiziert wurde. Doch auch zu diesem Zeitpunkt handelte es sich keineswegs um die systematisch geplante Ermordung der Häftlinge durch schwere Arbeit. Wie die folgenden Eindämmungsbemühungen der SS zeigen werden, war es auch zu diesem Zeitpunkt nicht die Absicht der SS, die Konzentrationslager durch die systematische Ermordung der Häftlinge quasi zur Selbstauflösung zu führen. Vielmehr blieben die Konzentrationslager und ihre Häftlinge ein wichtiger Stützpfiler ihrer Macht. Sowohl Teile der Ostsiedlungspläne wie auch der Einstieg in die Rüstungsindustrie waren nur über den Einsatz der Häftlingsarbeitskraft denkbar.

Die besonders hohe Sterblichkeit des Jahres 1942 ist deswegen nur bedingt auf eine ausgearbeitete Planung der SS zur Ermordung bestimmter oder al-

---

72 Schreiben von Pohl an Himmler vom 30.9.1943, StAN, 1469-PS. Die von Pohl genannte Zahl von Todesfällen dürfte auf jeden Fall für das KZ Auschwitz zu niedrig ausfallen: *Miroslav Kárný*, „Vernichtung durch Arbeit“. Sterblichkeit in NS-Konzentrationslagern, in: Beiträge zur NS-Gesundheits- und Sozialpolitik 5, 1987, S. 133–158, hier: S. 141–145. Eine ausführlichere Diskussion der Zahlen erfolgt weiter unten.

73 Ebd.

74 *Eugen Kogon*, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1946, S. 171. Die Zahlen Kogons sind in vielerlei Hinsicht ungenau. So kommt Kogon zum Beispiel auf 1,18 Millionen Todesopfer in den Konzentrationslagern während eine neuere Schätzung Karin Orths von 795.000 bis 955.000 Todesopfern ausgeht. Vgl. *Orth*, *Das System*, S. 346. Auf Kogons Zahlen wird hier nur verwiesen, weil sie einen ungefähren Eindruck von der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern nach Jahren geben.

ler Häftlingsgruppen zurückzuführen<sup>75</sup>, sondern resultierte vor allem aus dem Festhalten am bisherigen Verhalten bei wachsenden Ansprüchen an die KZ-Häftlinge. Hinzukam, dass die von der SS betriebene Auffüllung der Konzentrationslager unter anderem viele geschwächte und kranke Häftlinge aus den Gefängnissen in die Lager brachte und 1942 viele Seuchen in den Lagern auftraten. Die SS wurde Anfang 1942 mit der Tatsache konfrontiert, dass in Deutschland auch in der Rüstungsindustrie ein dramatischer Arbeitskräftemangel herrschte. Sollte der Krieg noch gewonnen werden, musste dieser Mangel abgestellt werden. Dementsprechend konnte sich die SS dem Ruf nach dem Einsatz der KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie nicht entziehen, wollte sie nicht die Hoheit über die Häftlinge verlieren. Der geplante Einsatz führte zu einer hektischen Betriebsamkeit bei der SS und zu einer sofortigen Ausdehnung der Arbeitszeit der Häftlinge und dies, obwohl bis zum Herbst 1942 kaum rüstungsrelevante Tätigkeiten anfielen. Die SS war zudem 1942 nicht bereit, den Häftlingen als Ausgleich für diese Erschwernisse Erleichterungen oder Vergünstigungen zuzugestehen. Ganz im Gegenteil blieb die SS insgesamt ihren politischen Vorstellungen von der KZ-Haft treu und verschärfte die Bestrafungsmethoden zum Teil noch. Dementsprechend führte die Kombination von Arbeitshetze, reduzierten Nahrungssätzen und Erziehungs- und Bestrafungsvorstellungen der SS 1942 zur besonders hohen Sterblichkeitsrate in den Lagern.

## II. Der Beginn des Ausbaus eines KZ-Außenlagersystems (September 1942 bis Juli 1943)

Insgesamt hatte sich die Position der SS seit dem Frühjahr 1942 konsolidiert. Eine Gefahr des Entzugs der Verfügungsmacht über die KZ-Häftlinge stand

---

75 Die Ermordung kranker und arbeitsunfähiger Häftlinge (Aktion 14f13) sowie die Ermordung jener sowjetischer Kriegsgefangener, die als Politische Kommissare galten (Aktion 14f14), fand schwerpunktmäßig im Jahr 1941 statt. Die Aktion 14f13 wurde im Frühjahr 1942 unter anderem wegen des Bedarfs an Arbeitskräften stark eingeschränkt: *Orth, Das System*, S. 113–131. Zudem ist zu betonen, dass die Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch die 1942 verstärkt einsetzende sofortige Ermordung von ins KZ Auschwitz deportierten Juden im Regelfall nicht in den KZ-Todesstatistiken berücksichtigt wurden, weil die Ermordeten gar nicht erst als KZ-Häftlinge aufgenommen wurden.

im Sommer 1942 nicht mehr zu befürchten. Zudem war es der SS gegenüber Speer und seinen Mitarbeitern gelungen, die Forderung durchzusetzen, dass die Rüstungsbetriebe ihre Fertigungen in die Hauptlager verlegen sollten. Zwar waren bisher nur wenige Betriebe dieser Aufforderung gefolgt, doch dies lag in den Augen der SS nur an der Zaghaftheit der Betriebe, und mit Siemens war immerhin einer der größten deutschen Konzerne für eine Produktionsaufnahme in einem KZ-Hauptlager gewonnen worden. Pohl teilte Himmler Folgendes zu den Verhandlungen am 15. September mit:

„Alle Beteiligten waren sich einig, dass die in den Konzentrationslagern vorhandenen Arbeitskräfte nunmehr für Rüstungsaufgaben von Großformat eingesetzt werden müssen. [...] Die Übernahme geschlossener Rüstungsaufgaben durch uns setzt freilich voraus, dass wir uns von einem Grundsatz verabschieden. Wir dürfen nicht mehr engstirnig darauf bestehen, dass alle Fertigungen in unsere Lager hineinverlegt werden.“<sup>76</sup>

Die SS und das Speer-Ministerium kamen anscheinend also überein, nun tatsächlich in großem Maße KZ-Häftlinge zur Rüstungsfertigung einzusetzen. Dafür zeigte Pohl die Bereitschaft, auf die Forderung zur Verlegung der Fertigung in die Hauptlager zu verzichten. Pohl hatte sich damit von der aus Speers Sicht am stärksten einschränkenden Vorgabe der SS verabschiedet, weil er glaubte, der SS so größeren Einfluss sichern zu können. Pohl berichtete weiter an Himmler:

„Wenn wir morgen aber ein geschlossenes Rüstungswerk mit 5 oder 10 oder 15 tausend Häftlingen übernehmen wollen, so ist es unmöglich, ein solches Werk intra muros zu errichten. Es muß wie Reichsminister Speer es richtig bezeichnete, auf der grünen Wiese liegen. [...] Soweit freie Betriebe nicht vorhanden sind, sollen Rüstungsbetriebe, welche infolge unzureichender Belegschaft ihre volle Kapazität bisher nicht ausgefüllt haben, ganz geleert und alsdann 100%ig durch unsere Häftlinge aufgefüllt werden. [...]

Reichsminister Speer will auf diese Weise kurzfristig den Einsatz von zunächst 50.000 arbeitsfähigen Juden in geschlossenen vorhandenen Betrieben mit vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten gewährleisten. Die für diesen Zweck notwendigen Arbeitskräfte werden wir in erster Linie in

---

76 Schreiben von Pohl an Himmler vom 16.9.1942, BAB, NS 19/14, Bl. 131-133, sowie: StAN, NIK-15392.

Auschwitz aus der Ostwanderung abschöpfen, damit unsere bestehenden betrieblichen Einrichtungen durch einen dauernden Wechsel der Arbeitskräfte in ihrer Leistung und ihrem Aufbau nicht gestört werden. Die für die Ostwanderung bestimmten arbeitsfähigen Juden werden also ihre Reise unterbrechen und Rüstungsarbeiten leisten müssen.“<sup>77</sup>

Speer machte der SS in der Sitzung demnach anscheinend den umfangreichsten Vorschlag zur Übernahme der Leitung von Rüstungsbetrieben, den sie in der Zeit ihres Bestehens erhielt.<sup>78</sup> Entsprechend optimistisch fiel der Brief aus, den Pohl am nächsten Tag an Himmler schrieb: Er sah die SS kurz vor der Übernahme wichtiger Rüstungsfabrikationen. Dafür erklärte sich Pohl nicht nur zur Aufgabe von Himmlers Verordnung zur Fertigung in den Hauptlagern bereit, sondern auch zur Zurückstellung von Hitlers Ziel, das Reich „judenfrei“ zu machen. Die Interessen der SS am – an politischem Gewicht beständig gewinnenden – Rüstungssektor führte in diesem Fall mithin zu der Bereitschaft zur temporären Zurückstellung eines zentralen ideologischen Ziels, der Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden.<sup>79</sup>

Die folgenden Ereignisse sind im Wesentlichen durch Speers Memoiren überliefert, deren Quellenwert aufgrund der durchgehenden Apologetik zweifelhaft ist. Speer zufolge überzeugten ihn in den folgenden Tagen Vertreter der Industrie, Generaloberst Friedrich Fromm und sein Amtsleiter Saur davon, dass eine SS-eigene Rüstungsproduktion für die deutsche Rüstungswirtschaft insgesamt eher nachteilig wäre.<sup>80</sup> Diese Version erscheint insofern nicht unwahrscheinlich, als sie Speer nicht entlastet, sondern deutlich macht, dass Speer von sich aus bereit gewesen wäre, der SS einige

---

77 Ebd. Insbesondere, weil es sich hier um ein SS-internes Schreiben handelt, ist der Gebrauch einer verschleiernenden, zynischen Sprechweise über die Vernichtung der europäischen Juden in diesem Dokument bemerkenswert.

78 Siehe auch: *Kaenig*, Vernichtung, S. 244.

79 *Ulrich Herbert*, Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus, in: *ders.* (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge 1938–1945, Essen 1991, S. 384–425, hier: S. 406.

80 *Albert Speer*, Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS, Stuttgart 1981, S. 39–41.

Rüstungswerke zu überlassen. Auf der Führerbesprechung vom 20. bis 22. September 1942 hatte Speer seine Haltung über eine mögliche SS-Rüstungsfertigung geändert und bemühte sich in Zusammenarbeit mit seinem Amtsleiter Saur, Hitler von seiner neuen Meinung zu überzeugen:

„Den Führer aufmerksam gemacht, dass – über eine geringe Menge von Arbeiten hinaus – es nicht möglich sein wird, in den Konzentrationslagern eine Rüstungsendfertigung aufzuziehen, denn 1. fehlten hierfür die notwendigen Werkzeugmaschinen, 2. die notwendigen Baulichkeiten, während in der Rüstungsindustrie durch Ausnutzung der zweiten Schicht beides noch vorhanden sei.

Der Führer ist mit meinem Vorschlag einverstanden [...]. Ich habe den Führer auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die ich in der Forderung vom Reichsführer SS Himmler sehe, einen massgebenden Einfluss auf diese Betriebe auszuüben. – Auch der Führer hält einen solchen Einfluss nicht für erforderlich.“<sup>81</sup>

Parallel sagte Sauckel bei der Besprechung zu, dass es ihm weiterhin gelingen werde, große Mengen von Zwangsarbeitern nach Deutschland zu transportieren, und dementsprechend ein Verbleib von deutschen Juden in der Rüstungsproduktion nicht notwendig sei. Damit traf er auf entschiedene Zustimmung bei Hitler.<sup>82</sup>

Die Führerbesprechung Ende September 1942 war somit in vielerlei Hinsicht wegweisend. Erstens bedeutete sie das Todesurteil für die Mehrheit der noch in Deutschland eingesetzten jüdischen Rüstungsarbeiter und auch für die jüdischen KZ-Häftlinge in den deutschen Konzentrationslagern. Beide Gruppen wurden nahezu ausnahmslos innerhalb des nächsten halben Jahres in die Vernichtungslager transportiert.<sup>83</sup> Zweitens war es Speer gelungen, Hitler zur Aufhebung der Vorgabe zu bringen, dass KZ-Häftlinge nur innerhalb der Hauptlager zur Rüstungsproduktion eingesetzt werden

---

81 Protokoll der Führerbesprechung vom 20.–22. September 1942, BAB, R 3/1505, Bl. 86–101, hier: Bl. 98f.

82 Ebd., Bl. 101.

83 *Wolf Gruner*, *Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943*, Berlin 1997, S. 294–313; *Orth*, *Das System*, S. 172f. Inzwischen konnte detailliert nachgewiesen werden, dass der Anteil jüdischer Häftlinge innerhalb des KZ-Systems ab dem September 1942 durch Ermordung deutlich abnahm: *Jan-Erik Schulte*, London war informiert. KZ-Expansion und Judenverfolgung. Entschlüsselte KZ-Stärkemeldungen vom Januar 1942 bis zum Januar 1943 in den britischen National Archives in Kew, in: *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus* 22, 2006, S. 207–228, hier: S. 217.

durften. Damit war der Grundstein für die Ausbreitung eines Netzes von KZ-Außenlagern über das Deutsche Reich und Teile der besetzten Gebiete gelegt.<sup>84</sup> Diese grundsätzliche Entscheidung sollte für die wachsende Zahl von Menschen, die nun in die Konzentrationslager verschleppt wurden, von vitaler Bedeutung sein. Speers Initiative bei Hitler sorgte zwar dafür, dass die SS fortan beim Einsatz der KZ-Häftlinge nur noch der Juniorpartner war, gleichwohl trug seine Entscheidung maßgeblich zur Ausweitung des KZ-Systems bei.

### Das Arbeitskräfteproblem im Angesicht erster Niederlagen

Bereits nach der Niederlage in Afrika im November 1942 gab es in der deutschen Bevölkerung kritische Stimmen, die vermuteten, dass die deutsche Regierung nicht die Wahrheit über den Kriegsverlauf preisgab. Diese Stimmen nahmen nach der Niederlage in Stalingrad noch zu. Darauf reagierte insbesondere Joseph Goebbels, der von Hitler forderte, die deutsche Bevölkerung mit den Problemen an der Front zu konfrontieren und einen umfassenderen Einsatz der Bevölkerung für den Krieg zu fordern. Unterstützung erhielt er dabei von Speer, Walther Funk, Sauckel und Robert Ley, die vor allem eine umfassendere Arbeitsverpflichtung der deutschen Frauen und die Schließung nicht kriegswichtiger Produktionsbetriebe forderten. Anfangs stießen diese Stimmen bei Hitler, Göring und anderen hochrangigen NSDAP-Vertretern auf Ablehnung, weil man davor zurückschreckte, der Bevölkerung weitere Belastungen aufzuladen. Mit der sich verschlechternden Lage in Stalingrad änderte sich diese Haltung jedoch zwischen Dezember 1942 und Januar 1943. Nun wurde den widerstrebenden Kräften in der Bürokratie die Schuld an der mangelnden Mobilisierung der Bevöl-

---

84 Die Besprechungen vom 15. bis zum 22. September sind bereits häufig, mal mehr, mal minder gelungen, in der Literatur dargestellt worden. Ich folge in den großen Linien vor allem: *Herbert, Arbeit und Vernichtung*, S. 406f., und *Schulte, Zwangsarbeit*, S. 218–221. Der apologetischen und selbsttheroisierenden Darstellung Speers folgen hingegen zum Beispiel: *Janssen, Ministerium*, S. 99f.; *DRZW*, Bd. 5/2, S. 784. Eine jüngste fehlerleitende Darstellung bei: *Blatman, Todesmärsche*, S. 69f., der die Führerbesprechung nur als Bestätigung der Vorabgespräche zwischen Speer und der SS am 15. September betrachtet.

kerung gegeben.<sup>85</sup> Um diese zu überwinden, sollte die NSDAP in umfassenderem Maße die Mobilisierung in die Hand nehmen.<sup>86</sup>

Im Januar 1943 einigten sich die beteiligten Ressorts dann auf die Bestimmungen für die weitere Mobilisierung der deutschen Bevölkerung für den Kriegseinsatz. Festgehalten wurde diese Einigung im Geheimerlass Hitlers „über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung“.<sup>87</sup> Der Erlass hatte vier Schwerpunkte: 1. Überprüfung der unabkömmlich (uk) gestellten Arbeitskräfte, 2. Freigabe von in Staat und Partei bei nicht kriegswichtigen Aufgaben eingesetzten Arbeitskräften, 3. Meldepflicht für alle Männer von 16 bis 65 und alle Frauen von 17 bis 50 Jahren, 4. Stilllegung nicht kriegswichtiger Betriebe. Zur Überwachung und Umsetzung der Maßnahmen wurde ein Dreiergremium, bestehend aus den Chefs der Parteikanzlei, der Reichskanzlei und des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Martin Bormann, Hans Heinrich Lammers und Wilhelm Keitel, eingesetzt.<sup>88</sup>

Zur Begleitung der Umsetzung des Erlasses und der Einstimmung der deutschen Bevölkerung auf künftige Entbehrungen hielt Goebbels am 18. Februar 1943 seine berühmt-berüchtigte Sportpalastrede über den „Totalen Krieg“. In der Umsetzung des Erlasses kam es jedoch schnell zu Widerständen, welche die Reichweite der Maßnahmen beschränkte. Speer und die Industrie wandten sich gegen die weitere Einziehung von Schlüsselkräften zur Wehrmacht und befürworteten stattdessen die Schließung nicht kriegswichtiger Betriebe. Hiergegen protestierten jedoch Vertreter des Handels, des Handwerks und der Konsumgüterindustrie, wobei sie meistens von den jeweiligen Gauleitern, in deren Bezirken Spartenschwerpunkte lagen, un-

---

85 Deutschland im zweiten Weltkrieg (im Folgendem: DZW), hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von *Wolfgang Schumann* und *Gerhart Hass*, 6 Bde., Berlin, 1975–1985, hier: Bd. 3, S. 179–184.

86 Verankert wurde diese neue Aufgabe durch Hitlers Erlass über die Rechtsstellung der NSDAP vom 12. Dezember 1942, welcher den Parteiapparat über die staatlichen Verwaltungsstellen erhob und mehr Rechte zubilligte: RGBl. Nr. 131 vom 30.12.1942, S. 733–734.

87 Erlass vom 13.1.1943, BAB, R 43 II/662, Bl. 3ff.

88 *Ludolf Herbst*, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, S. 207–209; *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 124–127; DZW, Bd. 3, S. 188–190.

terstützt wurden. Gegen diese Widerstände hielt Speer vor den Gauleitern am 21. Juni 1943 eine Rede für weitere Stilllegungen, zu deren Umsetzung er sieben Tage später von Hitler in einem Erlass weitere Kompetenzen zugeteilt bekam.<sup>89</sup> Trotz allem blieben die Erfolge der Maßnahmen angesichts des Arbeitskräftemangels beschränkt. Die den Zeitraum vom Mai 1942 bis Mai 1943 abbildenden Zahlen zeigen, dass gegenüber dem Vorjahr 370.000 zusätzliche weibliche deutsche Arbeitskräfte gewonnen werden konnten.<sup>90</sup> Demgegenüber stand jedoch ein Verlust von 1,4 Millionen männlichen deutschen Arbeitskräften, der auch durch die Umsetzung von etwa 150.000 durch Stilllegungen frei gewordener Kräfte in die kriegswichtigere Industrie kaum aufgefangen werden konnte.<sup>91</sup>

Deswegen forcierten die deutschen Stellen weiterhin die Heranschaffung von Zwangsarbeitern, um die Abgabe deutscher Arbeitskräfte an die Wehrmacht innerhalb der deutschen Kriegsproduktion zu kompensieren. Sauckel und seiner Behörde gelang es dabei bis zum Sommer 1943, die hohen Erwartungen halbwegs zu erfüllen. Von Mai 1942 bis zum Mai 1943 wurden etwa zwei Millionen neuer Zwangsarbeiter nach Deutschland gebracht. In der Zeit vom Mai 1942 bis zum Mai 1944 machten ausländische Zwangsarbeiter etwa 89% des gesamten Arbeitskräftezuwachses in Deutschland aus, während die Mobilisierung neuer deutscher Arbeitskräfte nur etwa 11% erreichte.<sup>92</sup> Dabei wurden nun auch in wesentlich stärkerem Maße als zuvor Arbeitskräfte aus den westeuropäischen Ländern zur Arbeit nach Deutschland verschleppt. Die Zahl der französischen Arbeiter in Deutschland stieg

---

89 *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 129.

90 Hierbei ist festzuhalten, dass die von der Forschung jahrelang behauptete These, dass in Deutschland Frauen aufgrund der ideologischen Position der NSDAP weniger zum Kriegseinsatz herangezogen wurden als in den USA oder Großbritannien, nicht haltbar ist. Zwar wurde die Zahl der arbeitenden Frauen in Deutschland in geringerem Umfang als in den USA und Großbritannien erhöht, aber dies lag darin begründet, dass in Deutschland schon vor 1939 ein höherer Anteil an Frauen arbeitete. Der Anteil der Frauen an der Gesamtarbeitsbevölkerung war in Deutschland trotz der NSDAP-Ideologie schon 1939 höher, als er in den USA oder Großbritannien zu allen Zeiten des Kriegs erreicht wurde. Im Deutschen Reich arbeiteten bereits 1939 51% aller Frauen im arbeitsfähigen Alter, während dies in Großbritannien auch 1944 erst 41% taten. Vgl. *Tooze*, *Wages*, S. 358f.

91 *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 226–237; *Herbst*, *Totaler Krieg*, S. 207–218.

92 *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 234f.

von 134.000 Ende 1942 auf 667.000 Ende 1943, bei Belgien von 131.000 auf 223.000 und bei den Niederländern von 154.000 auf 274.000, sodass die Zahl der westeuropäischen Arbeiter insgesamt um 745.000 auf insgesamt 1,2 Millionen anstieg. Die Hauptlast trugen aber nach wie vor Zwangsarbeiter aus den besetzten sowjetischen Gebieten. Ihre Zahl wurde im gleichen Zeitraum von 1,1 Millionen auf 1,8 Millionen gesteigert.<sup>93</sup> Die aus deutscher Sicht weiterhin erfolgreiche Politik der Zwangsarbeiterverschleppung sorgte dafür, dass die Zugriffsversuche der deutschen Industrie auf die Arbeitskraft der KZ-Häftlinge bis zum Sommer 1943 zwar anstiegen, aber noch keineswegs ein „Wettlauf“ der Industrie um KZ-Häftlinge einsetzte.

### **Die Steigerung der Häftlingszahlen in den Konzentrationslagern nach den militärischen Niederlagen im Winter 1942/43**

Ganz im Gegensatz zu Speers Behauptung, Himmler habe sich „nur mit äußerster Zurückhaltung an den im September 1942 von Hitler angeordneten Maßnahmen“<sup>94</sup> beteiligt, bemühte sich die SS ab diesem Zeitpunkt in stärkerem Maße, die Konzentrationslager an die Erfordernisse des Arbeitseinsatzes anzupassen und nun auch die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern zu senken. Eines der Hauptziele der SS war es, das System der Konzentrationslager weiter auszubauen und vor allem mehr Menschen in ihnen einzusperrern, um auch mehr Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Dies schien sowohl Himmler wie Pohl in Zeiten des Arbeitskräftemangels ein guter Weg zu sein, um die eigene Macht zu steigern.

Allerdings hätten in Zeiten knapper Arbeitskräfte auch viele Arbeitgeber und behördliche Stellen Gründe genug gehabt, gegen die Verschleppung ihrer Arbeitskräfte in ein Konzentrationslager zu protestieren. Speer hat in seinen autobiografischen Schriften stets behauptet, dies getan zu haben, und tatsächlich stimmt dies auch für das Jahr 1944. Doch Ende 1942 waren sowohl das Speer-Ministerium wie andere behördliche Stellen, teilweise aber auch die Industrieunternehmen, Vertreter von schärferen Repressionen. So

---

<sup>93</sup> *Herbert*, *Fremdarbeiter*, S. 293 und 297.

<sup>94</sup> *Speer*, *Sklavenstaat*, S. 45.

schlug Speer während einer Sitzung der Zentralen Planung Ende Oktober 1942 vor: „SS und Polizei könnten hier ruhig hart zufassen und die Leute, die als Bummelanten bekannt sind, in KZ-Betriebe stecken. Anders geht es nicht. Das braucht nur ein paarmal zu passieren, das spricht sich herum.“<sup>95</sup> Speer trug damit dazu bei, dass die SS in zunehmendem Maße osteuropäische Zwangsarbeiter in die Konzentrationslager verschleppte. Das RSHA konnte so ein vereinfachtes Einweisungsverfahren für Zwangsarbeiter aus Osteuropa durchsetzen, demzufolge die örtlichen Stapo-Stellen und Stapo-Leitstellen die Einweisung ohne Antrag beim RSHA vornehmen konnten. Diese Regelung wurde zuerst Mitte 1942 für sowjetische Zwangsarbeiter eingeführt<sup>96</sup>, dann im März 1943 für sowjetische Kriegsgefangene<sup>97</sup> und im Mai 1943 für polnische Zwangsarbeiter.<sup>98</sup> Die Idee Speers und der Industrie, die Konzentrationslager wie die Arbeitererziehungslager als kurzfristige Stätten zur Erziehung zur Arbeit durch Brutalität zu nutzen, scheiterte jedoch an der SS. Bereits im Februar 1943 hatte das RSHA andere Pläne:

„Das Reichssicherheitshauptamt hat auf hiesigen Antrag angeordnet, daß sowjetrussische Zivilarbeiter (Ostarbeiter) – von ganz besonderen Ausnahmefällen abgesehen – aus den Konzentrationslagern nicht mehr zu entlassen sind. Auf die bisherige Regelung, Ostarbeiter nach einer bestimmten Zeit aus den Konz.-Lagern zu entlassen und an ihre alten Arbeitsplätze zurückzubringen, die ursprünglich wegen der erzieherischen Wirkung dieser Maßnahme getroffen war, wird mit Rücksicht auf die Sicherung der in den Konzentrationslagern laufenden Rüstungsproduktionen verzichtet.“<sup>99</sup>

---

95 Bericht über die Besprechung der Zentralen Planung am 30.10.1942, StAN, 124-R.

96 *Kainburg*, Vernichtung, S. 303; *Martin Broszat*, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: *ders./Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick*, Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, München 1967, S. 11–133, hier: S. 122. Die Einweisung der sowjetischen Zwangsarbeiter erfolgte, auch im Gegensatz zur Einweisung polnischer Zwangsarbeiter, völlig außerhalb des Schutzhaftverfahrens durch Absprachen zwischen den Stapo-Stellen und den Arbeitsämtern.

97 *Christian Streit*, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, Bonn 1997 (zuerst 1978), S. 255f.

98 Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 4.5.1943, BAB, NS 3/426, Bl. 56–57.

99 Schreiben des SS-WVHA, Amtsgruppe D (Liebehenschel), an die KZ-Kommandanten vom 26.3.1943 mit Bezugnahme auf ein Schreiben des RSHA vom 20.3.1942, BAB, NS 3/426, Bl. 41, und StAN, NO-1238.

Die SS versuchte, dieses Vorgehen jedoch vor anderen Dienststellen zu vertuschen:

„Aus kriegswichtigen, hier nicht näher zu erörternden Gründen, hat der Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei am 14. Dezember 1942 befohlen, daß bis Ende Januar 1943 mindestens 35 000 arbeitsfähige Häftlinge in die Konzentrationslager einzuweisen sind. Um diese Zahl zu erreichen, ist folgendes erforderlich: 1. Ab sofort – zunächst bis zum 1. Februar 1943 – werden Ost- oder solche fremdvölkischen Arbeiter, welche flüchtiggegangen oder vertragsbrüchig geworden sind und nicht den verbündeten, befreundeten oder neutralen Staaten angehören [...] auf dem schnellsten Wege in die Konzentrationslager eingeliefert. Dritten Dienststellen gegenüber muß gegebenenfalls jede einzelne dieser Maßnahmen als unerläßliche sicherheitspolizeiliche Maßnahme unter entsprechender sachlicher Begründung aus dem Einzelfall heraus dargestellt werden, so daß Beschwerden vermieden, jedenfalls aber ausgeräumt werden.“<sup>100</sup>

Auffällig ist, wie klar in der SS-internen Kommunikation die ausschließliche Begründung dieser Maßnahme durch den Arbeitseinsatz offengelegt und jede erzieherische oder sicherheitspolitische Bedeutung intern auf ein Minimum reduziert wurde, während sie gegenüber den anderen Stellen betont werden sollte.

Die Frage ist aber auch, ob Speer und die Industrie im Frühjahr 1943 nicht protestierten, weil die Überstellung von Zwangsarbeitern in die Konzentrationslager nicht ein Ausmaß annahm, welches ihnen bedenklich schien. Ganz so still und leise wie die SS es sich wünschte und wie Speers Memoiren den Eindruck erwecken könnten, gingen diese Maßnahmen jedenfalls nicht vonstatten, weil die SS sich zur Durchführung mit der Justiz abstimmen musste. In diesen Verhandlungen versuchte die SS nicht nur die Bestrafung osteuropäischer Zwangsarbeiter in ihre Hände zu verlagern, sondern auch einen Teil der Häftlinge aus den Gefängnissen überstellt zu bekommen. Die Situation war im Herbst 1942 insofern günstig, als mit Otto Thierack im August des Jahres ein langjähriger Nationalsozialist als neuer Justizminister ernannt worden war.

---

100 Geheimbefehl des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an alle Befehlshaber, Inspektoren und Kommandeure der Sipo und des SD vom 17.12.1942, StAN, 1063(d)-PS, abgedr. in: IMT, Bd. 26, S. 701–703; auch Teilabdruck in: *Speer, Sklavenstaat*, S. 434f., unter der Überschrift „Himmels Betrug“.

Noch vor Himmler nahmen Hitler und Goebbels auf Thierack Einfluss, um ihre Erwartungen an ihn von Beginn an offenzulegen.<sup>101</sup> Thierack notierte sich vom Gespräch mit Goebbels:

„Hinsichtlich der Vernichtung asozialen Lebens steht Dr. Goebbels auf dem Standpunkt, daß Juden und Zigeuner schlechthin, Polen, die etwa 3 bis 4 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hätten, Tschechen und Deutsche, die zum Tode, lebenslangen Zuchthaus oder Sicherungsverwahrung verurteilt wären, vernichtet werden sollten. Der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste.“<sup>102</sup>

Als Himmler sich vier Tage später mit Thierack traf, war dieser schon auf die von Goebbels formulierte Richtung eingeschworen, die sich fast wortwörtlich in der Absprache zwischen Thierack und Himmler wiederfindet.<sup>103</sup> In den Vereinbarungen war auch von einer Übergabe der Bestrafung von „Polen, Russen, Juden und Zigeuner[n]“ an den Reichsführer-SS die Rede. Thierack hatte diese Zusage vermutlich ausschließlich auf die besetzten Gebiete bezogen. In einer Erläuterung seiner Absprache mit Himmler gegenüber Bormann heißt es:

„Unter dem Gedanken der Freimachung des deutschen Volkskörpers von Polen, Russen, Juden und Zigeunern und unter dem Gedanken der Freimachung der zum Reich kommenden Ostgebiete als Siedlungsland für das deutsche Volkstum beabsichtige ich, die Strafverfolgung gegen Polen, Russen, Juden und Zigeunern dem Reichsführer SS zu überlassen. Ich gehe hierbei davon aus, daß die Justiz nur in kleinem Umfang dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volkstums auszurotten.“<sup>104</sup>

Das RSHA verkündete aber in Erlassen im Oktober und November 1942, dass die Zuständigkeit bei der Verfolgung von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern auch im Reich von der Justiz an die Polizei übergegangen

---

101 Zu den Gesprächen mit Hitler: *Nikolaus Wachsmann*, „Annihilation through Labour“: The Killing of State Prisoners in the Third Reich, in: *Journal of Modern History* 71, 1999, S. 624–659, hier: S. 628.

102 Aufzeichnung Thieracks über ein Gespräch mit Goebbels am 14.9.1942, StAN, PS-682. Auch: *Jens-Christian Wagner*, Das Außenlagersystem des KL Mittelbau-Dora, in: *Herbert/Orth/Dieckmann*, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 2, S. 707–729, hier: S. 720.

103 Aufzeichnung Thierack über ein Gespräch mit Himmler vom 18.9.1942, StAN, PS-654, abgedr. in: IMT, Bd. 26, S. 200–202.

104 Schreiben Thierack an Bormann vom 13.10.1942, StAN, PS-1063(a), abgedr. in: IMT, Bd. 26, S. 697–699.

sei.<sup>105</sup> Zudem machte sich die SS nach dem oben bereits zitierten Befehl Himmlers von Mitte Dezember auch bereits an die Umsetzung der neuen Regelung. Nach Protesten der Gauleiter in der besetzten Sowjetunion sowie des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete nahm das Reichsjustizministerium seine Zustimmung zur Kompetenzübergabe jedoch zurück. Hinzu kam, dass Goebbels sich nach der Niederlage in Stalingrad im Rahmen seiner „Totalen Krieg“-Propaganda zunehmend für die Gleichbehandlung der osteuropäischen Zwangsarbeiter und die Einhaltung von Mindeststandards einsetzte. Aus den Verhandlungen der verschiedenen Instanzen auf Goebbels Initiative hin entstand im April 1943 ein Merkblatt, welches die Gleichbehandlung von ost- und westeuropäischen Zwangsarbeitern forderte. Parallel konnte sich jedoch das RSHA gegenüber dem Justizministerium in der entscheidenden Sitzung Ende März 1943 durchsetzen. Es erhielt unter anderem durch die massive Unterstützung Bormanns die Zuständigkeit für die Verfolgung aller Straftaten von polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in seine Zuständigkeit. Widersprüche vonseiten des Speer-Ministeriums oder der Industrie gegen diese Entscheidung, scheint es nicht gegeben zu haben.<sup>106</sup>

Die Ergebnisse der Entscheidungen im Frühjahr 1943 waren in gewisser Weise paradox und lassen sich nur durch den Rassismus der Entscheidungsträger und deren gleichzeitigen Wunsch, den Krieg noch zu gewinnen, erklären. Zum einen wurde eine generelle Besserstellung der osteuropäischen Zwangsarbeiter propagiert, zum anderen wurde die Repression gegen sie aber noch einmal massiv verschärft. Die SS sah diesen Widerspruch jedoch zumindest nach außen hin kaum. Für sie sicherte die harte Behandlung der wenigen offen feindlich agierenden osteuropäischen Zwangsarbeiter das Wohlverhalten der großen Masse:

„Wir müssen uns auch darüber klar sein, dass wir 6 bis 7 Millionen Ausländer in Deutschland haben. Vielleicht sind es jetzt sogar 8 Millionen. Wir haben Gefangene in Deutschland. Die sind alle nicht gefährlich, solange wir bei der kleinsten Kleinigkeit hart zu-

---

105 Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 284. Zur Sicht des RSHA und insbesondere Bruno Streckenbachs auf die Verhandlungen mit Thierack: *Michael Wildt*, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 644–646.

106 Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 275–287.

schlagen. [...] Jedes kleine Feuerchen wird sofort ausgetreten und ausgemacht und gelöscht, sonst kann – wie bei einem wirklichen Feuer – politisch-psychologisch im Volk ein Flächenbrand entstehen.“<sup>107</sup>

In der Realität ließ sich die erwünschte saubere Scheidung jedoch keineswegs vornehmen, und die Verschärfung der Repression führte dazu, dass sich die osteuropäischen Zwangsarbeiter weiterhin als gefangene und nicht erwünschte Menschen zweiter Klasse fühlten, auch wenn sich materiell partielle Verbesserungen einstellten. In gewisser Weise war die Zwangsarbeiterpolitik damit in einem ähnlichen Zwiespalt, wie die deutsche Besatzungspolitik nach der Niederlage bei Stalingrad: Einerseits wurde die Europa-Propaganda massiv gesteigert und teilweise auch die Situation der einheimischen Bevölkerung verbessert, auf der anderen Seite stieg das Niveau der Repression bei Anzeichen von Widerstand dramatisch an. Für die SS hatte die Einigung im Frühjahr 1943 die positive Folge, dass sie nun die Steigerung der Einweisung der osteuropäischen Zwangsarbeiter in die Konzentrationslager weitgehend in der eigenen Hand hatte.

Neben der Frage der Zuständigkeit bei der Strafverfolgung von osteuropäischen Zwangsarbeitern hatten Thierack und Himmler im September 1942 auch die Überstellung bereits in den Gefängnissen einsitzender Häftlinge in die Konzentrationslager verabredet. Himmlers Befehl vom 14. Dezember 1942, in dem die Neueinweisung von 35.000 neuen Häftlingen in die Konzentrationslager gefordert wurde, sollte nicht nur durch die Verhaftung osteuropäischer Zwangsarbeiter umgesetzt werden, sondern unter Punkt 2 hieß es dort:

„Die Befehlshaber und Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD und die Leiter der Staatspolizei(leit)stellen überprüfen sofort unter Zugrundelegung eines besonders scharfen und engen Maßstabes a) die Hafträume b) die Arbeitserziehungslager. Alle arbeitseinsatzfähigen Häftlinge sind, wenn es sachlich und menschlich irgendwie zu vertreten ist, sofort nach den folgenden Richtlinien in das nächstgelegene KZ zu überstellen. [...] *Es kommt auf jede Arbeitskraft an!*“<sup>108</sup>

---

107 Rede Himmlers bei der Gruppenführertagung in Posen am 4.10.1943, StAN, 1919-PS, abgedr. in: IMT, Bd. 29, S. 110–172, hier: S. 133.

108 Geheimbefehl des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an alle Befehlshaber, Inspektoren und Kommandeure der Sipo und des SD vom 17.12.1942, StAN, 1063(d)-PS, abgedr. in: IMT, Bd. 26, S. 701–703, hier: S. 702 (Hervorhebung im Original).

Noch vor der Verkündung von Himmlers Befehl hatte die Justiz bereits im November mit der Überstellung von Häftlingen aus den Gefängnissen begonnen. In der Zeit vom November 1942 bis zum Sommer 1943 überstellte die Justiz knapp über 20.000 Häftlinge in die Konzentrationslager.<sup>109</sup> Die Justiz kam in diesem Fall nicht nur den Wünschen der SS nach, vielmehr entwickelten regionale Gefängnisdirektoren ein hohes Maß an Eigeninitiative. Neben der vielfachen ideologischen Übereinstimmung hinsichtlich der „Bekämpfung und Vernichtung asozialer Elemente“ sprachen für die Verantwortlichen auch weitere Faktoren für eine entsprechende Beteiligung. Die Überstellungen boten die Möglichkeit, die Überbelegung der Gefängnisse zu reduzieren. Zudem ergab sich die Chance, die aufsässigen und die kränklichsten Häftlinge an die SS abzuschieben. So konnten die Gefängnisverwalter die Stimmung unter ihren Vollzugsbeamten verbessern und gleichzeitig die zu diesem Zeitpunkt fast überall auf dem Prüfstand stehende Arbeitsproduktivität der Gefängnisse durch das Abschieben der Kranken gesteigert werden.<sup>110</sup>

Unklarer ist, wie viele neue Häftlinge durch die direkte Überstellung von festgenommenen osteuropäischen Zwangsarbeitern in die Konzentrationslager kamen. In der Forschung dominiert bisher die Vorstellung, dass im Frühjahr 1943 nicht nur die nach Himmlers Forderung noch ausstehenden 15.000 neuen Häftlinge, sondern bereits eine deutlich größere Anzahl von osteuropäischen Zwangsarbeitern in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Hermann Kaienburg geht von 20.000 bis 25.000 eingewiesenen Zwangsarbeitern pro Monat in der ersten Hälfte des Jahres 1943 aus.<sup>111</sup> Ulrich Herbert überträgt sogar die von Speer 1944 geäußerte Zahl von monatlich 40.000 in die Konzentrationslager überstellten Zwangsarbeitern auf das Frühjahr 1943, auch wenn er hinzufügt, dass die Zahl vielleicht etwas hoch sein könnte.<sup>112</sup>

---

109 Wachsmann, *Annihilation*, S. 636f.

110 Ebd., S. 647–649.

111 Kaienburg, *Vernichtung*, S. 302f.

112 Herbert, *Arbeit und Vernichtung*, S. 410.

Beide Zahlen erscheinen jedoch deutlich zu hoch angesetzt, weil dann fast alle Neueinweisungen in dieser Zeit in die Konzentrationslager aus Zwangsarbeitern bestanden hätten, was definitiv nicht der Fall war. In Wirklichkeit dürfte es im Jahr 1943 eher zu einer Ausweitung der Einweisung in die Arbeitserziehungslager gekommen zu sein, welche weiterhin die Haupthaftorte für – aus Sicht der Polizeibehörden – auffällig gewordene osteuropäische Zwangsarbeiter im Reich blieben.<sup>113</sup> Nur ein kleiner Teil der osteuropäischen Zwangsarbeiter wurde von den Arbeitserziehungslagern aus in ein Konzentrationslager überstellt. Gabriele Lotfi geht davon aus, dass die Arbeitserziehungslager bis zum Frühjahr 1944 als Haupthaftorte fungierten und die SS erst dann versuchte, die grundsätzliche Überstellung in die Konzentrationslager durchzusetzen. Bis dahin wurden nur gelegentliche Sonderaktionen zur Auffüllung der Konzentrationslager durch Häftlinge aus den Arbeitserziehungslagern durchgeführt, von denen die Sonderaktion im Frühjahr 1943 die bedeutendste war.<sup>114</sup>

Im Folgenden soll die Zahl der in die KZ überstellten osteuropäischen Zwangsarbeiter anhand der Gesamtzahlen der Häftlinge in den Konzentrationslagern bis zum Sommer 1943 näher eingegrenzt werden. Hierfür muss nach wie vor auf die Angaben zurückgegriffen werden, die Pohl im September 1943 an Himmler übermittelte.<sup>115</sup> Laut Pohl befand sich 1942 im August mit 115.000 Häftlingen die größte Zahl von Menschen in den Konzentrationslagern. Zur Häftlingszusammensetzung geben die von der britischen Gegenspionage entschlüsselten Funkmeldungen über die Belegung einiger der wichtigsten Lager Auskunft.<sup>116</sup> Am 1./2. September 1942 waren demnach unter den 80.186 (also etwa 70% aller 115.000 Häftlinge) in den Funksprüchen aufgeführten Häftlingen 34.512 (43%) Juden, 15.150 (19%) Polen, 14.379 (18%) Deutsche und 1.966 (2,5%) sowjetische Kriegsgefangene.

---

113 *Gabriele Lotfi*, *KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*, Stuttgart 2000, S. 216–237.

114 *Ebd.*, S. 189f. und 236f.

115 Schreiben Pohl an Himmler vom 30.9.1943, StAN, 1469-PS, und: BAB, NS 19/1542, Bl. 98–103. Zur Kritik insbesondere an den dort genannten Sterblichkeitsraten siehe weiter unten.

116 *Schulte*, London war informiert. Die erfassten Lager sind: Dachau, Mauthausen, Buchenwald, Flossenbürg, Auschwitz, Niederhagen, Lublin und Stutthof.

Diese Statistik dürfte insoweit verzerrt sein, weil hier die drei großen Lager in den beziehungsweise nahe den vormals polnischen Gebieten (Auschwitz, Lublin und Stutthof) enthalten sind, in denen es deutlich mehr jüdische und polnische Häftlinge gab, während in den nicht berücksichtigten Lagern im „Altreich“ (unter anderem Sachsenhausen, Ravensbrück, Neuengamme) mindestens ein Drittel, wenn nicht gar über die Hälfte der Häftlinge vermutlich nach wie vor deutsch war, wie es in Dachau (42%), Buchenwald (37%) oder Flossenbürg (62%) im August 1942 der Fall war. So dürften im gesamten KZ-System vermutlich noch etwa 25% der Häftlinge deutscher Nationalität gewesen sein. Von den nachweisbaren Gruppen konnte es sich nur bei den polnischen Häftlingen bereits um Zwangsarbeiter im Reich gehandelt haben. Mehr als zwei Drittel der 15.150 polnischen Häftlinge befanden sich jedoch in den Lagern Auschwitz, Stutthof und Lublin, wo es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um politische Häftlinge handelte, die nicht als Zwangsarbeiter im Reich eingesetzt gewesen waren.

Durch die hohe Sterblichkeit fiel die Gesamthäftlingszahl auf 83.500 im November und 88.000 im Dezember. Im Januar 1943 gab es dann laut Pohl den höchsten monatlichen Einlieferungsschub mit fast 50.000 neuen Häftlingen. In den folgenden Monaten trafen monatlich jeweils 20.000 bis 35.000 neue Häftlinge ein, sodass im Mai die Gesamtzahl auf 203.000 angestiegen war. Im Juni sank die Zahl auf 199.500, weil kaum neue Häftlinge eingewiesen wurden. Im Juli und August stieg die Zahl langsam wieder an und erreichte im August 224.000. Die Zahlen zeigen, dass in den ersten fünf Monaten des Jahres zumindest Kaienburgs Zahlen erreicht worden sein könnten, wenn es nicht auch andere Einlieferungsschübe oder Gründe für den Anstieg der Gesamtzahlen gegeben hätte.

Eine Aufschlüsselung der Gesamthäftlingszahl auf die einzelnen Konzentrationslager zeigt aber erstens, dass es Neugründungen von Konzentrationslagern in den besetzten Gebieten gab, deren Häftlingszahl auf die Neueingelieferten angerechnet wurde. Allerdings ist deren Belegung bei den Gesamtzahlen nur von geringer Bedeutung (Riga 3.000 und Herzogenbusch 2.500 Häftlinge). Bedeutsamer ist jedoch zweitens, dass das KZ Auschwitz den mit Abstand größten Anstieg an Häftlingszahlen zu verzeichnen hatte.

Im August 1943 waren insgesamt 74.000 Häftlinge (davon 26.000 Frauen) in Auschwitz eingesperrt, während es im Dezember 1942 erst etwa 30.000 gewesen waren.<sup>117</sup> Hinzu kam, dass auch im Konzentrationslager Lublin inzwischen mehr als 15.000 Menschen inhaftiert waren, was einem Anstieg von mindestens 5.000 Häftlingen seit dem Winter entsprach.<sup>118</sup> Das heißt, dass mindestens 50.000 der neuen Häftlinge in der ersten Hälfte des Jahres 1943 in Auschwitz und Lublin inhaftiert wurden. In beiden Lagern wurden aber zu diesem Zeitpunkt so gut wie keine osteuropäischen Zwangsarbeiter aus dem Reich untergebracht, sondern zum einen jüdische Häftlinge und zum anderen polnische politische Gefangene, sowie Häftlinge aus den besetzten sowjetischen Gebieten.<sup>119</sup>

Wenn wir Pohls Gesamtzahlen halbwegs Glauben schenken, dann kam es von Anfang Januar 1943 bis Ende August 1943 zu etwa 200.000 Neueinlieferungen in die Konzentrationslager.<sup>120</sup> Davon waren 50.000 jüdische oder polnische Häftlinge in Auschwitz und Lublin, 20.000 Häftlinge aus den Gefängnissen des Reichs und 5.000 Häftlinge in neuen Konzentrationslagern außerhalb des Reichs. Dementsprechend blieben 125.000 Neueinlieferungen übrig, deren genaue Herkunft bisher unklar ist. Auf acht Monate verteilt hieße das, dass ein monatlicher Zugang von mehr als 15.000 Häftlingen übrig bleibt, der aus osteuropäischen Zwangsarbeitern im Reichsgebiet be-

---

117 Zur letzten Zahl: *Tadeusz Iwaszko*, Haftgründe und Häftlingskategorien, in: *Dlugoborski/Piper*, Auschwitz, Bd. 2, S. 9–48, hier: S. 46; *Schulte*, London war informiert, S. 223.

118 Zu den Zahlen vom August 1943: Schreiben Pohl an Himmler vom 30.9.1943, StAN, 1469-PS, und: BAB, NS 19/1542, Bl. 98–103. Zu den Zahlen vom Winter 1942: *Schulte*, London war informiert, S. 224f.

119 In einem Schreiben des Chefs der Sipo und des SD an Pohl vom 31.12.1942 heißt es: „Es ist Vorsorge getroffen, daß alle polnischen Häftlinge, die in den Gefängnissen des Generalgouvernements einsitzen und deren Verwahrung für längere Zeit notwendig ist, ebenfalls umgehend in die KL übergeführt werden“; BAB, NS 19/1829. Daneben führte die SS aber auch verstärkt sogenannte „Bandenjagden“ in Russland durch. Himmler schrieb hierzu: „Bei den Aktionen gegen die Banden sind die bandenverdächtigen Männer, Frauen und Kinder zu sammeln und in Sammeltransporten in die Lager Lublin und Auschwitz zu verbringen.“; Schreiben Himmler an die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) in Russland vom 6.1.1943, abgedr. in: *Helmut Heiber* (Hrsg.), *Reichsführer!*, Briefe an und von Himmler, Stuttgart 1968, S. 225–226, hier: S. 225.

120 Bei aller Skepsis dürfte diese Zahl nicht deutlich zu niedrig sein. So geht etwa Eugen Kogon für das gesamte Jahr 1943 von 262.550 Neueinlieferungen aus. Vgl. *Kogon*, SS-Staat, S. 171.

standen haben könnte. Da wir jedoch wissen, dass es nach wie vor auch zur neuen Inhaftierung von deutschen Menschen und zur Überweisung westeuropäischer oder südosteuropäischer politischer Häftlinge (zum Beispiel auch der „Nacht- und Nebel“-Häftlinge) kam, muss tendenziell davon ausgegangen werden, dass monatlich im ersten Halbjahr 1943 höchstens 10.000 osteuropäische Zwangsarbeiter im Reichsgebiet in die Konzentrationslager überwiesen wurden.

Wenn damit die deutlich zu hoch angesetzten Zahlen von Kaienburg und Herbert korrigiert werden, soll keineswegs der Eindruck erwecken, dass es sich hierbei um vernachlässigenswerte Größen handelt. Sauckels Behörde gelang es im ersten und zweiten Quartal 1943 jeweils etwa 500.000 neue Zwangsarbeiter ins Reich zu verschleppen, also monatlich circa 170.000 Menschen. Das hieße, dass die SS jeden 17. neu herbeigeschafften Zwangsarbeiter in ein KZ gesperrt hätte. Bei einer Gesamtzahl von etwa fünf Millionen ausländischen zivilen Zwangsarbeitern, die sich im Frühjahr 1943 bereits im Reich befanden, nähme sich der Anteil der ins KZ Verschleppten jedoch geringer aus. Es wären dann circa 2% der gesamten zivilen Zwangsarbeiter, die im ersten Halbjahr 1943 ins Konzentrationslager gekommen wären.

Für die einzelnen Konzentrationslager war der Einweisungsschub hingegen bedeutsamer. Vom Dezember 1942 bis zum August 1943 hatte sich die Gesamtzahl der Häftlinge fast verdreifacht. Am dramatischsten war der Anstieg ohne Zweifel im KZ Auschwitz. Dies zeigt, dass Auschwitz 1942/43 nicht nur eines der Zentren des Mordes an den europäischen Juden geworden war, sondern auch zu einer zentralen Drehscheibe für den Häftlingseinsatz in der Rüstungsindustrie. Für die jüdischen Häftlinge wurde dabei bereits im Frühjahr 1942 das Prinzip der systematischen „Selektion“ herausgebildet. Während bis zu diesem Zeitpunkt ankommende Transporte mit jüdischen Häftlingen entweder in ihrer Gesamtheit ins Lager aufgenommen oder ermordet wurden, selektierte die SS bei der Ankunft eines Transports von 1.054 slowakischen Juden und Jüdinnen am 29. April 1942 423 Männer und 300 Frauen als „arbeitsfähig“ aus, während 331 ältere Menschen und Kinder als „nicht arbeitsfähig“ deklariert und sofort ermordet

wurden.<sup>121</sup> Damit stand neben der steigenden Zahl polnischer Häftlinge auch eine steigende Zahl jüdischer Häftlinge für den Arbeitseinsatz im KZ Auschwitz zur Verfügung.

Während in den Konzentrationslagern im alten Reichsgebiet jedoch tendenziell ein beständiger Mangel an einsatzfähigen Häftlingen für die angeordneten Rüstungsarbeiten herrschte, gab es im KZ Auschwitz eher ein Überangebot von Häftlingen gegenüber deren Einsatzmöglichkeit. So waren beispielsweise im Mai 1943 47.177 Häftlinge in Auschwitz inhaftiert, von denen 41.300 als arbeitsfähig galten, von denen jedoch nur 22.836 zur Arbeit eingesetzt wurden.<sup>122</sup>

Aufgrund des Mangels an kriegswichtiger Arbeit im KZ Auschwitz hätte die SS eigentlich ein hohes Interesse an Überstellungen in Konzentrationslager im Reich haben müssen, da hier der Bedarf an Arbeitskräften deutlich höher war. Da jedoch jüdische Häftlinge nicht ins „Altreich“ transportiert werden durften, gab es diese Option hinsichtlich der größten Häftlingsgruppe in Auschwitz zu jener Zeit nicht. Zudem ergriff die SS diese Möglichkeit auch für die zahlenmäßig nächstgrößten Gruppen, die polnischen und die tschechischen Häftlinge, anfangs nur in begrenztem Umfang.

Im Herbst 1942 forderte das SS-WVHA den Transport von polnischen Häftlingen in die Konzentrationslager als Ausgleich für die Deportation deutscher Juden aus den Konzentrationslagern im Reich nach Auschwitz. Maurer verlangte am 5. Oktober 1942, dass 1.600 nach Auschwitz verbrachte jüdische Häftlinge in den jeweiligen Lagern durch polnische oder sowjetische Häftlinge aus Auschwitz ersetzt werden müssten, bei denen es sich nach Möglichkeit um Facharbeiter handeln sollte.<sup>123</sup> Die Auschwitzer Kommandantur lehnte die Überstellung jedoch mit der Begründung ab, dass die wenigen Facharbeiter dringend für den Aufbau des Lagers gebraucht wurden.

---

121 Rainer Fröbe, Bauen und Vernichten. Die Zentralbauleitung Auschwitz und die „Endlösung“, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 16, 2000, S. 155–209, hier: S. 160.

122 Kaienburg, Vernichtung, S. 298.

123 Schreiben von Maurer an den Kommandanten KL Auschwitz vom 5.10.1942, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (AGN), Ng.2.6.6.

Gemeint war insbesondere der Aufbau der großen Krematorien, der für die SS einen so hohen Stellenwert besaß, dass das WVHA schließlich auf die Umsetzung der Überstellungsforderung verzichtete.<sup>124</sup> Neben dem Bedarf an Facharbeitern für den Ausbau des Lagers dürften die häufigen Fleckfieberfälle in Auschwitz ihren Teil dazu beigetragen haben, dass das WVHA bis zum Februar 1943 auf die Forderung von Überstellungen aus Auschwitz ins „Altreich“ verzichtete.<sup>125</sup> Ende Februar erhielt der SS-Standortarzt des KZ Auschwitz vom WVHA die Aufforderung, die Quarantäne für 6.000 polnische Häftlinge zu beenden, die dann ins Reich transportiert werden sollten.<sup>126</sup>

Dies bildete den Beginn der ersten großen Überstellung polnischer Häftlinge aus Auschwitz in die Konzentrationslager im „Altreich“. Glücks forderte den Kommandanten von Auschwitz in einem Schreiben vom 3. März auf, jeweils 1.000 Häftlinge (vornehmlich Facharbeiter der Metallindustrie) in die Lager Buchenwald, Groß-Rosen, Flossenbürg und Sachsenhausen sowie weitere 1.000 Häftlinge (vornehmlich Facharbeiter der Bauindustrie) in das Lager Neuengamme zu überstellen.<sup>127</sup> Vom 10. bis 13. März erfolgte dann die Überstellung von 6.000 Häftlingen in die angegebenen sechs Lager.<sup>128</sup> Fast parallel kündigte das WVHA die Überstellung von 15.000 arbeitsfähigen Juden aus der Berliner Rüstungsindustrie an, die am Leben erhalten und in den Buna-Werken der I.G. Farben arbeiten sollten.<sup>129</sup>

Sowohl im Oktober 1942 als auch im März 1943 sollten also jüdische Häftlinge vom „Altreich“ ins KZ Auschwitz und gleichzeitig dafür vor allem

---

124 Schreiben des Leiters der Abteilung III A (Arbeitseinsatz), KZ Auschwitz, an das WVHA, Amt D II, vom 10.10.1942, in: AGN, Ng.2.6.6, sowie: *Piper*, Arbeitseinsatz, S. 64.

125 *Georg Erdelbrock*, Geschichte eines Transports. Das Schicksal der im März 1943 in das KZ Neuengamme überstellten Häftlinge aus Auschwitz, Magisterarbeit, Hamburg 2003, S. 12.

126 *Danuta Czech*, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939–1945, Reinbek 1989, S. 422.

127 Schreiben von Glücks an die Kommandanten vom 3.3.1943, AGN, Ng.3.2.3.1. Auch: *Danuta Czech*, Kalendarium der wichtigsten Ereignisse aus der Geschichte des KL Auschwitz, in: *Długoborski/Piper*, Auschwitz, Bd. 5, S. 109–240, hier: S. 173f.

128 *Piper*, Arbeitseinsatz, S. 64. *Georg Erdelbrock* hat die Geschichte des Transports von 1.000 politischen polnischen Häftlinge im März 1943 ins KZ Neuengamme und deren weiteres Leben und Sterben im KZ-System Neuengamme in seiner Magisterarbeit mustergültig aufgearbeitet. Vgl. *Erdelbrock*, Geschichte eines Transports.

129 *Piper*, Arbeitseinsatz, S. 64.

polnische Häftlinge in die Konzentrationslager im „Altreich“ transportiert werden. Im letzten Fall ersetzen zivile Zwangsarbeiter aus Osteuropa die jüdischen Zwangsarbeiter in der Berliner Rüstungsindustrie. Diese wiederum ersetzen qualifizierte polnische Häftlinge beim Aufbau des I.G.-Farben-Werks in Auschwitz, die ihrerseits für den Einsatz bei Rüstungsproduktionen in die Konzentrationslager im „Altreich“ umverteilt wurden. Die Aktion im März bildete in Auschwitz den Auftakt zum Abtransport polnischer Häftlinge in die Konzentrationslager im „Altreich“. Laut Franciszek Piper wurden im Jahr 1943 etwa 25.000 Häftlinge – in der Mehrheit polnische politische Häftlinge – von Auschwitz in andere Konzentrationslager umverteilt.<sup>130</sup> Ein wichtiger Grund für die Überstellungen waren neben dem Argument des Einsatzes in der Rüstungsindustrie die Sicherheitsabwägungen der SS. Aufgrund des hohen Anteils an polnischer Bevölkerung in der Umgebung des Konzentrationslagers Auschwitz erschien der SS für polnische Häftlinge die Möglichkeit für Fluchtversuche oder gar die Organisation eines Aufstands sehr hoch. Der ehemalige Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, sprach in seinen Nachkriegsaufzeichnungen sogar davon, dass es 1943 einen Befehl gegeben habe, alle Polen aus Auschwitz in Lager im Reich zu überstellen.<sup>131</sup>

Die Frage ist nun, welche Folgen die Einweisungswellen von zivilen Zwangsarbeitern aus den Gefängnissen sowie die Überstellungen aus Auschwitz auf die Konzentrationslager im Reich hatten. Im KZ Buchenwald befanden sich im August 1942 9.881 Häftlinge. Diese Zahl sank aufgrund der hohen Sterblichkeit auf 9.028 am 1. Januar 1943. Bis zum Sommer 1943 stieg dann auch die Anzahl der Häftlinge im KZ Buchenwald, allerdings deutlich langsamer als die Gesamthäftlingszahl aller Konzentrationslager: Während die Gesamthäftlingszahl um fast 300% stieg, wuchs sie in Buchenwald um 60 bis 80% an. Am 1. Juli befanden sich 14.913 Häftlinge dort, am 14. August 16.246. Die nationale Zusammensetzung der Häftlinge veränderte sich dadurch ebenfalls:

---

130 Ebd.

131 *Rudolf Höß*, Kommandant in Auschwitz. Autobiografische Aufzeichnungen, eingeleitet und kommentiert von *Martin Broszat*, Stuttgart 1958, S. 104. Für die Existenz eines solchen Befehles gibt es aber keinen Quellenbeweis und ein vollständiger Abtransport polnischer Häftlinge aus Auschwitz fand nicht statt.

**Tabelle 1: Nationale Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft des KZ Buchenwald<sup>132</sup>**

Datum <sup>133</sup>	Gesamt	Russen	Polen	Reichs- deutsche	Franzosen	Tschechen
29.8.1942	9.881	3.688 (37%)	1.155 (12%)	3.320 (34%)	10 (0,1%)	568 (6%)
13.2.1943	11.430	4.173 (37%)	2.005 (18%)	3.670 (32%)	15 (0,1%)	625 (6%)
15.5.1943	14.662	4.700 (32%)	4.156 (28%)	3.610 (25%)	30 (0,2%)	619 (4%)
14.8.1943	16.246	5.092 (31%)	4.567 (28%)	3.610 (22%)	600 (4,0%)	1.316 (8%)

Man erkennt, dass die Zahl der deutschen Häftlinge weitgehend konstant blieb, während die Zahl sowjetischer Häftlinge langsam und die der polnischen Häftlinge dramatisch anstieg. Zudem wuchs seit dem Sommer 1943 auch der Anteil französischer und tschechischer Häftlinge deutlich an.<sup>134</sup> Damit nahm die quantitative Bedeutung der deutschen Häftlinge weiter ab, während polnische und sowjetische Häftlinge etwa 60% der Gesamtinsassen ausmachten.

Für das KZ Neuengamme hatte die Einweisungswelle im Frühjahr 1943 einen sehr viel größeren Anstieg der Häftlingsstärke zur Folge. Dort waren im Sommer 1942 etwa 3.300 Häftlinge eingesperrt und diese Zahl dürfte sich bis zum Jahresende 1942 nur unwesentlich erhöht haben. Im August 1943 war die Gesamtzahl dann auf etwa 9.800 Häftlinge angestiegen, wovon sich etwa 3.300 Häftlinge in den Außenlagern befanden. In Neuengamme gab es also ähnlich wie im Gesamtsystem eine etwa 300%ige Steigerung bei den

132 Tabelle nach *Harry Stein*, Funktionswandel des Konzentrationslagers Buchenwald im Spiegel der Lagerstatistiken, in: *Herbert/Orth/Dieckmann*, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 1, S. 167–192, hier: S. 179. Neuere Forschungen haben die Ergebnisse von Stein bestätigt: *Schulte*, London war informiert, S. 214.

133 Für den 1. September 1942 ist nachgewiesen, dass sich unter den dann 9.888 Häftlingen 692 (7%) jüdische Häftlinge befanden: ebd., S. 221. Damit lassen sich für Ende August/Anfang September immerhin 96% der Nationalitäten beziehungsweise Häftlingskategorien nachweisen.

134 Es ist zu betonen, dass die Zahl der Neueinweisungen bei den jeweiligen Gruppen deutlich höher gewesen sein dürfte, weil die verstorbenen Häftlinge nicht in die Tabelle eingerechnet sind.

Belegungszahlen. Ein wichtiger Grund für den Anstieg war die Errichtung der Außenlager, für deren Belegung zumeist Häftlinge aus anderen Konzentrationslagern überstellt wurden. Zudem hatte der Ausbau der geplanten Pistolenfabrikation der Walther-Werke im Hauptlager für Himmler hohe Priorität und so war wohl auch der Transport von 1.000 Häftlingen aus Auschwitz im März 1943 vor allem darin begründet, diese als Arbeiter beim Aufbau der Walther-Werke einzusetzen. Eine wichtige Rolle spielte aber auch die Abnahme der Sterblichkeit im Lager. Diese veränderte Sterblichkeit lässt sich am Beispiel zweier Transporte aus dem KZ Auschwitz zeigen. Beim ersten großen Transport von 1.000 vorwiegend politischen Häftlingen aus Polen im April 1941 starben innerhalb der ersten sechs Wochen im KZ Neuengamme 57 der Häftlinge. Bei einem Transport von ebenfalls 1.000 vorwiegend polnischen, politischen Häftlingen im März 1943 starb innerhalb der ersten sechs Wochen ein Häftling und bis zum Januar 1945 nachweislich 33 innerhalb des KZ-Systems Neuengamme.<sup>135</sup>

### III. Die ersten Untertageverlagerungen und das Außenlager Mittelbau-Dora (August 1943 bis Februar 1944)

Die Senkung der Sterblichkeitsrate und die Erhöhung der Häftlingszahlen war aus Sicht der SS nötig, weil zum einen nach Hitlers Entscheidung im September 1942 der verstärkte Aufbau von KZ-Außenlagern begann und die SS nach wie vor darum bemüht war, Rüstungsproduktionen in die Hauptlager zu holen, beziehungsweise bereits begonnene Projekte fortzuführen und zu beschleunigen. Im KZ Neuengamme scheint so beispielsweise der Transport der 1.000 Häftlinge aus Auschwitz, die Bauarbeiter sein sollten, hauptsächlich durch die Erfordernisse des Aufbaus der Werkshallen für die Pistolenproduktion der Walther-Werke begründet gewesen zu sein.

Neben den bereits angelaufenen Projekten zeigten aufgrund des besonderen Arbeitskräftemangels in der Branche vor allem Werke der Flugzeugindustrie

---

135 *Erdelbrock*, Geschichte eines Transports, S. 95f. Der Gesundheitszustand der im März 1943 vom KZ Auschwitz ins Reich überstellten Häftlinge war aber durchaus unterschiedlich. So war der Gesundheitszustand der ins KZ Flossenbürg transportierten Häftling äußerst schlecht, und sie mussten im Hauptlager wochenlang in Quarantäne verbleiben.

ein Interesse daran, Teilfertigungen in KZ-Hauptlager zu verlegen.<sup>136</sup> Seit Februar 1943 ließen die Messerschmitt-Werke im DEST-Werk Flossenbürg Flugzeugrümpfe und -tragflächen von Häftlingen montieren. Nach einem Luftangriff auf das Regensburger Messerschmitt-Werk wurden weitere Fertigungen nach Flossenbürg verlegt, und die Anzahl der eingesetzten Häftlinge stieg bis zum Dezember 1943 auf 1.375.<sup>137</sup> Nach dem Angriff schloss Messerschmitt zudem einen ähnlichen Vertrag mit dem DEST-Werk in Mauthausen. Im März 1944 sollen die DEST-Betriebe in Mauthausen und Flossenbürg nach Angaben Pohls zu 35% an der Gesamtproduktion des Messerschmitt-Werks Regensburg beteiligt gewesen sein.<sup>138</sup> Im DEST-Werk Natzweiler kooperierte die SS seit dem Mai 1943 mit den Junkers-Werken. Häftlinge wurden dort zur Ausschachtung abgestürzter und abgeschossener Flugzeuge eingesetzt. Zudem übernahm die DEST dort auch für ein benachbartes Industrierwerk Schweißarbeiten an Lufttorpedoteilen. In beiden Fertigungen waren im Dezember 1943 zusammen etwa 190 Häftlinge eingesetzt.<sup>139</sup> Trotz dieser neuen Versuchsprojekte mit der Flugzeugindustrie zeigte sich damit endgültig, dass die Möglichkeiten des Aufbaus von Rüstungsfertigungen in den Hauptlagern gering waren, auch weil die Industrie kaum Interesse hatte, darauf zurückzugreifen. So blieben in der Rüstungsfertigung in den Hauptlagern bis zum Sommer 1943 insgesamt deutlich weniger als 10.000 Häftlinge eingesetzt.

Für die Industrie von größerem Interesse waren die Errichtungen von Außenlagern, die nach der Grundsatzentscheidung im September 1942 in umfassenderem Maße möglich geworden waren. Die Industrie nahm diese Option langsam und oft in enger Absprache mit der Wehrmacht und dem

---

136 Zur besonderen Arbeitskräftesituation in der Flugzeugindustrie: *Lutz Budraß*, Der Schritt über die Schwelle. Ernst Heinkel, das Werk Oranienburg und der Einstieg in die Beschäftigung von Häftlingen, in: *Winfried Meyer/Klaus Neitmann* (Hrsg.), *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktionen und Rezeption*, Potsdam 2001, S. 129–162.

137 *Kaienburg*, *Wirtschaft*, S. 618–622; *Schulte*, *Zwangsarbeit*, S. 227; *Toni Siegert*, Das Konzentrationslager Flossenbürg: gegründet für sogenannte Asoziale und Kriminelle, in: *Martin Broszat* (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 2, München 1979, S. 429–493, hier: S. 450.

138 *Kaienburg*, *Wirtschaft*, S. 639f.; *Siegert*, *Flossenbürg*, S. 450.

139 *Kaienburg*, *Wirtschaft*, S. 725f.

Speer-Ministerium wahr. Dies bildete einen wesentlichen Anreiz für die SS, immer mehr Menschen ins KZ-System zu verschleppen, wobei eine zunehmende Anzahl von Häftlingen nach kurzem Aufenthalt in einem Hauptlager in ein Außenlager überstellt wurde.

**Tabelle 2: Anteil der Häftlinge in Außenlagern an der Gesamtbelegung (Mitte bis Ende 1943)**

	<b>Neuen-gamme</b>	<b>Buchenwald<sup>140</sup></b>	<b>Flossen-bürg<sup>141</sup></b>	<b>Maut-hausen<sup>142</sup></b>	<b>Auschwitz<sup>143</sup></b>
Gesamt	9.700 <sup>144</sup>	18.847	5.025	34.644	74.000
Außenlager	3.870 (39%)	3.864 (21,5%)	821 (16,3%)	17.682 (51%)	10.208 (13,8%)

Insgesamt dürfte deswegen die Vermutung berechtigt sein, dass bereits im Sommer 1943 mindestens 15% der KZ-Häftlinge in Außenlagern untergebracht waren. Die Anzahl der in den Außenlagern eingesetzten Häftlinge überstieg jene der in den Hauptlagern zur Rüstungsproduktion eingesetzten Häftlinge also bereits ein dreiviertel Jahr nach der Grundsatzentscheidung um ein Mehrfaches. Auch der Beitrag der Außenlager zur Rüstungsproduktion dürfte damit schon erheblich bedeutsamer als jener der Hauptlager gewesen sein, zumal die Rüstungsproduktion in vielen der Hauptlager erst im Anlaufen beziehungsweise noch im Aufbau war.

Insgesamt dürfte der Anteil der Häftlinge, die in den Außenlagern zum Aufbau von rüstungswichtigen Produktionen oder gar zum Einsatz in der Rüstungsproduktion selbst eingesetzt waren, vom Herbst 1942 bis zum

140 Angabe für 1. September 1943: *Stein*, Funktionswandel, S. 178.

141 Liste des Arbeitsdienstführers des KZ Flossenbürg für die Arbeitseinteilung am 2.7.1943, BAB, DOK/K 183/11. Ich danke Ulrich Fritz für den Hinweis auf dieses Dokument.

142 Die Zahlen von Mauthausen beziehen sich auf das Jahresende 1943. Zu den Zahlen: *Hans Marsálek*, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Eine Dokumentation, Wien 1974, S. 125ff.; *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 4, S. 309. Der Großteil der Entwicklung fand aber erst im letzten Quartal statt, weil sich im August 1943 erst 21.100 Häftlinge im Komplex Mauthausen befanden: Pohl an Himmler 30.9.1943, StAN, 1469-PS.

143 Angabe für August/September 1943: DZW, Bd. 4, S. 410 und 413.

144 Angabe für Juni 1943: *Buggeln*, Arbeit & Gewalt, Anhänge 2 und 11.

Sommer 1943 deutlich angestiegen sein. Von den etwa 150 Außenlagern, die im Sommer 1943 existierten, dürften die Häftlinge in etwa einem Drittel der Außenlager immer noch ausschließlich zugunsten der SS eingesetzt gewesen sein.<sup>145</sup> Von der Gesamtzahl der eingesetzten Häftlinge ausgehend, nahm die Bedeutung dieser Außenlager jedoch erheblich ab, weil es sich bei der Mehrzahl um kleine Außenlager mit weniger als 200, oftmals sogar weniger als 50 Häftlingen handelte, während die meisten Außenlager bei der Rüstungsindustrie mit mindestens 500 Häftlingen belegt wurden. Zudem prangerte die SS-Verwaltung jetzt den eigenmächtigen Verleih der Häftlinge durch die Kommandanten an. Möglich wurde dies, weil Maurer die Arbeitsstatistik der Konzentrationslager weiter verfeinerte und so einen Überblick über den Arbeitseinsatz bekam. Bezeichnend für das Durchgreifen der SS-Verwaltung ist ein Schreiben Maurers aus dem November 1942, in dem er anhand der Statistiken zahlreiche Vergehen in den jeweiligen Konzentrationslagern rügte. So konnte Maurer zum Beispiel nachvollziehen, in welchen Konzentrationslagern trotz eines am 13. Oktober 1942 ausgesprochenen Verbots immer noch kostenlos Häftlinge abgestellt wurden. Des Weiteren machte Maurer mehrere bereits erfolgte Einrichtungen von Außenlagern ausfindig, die von der SS-Verwaltung noch nicht genehmigt worden waren.<sup>146</sup>

Die Arbeitsbereiche der Häftlinge, die in der ersten größeren Welle von Außenlagern bei Rüstungsbetrieben ab September 1942 eingesetzt wurden, waren vielfältig und eine generellere Tendenz ist nur bedingt zu erkennen. Im Bereich Neuengamme waren im August 1943 1.800 Häftlinge in der Granatenproduktion bei den Hermann-Göring-Werken in Salzgitter-Drütte eingesetzt, 50 Häftlinge beim Aufbau des Außenlagers für die spätere Produktion von U-Boot-Batterien in Hannover-Stöcken<sup>147</sup> und 420 Häftlinge beim Aufbau einer Hefefabrik in Wittenberge. 1.000 Häftlinge der I. SS-Baubrigade verrichteten militärische Schanzarbeiten für den Westwall auf der Kanalinsel Alderney und 600 Häftlinge mussten als Angehörige der II. SS-

---

145 Grobe Schätzung nach: *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bde. 2–7.

146 Schreiben Maurer an die Kommandanten vom 21.11.1942, StAN, PS-3677 bis PS-3685, Bl. 87.

147 Ein Teil der Häftlinge war zu dieser Zeit allerdings noch zum Bau des eigenen Häftlingslagers eingesetzt.

Baubrigade Aufräumarbeiten in den Städten Bremen und Wilhelmshaven leisten. Gerade diese Häftlinge arbeiteten vor aller Augen mitten in den Städten, wobei insgesamt zu betonen ist, dass die Ausweitung des Außenlagersystems dazu führte, dass ab 1942 immer größere Teile der deutschen Bevölkerung direkt mit KZ-Häftlingen konfrontiert wurden.<sup>148</sup> Im Bereich des KZ Neuengamme waren also 1.800 Häftlinge in der Produktion für Geschosse und 2.370 Häftlinge bei Bauarbeiten eingesetzt.<sup>149</sup>

Im System Flossenbürg wurde das einzige bis zum Sommer 1943 errichtete Außenlager bei einem Privatbetrieb in Stulln schon im Oktober 1942 geschlossen.<sup>150</sup> Im August 1943 existierten so nur acht Außenlager, bei denen alle Häftlinge für die Belange der SS eingesetzt waren. In sechs Außenlagern verrichteten jeweils weniger als 200 männliche Häftlinge Bauarbeiten. Ein Außenlager Flossenbürgs befand sich mit 200 männlichen Häftlingen in Dresden. Die Häftlinge arbeiteten hauptsächlich am Aufbau von Unterkünften für ein SS-Pionier-Ersatzbataillon. Daneben befand sich in Neurohlau ein größeres Außenlager, bei dem im Sommer 1943 98 männliche Häftlinge beim Fabrikbau und 265 weibliche Häftlinge in der Porzellanherstellung für den SS-eigenen Betrieb „Bohemia – Keramische Werke AG“ arbeiteten.<sup>151</sup>

148 Dieser Aspekt kann hier nicht ausgearbeitet werden. Vgl. dazu insbesondere: DRZW, Bd. 9/1, S. 195–272; *Karola Fings*, Krieg, Gesellschaft und KZ: Himmlers SS-Baubrigaden, Paderborn 2005, S. 138–196; *Buggeln*, Arbeit & Gewalt, S. 605–624; *Peter Koppenhöfer*, Ein KZ als Verhaltensmodell?, in: Dachauer Hefte 12, 1996, S. 10–33; *Andreas Kussmann*, Ein KZ-Außenlager in Düsseldorf-Stoffeln, Düsseldorf 1988; *Silke Betscher*, Die Häftlingskolonnen im Ort: „Och, das war doch so gang und gäbe“. Bremen-Nord: die Nachbarschaft zwischen den Orten und den Lagern 1943–45, Magisterarbeit, Bremen 2004.

149 *Gerd Wysocki*, Häftlingsarbeit und Rüstungsproduktion. Das Konzentrationslager Drütte bei den Hermann-Göring-Werken in Watenstedt-Salzgitter, in: Dachauer Hefte 2, 1986, S. 35–67, hier: S. 49; *Hermann Kaienburg*, Zwangsarbeit für das „deutsche Rohstoffwunder“. Das Phrix-Werk Wittenberge im Zweiten Weltkrieg, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 9, 1994, H. 3, S. 12–41, hier: S. 23; *Hans Hermann Schröder*, Das erste Konzentrationslager in Hannover: Das Lager bei den Akkumulatorenfabrik in Stöcken, in: *Rainer Fröbe/Claus Füllberg-Stolberg/Christoph Gutmann* u. a., Konzentrationslager in Hannover, Bd. 1, Hildesheim 1985, S. 44–108, hier: S. 64; *Fings*, Krieg, S. 59–63.

150 Laut einem Fernspruch des WVHA vom 31.10.1942 sollten die Häftlinge aus Stulln in das Neuengammer Außenlager Salzgitter-Drütte überstellt werden. BAB, NS 4/Fl. 344.

151 Liste des Arbeitseinsatzführers über die Arbeitseinteilung im KZ Flossenbürg vom 2.7.1943, BAB, DOK/K 183/11; *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 4. Allerdings blieben die weiblichen Häftlinge offiziell bis zum 31. August 1944 dem KZ Ravensbrück unterstellt und waren dementsprechend 1943 in der Häftlingsstatistik von Flossenbürg nicht enthalten.

Neuengamme und Flossenbürg bildeten zwei Pole: In Neuengamme waren alle Außenlager für vergleichsweise kriegswichtige Einsätze errichtet worden und keines zum ausschließlichen Zweck der SS. Alle Lager hatten eine Belegung von mindestens 400 Häftlingen.<sup>152</sup> In Flossenbürg waren hingegen alle Außenlager mit weniger als 400 Häftlingen belegt und alle waren für die Zwecke der SS errichtet worden. Sie waren nach der Unterscheidung von Sabine Schalm durchweg eher Außenkommandos als Außenlager. Diese Entwicklungen waren nicht durch einen Plan der Zentrale in Berlin bestimmt, sondern entstanden aus der Situation vor Ort und nach den Interessen und Anträgen der Rüstungsindustrie, wobei aber die WVHA-Zentrale durchaus informiert und an den Entscheidungsfindungen beteiligt war. Zudem wandelte sich die wirtschaftliche Bedeutung der KZ-Komplexe, so dass Flossenbürg 1944 zu einem eher rüstungswichtigen Komplex wurde.

Im System Buchenwald existierten im September 1943 elf Außenlager beziehungsweise -kommandos, die mit 3.864 Häftlingen belegt waren. In vier der Außenkommandos arbeiteten je zwischen 30 und 200 Häftlinge für SS-Stellen oder Betriebe zumeist im Baubereich. Zwei SS-Baubrigaden mit insgesamt 1.100 Häftlingen waren in Städten im Ruhrgebiet zu Aufräumarbeiten eingesetzt. Die Häftlinge der fünf übrigen Außenlager arbeiteten für die Industrie. In Suhl bauten 100 Häftlinge für die Suhler Maschinenwerke ein Zwangsarbeiterlager und in Weimar waren 350 Häftlinge nach wie vor bei den Wilhelm-Gustloff-Werken eingesetzt. In den drei Außenlagern in Leipzig-Thekla (etwa 900 Häftlinge), Schönebeck (etwa 100 Häftlinge) und Wernigerode (etwa 700 Häftlinge) arbeiteten die Häftlinge entweder direkt für die Luftfahrtindustrie oder für ihre Vorproduzenten in der Produktion.<sup>153</sup>

In Dachau waren viele der kleinen Außenlager im Verlauf der Jahre 1942/43 geschlossen worden. Im August 1943 existierten noch 20 Außenlager, von

---

152 Ausnahmen bilden das Lager der II. SS-Baubrigade in Wilhelmshaven mit 175 Häftlingen, welches allerdings organisatorisch zum Lager der II. SS-Baubrigade in Bremen gehörte, und das Lager in Hannover-Stöcken, weil sich dort im August 1943 erst ein Aufbaukommando von 50 Häftlingen befand. Im September und Oktober 1943 trafen dann zwei Transporte mit je 500 Häftlingen ein, sodass das Lager dann mit über 1.000 Häftlingen belegt war; *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 5, S. 440–443 und 538f.

153 Ebd., Bd. 3.

denen 13 kleine Außenkommandos mit unter 200 Häftlingen waren, zumeist sogar deutlich kleiner, in denen im Wesentlichen für die SS – zum Teil auch für Polizei, Wehrmacht oder Privatpersonen – Bauarbeiten oder landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet wurden. Die Häftlinge der zwei bedeutendsten der sieben größeren Lager arbeiteten für die Luftfahrtindustrie. Allerdings war sowohl das Außenlager bei BMW in München-Allach wie jenes bei Messerschmitt in Augsburg-Haunstetten erst im Frühjahr 1943 eingerichtet worden. Die Produktion mit Häftlingen befand sich im August 1943 noch weitgehend im Erprobungsstadium. Zudem war in Friedrichshafen im Juni 1943 ein Außenlager zur Produktion von „V2-Raketen“ errichtet worden.<sup>154</sup>

Die große Bedeutung der Luftfahrtindustrie für die erste bedeutende Gründungswelle von Außenlagern bei der Rüstungsindustrie zeigte sich auch im Bereich des KZ Sachsenhausen und hier vor allem am großen Vorzeigelaußenlager für den Einsatz von Häftlingen in der Produktion: Dem Außenlager in Oranienburg bei den Heinkel-Werken.<sup>155</sup> Bereits während der Grundsatzenscheidung im September 1942 hatten Himmler und Erhard Milch über den umfangreichen Einsatz von KZ-Häftlingen in der Luftfahrtindustrie erneut verhandelt. Als Ergebnis wurde festgehalten: „Das RLM will diese Arbeitskräfte nicht auf die Industrie aufteilen, sondern eigene ‚Kz-Werke‘ schaffen, die ausschließlich mit Kz-Häftlingen besetzt werden. [...] Als 1. Kz-Werk ist HWO [Heinkel-Werk Oranienburg] in Aussicht genommen, als 2. (BMW) ‚Allach‘ b/München“.<sup>156</sup>

Die Komplettumstellung wurde zwar auch bei den Heinkel-Werken nicht erreicht, aber die Übernahme der Produktionsarbeiten durch KZ-Häftlinge in einem bestehenden großen Industrierwerk dürfte nirgends so weitgehend vorangetrieben worden sein wie im Heinkel-Werk Oranienburg. Im September 1942 umzäunten Firma und SS die Hallen 3 bis 5 mit Stacheldraht, und die Arbeit in diesen Hallen wurde weitgehend von den ersten 800 KZ-

---

154 Ebd., Bd. 2.

155 Budraß, Schritt; Orth, *Das System*, S. 175–179; Benz/Distel, *Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 245–248.

156 Aktennotiz über eine Besprechung im Reichsluftfahrtministerium (RLM) vom 17.9.1942, zit. nach: Budraß, Schritt, S. 144.

Häftlingen übernommen. In den folgenden Monaten bereitete die Firma immer weitere Hallen des Werks für den Einsatz der Häftlinge vor. Mit Ausnahme der Endmontage wurden alle Bereiche der Fabrik ab dem Mai 1943 vor allem durch KZ-Häftlinge betrieben. Da die SS auf die scharfe Trennung von ausländischen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen achtete, reduzierte die Firma mit dem Anstieg der Zahl der KZ-Häftlinge die Zahl der Zwangsarbeiter im Oranienburger Werk, ebenso sank der Anteil eingesetzter Frauen. Die Zahl der KZ-Häftlinge erhöhte sich hingegen mit der Einzäunung der Hallen schnell.<sup>157</sup> Im Mai 1944 stellten die KZ-Häftlinge 84% der eingesetzten Produktionsarbeiter im Werk.<sup>158</sup>

Die neuere KZ-Forschung geht mehrheitlich davon aus, dass aufgrund der geringen Produktivität der KZ-Häftlinge und der dafür dann nicht geringen Gebühren, die an die SS abzuführen waren, keine allzu großen Gewinn- und Produktivitätssprünge von Werken mit KZ-Häftlingen zu erwarten gewesen wären. Doch ganz im Gegenteil erwies sich der Einsatz der KZ-Häftlinge für Heinkel in vielerlei Hinsicht als großer Erfolg. Die Arbeitsproduktivität des Werks, die in Arbeitsstunden pro Kilogramm ausgebrachten Rüstgewichts gemessen wurde, betrug vor dem Einsatz der Häftlinge im Jahr 1941 3,59 Fertigungsstunden pro Kilogramm. Sie stieg mit dem Beginn des Einsatzes der Häftlinge anfangs an, um dann aber im Mai 1944 auf 1,32 Fertigungsstunden zu sinken.<sup>159</sup> Da die Häftlingsarbeitszeit flexibel gehandhabt werden konnte, war es der Werksführung überlassen, bei Bedarf zwischen einem Zwei- und einem Dreischichtensystem zu wechseln. Diese Flexibilität führte auch dazu, dass im Werk eine überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung erreicht werden konnte. Beim Indikator Werkstattfläche pro Arbeiter konnte sich das in dieser Kategorie bei Kriegsbeginn noch zurückliegende Werk in Oranienburg gemeinsam mit dem Augsburger Werk von Messerschmitt, in dem ebenfalls KZ-Häftlinge eingesetzt wurden, an die reichsweite Spitze innerhalb der Flugzeugindustrie setzen.

---

157 Von 800 Häftlingen stieg die Zahl schnell auf 3.700 Häftlinge im März 1943 und etwa 6.000 Häftlinge im Dezember 1943; ebd.

158 Ebd., S. 150f.

159 Ebd., S. 152.

Auch in anderer Hinsicht war der Einsatz der Häftlinge für die Firmenleitung ein Erfolg: Im einstigen Hochlohnwerk der Flugzeugindustrie sanken die Durchschnittslohnkosten aller eingesetzten Arbeiter durch die Unterschichtung mit KZ-Häftlingen deutlich. Während im März 1940 noch ein Bruttostundenverdienst von 1,13 RM gezahlt wurde, reduzierte sich dieser auf 0,81 RM im März 1944. Der Verdienst sank also um 28,3%.<sup>160</sup> Die Zahlen wurden auch erreicht, weil die Arbeitszeit der Häftlinge konsequent ausgedehnt und die Abgabe an die SS pro Arbeitstag gezahlt wurde und so eine Ausdehnung der Stundenzahl pro Arbeitstag keinen Einfluss auf die Abgabe hatte. Die durchschnittliche Monatsarbeitszeit lag vor Beginn des Häftlingseinsatzes im März 1942 bei 175 Stunden. Dieser stieg mit Beginn des Häftlingseinsatzes schnell auf 200 Stunden und erreichte den Höhepunkt im ersten Quartal 1944 mit dem Durchschnittswert von 256 geleisteten Arbeitsstunden im Monat, was gegenüber dem März 1942 eine Steigerung um 46% bedeutete.

Im Heinkel-Werk wurde die Ausbeutung der Häftlinge früh von einem System der Prämien und Belohnungen begleitet, welches die Häftlingsgesellschaft zusätzlich hierarchisierte. Bereits im Januar 1943 handelte die Firma mit der SS aus, dass Häftlinge Verbesserungsvorschläge anbringen und für diese je nach Bedeutung unterschiedliche Sonderzuweisungen erhalten konnten. Im nachweisbaren Zeitraum stieg die Anzahl der Verbesserungsvorschläge von Häftlingen von einem Vorschlag im Februar 1943 auf zwölf im Mai 1943 und 42 im Juli 1943.<sup>161</sup> Nach bisherigen Erkenntnissen gab es in Oranienburg für ein Außenlager dieser Größe vergleichsweise wenig Todesfälle. Allerdings blieb auch in Oranienburg die Anwendung von Gewalt durch die SS sowie die Vorarbeiter an der Tagesordnung, sodass eine Verlegung ins Außenlager Oranienburg keineswegs die Rettung der Häftlinge bedeutete, sondern ‚nur‘ eine, allerdings deutliche Verbesserung der Über-

---

160 Auch in anderen Werken der Flugzeugindustrie sank der Bruttostundenverdienst durch den Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, aber nicht so deutlich wie in Oranienburg. Im Rostocker Werk von Heinkel sank der Verdienst im gleichen Zeitraum von 1,03 auf 0,86 RM (-16,5%) und bei Henschel von 1,07 auf 0,96 (-10,3%). Vgl. *Budraß*, Schritt, S. 154.

161 Ebd., S. 159.

lebenschancen gegenüber dem Hauptlager Sachsenhausen.<sup>162</sup> Insgesamt scheint es den oft behaupteten Widerspruch zwischen den Zielen der Unternehmer und der SS in diesem Fall kaum gegeben zu haben, denn auch die SS hatte nicht das Ziel, alle KZ-Häftlinge zu ermorden.<sup>163</sup> Solange die SS nicht die Gefahr von Ausbrüchen oder Aufständen heraufziehen sah, war sie durchaus bereit, ein System von Vergünstigungen für die KZ-Häftlinge mitzutragen. Die Tatsache, dass das Werk in Oranienburg große Erfolge erzielte, war sowohl für das Unternehmen wie für die SS von Bedeutung und propagandistischem Wert. Firma wie SS befürworteten so auch die meisten Besuchswünsche anderer Industrieller, welche das Werk besichtigen wollten. Von zentraler Bedeutung für den nächsten Entwicklungsschritt des KZ-Außenlagersystems war der Besuch von Verantwortlichen der Heeresversuchsanstalt Peenemünde in Oranienburg. Während diesem überzeugten sich die Beteiligten von der Qualität der Häftlingsarbeit, was sicherlich dazu beitrug, dass ihnen der Einsatz von Häftlingen zunehmend profitabel erschien und die Untertageverlagerung der „V2“-Produktion auch durch den massenhaften Einsatz von KZ-Häftlingen beschleunigt werden sollte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Außenlager in Oranienburg das bedeutendste der ersten Gründungswelle von Außenlagern war und für die weitere Entwicklung sicher Vorbildcharakter hatte. Anders formuliert könnte man sagen, dass in Oranienburg ein idealtypisches Modell dessen entstand, wie sich Privatunternehmer und SS den kooperativen Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsproduktion vorstellten. Allerdings ist auch zu betonen, dass dieses Ideal nur selten erreicht wurde. Insbesondere in der Mehrzahl der Außenlager, die ja erst ab dem Frühjahr 1944 entstan-

---

162 Ebd., S. 160; *Orth*, Das System, S. 179.

163 Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Alexander Fischer hinsichtlich des Einsatzes von Zwangsarbeitern in der sächsischen Rüstungsindustrie: „Die Barbarei des ‚Ausländereinsatzes‘ stellt sich vor allem dort als funktionierendes System dar, wo kriegswirtschaftliche und rassen- beziehungsweise sicherheitspolizeiliche Belange deckungsgleich waren, wo gerade aus der Perspektive eines ‚ökonomisierten‘, also auf Effizienz orientierten ‚Ausländereinsatzes‘ pragmatische Zugeständnisse nur die ‚zwei Seiten einer Medaille‘ waren.“; *Alexander Fischer*, Ideologie und Sachzwang. Kriegswirtschaft und „Ausländereinsatz“ im südostsächsischen Elbtalgebiet, in: Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), *Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945*, Halle 2002, S. 12–26, hier: S. 20.

den, war ein solch durchgeplanter Einsatz von KZ-Häftlingen mit längeren Anlernphasen nur noch selten der Fall. Im System Neuengamme existierte bis Kriegsende kein Außenlager, in dem Häftlinge in der Produktion eingesetzt wurden, das sich mit der Bedeutung der Häftlinge für die Produktion und der Systematik des Einsatzes bei den Heinkel-Werken messen konnte.

### Utilitaristische Initiativen der SS-Führung zur Senkung der Sterblichkeit

Da sich die SS im Grundsatz dazu entschieden hatte, das Potenzial der Arbeitskraft der KZ-Häftlinge in weit stärkerem Maße als bisher einzusetzen, war es neben dem Herbeischaffen neuer Häftlinge die zweite zentrale Aufgabe, die Sterblichkeit zu senken, um einen deutlichen Anstieg der Arbeitskraft herbeizuführen. Nach dem die SS-Führung im Herbst 1942 merkte, dass die neu eintreffenden Häftlinge vielfach kurz nach ihrer Ankunft im KZ starben und es so zu keinem grundlegenden Anstieg der Häftlingszahlen kommen konnte, ergriff sie im Gegensatz zur Zeit vor der Grundsatzentscheidung nun zumindest partielle Maßnahmen zur Senkung der Sterblichkeit.

Die erste Maßnahme ordnete Himmler bereits eine Woche nach der Grundsatzentscheidung an. Er genehmigte mit sofortiger Wirkung, dass nicht nur deutsche, sondern alle nicht jüdischen Häftlinge Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen empfangen durften. Zudem drohte er den SS-Männern: „Jeder SS-Angehörige, der sich an einem Lebensmittelpaket eines Häftlings vergreift, wird mit dem Tode bestraft.“<sup>164</sup> Die Drohung konnte zwar den häufigen Diebstahl seitens der SS aus den Paketen nicht verhindern, weil sich diese untereinander kaum anzeigte und den KZ-Häftlingen kaum eine Beschwerde möglich war, aber die Zulassung der Pakete war für Häftlinge, die ihre Angehörigen erreichen konnten, auch nach dem Diebstahl oft noch lebensrettend.<sup>165</sup> Zwei Wochen später verlangte Himmler von Pohl, die Kom-

164 Schreiben SS-WVHA, Amt D (Liebehenschel), an alle Lagerkommandanten vom 30.10.1942, BAB, NS 4, Na 3, Bl. 5, sowie: Schreiben von Heinrich Himmler an Müller (RSHA) und Glücks (WVHA) vom 29.10.1942, abgedr. in: *Heiber, Reichsführer!*, S. 208.

165 Anfang Januar 1943 bestätigten das RSHA und das WVHA aufgrund von Anfragen nachdrücklich, dass nun auch polnische Häftlinge Pakete empfangen durften: Schreiben des RSHA (Müller) an alle Staatspolizei(leit)stellen vom 4.1.1943, und Schreiben WVHA, Amt D (Liebehenschel), an die KZ-Kommandanten vom 13.1.1943, BAB, R 58/1027, beide Bl. 274.

mandanten anzuweisen, die Prügelstrafe sparsamer einzusetzen: „Sie [die Prügelstrafe] ist nur zu beantragen, wenn alle anderen Strafen wie Arrest, Dunkelarrest, Strafarbeit nichts gefruchtet haben. [...] Die Prügelstrafe ist kein Instrument für verantwortliche Kommandeure.“<sup>166</sup> Die Worte Himmlers wurden am 2. Dezember vom WVHA an die Kommandanten weitergegeben, nachdem sich parallel das RSHA über die hohe Sterblichkeit der deutschen Häftlinge beschwert hatte, die in der Öffentlichkeit für Unruhe sorgen würde.<sup>167</sup>

Kurz vor der Neujahrswende wies Glücks dann die Ärzte in den Konzentrationslagern darauf hin, dass die Sterblichkeit in den Lagern unbedingt gesenkt werden müsste:

„In der Anlage wird eine Aufstellung über die laufenden Zu- und Abgänge in sämtlichen Konzentrationslagern zur Kenntnisnahme übersandt. Aus derselben geht hervor, dass von 136 000 Zugängen rund 70 000 durch Tod ausgefallen sind. Mit einer derartig hohen Todesziffer kann niemals die Zahl der Häftlinge auf die Höhe gebracht werden, wie es der Reichsführer SS befohlen hat. Die 1. Lagerärzte haben sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mittel dafür einzusetzen, dass die Sterblichkeitsziffern in den einzelnen Lagern wesentlich herabgehen. Nicht derjenige ist der beste Arzt in einem Konz.-Lager, der glaubt, dass er durch unangebrachte Härte auffallen muss, sondern derjenige, der die Arbeitsfähigkeit durch Überwachung und Austausch an den einzelnen Arbeitsstellen hoch hält.“<sup>168</sup>

Im Januar ermahnte Glücks dann auch die Kommandanten und Verwaltungsleiter, sich um die Senkung der Sterblichkeit unter den Häftlingen zu bemühen, und drohte mit dienstlichen Konsequenzen, falls dies nicht erfüllt würde.<sup>169</sup> Das gesamte Frühjahr 1943 diskutierten Himmler, Pohl und das Amt D des WVHA weiter ausgiebig über den Krankenstand der Häftlinge und die Frage, wie eine bessere Arbeitsfähigkeit erreicht werden könnte. Bemerkenswert ist erneut welch großen Stellenwert die SS inzwischen der Arbeitsfähigkeit der Häftlinge einräumte. Pohl und Himmler ver-

---

166 Schreiben Himmler an Pohl vom 15.11.1942, StAN, PS-1583.

167 Orth, *Das System*, S. 194; *Broszat*, *Konzentrationslager*, S. 106.

168 Schreiben Glücks an die SS-Standortärzte in den Konzentrationslagern vom 28.12.1942, StAN, 2171-PS und NI-10815.

169 Schreiben Glücks an die Kommandanten vom 20.1.1943, StAN, NO-1523, und BAB, NS 19/1829.

ständigten sich daraufhin über die Formulierung eines Briefs an den Justizminister. Im Entwurf des Briefs hieß es:

„Ich möchte in den Konzentrationslagern keine Siechenstationen unterhalten, weil ich jeden Platz für eine gesunde Arbeitskraft benötige. Die den Konzentrationslagern vom Führer gestellten Rüstungsaufgaben können aber nur mit vollwertigen Arbeitskräften durchgeführt werden. Ich bitte Sie, Herr Reichsminister, mich hierin zu unterstützen und anzuordnen, dass nur gesunde und voll arbeitsfähige Sicherungsverwahrte in die Konzentrationslager eingeliefert werden.“<sup>170</sup>

Neben dem Versuch, gesündere Häftlinge eingeliefert zu bekommen, begann die SS für die bei den Rüstungsbetrieben eingesetzten Häftlinge ein Prämiensystem zu entwickeln, welches zumindest das Überleben der besonders wichtigen Arbeitskräfte sichern sollte. Die Initiative hierzu ging schon seit Längerem von Rüstungsbetrieben wie den I.G. Farben und Heinkel aus, doch die Bereitschaft der SS, diese Vorschläge zu übernehmen, dürfte mit deren Besorgnis zusammenhängen, dass die hohe Sterblichkeit unter den Häftlingen ihre eigenen Pläne vereiteln könnte. Himmler trug Pohl im März deswegen auf:

„Ich bitte Sie, sich den ganzen Fragen eines Akkordsystems unter unseren Häftlingen intensiv zu widmen. Ich stelle mir vor, daß die erste Stufe die Zuteilung von Zigaretten und ähnlichen Zulagen ist. Die 2. Stufe für den angelernten Arbeiter muß ein kleiner Lohn sein von minimum 10–20 Reichspfennigen am Tage. Er darf aber nur als Akkordlohn ausbezahlt werden [...]. Die 3. Stufe muß in jedem Lager die Möglichkeit sein, daß der Mann ein- oder zweimal in der Woche ein Lager-Bordell besucht. [...] Sehen Sie doch zu, ob Sie nicht einen Mann bekommen, der in einer genialen und künstlerischen Weise dieses ganze Leistungssystem in allen Lagern entwickelt. Es muß doch möglich sein, daß wir Deutsche dieselbe Intelligenz aufbringen wie der Russe, der durch sein Lohn- und Nahrungssystem dieses an und für sich träge russische Volk zu den unglaublichsten Leistungen antreibt und hier geradezu ein perpetuum mobile erfunden hat.“<sup>171</sup>

Aus heutiger Sicht beinahe schon amüsan ist Himmlers Verzweiflung darüber, dass „der Russe“ ein Perpetuum mobile gefunden habe, welches „wir Deutsche“ noch nicht entdecken konnten. Bedeutsamer für die Entwicklung des KZ-Systems war aber der erste Teil des Briefs, der bald darauf zur Ein-

---

170 Entwurf eines Schreibens von Pohl an Thierack, Stand: 1.4.1943, StAN, NO-1285.

171 Schreiben von Himmler an Pohl vom 5.3.1943, abgedr. in: *Heiber*, Reichsführer!, S. 245–247, hier: S. 246f.

führung des von Himmler erwünschten Belohnungssystems führte. Das System galt ab dem 15. Mai. In Pohls Einleitung der Vorschrift heißt es:

„Die Leistungen der eingesetzten Häftlinge sind im allgemeinen gut. Der Umfang und die Dringlichkeit aller mit Häftlingen zur Durchführung gelangender Arbeiten erfordern höchste Leistung eines jeden Häftlings. Die gegenwärtigen Ergebnisse müssen deshalb zu einer Steigerung gebracht werden. Sie wird durch Führung und Erziehung der Häftlinge erreicht und durch Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge anerkannt.“

Im Folgenden wurden fünf Möglichkeiten von Prämien für die Häftlinge genannt: „1. Hafterleichterungen, 2. Verpflegungszulagen, 3. Geldprämien, 4. Tabakwarenbezug, 5. Bordellbesuch“.<sup>172</sup> Dieses eingeführte Prämiensystem war der sichtbare Ausdruck dafür, dass sich neben der Kategorisierung nach Einweisungskriterien und der Staffelung nach der NS-Rassenideologie<sup>173</sup> – zumeist anhand der Nationalität der Häftlinge – die berufliche Qualifikation und körperliche Leistungsfähigkeit der Häftlinge als drittes Element zur sozialen Strukturierung der Häftlingengesellschaft ab 1942 zunehmend durchsetzte.<sup>174</sup> Denn nur ein körperlich leistungsfähiger Häftling konnte im Normalfall an die Prämien gelangen und dadurch seine Überlebenschancen partiell verbessern. Allerdings ist auch zu betonen, dass die Bedeutung der Prämien von Haupt- zu Hauptlager und von Außen- zu Außenlager unterschiedlich war und es auch Außenlager gab, in denen die SS so gut wie keine Prämien gewährte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich die SS während des Kriegs zu keinem Zeitpunkt so umfangreiche Gedanken über die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Häftlinge und der Reduzierung der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern machte, wie im ersten Halbjahr 1943. Ein wesentlicher Grund hierfür lag darin, dass die SS zunehmend davon überzeugt war, dass die Konzentrationslager wichtige produktive Aufgaben übernehmen mussten, die ihren Teil zur Erringung des Siegs beitragen sollten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben fühlte sich Himmler gegenüber Speer, vor allem

---

172 Dienstvorschrift für die Gewährung an Häftlinge. Prämien-Vorschrift: Gültig ab 15.5.1943, BAB, NS 3/426, Bl. 61–64, hier: Bl. 61.

173 Zu den beiden Kategorien: *Wolfgang Sofsky*, *Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager*, Frankfurt am Main 1993, S. 137–151.

174 *Wagner*, *Produktion*, S. 395–398.

aber gegenüber Hitler, verpflichtet. Die hohe Sterblichkeit der Häftlinge zur Jahreswende 1942/43 gab Himmler Anlass genug zu bezweifeln, dass die Konzentrationslager die an sie herangetragenen Aufgaben erfüllen könnten. Der Tod der Häftlinge wurde aus der Sicht Himmlers und Pohls dadurch dysfunktional. Ein weiterer wichtiger Grund für die Haltung der SS war, dass sich die bedeutendsten Außenlager bis zum Sommer 1943 bei Betrieben befanden, in denen die Häftlinge in der Produktion eingesetzt wurden. Bei den einsetzenden Firmen gab es ein Interesse an einer differenzierten Behandlung der Häftlinge durch Prämiensysteme und insbesondere bei angelernten Arbeitern und Facharbeitern am dauerhafteren Erhalt ihrer Arbeitskraft. Dieses Interesse der bedeutendsten beteiligten Firmen am Erhalt der Arbeitskraft der Häftlinge sollte deutlich abnehmen, nachdem in den folgenden Monaten die aus Sicht der SS prestigeträchtigsten Außenlager bei Untertageverlagerungsprojekten entstanden. In diesen Fällen wandelten sich die utilitaristischen Momente der Schonung der Häftlinge in einen zynischen Utilitarismus, dessen Hauptziel die Fertigstellung von Projekten war, und wo die Anzahl der dabei ums Leben gekommenen Häftlinge eine geringe Rolle spielte. Nichts dokumentiert diese Haltung besser als Himmlers Posener Rede, in der es hieß: „Ob bei dem Bau eines Panzergrabens zehntausend russische Weiber an Entkräftigung umfallen oder nicht, interessiert mich nur soweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird.“<sup>175</sup>

Die Herausstellung des Bemühens der SS, die Sterblichkeit zu senken, hat aber insofern ihre Berechtigung, als sie in dieser Periode als Tenor im Schriftverkehr der SS vorherrschend war. Trotzdem gab es natürlich auch in dieser Zeit anderslautende Schreiben der SS-Führung, die nach wie vor die strafende Funktion der Konzentrationslager und das Prinzip der „Gegnerschaft“ gegenüber den Häftlingen betonten. Diese Schreiben waren aber seltener als in der Zeit vor dem September 1942 und nach der Jahreswende 1943/44.

Es bestehen in der Forschung zudem Zweifel daran, dass sich die Anordnungen der SS-Führung in der konkreten Lagerrealität durchsetzten. Unter anderem Karin Orth hat die Position vertreten, dass es eine Verselbststän-

---

175 Rede Himmlers bei der Gruppenführertagung in Posen am 4.10.1943, StAN, 1919-PS, abgedr. in: IMT, Bd. 29, S. 110–172.

digung des Terrors in den Lagern gab, die von Anordnungen der SS-Spitze kaum zu stoppen war.<sup>176</sup> Insgesamt sind die Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit der SS-Führung gegenüber den Lagerkommandanten durchaus angebracht. Dies betrifft aus meiner Sicht jedoch vor allem die Zeit vom Kriegsbeginn bis zur Übernahme der IKL in das SS-WVHA. Danach hatten sich die Unterstellungsverhältnisse vereinheitlicht, und Pohl war der unumschränkte Herrscher über die Konzentrationslager. Diese starke Position Pohls wurde den KZ-Kommandanten im Mai 1942 durch zahlreiche Versetzungen vor Augen geführt. Zudem baute Maurer das Statistikwesen für die Konzentrationslager deutlich aus. Damit verfügte das WVHA über ein geeignetes Mittel, einen Teil der nicht erwünschten Zustände innerhalb der Lager zu bekämpfen.

### Die Sterblichkeitsraten in den Konzentrationslagern

Wie machtvoll diese Instrumentarien waren, zeigte sich auch daran, dass die von der SS-Führung propagierte Senkung der Sterblichkeit im Sommer 1943 tatsächlich eintraf. Diese Feststellung gründet sich vor allem auf die Zahlen, die Pohl am 30. September 1943 an Himmler sandte. Die einflussreichste Kritik an der Glaubhaftigkeit dieser Zahlen stammt von Miroslaw Kárný.<sup>177</sup> Neben der noch zu erklärenden Differenz zwischen den Sterblichkeitsziffern von Glücks und Pohl für das zweite Halbjahr 1942<sup>178</sup> wies Kárný

---

176 *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 1, S. 137.

177 *Kárný, Vernichtung*.

178 Während laut Glücks Angaben von Juli bis November 1942 66.530 Menschen in den Konzentrationslagern starben, waren dies bei Pohl nur 48.703; Schreiben von Glücks an die KZ-Standortärzte vom 28.12.1942, StAN, NI-10815; Schreiben von Pohl an Himmler vom 30.9.1943, StAN, 1469-PS. Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass Pohl die Angaben gefälscht hat, um mit einer aufgebesserten Statistik zu beeindrucken, denn er meldete die Zahlen nur an Himmler, dem aber die Zahlen von Glücks mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit bekannt waren. Zudem hätte Pohl mit höheren Sterblichkeitsraten für das Jahr 1942 sein Hauptansinnen, den Beleg der Senkung der Sterblichkeit im Frühjahr/Sommer 1943, eher noch unterstützt. In diesem Sinne ist es viel wahrscheinlicher, dass Pohl Massenmordaktionen in Auschwitz Ende August 1943 nicht mehr in die Statistik aufnahm, wie Kárný zeigt, um die erwünschte Senkung beweisen zu können. Für die Differenz zwischen Glücks und Pohls Zahlen scheint mir dagegen wahrscheinlicher, dass Pohl bestimmte Todesfälle in der zweiten Hälfte 1942 aus der Statistik genommen hat, um eine bessere Ver-

für den August 1943 nach, dass die Sterblichkeitsziffern für das KZ Auschwitz zu niedrig angegeben sind. Allerdings beruht dies bei Kárný für die größte Zahl nicht erfasster Todesfälle darauf, dass die direkt ermordeten und nicht registrierten jüdischen Häftlinge in der Statistik nicht berücksichtigt werden. Für die Frage der Zuverlässigkeit der Zahlen wichtiger sind zwei andere genannte Fälle: Einmal erwähnt Kárný die Ermordung von vermutlich registrierten Auschwitz-Häftlingen, ohne dass deren Tod in Pohls Statistik aufgeführt wird. In einem anderen Fall zeigt er, dass Häftlinge aus einem Buchenwalder Außenlager in Auschwitz ermordet wurden, ohne dass deren Tod in Auschwitz oder Buchenwald vermerkt wurde. Gerade diese letzte Frage nach der Abschiebung von Häftlingen in die Vernichtungslager Auschwitz und Majdanek gilt es hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Senkung der Sterblichkeitsraten der Lager im „Altreich“ zu prüfen. Kárný zieht aus den beiden Fällen aber sehr weitreichende Schlüsse: „Die tatsächliche Entwicklung der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern war ganz anders, als die offiziellen NS-Statistiken nachweisen. Gerade zu der Zeit, als die Methode einer effektiveren Ausbeutung der Häftlingsarbeitskräfte für die Rüstungsindustrie zur Geltung kam, gingen – absolut und relativ – mehr Häftlinge zugrunde als in den früheren Zeitabschnitten.“<sup>179</sup> Seit Kárný den Aufsatz vor mehr als 20 Jahren publiziert hat, ist ihm die Forschung in dieser Aussage weitgehend gefolgt, ohne dass weitere Nachforschungen über die Stichhaltigkeit der Statistiken vorgenommen wurden.<sup>180</sup>

---

gleichbarkeit der Daten herzustellen. Dies gilt es aber in künftiger Forschung, soweit dies möglich ist, zu prüfen. Wolfgang Sofsky hat treffend festgehalten, dass die Statistiken „ein Instrument zur Steuerung des Todes innerhalb des KZ-Systems und ein taktisches Beweismittel in der Hierarchie der Instanzen“ waren. Er schreibt: „Erschien es gerade angebracht, einer vorgesetzten Behörde eine niedrige Todeszahl zu präsentieren, zählte man nur die ‚natürlichen Todesfälle‘. Wollte man dagegen die Lager zum Erhalt der Arbeitskräfte anhalten, rechnete man alle Todesfälle, um die katastrophalen Existenzbedingungen zu dokumentieren.“; *Sofsky*, *Ordnung*, S. 56f. Hiermit dürfte eine ganz wesentliche Begründung für die Differenzen erfasst sein.

179 Kárný, *Vernichtung*, S. 145.

180 Als jüngere Beispiele: *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bd. 1, S. 137; *Nikolaus Wachsmann*, *The Dynamics of Destruction: The Development of the Concentration Camps, 1933–1945*, in: *ders./Jane Caplan*, *Concentration Camps*, S. 17–43, hier: S. 30. Immerhin skeptisch gegen-

Vor allem möchte ich dafür plädieren, dass die Forschung einen kritischeren Umgang mit Zahlenangaben pflegt, deren Stichhaltigkeit anhand anderer Datensätze geprüft werden sollte. Dies soll hier anhand publizierter Zahlen erfolgen.<sup>181</sup> Schon deren Analyse deutet daraufhin, dass Kárnýs Aussage in ihrer pauschalen Form nicht zutreffend ist und der Differenzierung bedarf. Zumindest die relative Sterblichkeit dürfte in einigen Lagern deutlich gesunken sein.

In Mauthausen erreichte die relative Sterblichkeit zum Beispiel 1942, also vor dem großflächigen Einsatz von Häftlingen in der Rüstungsindustrie, ihren Höhepunkt, fiel dann 1943 und 1944 ab und stieg erst im Jahr 1945 wieder an. Die absolute Sterblichkeit war 1942 hoch und fiel demgegenüber im Jahr 1943 deutlich ab, obwohl mehr Häftlinge im Lager inhaftiert waren. Sie erreichte 1944 durch die Verfünffachung der Häftlingszahl gegenüber 1942 wieder die Höhe von 1942 und stieg dann in den letzten Kriegsmontaten dramatisch an.

**Tabelle 3: Häftlingssterblichkeit im KZ Mauthausen 1941–1945**<sup>182</sup>

	Häftlinge insgesamt (Stand: Jahresende)	Tote während des Jahres	Sterblichkeitsrate
1941	15.900	8.114	33,79%
1942	14.021	14.293	50,48%
1943	25.607	8.481	24,88%
1944	73.351	14.766	16,76%
1945	66.534	52.814	44,25% (in drei Monaten)

über Kárnýs Behauptung, dass Pohl die Zahlen von Glücks zielbewusst manipuliert habe, zeigen sich: *Stanislav Zámečník*, *Das war Dachau*, Frankfurt am Main 2007, S. 244f., und *Tomasz Kranz*, *Zur Erfassung der Häftlingssterblichkeit im Konzentrationslager Lublin*, Lublin 2007, S. 44f.

181 Karin Orth hat in ihrem Forschungsüberblick dabei völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass das Thema „Tod und Vernichtung“ in der KZ-Forschung bisher zu kurz kam und es eines der zentralen Desiderate ist, wie viele Menschen die SS in den KZ ermordete: *Karin Orth*, *Die Historiografie der Konzentrationslager und die neuere KZ-Forschung*, in: *AfS* 47, 2007, S. 579–598, hier: S. 596.

182 Tabelle nach: *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 315.

In Mauthausen hatten die Bemühungen der SS-Führung zur Senkung der Sterblichkeit also immerhin zur Folge, dass die prozentuale Sterblichkeit im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte gesenkt werden konnte. Ein Grund für das Sinken der Sterblichkeit liegt im Fall Mauthausen darin, dass 1942 85% der Häftlinge in Mauthausen und Gusen inhaftiert waren und eine große Zahl von ihnen bei der extrem schweren Arbeit im Steinbruch eingesetzt wurde, weswegen Mauthausen 1942 die höchste Sterblichkeitsrate unter den Konzentrationslagern hatte. Demgegenüber waren 1943 bereits 50% der Häftlinge in den Außenlagern eingesetzt, wo die Arbeitsbedingungen in den meisten Fällen deutlich besser als im Steinbruch waren. In der Tendenz über die Jahre 1941 bis 1945 ähnlich verliefen die Entwicklungen im KZ Buchenwald:

**Tabelle 4: Häftlingssterblichkeit im KZ Buchenwald 1941–1945<sup>183</sup>**

	<b>Häftlinge insgesamt (durchschnittliche Stärke)</b>	<b>Tote während des Jahres</b>	<b>Sterblichkeitsrate</b>
1941	7.730	1.522	19,7%
1942	8.784	2.898	33,0%
1943	20.414	3.516	17,2%
1944	58.334	8.644	14,8%
1945	82.322	13.056	15,9% (in drei Monaten)

Auch hier war die Sterblichkeit 1942 und im Frühjahr 1945 mit Abstand am höchsten. Allerdings zeigt sich, dass die Sterblichkeitsrate im KZ-Komplex Mauthausen durchgängig höher war als in Buchenwald, wobei sich die Zahlen 1944 deutlich annähern. Für die vergleichsweise große Differenz zwischen 1941 und 1943 dürften nach den bisherigen Forschungen insbesondere die erheblich schwerere Steinbruch-Arbeit im Hauptlager Mauthausen sowie in Gusen gegenüber der Produktions- und Handwerksarbeit in Buchenwald sowie die politisch gut organisierte Häftlingsverwaltung in Buchenwald eine wichtige Rolle spielen.

183 Tabelle nach: ebd., Bd. 2, S. 347.

Im Komplex Neuengamme kam es 1943 ebenfalls zu einer deutlichen prozentualen und auch absoluten Senkung der Sterblichkeit, wenn auch erst mit einer gewissen Zeitverzögerung. Sowohl für das Hauptlager wie für die Außenlager liegen dabei monatliche Sterblichkeitsraten vor, sprich: Man müsste die Zahlen mit zwölf multiplizieren, um zumindest eine ungefähre Vergleichsperspektive zu Mauthausen und Buchenwald zu bekommen.

**Tabelle 5: Monatliche Sterblichkeitsraten im KZ-Komplex Neuengamme**<sup>184</sup>

Zeit	monatliche Sterblichkeitsrate/ Hauptlager	monatliche Sterblichkeitsrate/ Männer-Außenlager	monatliche Sterblichkeitsrate/ Frauen-Außenlager
10/1942 – 6/1943	4,0 – 15,5%	2,2 – 5,7%	–
8/1943 – 10/1944	0,4 – 3,0%	0,2 – 1,0%	0,1%
11/1944 – 3/1945	4,9 – 11,7%	2,4 – 4,8%	0,1 – 0,2%

Für das KZ Neuengamme ist auffällig, dass die Sterblichkeit im Hauptlager in allen drei oben benannten Phasen etwa doppelt so hoch lag wie in den Männer-Außenlagern. Dies dürfte ganz wesentlich dadurch begründet sein, dass im Fall Neuengamme bis kurz vor Kriegsende die längerfristig als arbeitsunfähig diagnostizierten Häftlinge zurück ins Hauptlager verbracht wurden.

Bedeutsam ist zudem, dass durch die andere Phaseneinteilung die Absenkung der Sterblichkeit noch deutlicher hervortritt als in den Berechnungen zu Mauthausen und Buchenwald. Während dort ungefähr eine Halbierung der Sterblichkeitsrate von 1943 gegenüber 1942 zu verzeichnen ist, zeigen die Neuengammer Werte für die zweite gegenüber der ersten Phase beim unteren Wert eine Senkung um das Zehnfache und beim oberen Wert um das Fünffache. Meine Vermutung ist, dass sich auch in Buchenwald und Mauthausen die Differenz bei der Anwendung meines Phasenmodells deut-

<sup>184</sup> *Buggeln*, Arbeit & Gewalt, Anhänge 8, 9 und 11. Auf die Zahlen vom Juli 1943 wurde hier verzichtet, da die Werte zwischen denen vom Juni und August 1943 lagen und die Zuordnung zu einer der Zeitphasen die Differenz zwischen den beiden Phasen unkenntlicher gemacht hätte.

lich vergrößern würde, weil dort ähnlich wie in Neuengamme die Sterblichkeit im Frühjahr 1943 noch relativ hoch war, dann deutlich absank und im letzten Quartal 1944 wieder anstieg.

Eine ganz ähnliche Phaseneinteilung mit vergleichbaren Ergebnissen hat Robert Steegmann für das KZ Natzweiler vorgelegt:

**Tabelle 6: Sterblichkeit nach den registrierten sowie den geschätzten nicht registrierten Todesfällen im KZ-Komplex Natzweiler<sup>185</sup>**

Zeitraum	Todesfälle	monatliche Belegung (Durchschnitt)	monatliche Sterblichkeit (Durchschnitt)	monatliche Sterbequote
5/1941 – 3/1942	61	400	5,5	1,3%
4/1942 – 5/1943	750	1.040	53,3	5,5%
6/1943 – 3/1944	700	2.548	70	2,7%
4/1944 – 9/1944	2.000	11.600	333,3	2,9%
10/1944 – 4/1945	>14.000	20.000	etwa 2.000	10,0%

Die Zahlen zeigen, dass in Natzweiler die Sterblichkeit 1941 noch vergleichsweise gering war und diese erst 1942 deutlich anstieg. Fasst man die dritte und vierte Phase bei Steegmann, die eine annähernd gleiche monatliche Sterblichkeitsrate aufweist, zusammen, so ergibt sich eine große Übereinstimmung mit den Neuengammer Phasen. Für die Zeit vom Sommer 1942 bis zum Frühjahr 1943 bewegte sich die Sterblichkeit in Natzweiler dabei eher im unteren Bereich der Raten im Hauptlager Neuengamme, in den folgenden Phasen dagegen deutlich im oberen Bereich. Vieles deutet daraufhin, dass dies maßgeblich durch die größere Zahl von Außenlagern mit vergleichsweise hohen Sterblichkeitsraten im Komplex Natzweiler begründet lag.

Zudem ist festzustellen, dass die Zahl im Juli und August 1943 für das KZ Natzweiler exakt mit den Zahlen in der Tabelle übereinstimmt, die Pohl im

<sup>185</sup> Robert Steegmann, *Das Konzentrationslager Natzweiler-Struthof und seine Außenkommandos an Rhein und Neckar 1941–1945*, Berlin 2010, S. 215.

September 1943 an Himmler verschickte.<sup>186</sup> Ebenso weisen die Zahlen für Neuengamme, Buchenwald und Mauthausen Werte auf, die Pohls Berechnungen sehr nahe kommen. Auch wenn hier weitere Zahlen zu anderen Lagern fehlen, deutet doch vieles darauf hin, dass die Sterblichkeitsziffern Pohls weit näher an der Realität lagen, als von Kárný angenommen. Die von der SS-Führung im Frühjahr 1943 verlangte Senkung der Sterblichkeit wurde ab Mitte 1943 in den meisten Konzentrationslagern auch umgesetzt. In Neuengamme scheint diese Senkung der Sterblichkeit auch nicht durch die Abschiebung der kranken Häftlinge in die Vernichtungszentren Auschwitz und Majdanek erreicht worden zu sein, wie Kárný dies vermutet. Nach bisherigen Erkenntnissen gab es erst im Januar und März 1944 zwei Transporte von geschwächten Häftlingen in das KZ Majdanek.<sup>187</sup> Auch für Natzweiler lässt sich für 1943 bisher nur ein Transport mit 85 Häftlingen ins KZ Auschwitz nachweisen.<sup>188</sup>

Zusammengefasst ergibt eine Analyse der Senkung der Sterblichkeit jedoch auch, dass die deutsche Industrie insgesamt nur sehr bedingt und kurzfristig zur Rettung von KZ-Häftlingen beitrug. Der Bedarf der Industrie an KZ-Häftlingen führte maßgeblich dazu, dass die SS ein immer größeres Interesse an der Ausweitung des KZ-Systems bekam und so immer mehr Menschen in das tödliche System gerieten und so allein im letzten Kriegsjahr mehr KZ-Häftlinge starben, als Ende 1942 Menschen im Konzentrationslager eingesperrt waren. Die KZ-Außenlager bei der Industrie sorgten jedoch 1943 mit für die Senkung der Sterblichkeitsrate, weil bis Mitte des Jahres viele der neuen Kommandos in der Produktion eingesetzt wurden, wodurch die Arbeitsbedingungen für den Großteil der Häftlinge in den Außenlagern besser waren als in den Hauptlagern. Dies beruhte jedoch nicht auf der Humanität von Industriellen, sondern vielmehr auf den Bedürfnissen des Arbeitseinsatzes in der Produktion. Als sich der Schwerpunkt des Einsatzes der Häftlinge von der Produktion auf schwere Baukommandos verschob, zeigte

---

186 Ebd., S. 209.

187 Vgl. die teilweise erhaltenen Transportlisten, in: AGN, Ng.3.2.4.4, und *Kaienburg*, Vernichtung, S. 375.

188 *Stegmann*, Natzweiler-Struthof, S. 152.

sich, dass die Außenlager auch schnell zum Anstieg der Sterblichkeit beitrugen und dies nur selten zu Protesten der industriellen Auftraggeber führte.

Auch die SS wurde weder menschlicher, noch gab sie ihr Bild vom Häftling als Feind der „Volksgemeinschaft“ auf. Sie ergänzte es nur durch die Betonung der Nützlichkeit der gefangen genommenen Feinde für die Sicherung des deutschen Siegs. Doch musste die Betonung der partiellen Nützlichkeit nicht unbedingt zu einem deutlichen Interesse an der Senkung der Sterblichkeit führen, wie sich später zeigen sollte. Im Frühjahr 1943 bestand dieses Interesse aber bei der SS-Führung, weil sie durch die hohe Sterblichkeit den erwünschten Ausbau des KZ-Systems zugunsten des Einsatzes in der Rüstungsindustrie gefährdet sah.

Damit zeigt sich auch, dass die SS-Führung sehr wohl in der Lage war, auf die Bedingungen in den einzelnen Konzentrationslagern einzuwirken und diese gegebenenfalls nach ihren Interessen zu verändern. Es war keineswegs so, dass die einst losgetretene Gewalt von der SS-Führung nicht mehr zu steuern war, wie Wolfgang Sofsky behauptet. Es gab ohne Zweifel langjährige KZ-Wachmänner, die derartig Gefallen an der Gewalt gefunden hatten, dass sie sich von dieser durch generelle Anweisungen nicht abhalten ließen. Auch war die einfache körperliche Gewalt gegen die Häftlinge nicht direkt aus der Statistik ablesbar. Doch die SS-Führung verfügte durch die Sterblichkeitsstatistiken über einen Index, der ersichtlich machte, wann extreme Gewalt zu besonders hoher Sterblichkeit in einzelnen Lagern führte. Entsprechend hatte sie die Machtmittel, um auf den jeweiligen Kommandanten zur Änderung dieser Zustände einzuwirken. Zudem verfügten die meisten Kommandanten in ihren Lagern über genügend Hausmacht, um Zustände zu ändern, falls sie ihren Interessen widersprachen oder sie sich durch die Ermahnungen der SS-Führung in ihren Interessen bedroht fühlten.

### **Frühjahr 1944: Der langsam versiegende Nachschub an zivilen Zwangsarbeitern**

Die deutsche Kriegswirtschaft war für ihre Funktionstüchtigkeit in immer stärkerem Maße auf den Zustrom von Zwangsarbeitern angewiesen, weil weiterhin aus den Reihen der deutschen Arbeiter der Ersatz für die gefalle-

nen Soldaten der Wehrmacht rekrutiert wurde und diese nur durch Zwangsarbeiter ersetzt werden konnten. Mit dem zunehmenden Rückzug aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion drohte jedoch das größte Potenzial an Zwangsarbeitern verloren zu gehen. Die Erwartung eines drastischen Rückgangs des Rekrutierungspotenzials hatten die Planungen der Sauckel-Behörde seit der Niederlage in Stalingrad begleitet. Deswegen war bereits im Frühjahr 1943 die Planung dahingehend umgestellt worden, dass der Großteil neuer Zwangsarbeiter in Westeuropa rekrutiert werden sollte. Im ersten Halbjahr 1943 war diese Politik auch vergleichsweise erfolgreich, und aus Belgien und den Niederlanden, vor allem aber aus Frankreich konnte eine größere Zahl von Zwangsarbeitern ins Reich gebracht werden. Die Rekrutierungen in Westeuropa stießen jedoch im zweiten Halbjahr 1943 an ihre Grenzen. Zum einen nahm der Widerstand gegen die Rekrutierung deutlich zu. Die Besatzungsbehörden fürchteten einen deutlichen Anstieg der Widerstandsaktivitäten bei der Fortsetzung von Zwangsrekrutierungen.<sup>189</sup> Zum anderen setzte das Rüstungsministerium zunehmend darauf, dass die westeuropäischen Arbeiter in der Rüstungsindustrie ihrer Heimatländer eingesetzt werden und dort ihren Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft leisten sollten. Das Rüstungsministerium erklärte in diesem Rahmen einen Großteil der französischen Industriebetriebe zu „Sperr-Betrieben“, aus denen keine Arbeitskräfte mehr abgezogen werden dürften. Darüber kam es zum Streit zwischen Sauckel und Speer, aus dem Speer letztlich erfolgreich hervorging. Dies hatte zur Folge, dass der Zufluss an westeuropäischen Zwangsarbeitern im zweiten Halbjahr 1943 stark abnahm und ab Anfang 1944 die Anzahl westeuropäischer Zwangsarbeiter im Reich aufgrund einer hohen Zahl von Heimkehrern sogar rückläufig war.<sup>190</sup>

Die daraus entstehende Lücke konnte im zweiten Halbjahr 1943 jedoch durch den weiterhin unerwartet hohen Zugang an sowjetischen Zwangsarbeitern

---

189 Zu den unterschiedlichen Formen von Zwang bei der Rekrutierung: DRZW, Bd. 9/2, S. 489–493. Ein Versuch zur Beurteilung der unterschiedlichen Behandlung von Zwangsarbeitern nach nationalen und anderen Kategorien findet sich ebd., S. 569–576.

190 *Helga Bories-Sawala*, *Franzosen im „Reichseinsatz“: Deportation, Zwangsarbeit, Alltag*, 3 Bde., Frankfurt am Main 1996; *Bernd Zielinski*, *Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitskräfteeinsatz im Dritten Reich*, Münster 1995; *Herbert*, *Fremdarbeiter*, S. 292–296.

und dem überhaupt nicht geplanten Zwangseinsatz von italienischen Militärinternierten geschlossen werden. Die Erfolgchancen für Rekrutierungen in der Sowjetunion waren in der Zentrale der Sauckel-Behörde nach der Niederlage in Stalingrad als sehr gering eingeschätzt worden. In der Realität radikalisierte sich die Rekrutierungspolitik der Arbeitsbehörden und der Wehrmachtstellen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion jedoch so sehr, dass immer noch große Zahlen von Zwangsarbeitern unter immer brutaleren Bedingungen nach Deutschland verschleppt werden konnten. Die Wehrmacht beteiligte sich willig daran, die arbeitsfähige Bevölkerung ganzer Dörfer und Städte beim Rückzug gefangen zu setzen und nach Deutschland zu verschleppen. Zwischenzeitlich gingen die Werbekommandos der Wehrmacht und der Sauckel-Behörde sogar zur systematischen Deportation von Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren über. Die Brutalisierung trug dazu bei, dass der Widerstandswille der Bevölkerung beständig anstieg, doch die deutschen Stellen interessierten sich dafür noch weniger als bei ihrem Vormarsch. Sie hinterließen in den geräumten Gebieten „verbrannte Erde“ und so wenig „waffenfähige Bevölkerung“ wie irgend möglich.<sup>191</sup>

Die italienische Kapitulation war für die deutsche Führungsriege ein Schock, der zu einer erheblichen Schwächung des Kriegspotenzials führte. Für die deutschen Arbeitseinsatzbehörden war die italienische Kapitulation jedoch ein unerwarteter Glücksfall, weil durch die Überführung von 600.000 italienischen Soldaten ins Reich, anfangs im Kriegsgefangenen- dann im Militärinternierten-Status, die Rekrutierungslücke geschlossen werden konnte. Der Hass, der den italienischen Soldaten in Deutschland entgegengebracht wurde, führte jedoch dazu, dass die Arbeitsfähigkeit der italienischen Soldaten

---

191 Pavel Poljan, Die Deportation der Ostarbeiter im Zweiten Weltkrieg, in: *Andreas Gestrich/Gerhard Hirschfeld/Holger Sonnabend* (Hrsg.), *Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte*, Stuttgart 1995, S. 115–140; *Babette Quinkert*, Terror und Propaganda, Die „Ostarbeiteranwerbung“ im Generalkommissariat Weißruthenien, in: *ZfG* 47, 1999, S. 547–561; *Spoerer*, *Zwangsarbeit*, S. 71–80. Für die Sicht ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiter vgl. *Alexander von Plato/Almut Leh/Christoph Thonfeld* (Hrsg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Wien 2008, S. 184–284.

rapide abnahm, weil ihnen neben häufigen Misshandlungen auch nur geringe Ernährungssätze zugestanden wurden. Diese Politik änderte Sauckel erst im Juli 1944, als er den italienischen Militärinternierten eine Erhöhung der Nahrungsrationen zubilligte und sich davon eine Steigerung ihrer Arbeitsleistung erhoffte.<sup>192</sup> Insgesamt nahm die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte vom November 1942 bis zum September 1944 um etwa 2,5 Millionen Menschen zu. Der Großteil des Zuwachses erfolgte im Jahr 1943. Allein 1,57 Millionen stammten aus Osteuropa (davon 1,23 Millionen aus der Sowjetunion), 515.000 aus Italien und 349.000 aus Westeuropa.<sup>193</sup>

Während Sauckels Politik bis zum Jahresende 1943 weitgehend erfolgreich war, begannen sich zu Beginn des Jahres 1944 sehr schnell die schrumpfenden Möglichkeiten weiterer Rekrutierungen abzuzeichnen. Das Rüstungsministerium und die deutsche Wirtschaft forderten von Sauckel zu Beginn des Jahres einen weiteren sehr hohen Zugang an Zwangsarbeitern, wobei Speer gleichzeitig am Abzugsverbot in den „Sperr-Betrieben“ in Frankreich festhielt. Hitler folgte Speers Forderungen, und Sauckel versprach Hitler schließlich, im Jahr 1944 vier Millionen neue Arbeitskräfte für die deutsche Industrie zu beschaffen.<sup>194</sup> Einen Tag nach seinem Versprechen bestätigte Sauckel die Zahl von vier Millionen Zwangsarbeitern. Er plante 1944 den Zugang von 1,5 Millionen Italienern, einer Million Franzosen, je 250.000 Belgiern und Niederländern, 600.000 Osteuropäern, 100.000 sonstigen und 500.000 deutschen Arbeitern für die deutsche Kriegswirtschaft.<sup>195</sup> Bereits im Februar 1944 zeigte sich jedoch, dass diese Zahlen kaum einzuhalten sein würden.

---

192 *Gabriele Hammermann*, Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943–1945, Tübingen 2002; *Gerhard Schreiber*, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten, verachtet, vergessen, München 1990; *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 301–305.

193 Die Zahl der Anwerbungen war real noch höher, weil aus dieser Statistik die Abgänge bereits abgezogen waren. Zu den Zahlen: *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 503.

194 Sitzung bei Hitler am 4.1.1944, StAN, PS-1292, abgedr. in: IMT, Bd. 27, S. 104–107.

195 Schreiben Sauckel an Lammers vom 5.1.1944, StAN, PS-1292, abgedr. in: IMT, Bd. 27, S. 108–111.

## Die weitere Expansion des KZ-Systems

Die SS betrieb auch nach der Erreichung einer Gesamtzahl von 224.000 KZ-Häftlingen im August 1943 weiterhin den Ausbau des KZ-Systems. Die nächste feststehende Zahl, die als gesichert gelten kann, stammt vom 1. August 1944, an dem sich die Gesamtzahl auf 524.268 KZ-Häftlinge belief.<sup>196</sup> Innerhalb eines Jahres war die Häftlingszahl also um etwa 300.000 Häftlinge angestiegen, wobei die Zahl der Neueinlieferungen noch höher lag, weil die verstorbenen Häftlinge von dieser Zahl abgezogen worden waren. Selbst wenn die Sterblichkeit auf dem niedrigen Stand des August 1943 mit etwas weniger als 5.000 Toten geblieben wäre, müsste man also über ein Jahr mindestens 60.000 Tote hinzurechnen. Vermutlich lag die Zahl aber durch die gestiegene Gesamtzahl der Häftlinge und die in einigen Konzentrationslagern wieder ansteigenden Sterblichkeitszahlen eher bei 100.000 Toten.

Der Großteil der Zugänge dürfte aber erst nach dem März 1944 erfolgt sein, als die Bedeutung der KZ-Häftlinge für die Rüstungsproduktion durch das Ausbleiben ziviler Zwangsarbeiter deutlich zunahm. Doch selbst wenn man davon ausgeht, dass bis Ende Februar 1943 höchstens ein Drittel des Anstiegs der Gesamthäftlingszahl erfolgt wäre, käme man auf etwa 100.000 neu eingelieferten Häftlinge.

Auffällig ist, dass die verschiedenen Hauptlager in sehr unterschiedlichem Tempo wuchsen. Das Ausmaß des Anstiegs war zumeist verbunden mit der Frage, welche wichtigen Rüstungsproduktionen den Hauptlagern zugeordnet wurden. Am rasantesten verlief die Entwicklung in den Komplexen Buchenwald und Mauthausen, bei denen schon in der zweiten Jahreshälfte 1943 wichtige Außenlager für zentrale Rüstungsprojekte entstanden. In Buchenwald verlief die Entwicklung der Häftlingszahlen vom September 1943 bis März 1944 wie folgt:

---

196 Schreiben Burger an Lörner vom 15.8.1944, StAN, NO-1990.

Tabelle 7: Häftlingsbelegung im KZ Buchenwald und seinen Außenlagern<sup>197</sup>

Datum	Gesamtzahl	Hauptlager	Außenlager
1.9.1943	18.847	14.983 (79,5%)	3.846
1.10.1943	24.260	15.989 (65,9%)	8.271
1.11.1943	32.603	20.073 (61,6%)	12.530
1.12.1943	34.653	18.706 (54,0%)	15.947
15.3.1944	42.566	21.498 (50,5%)	21.068

Der Großteil der neuen Häftlinge kam in die Außenlager, deren Belegung um mehr als 17.000 Häftlinge anstieg. Welche Bedeutung einzelne, zentrale Rüstungsprojekte beim Anstieg der Häftlingszahlen haben konnten, wird an diesem Fall auch deutlich, denn mehr als zwei Drittel des Zuwachses aller Außenlager entfielen auf das Außenlager Mittelbau-Dora. Das gigantische Rüstungsprojekt, in dem bald unterirdisch „V2-Raketen“ produziert werden sollten, war eines der Vorzeigeprojekte von SS, Wehrmacht und Rüstungsindustrie. In ihm wurden im September 1943 3.394 Häftlinge, im Oktober 6.918 Häftlinge, im November 9.887, im Dezember 10.745 und im Januar 1944 12.682 Häftlinge zur Arbeit gezwungen.<sup>198</sup> Mehr als die Hälfte des Anstiegs der Gesamtbelegung des Komplexes Buchenwald war also durch ein Außenlager bedingt.

Auch im Bereich Mauthausen fand vom August 1943 bis zum März 1944 ein deutlicher Anstieg der Belegungszahlen statt, der vor allem durch die Einrichtung und das Wachstum von Außenlagern begründet war. Während die ersten Mauthausener Außenlager bis Mitte des Jahres 1943 errichtet wurden, um Häftlinge in der Schwer- und Flugzeugindustrie sowie im Kraftwerksausbau einzusetzen, war der Ausbau ab Mitte 1943 – wie in Buchenwald – stark durch die Verlagerung der Raketenproduktion geprägt. Am 31. Juli 1943 befanden sich im Komplex Mauthausen/Gusen etwa 21.000

<sup>197</sup> Tabelle nach *Stein*, Funktionswandel, S. 178.

<sup>198</sup> *Wagner*, Produktion, S. 647.

Häftlinge, von diesen waren fast 9.000 in Gusen, vermutlich etwa 7.000 in Mauthausen und etwa 5.000 in den Außenlagern. Ende Dezember 1943 waren insgesamt 25.607 Häftlinge inhaftiert. Von diesen waren fast 8.000 in Gusen, etwa 9.000 in Mauthausen und etwa 8.000 in den Außenlagern.<sup>199</sup> Bis Ende Februar 1944 stieg die Gesamtzahl auf 29.064 Häftlinge an. Da die Belegung in den beiden Hauptlagern stabil blieb, war der Anstieg um circa 3.500 Häftlingen in den Außenlagern zu verzeichnen.<sup>200</sup>

Das erste Außenlager, welches im Zusammenhang der Raketenrüstung entstand, befand sich seit Juni 1943 in den Rax-Werken in der Wiener Neustadt.<sup>201</sup> Das Lager wurde im Dezember 1943 aufgrund der Luftangriffe der Alliierten jedoch aufgelöst und der Großteil der Häftlinge in das Lager Redl-Zipf verlegt, wo in großen Kellern ein Ausweichbetrieb für die Rax-Werke entstand. Ende des Jahres stieg die Belegung dort durch die Überstellungen aus dem Außenlager Wiener Neustadt auf fast 2.000 Häftlinge.<sup>202</sup> Noch bedeutsamer war das Außenlager Ebensee, welches im November 1943 errichtet wurde. Dort setzte man die Häftlinge zum Stollenausbau ein. In den Stollen sollten dann Einrichtungen der Forschungsanstalt Peenemünde an der „V2“ arbeiten. Das Lager wurde schnell mit Häftlingen aufgefüllt und schon im Mai 1944 befanden sich dort etwa 5.000 Insassen.<sup>203</sup>

Insgesamt wurden bis März 1944 also etwa 5.000 bis 7.000 Häftlinge des KZ Mauthausen für die „V2“-Produktion eingesetzt. Die Untertageverlagerung der Raketenindustrie durch Häftlinge in Außenlagern von Buchenwald und Mauthausen hatte große Bedeutung für die weitere KZ-Entwicklung. Dort

---

199 Die ansonsten vorbildlichen Statistiken zur Häftlingsbelegung im Beitrag von Florian Freund und Bertrand Perz zum Lager Mauthausen weisen einen Fehler auf, indem einmal behauptet wird, Ende 1943 wären bereits 17.000 Häftlinge in den Außenlagern von Mauthausen gewesen; *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 309. Vier Seiten später wird aber die korrekte Zahl von etwa 8.000 Häftlingen in den Außenlagern genannt; ebd., S. 313.

200 Zu den Zahlen: *Marsálek, Mauthausen*, S. 106f.; *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 309–314.

201 *Florian Freund/Bertrand Perz, Das KZ in der Serbenhalle. Zur Kriegsindustrie in der Wiener Neustadt*, Wien 1988.

202 *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 416–420.

203 *Florian Freund, „Arbeitslager Zement“*. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung, Wien 1991.

setzten SS und Unternehmen einen gewichtigen Teil der vom Sommer 1943 bis Frühjahr 1944 eingelieferten Häftlinge ein.

So bedeutsam die Veränderungen in Buchenwald und Mauthausen für die weitere Entwicklung waren, für die Periode bis zum Februar 1944 können sie keineswegs auf die anderen Lager übertragen werden. In anderen KZ-Komplexen ist bis zum Februar 1944 keine deutliche Zunahme von Außenlagern bei Rüstungsprojekten zu beobachten. Beispielsweise blieb der Zuwachs an Häftlingen in den Komplexen Neuengamme und Flossenbürg vergleichsweise gering, weil bei beiden Lagern bis zum 1. März 1944 kaum wichtige neue Außenlager entstanden. Im Bereich Neuengamme wurde ausschließlich das Außenlager in Bremen-Farge gegründet, bei dem Häftlinge zum Bau eines U-Boot-Bunkers eingesetzt wurden. Jedoch waren in diesem Außenlager bis zum März 1944 nur 500 Häftlinge untergebracht, weswegen die Gesamthäftlingszahl im Komplex Neuengamme bis zu diesem Zeitpunkt vermutlich nur geringfügig anstieg. Im Bereich Flossenbürg befanden sich bis zum März 1944 auch nur wenige rüstungswichtige Außenlager. Dadurch blieb die Häftlingszahl lange Zeit halbwegs konstant. Im Juli 1943 befanden sich 4.778 Häftlinge im Bereich Flossenbürg und im Dezember 1943 4.869. Erst dann begann der Anstieg der Häftlingszahlen und am 31. März 1944 befanden sich bereits 7.322 Häftlinge im Komplex.<sup>204</sup> Besonders deutlich wird die Zäsur, die für die Entwicklung des Außenlagersystems der März 1944 bedeutete, am Beispiel des KZ Natzweiler. Dort erfolgte bis zum Februar 1944 jeweils eine monatliche Neueinlieferung von 150 bis 700 Häftlingen. Der Lager-Komplex war bis Ende 1943 nie mit mehr als 4.000 Häftlingen belegt. Die wenigen Häftlinge in den drei bis vier Außenlagern des Komplexes verrichteten in kleiner Zahl Bauarbeiten. Ab März 1944 erfolgte der Aufbau von Außenlagern bei Rüstungsprojekten in großem Umfang. Von März bis August 1944 transportierte die SS deswegen jeden Monat zwischen 1.900 und 8.900 Häftlinge in den Komplex Natzweiler.<sup>205</sup>

In den Konzentrationslagern Auschwitz und Majdanek, die gleichzeitig Vernichtungslager waren, scheint mehrheitlich ihre Repressions- und Vernich-

---

204 Benz/Distel, *Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 45f.

205 Steegmann, *Natzweiler-Struthof*, S. 460.

tungsfunktion im Vordergrund gestanden zu haben, während die Arbeitskraft der Häftlinge für wichtige Kriegsprojekte demgegenüber eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielte. Neben der Bedeutung, welche die Repression gegen die polnische Bevölkerung und die Ermordung der jüdischen Bevölkerung hatte, war auch die Wirtschaftsstruktur des Gebiets für diese Tatsache mitverantwortlich. Tendenziell nahm der Anteil kriegswichtiger Fertigungen an der Gesamtproduktion ab, je weiter man sich von der alten Reichsgrenze entfernte. Am deutlichsten war dies in Majdanek der Fall, wo sowohl Pohl als auch der Höhere SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik zwar immer wieder Ideen für den Einsatz jüdischer Häftlinge in der Rüstungsindustrie formulierten, wo es jedoch bis zum Herbst 1943 nur drei Außenlager gab, bei denen die Häftlinge vor allem in kleineren Werkstätten und der Textilfabrikation eingesetzt waren. Weil dadurch viele jüdische Häftlinge im bereits überfüllten Lager ohne Arbeitsmöglichkeit waren, ordnete Maurer die Überstellung von Häftlingen nach Auschwitz an, wo eher Einsatzmöglichkeiten vorhanden schienen. Im Juni und Juli 1943 erfolgte dann die Überstellung von etwa 9.000 jüdischen Häftlingen in andere Lager, davon mehr als 5.000 nach Auschwitz.<sup>206</sup> Eine partielle Aufwertung der kriegswirtschaftlichen Bedeutung erfuhr das Konzentrationslager Majdanek im September/Oktober 1943 dadurch, dass einige Zwangsarbeiterlager für Juden des Distrikts als Außenlager an das KZ angegliedert wurden.<sup>207</sup> Doch bevor deren Arbeitspotenzial dem WVHA zugute kommen konnte, hatte sich die Situation bereits wieder verändert. Himmler fürchtete nach den Widerstandsaktionen in Treblinka und insbesondere in Sobibór eine Ausbreitung jüdischer Widerstandstätigkeit im Distrikt Lublin.<sup>208</sup> Deswegen befahl

---

206 *Barbara Schwindt*, Das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek. Funktionswandel im Kontext der „Endlösung“, Würzburg 2005, S. 239–265.

207 *Kaienburg*, *Wirtschaft*, S. 446.

208 Am 2. August 1943 war es zu einer Massenflucht jüdischer Häftlinge aus Treblinka gekommen. Vgl. *Yitshak Arad*, *Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard Death Camps*, Bloomington 1987, S. 286–298; *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bd. 8, S. 301–328. In Sobibór kam es am 14. Oktober 1943 zu einem Aufstand, bei dem neun SS-Männer getötet werden konnten und 300 jüdischen Häftlingen die Flucht gelang; ebd., S. 375–404; *Arad*, *Belzec*, S. 322–341; *Jules Schelvois*, *Vernichtungslager Sobibór, Hamburg/Münster* 2003, S. 170–235; *Thomas Blatt*, „Nur die Schatten bleiben.“ *Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibor*, Berlin 2000.

er in der zweiten Hälfte des Oktobers 1943, die jüdischen Arbeitskräfte im Distrikt möglichst bald zu töten.<sup>209</sup> Am 3./4. November 1943 ermordeten SS-Einheiten unter dem Tarnnamen „Erntefest“ 40.000 bis 43.000 Juden und Jüdinnen, die Mehrheit der im Distrikt Lublin zu diesem Zeitpunkt noch lebenden jüdischen Menschen.<sup>210</sup> Durch die Ermordung der jüdischen Häftlinge in den neuen Außenlagern war die mögliche kriegswirtschaftliche Bedeutung sofort wieder hinfällig geworden. Pohl sagte bald darauf zwar die Überstellung neuer, arbeitsfähiger Häftlinge nach Majdanek zu, aber de facto erlangte Majdanek bis zum Beginn der Evakuierungsvorbereitungen im Frühjahr 1944 keine kriegswirtschaftliche Bedeutung. Einzig das Außenlager bei den Heinkel-Werken in Budzyn, dessen jüdische Häftlinge von der Mordaktion ausgenommen blieben, trug in kleinem Maßstab zur Kriegsproduktion bei.<sup>211</sup> Vom Winter 1943/44 bis zur Evakuierung diente das Lager Majdanek stattdessen vor allem als Hinrichtungsstätte für polnische Zivilisten und als Evakuierungsort von geschwächten KZ-Häftlingen aus anderen Lagern.<sup>212</sup>

Obwohl also Häftlinge von Majdanek nach Auschwitz überstellt wurden, weil dort mehr Arbeitsmöglichkeiten für sie bestanden, nahm der Ausbau von Einsatzmöglichkeiten auch 1943 im mit Abstand größten Konzentrationslager nur langsam zu. Zwar stieg die Gesamtbelegung vom August 1943 mit 74.000 Häftlingen bis zum Dezember 1943 weiter auf 87.773 Häftlinge an. Doch von diesen galten nur 68.790 als arbeitsfähig, und real eingesetzt waren nur 44.869 Häftlinge.<sup>213</sup> Es arbeitete also knapp die Hälfte aller Häft-

---

209 Tomasz Kranz, *Die Vernichtung der Juden im Konzentrationslager Majdanek*, Lublin 2007, S. 65–72; Christopher R. Browning, *Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter*, Frankfurt am Main 2001, S. 123; Dieter Pohl, *Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord: der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944*, Frankfurt am Main 1993, S. 171.

210 Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen*, Reinbek 1993, S. 183–189; Schwindt, *Majdanek*, S. 268–286; Orth, *Das System*, S. 208–213.

211 Lutz Budraß, „Arbeitskräfte können aus der reichlich vorhandenen jüdischen Bevölkerung gewonnen werden.“. Das Heinkel-Werk in Budzyn 1942–1944, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2004, H. 1, S. 41–64.

212 Orth, *Das System*, S. 211–213.

213 Piper, *Arbeitseinsatz*, S. 80.

linge in Auschwitz. Zudem fand auch bei diesen arbeitenden Häftlingen nur eine langsame, mitunter sogar gar keine Umlenkung von der Arbeit im Lager und in der Landwirtschaft hin zu rüstungswichtigen Arbeiten statt.

**Tabelle 8: Einsatzorte der KZ-Häftlinge zur Sklavenarbeit im KZ Auschwitz im Jahr 1943**<sup>214</sup>

Einsatzorte	4. Januar 1943	4. Dezember 1943
Lager und SS-Dienststellen	31,4%	32,7%
Landwirtschaft	9,1%	10,7%
SS-Bauwesen	27,7%	24,8%
SS-Wirtschaftsbetriebe	8,3%	5,6%
Rüstungsbetriebe	11,9%	25,5%
Privatbetriebe	11,6%	0,6%

Es ist ersichtlich, dass vor allem eine Umlenkung von den Privatbetrieben zu den Rüstungsbetrieben stattgefunden hat, während der Anteil der eingesetzten Häftlinge im Lager für die Wirtschaft und für SS-Stellen weitgehend konstant blieb. In Auschwitz standen der Betrieb und Ausbau des Lagers und insbesondere auch der Weiterbau der Vernichtungslager für die SS weiterhin im Zentrum ihrer Aktivitäten. Der Einsatz der Häftlinge in der Rüstungsindustrie war zwar ebenfalls bedeutsam und insbesondere das Großprojekt mit den I.G. Farben hatte für die KZ-Verantwortlichen einen hohen Prestigewert, aber insgesamt blieb der Einsatz in seiner Bedeutung für das Gesamtlager doch zurück hinter dem Rang, den dieser in den meisten Lagern im „Altreich“ einnahm und insbesondere nach dem März 1944 einnehmen sollte.

### Die Herkunft der neu eingelieferten Häftlinge

Über die Zusammensetzung der Häftlinge, die zwischen Sommer 1943 und Februar 1944 in die Lager kamen, ist ebenfalls wenig bekannt. Auch für die-

<sup>214</sup> Tabelle nach ebd., S. 80 und 400–403; Kaienburg, Vernichtung, S. 290.

se Zeit gibt es die Vermutung von Ulrich Herbert und Hermann Kaienburg, dass ein Großteil der Eingelieferten bereits in Deutschland eingesetzte Ostarbeiter waren<sup>215</sup>, doch auch dies scheint nur bedingt zu stimmen. Allerdings ist der Kenntnisstand der Forschung hier insgesamt gering. Nur für wenige Lager existieren genauere Angaben über die Zusammensetzung der Häftlinge zu bestimmten Zeitpunkten.

Am detailliertesten sind die Aufstellungen bisher zum KZ Buchenwald, was insofern günstig ist, als dort der Anstieg der Häftlingszahlen im Zeitraum am bedeutsamsten war.

**Tabelle 9: Nationale Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft im KZ Buchenwald<sup>216</sup>**

Datum	Gesamt	Russen	Polen	Reichsdeutsche	Franzosen	Tschechen
14.8.1943	16.246	5.092 (31%)	4.567 (28%)	3.610 (22%)	600 (4%)	1.316 (8%)
25.12.1943	37.221	14.451 (39%)	7.569 (20%)	4.850 (13%)	4.689 (13%)	2.831 (8%)
15.4.1944	43.269	16.276 (38%)	8.087 (19%)	4.936 (11%)	6.919 (16%)	3.950 (9%)

Auffällig ist vor allem der starke Anstieg bei den russischen und noch mehr bei den französischen Häftlingen. Die Frage ist nun, ob es sich bei den jeweiligen Neuankömmlingen um bereits in Deutschland eingesetzte Zwangsarbeiter handelte oder um direkt aus dem Herkunftsland in ein KZ verschleppte Menschen. Im Fall der französischen Häftlinge ist die Frage eindeutig zu beantworten: Es handelte sich fast ausschließlich um direkt aus Frankreich verschleppte Menschen. Allein zwischen dem 4. September 1943 und dem 29. Januar 1944 brachte die SS sieben große Transporte mit insgesamt 10.127 Häftlingen aus dem französischen Lager Compiègne nach Buchenwald.<sup>217</sup>

215 Herbert, Arbeit und Vernichtung, S. 410; Kaienburg, Vernichtung, S. 303f.

216 Tabelle nach Stein, Funktionswandel, S. 179.

217 Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (Hrsg.), Konzentrationslager Buchenwald. Post Weimar/Thüringen. Katalog zu der Ausstellung aus der Deutschen Demokratischen Republik im Martin-Gropius Bau in Berlin (West), Berlin 1990, S. 95.

Die starke Einlieferung von Franzosen in Konzentrationslager im Reich lag begründet in der Zunahme der Widerstandstätigkeit nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad und der danach einsetzenden verschärften Repression durch den deutschen Besatzungsapparat.

Deutlich schwieriger zu beantworten ist diese Frage für die sowjetischen Häftlinge. Handelte es sich bei ihnen um Kriegsgefangene, Ostarbeiter oder direkt aus den besetzten Gebieten in ein KZ verschleppte Menschen? Nachweisbar sind für die Zeit von Ende August bis Ende November 1943 sieben Transporte, die 4.019 Häftlinge direkt aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion nach Buchenwald brachten.<sup>218</sup> Des Weiteren trafen aus anderen Konzentrationslagern vom September 1943 bis Januar 1944 15 Transporte in Buchenwald ein, die Häftlinge brachten und von denen ein bedeutender Teil aus sowjetischen Häftlingen bestand.<sup>219</sup> Zumindest bei den drei Transporten aus dem KZ Auschwitz ist davon auszugehen, dass es sich eher um in den besetzten Gebieten verhaftete Menschen als um Ostarbeiter gehandelt hat. Am Beispiel Buchenwald zeigt sich, dass die Bedeutung der Konzentrationslager zur Unterdrückung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten sowohl für die ost- wie auch die westeuropäischen Gebiete nach der Niederlage in Stalingrad und dem Scheitern der letzten deutschen Offensive im Osten zunahm. Dieser Bedeutungszuwachs, den die Konzentrationslager für die Aufrechterhaltung der Besatzungsherrschaft bekamen, ergänzte sich im Fall Buchenwalds mit dem Bedarf an neuen Arbeitskräften für das Rüstungsprojekt Mittelbau-Dora, bei dessen Einrichtung sich tausende Menschen aus den Widerstandsbewegungen der besetzten Gebieten zu Tode arbeiten mussten.

Die Verhältnisse bei der Belegung Buchenwalds sollten jedoch nicht vor schnell auf andere Konzentrationslager übertragen werden. Im KZ Neuengamme waren die prozentualen Anteile der vier größten nationalen Häftlingsgruppen an der Gesamtbelegung ähnlich wie in Buchenwald. Allerdings traf im KZ Neuengamme der Großteil der französischen Häftlinge erst nach dem März 1944 ein, weil erst dann größere neue Außenlager auf-

---

218 Ebd., S. 94.

219 Ebd., S. 102.

gebaut wurden. Eine viel geringere Bedeutung als in Buchenwald hatte in Neuengamme die tschechische Häftlingsgruppe. Aus geografischen Gründen bildeten in Neuengamme hingegen die niederländischen Häftlinge die fünftgrößte Gruppe.

In Auschwitz bildeten die jüdischen und die polnischen Häftlinge über die gesamte Zeit des Lagers die größten Gruppen. Im Dezember 1942 stellten die jüdischen Häftlinge 47,3% aller 30.623 Insassen, die polnischen Häftlinge 28,5%, die tschechischen Häftlinge 10,5% und die deutschen Häftlinge 3,3%. Im August 1944 stellten die jüdischen Häftlinge 68,1%, die polnischen 17,8%, die sowjetischen 8,4% und die deutschen 2,2% aller 104.878 Häftlinge.<sup>220</sup> Auffällig ist ohne Zweifel die zahlenmäßige Zunahme der sowjetischen Häftlinge, die im August 1944 deutlich zur drittstärksten Häftlingsgruppe im Lager geworden waren. Zudem handelte es sich bei ihnen in etwa gleicher Zahl um männliche und weibliche Häftlinge. Bei den weiblichen Häftlingen handelte es sich durchgängig um politische Häftlinge, bei den Männern waren etwa vier Fünftel der Gruppe politische Häftlinge und ein Fünftel russische Kriegsgefangene. Zumindest in der Statistik taucht die Gruppe von zuvor als Zwangsarbeitern aus der Sowjetunion verschleppten Menschen, die dann ins KZ verbracht wurden, nicht auf. Zu beachten ist zudem, dass die deutliche Mehrheit der politischen Häftlinge aller Nationen in den Lagern Auschwitz I und II untergebracht waren, während die jüdischen Häftlinge 1944 mehrheitlich in Auschwitz III, also dem I.G.-Farben-Lager in Monowitz und den von dort seit November 1943 verwalteten Außenlagern des KZ Auschwitz untergebracht waren. So wurden von den 30.539 Häftlingen in Auschwitz III fast 90% als jüdische Häftlinge geführt. Dagegen waren die jüdischen Häftlinge in den Lagern Auschwitz I und II jeweils nur knapp in der Mehrheit. Die Zwangsarbeit für die Industrie in Außenlagern war im Fall Auschwitz also vor allem von jüdischen Häftlingen zu leisten.<sup>221</sup> In Mauthausen unterschied sich die Zusammensetzung der Häftlingengesellschaft deutlich von der in Auschwitz und auch partiell von jener in Buchenwald:

---

220 *Iwaszko*, Haftgründe und Häftlingskategorien, S. 46f.

221 *Ebd.*, S. 48.

**Tabelle 10: Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft im KZ Mauthausen  
Frühjahr 1943 bis Frühjahr 1944<sup>222</sup>**

Datum	Gesamtzahl	Schutzhäftlinge (Politische)	„Berufs- verbrecher“	„Sicherheits- verwahrte“	Polen	Zivilrussen	sowjetische Kriegsgefangene	Spanier
30.4.1943	18.655	7.412	867	2.891	4.780	1.930	188	? <sup>223</sup>
31.12.1943	25.607	10.185	932	3.274	7.014	2.805	853	?
15.3.1944	32.006	17.746	1.017	3.126	?	?	1.930	2.167

Die Vergleichbarkeit der Daten der ersten beiden Zeitpunkte mit dem letzten erweist sich insofern als schwierig, als im Konzentrationslager Mauthausen eine Verschiebung der Registrierung stattfand. Bis Ende 1943 wurden alle polnischen Häftlinge als Polen geführt, ab 1944 wurden die polnischen Häftlinge wie zuvor bereits die sowjetischen Häftlinge in die Kategorien Schutzhäftlinge und Zivilarbeiter aufgeteilt.<sup>224</sup> Im März 1944 fanden sich unter den Schutzhäftlingen 8.176 polnische Häftlinge. Sie stellten also fast die Hälfte aller politischen Häftlinge. Zu diesem Zeitpunkt wurden insgesamt 5.327 Häftlinge als Zivilarbeiter in der Statistik geführt. Da bereits im Dezember 1943 2.805 sowjetische Zivilarbeiter im Lager waren und de-

222 Zur Tabelle: *Marsálek*, Mauthausen, S. 110f.; *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 316.

223 In den Jahren 1940 bis 1942 wurden insgesamt etwa 7.200 sogenannte „Rotspanier“, die im Bürgerkrieg auf republikanischer Seite gekämpft hatten, nach Mauthausen verbracht. Aus den Statistiken des Jahres 1943 ist zu vermuten, dass die Spanier unter die Kategorie „Politische“ eingeordnet wurden. Die Zahl der verbliebenen Spanier im Frühjahr 1944 zeigt, dass die Sterblichkeit in dieser Häftlingsgruppe besonders hoch war.

224 Dies zeigt, dass die Aufteilung der ausländischen Häftlinge nach Kategorien unterschiedlich gehandhabt wurde. Während in Mauthausen ab 1944 bei polnischen und russischen Häftlingen relativ konsequent zwischen Schutzhäftlingen und Zivilarbeitern unterschieden wurde, ist in den Totenbüchern des KZ Neuengamme bei polnischen Häftlingen nie der Vermerk „Zivilarbeiter“ zu finden und bei russischen Häftlingen nur in ganz wenigen Fällen. Da aber deutlich mehr vormalige osteuropäische Zwangsarbeiter unter den Häftlingen waren, ist zu vermuten, dass diese Unterscheidung im KZ Neuengamme nicht als bedeutsam betrachtet wurde.

ren Zahl vermutlich weiter anstieg, dürften die polnischen Häftlinge höchstens ein Drittel der Häftlinge in der Kategorie „Zivilarbeiter“ ausgemacht haben und die sowjetischen Häftlinge mindestens zwei Drittel. Insgesamt stellten die Zivilarbeiter damit 16,7% aller Häftlinge. Bei den Schutzhäftlingen fällt die besonders starke Belegung Mauthausens mit polnischen Häftlingen auf. Die nächstgrößeren Nationengruppen unter den Schutzhäftlingen waren im März 1944 2.392 Jugoslawen (13,5% aller Schutzhäftlinge) und 2.289 Franzosen (12,9%). Überraschend ist die vergleichsweise geringe Zahl von 1.058 sowjetischen und 624 deutschen Schutzhäftlingen. Daraus erklärt sich auch die Vorherrschaft der deutschen Häftlinge mit grünem Winkel (Sicherungsverwahrte und befristete Vorbeugehäftlinge), die im März 1944 über 4.000 Häftlinge stellten und die Mehrzahl der Funktionsposten besetzen konnten. Dies zeigt auch, dass die SS zu diesem Zeitpunkt eine härtere Politik gegenüber den Grünen-Winkel-Häftlingen betrieb als gegenüber den deutschen politischen Häftlingen. Die Letzteren stellten im Kategorie I-Lager Buchenwald durchgehend die Mehrheit, während im Kategorie III-Lager Mauthausen – mit deutlich schlechteren Überlebensbedingungen – die Grün-Winkel klar in der Überzahl waren.

### Mittelbau-Dora und die Raketenrüstung

Eine neue Bedeutung erlangte die Häftlingszwangsarbeit durch ihren Einsatz in der Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie. Mit der Zunahme alliierter Luftangriffe stieg auch die Relevanz von Plänen, wichtige Rüstungsbetriebe an sichere Plätze zu verlagern. Bis Mitte des Jahres 1943 ließ sich ein Schutz vor Angriffen auch durch die Verlagerung zum Beispiel nach Wien erreichen, weil dieses für alliierte Bomber nicht erreichbar war. Doch nach der Landung alliierter Truppen in Italien und der Zunahme der Reichweite alliierter Bomber verlor diese Möglichkeit an Bedeutung. Im Zentrum der Diskussion stand fortan die Verlegung der Industrie in bombengeschützte Räume, womit vor allem Tunnel, Höhlen und Bergwerke gemeint waren.<sup>225</sup>

---

225 Zum Beispiel: Protokoll einer Sitzung Speers bei Hitler am 11.4.1943, BAB, R3/1507.

Der erste Bereich der deutschen Rüstungsindustrie, der schließlich unter die Erde verlagert wurde, war die Raketenindustrie. Bereits vor Kriegsbeginn hatte das Heereswaffenamt mit Versuchen zur Raketenentwicklung begonnen. Das Ziel war die Herstellung einer ballistischen Fernrakete, die den Namen „Aggregat 4“ (A4) erhielt.<sup>226</sup> Kurz nach Kriegsbeginn begann auch die Luftwaffe, sich mit Plänen zur Entwicklung einer Rakete auseinanderzusetzen. Bis zur Niederlage in der Luftschlacht über England wurde deren Entwicklung jedoch als nachrangig betrachtet. Erst mit den Rückschlägen im Krieg gegen die Sowjetunion stimmte das Luftfahrtministerium der Aufnahme der Produktion zu. Am 19. Juni 1942 gab Milch den Befehl zum Bau der Flugbombe Fi 103. Fortan gab es eine starke Konkurrenz zwischen den beiden Waffengattungen, die deren Weiterentwicklung beschleunigte.<sup>227</sup>

Die Bedeutung der Raketen stieg jedoch vor allem deshalb an, weil aufgrund der klaren zahlenmäßigen Überlegenheit der alliierten Rüstungsproduktion die Hoffnung, den Krieg mit konventionellen Waffen zugunsten Deutschlands zu entscheiden, rapide sank. Stattdessen setzten sowohl Hitler wie die Wehrmachtsführung ihre Hoffnung zunehmend auf neuartige Waffen, die den Alliierten vorerst nicht zur Verfügung standen.<sup>228</sup> Umso schlechter der Verlauf des Kriegs aus deutscher Sicht wurde, desto bedeutsamer wurde die Hoffnung auf die „Geheimwaffen“ oder „Wunderwaffen“. Insbesondere die Raketen, von Goebbels öffentlich als „Vergeltungswaffe 1“ („V1“ = Fi 103) und 2 („V2“ = A4) bezeichnet, spielten dabei eine gewichtige Rolle.<sup>229</sup>

Für die Genese der Häftlingszwangsarbeit war die Entwicklung des A4-Projekts von größerer Bedeutung. Seit 1941 suchte das Heereswaffenamt nach

---

226 Michael J. Neufeld, *Die Rakete und das Reich: Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters*, Berlin 1997; *Freund/Perz*, KZ in der Serbenhalle, S. 55–61.

227 *Mommsen/Grieger*, Volkswagenwerk, S. 677–709; *Björn Kooger*, *Rüstung unter Tage. Die Untertageverlagerung von Rüstungsbetrieben und der Einsatz von KZ-Häftlingen in Beendorf und Morsleben*, Berlin 2004, S. 51–59.

228 Alan S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, Stuttgart 1966, S. 94–95.

229 Alle „Wunderwaffen“ mussten unter enormen Zeitdruck hergestellt werden. Es fehlte durchgängig die Zeit sie zu wirklicher Serienreife zu entwickeln. Die Waffen konnten bis zur deutschen Niederlage keine kriegsentscheidende Wirkung erzielen, auch wenn der Einsatz der Raketen vor allem in London und Antwerpen mehrere tausend Todesopfer forderte. Vgl. *Tooze*, *Wages*, S. 611–624.

Partnern in der Industrie, um Teile der Fertigung an diese zu vergeben. In Peenemünde sollten im Wesentlichen nur noch die Montage der Rakete und die Triebwerkprüfung erfolgen. Anfangs gewann das Heereswaffenamt vor allem die Zeppelin-Werke in Friedrichshafen als Partner. Ende März 1943 folgten das Rax-Werk in Wien und im Sommer 1943 schließlich das Demag-Werk in Falkensee bei Berlin als weitere Fertigungsbetriebe. Zuvor war das A4-Programm im Frühjahr 1943 durch die Gründung des „Sonderausschuss A4“ unter Leitung des Demag-Direktors Gerhard Degenkolb in den Einflussbereich des Speer-Ministeriums geraten.

Der erste Vorschlag zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketenrüstung erfolgte im April 1943 durch die Abteilung „Arbeitseinsatz“ beim Sonderausschuss A4.<sup>230</sup> Der Ausschuss griff den Vorschlag auf und besuchte kurz daraufhin das Außenlager bei den Heinkel-Werken in Oranienburg. Die positive Schilderung der Häftlingszwangsarbeit durch die Verantwortlichen der Heinkel-Werke führte dazu, dass die Heeresversuchsanstalt Peenemünde die Zuweisung von KZ-Häftlingen beantragte. Am 17. Juni 1943 trafen schließlich die ersten 200 KZ-Häftlinge in Peenemünde ein. Nur wenige Tage später errichtete die SS mit 500 KZ-Häftlingen ein Außenlager bei den Rax-Werken in der Wiener Neustadt und mit vorerst 100 KZ-Häftlingen ein Außenlager bei den Zeppelin-Werken in Friedrichshafen.<sup>231</sup> Bis hierhin folgte der Einsatz in der Raketenindustrie weitgehend dem Vorbild der Luftfahrtindustrie. Aufgrund der Bombardierung der A4-Werke wurde aber dann die Raketenrüstung zum Schrittmacher des umfassenden Häftlingseinsatzes.

Bereits am 18. Juni 1943 waren die Zeppelin-Werke durch die Royal Air Force bombardiert worden. Am 13. August 1943 erfolgte ein Angriff der US-amerikanischen Luftstreitkräfte auf die Rax-Werke. Panik löste jedoch erst der alliierte Angriff auf die Versuchsanstalt Peenemünde am 17./18. August 1943 aus. Speer reiste noch am 18. August dorthin. Am Tag darauf

---

230 Freund, Zement, S. 43.

231 Freund/Perz, KZ in der Serbenhalle; Benz/Distel, Der Ort des Terrors, Bd. 2, S. 328–331.

berichtete er Hitler über die Schäden des Angriffs.<sup>232</sup> Laut Protokoll wurde in der folgenden Rüstungssitzung bei Hitler folgendes Ergebnis erzielt:

„Der Führer ordnet aufgrund eines Vorschlages an, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um gemeinsam mit dem Reichsführer SS unter starker Einschaltung seiner Kräfte aus den Konzentrationslagern den Bau der entsprechenden Fertigungsanlagen und die Fertigung von A4 erneut voranzutreiben. Der Führer entscheidet dabei, daß die bisherigen Anlagen lediglich als Übergangsanlagen solange mit Nachdruck weiter errichtet werden und darin gefertigt wird, bis eine endgültige Fertigung in gesicherten Orten und in gesicherter Form unter möglichst starker Heranziehung von Höhlen und sonst geeigneten Bunkerstellungen gewährleistet ist.“<sup>233</sup>

Damit war die Entscheidung gefallen, die Raketendindustrie als ersten Bereich der Rüstungsindustrie möglichst weitgehend unter Tage zu verlegen. Zudem war die zentrale Rolle festgelegt, welche die Arbeitskraft der KZ-Häftlinge für die Verlagerung spielen sollte. Sofort nach Speers Abreise aus dem Führerhauptquartier schrieb Himmler ihm, dass er den Leiter der Amtsgruppe C des SS-WVHA, Hans Kammler, zum zentralen Verantwortlichen der SS für diese Aufgabe ernannt hatte. Himmler zeigte sich zudem optimistisch, die Hitler und Speer gegebenen Versprechen halten zu können: „Sie mögen überzeugt sein, die SS wird den Führer und Sie bei dieser wirklich kriegswichtigen Aufgabe nicht enttäuschen.“<sup>234</sup> Kurz darauf fiel im A4-Ausschuss die Entscheidung, die zentrale Raketenfertigungsanlage in einer Stollenanlage der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft (Wifo) im Kohnstein bei Nordhausen zu errichten. In den folgenden Wochen wurden vier weitere Verlagerungsprojekte für die A4-Produktion beschlossen, die jedoch nicht die Bedeutung des Werks in Nordhausen erlangten.<sup>235</sup>

---

232 Wagner, Produktion, S. 82–84; Laurenz Demps, Zum weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Apparates der faschistischen Kriegswirtschaft in den Jahren 1943 bis 1945 und zur Rolle der SS und der Konzentrationslager im Rahmen der Rüstungsproduktion, dargestellt am Beispiel der unterirdischen Verlagerung von Teilen der Rüstungsindustrie, 2 Bde., Berlin 1970, hier: Bd. 1, S. 122.

233 Konferenz Speer-Hitler, Besprechungspunkte vom 19. bis 22.8.1943, abgedr. in: Boelcke, Rüstung, S. 291.

234 Brief Himmler an Speer vom 21.8.1943, in: BAB, NS 19/2055, abgedr. in: Speer, Sklavenstaat, S. 293.

235 Freund, Zement, S. 58f.; Wagner, Produktion, S. 86–88.

Zur Leitung des Werks wurde im September 1943 die Mittelwerk GmbH gegründet. Die Pläne für die Firmengründung wurden von Karl Maria Hettlage<sup>236</sup>, Speers Generalreferenten für Wirtschaft und Finanzen, ausgearbeitet. Die Besonderheit der Firmengründung bestand darin, dass in den Beirat des wichtigen Rüstungsbetriebs SS-Brigadeführer Kammler aufgenommen wurde. Zudem ernannte die Firmenführung den Leiter des Außenlagers Mittelbau-Dora, SS-Sturmbannführer Otto Förschner, zum 2. Geschäftsführer des Unternehmens. Trotz dieser Stellung innerhalb der Gesellschaft gelang es der SS aber nicht, zu einem wichtigen Entscheidungsträger im Werk zu werden, sie blieb im Wesentlichen auf die Rolle des Arbeitskräftelieferanten beschränkt. Die Leitung des Unternehmens lag in den Händen der Firmen der Raketenindustrie, und den Großteil des deutschen Personals stellte die Heeresversuchsanstalt Peenemünde.<sup>237</sup>

Zum Ausbau des Stollensystems für die Raketenproduktion setzte man – wie von Anfang an geplant – vor allem auf die Arbeitskraft von KZ-Häftlingen. Die Belegung des Außenlagers stieg innerhalb von drei Monaten nach dessen Errichtung im August auf etwa 10.000 Häftlinge an und erreichte im Januar 1944 den Stand von 12.242 Häftlingen. Von diesen arbeiteten 5.420 für die Mittelwerk GmbH vor allem in der Raketenfertigung und 5.510 für die Wifo, die den Ausbau des Stollensystems leitete.<sup>238</sup> Weder die SS noch die Werksleitung unternahmen anfangs große Anstrengungen, die herbeigeschafften Häftlinge adäquat unterzubringen. Anfangs schliefen die Häftlinge in Zelten an einem Stolleneingang, Ende September verlegte die SS die Häftlinge in den Stollen, wo sie auf Stroh auf dem eiskalten Fußboden nächtigen mussten. Bald begann die SS zwar mit der Aufstellung von Pritschen, aber sanitäre Einrichtungen blieben weiterhin Mangelware. Bis zur Fertigstellung des oberirdischen Barackenlagers mussten so mehr als 10.000 Häftlinge ihr Leben unter Tage verbringen. Neben den katastrophalen hygie-

---

236 Hettlage war nach Kriegsende von 1959 bis 1962 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und erhielt 1967 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband: *Susanna Schrafstetter*, Verfolgung und Wiedergutmachung. Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, in: VfZ 56, 2008, S. 431–466.

237 *Wagner*, Produktion, S. 194–201.

238 Ebd., S. 217 und 647.

nischen Bedingungen wurden die Häftlinge zudem unzureichend ernährt. Für die meisten der im Stollenbau eingesetzten Häftlinge bedeuteten diese Verhältnisse nach vier bis acht Wochen den Tod. Die Sterblichkeit im Lager stieg mit den Neueinlieferungen immer weiter an. Von Dezember 1943 bis März 1944 starben monatlich zwischen 570 und 721 Häftlinge, sodass bis zum Frühjahr 1943 3.000 Häftlinge umkamen. Weitere 3.000 schwer erschöpfte Häftlinge schob die SS im Frühjahr 1944 mit Transporten in die Konzentrationslager Lublin/Majdanek und Bergen-Belsen ab. Anschließend sank die monatliche Sterblichkeit deutlich und blieb vom Mai 1944 bis zum Januar 1945 unter 200 Häftlingen bei tendenziell weiter steigenden Belegungszahlen. Die Veränderung war weniger durch Menschlichkeit oder Eingriffe der Firmen zugunsten der Häftlinge bedingt, als vielmehr dem Umstand geschuldet, dass seit dem Frühjahr 1944 zunehmend die Fertigung des Mittelwerks aufgenommen wurde. An die Stelle des vor allem auf Schnelligkeit aber nicht auf Präzision angelegten Ausbaus des Stollens trat nun die Arbeit an feinmechanischen Maschinen. Die Mittelwerk GmbH brauchte nun leistungsfähige Häftlinge, die an den Maschinen angelernt werden und dadurch bei ihrem Tod zumeist nicht sofort eins zu eins ersetzt werden konnten.<sup>239</sup>

Im Gegensatz zur hohen Sterblichkeit im Frühjahr 1943 führte der Tod tausender Häftlinge weder bei der SS noch bei Vertretern des Staats oder der Rüstungsindustrie zu Beunruhigung oder Beschwerden; eher im Gegenteil. Himmler schlug Pohl in Erinnerung an seine Besichtigung des Werks vor, in allen SS-Steinbrüchen Untertagewerke einzurichten, und forderte: „Ich stelle mir vor, daß wir an möglichst vielen Stellen bis zum Sommer des Jahres 1944 als neue Höhlenmenschen in diesen einzig wirklich geschützten Arbeitsstätten eingerichtet sind.“<sup>240</sup> Auch von ministerieller Seite zeigte man sich beeindruckt. Eine Woche nachdem Speer das unterirdische Werk besucht hatte, gratulierte er Kammler:

„Sehr geehrter Herr Kammler, der Leiter des Sonderausschusses A4, Degenkolb, berichtet mir, daß Sie es fertiggebracht haben, die unterirdische Anlage in Nie. [Niedersachsen] aus dem Rohzustand in einer fast unmöglich kurzen Zeit von 2 Monaten in eine

---

239 Ebd., S. 181–220.

240 Schreiben Himmler an Pohl vom 17.12.1943, BAB, NS 19/317, Bl. 3.

Fabrik zu verwandeln, die ihresgleichen in Europa kein annäherndes Beispiel hat und darüber hinaus selbst für amerikanische Begriffe unübertroffen dasteht. Ich nehme deshalb Veranlassung, Ihnen für diese wirklich einmalige Tat meine höchste Anerkennung auszusprechen, mit der Bitte, Herrn Degenkolb auch weiterhin in dieser schönen Form zu unterstützen.<sup>241</sup>

Erst nachdem Speer sich vom Erfolg der Untertageverlagerung der Raketendustrie überzeugt hatte, gab er die Mittel frei, um auch die Luftfahrtindustrie unter Tage zu verlegen, womit er den nächsten Abschnitt der Ausnutzung der Häftlingszwangsarbeit einläutete. Zudem erwies sich die Beauftragung Kammlers mit der Umsetzung des Bauvorhabens in Niedersachsenwerfen als Grundstein für dessen Aufstieg innerhalb der Rüstungswirtschaft.<sup>242</sup>

### Die Planungen und Taten der SS

Während die SS in den bisher untersuchten Etappen ausgeprägte eigene Pläne hatte, fällt es für die Zeitspanne vom Sommer 1943 bis zum Frühjahr 1944 schwerer, klare Planungsvorhaben der SS auszumachen. Dies heißt nicht, dass die SS von ihrer Ideologie abging, nur wirkte sie jetzt stärker als getriebene Organisation innerhalb der Verhältnisse, denn als Motor der Handlungen. Insbesondere in der Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie entwickelte die SS kaum noch eigene Pläne, sondern bot sich vielmehr dort an, wo Engpässe auftraten. Dies geschah mit dem Ziel, alles für den Sieg Deutschlands im Krieg zu tun, und zumeist auch mit dem Hintergedanken, die eigene Position im System auszubauen. Sicher hätte die SS auch die Kooperationsgesuche des Rüstungsministeriums ablehnen können, aber dies hätte Himmlers Position bei Hitler eher geschadet als der SS genutzt. Darum bot Himmler der Industrie, wenn Bedarf bestand und insbesondere wenn die Rüstungsfertigung ihm kriegswichtig erschien, KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte an.

Da Arbeitskräfte immer mehr zu einem raren Gut wurden, hielt Himmler auch weiter am Kurs der Ausdehnung der KZ-Belegung fest. Dies entsprach

---

241 Schreiben Speer an Kammler vom 17.12.1943, BAB, R 3/1585, Bl. 32.

242 Wagner, Produktion, S. 90.

auch seinen Vorstellungen, gegen jedes Anzeichen von Widerstand bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete und von Zwangsarbeitern in Deutschland hart vorzugehen. Die SS reagierte auf die ersten Niederlagen an der Front nicht mit einer Abmilderung ihres Kurses, sondern mit der Verschärfung der Repression, die aber auch auf zunehmenden Widerstand traf.

Hinsichtlich des Umgangs mit der jüdischen Bevölkerung setzte die SS in Europa ihre radikale Verfolgungspolitik mit dem Ziel der Vernichtung fort. In den polnischen Gebieten blieb die SS bei einem Kurs, der den Arbeitsinsatz von Juden fortführte, solange diese nicht ersetzt werden konnten und keine Gefahr von ihnen drohte. Insbesondere die „Aktion Erntefest“ zeigte, dass Himmler schon bei kleinsten Anzeichen einer Gefahr zu einer Politik der sofortigen Vernichtung umschwenkte, auch gegen jüdische Häftlinge in KZ-Außenlagern, die gerade erst aus wirtschaftlichen Zwecken ins Außenlager-Netz integriert worden waren.

Bei den Befehlen der SS-Führung zur Behandlung der KZ-Häftlinge begann sich im Herbst 1943 ein ambivalenterer Tonfall durchzusetzen. Nachdem es gelungen war, die Sterblichkeitsrate zu senken, wollte man diese im Durchschnitt zwar nach Möglichkeit vorerst auf dem niedrigeren Niveau halten, aber gleichzeitig begann die SS-Führung wieder stärker zu betonen, dass die Lager-SS keine unnötige Rücksicht auf die KZ-Häftlinge nehmen sollte. Dies galt insbesondere, wenn es darum ging, eine möglichst hohe Arbeitsleistung aus den Häftlingen herauszuholen. So sollten unnötige Todesfälle durch lange Appelle oder ungenügende Kleidung und Nahrung nach Möglichkeit vermieden werden, aber gleichzeitig wurde die Arbeitshetze weiter verschärft. Pohl schrieb im Oktober 1943 an die KZ-Kommandanten:

„Im Rahmen der deutschen Rüstungsproduktion stellen die KL dank der Aufbau-Arbeit, die in den vergangenen 2 Jahren geleistet wurde[,] einen Faktor von kriegsentscheidender Bedeutung dar. Aus dem Nichts haben wir Rüstungswerke geschaffen, die ihresgleichen suchen. Wir haben nun mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die bereits erzielten Leistungen nicht nur gehalten, sondern noch weiterhin dauernd gesteigert werden. Das ist [...] nur dadurch möglich, daß wir die Arbeitskraft der Häftlinge erhalten und noch weiter heben. [...] Nicht aus falscher Gefühlsduselei, sondern weil wir sie mit ihren Armen und Beinen benötigen, weil sie dazu beitragen müssen, daß das deutsche Volk einen großen Sieg erringt, deshalb müssen wir uns das Wohlergehen der Häftlinge an-

gelegen sein lassen. Ich stelle als erstes Ziel: höchstens 10% aller Häftlinge dürfen infolge Krankheit arbeitsunfähig sein.“<sup>243</sup>

Pohl führte im Folgenden detailliert aus, wie dies durch richtige Ernährung und Bekleidung, die Ausnutzung natürlicher Heilmittel, die Vermeidung unnötiger Anstrengungen und Leistungsprämien erreicht werden sollte. Unter anderem wurde die Ausgabe von Winterkleidung angekündigt und das Tragen von Zeitungspapier unter dem Hemd erlaubt. Auch verlangte Pohl, dass die Häftlinge täglich 7 bis 8 Stunden ungestörte Nachtruhe haben sollten. Eine komplette Umsetzung von Pohls Forderungen hätte die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern sicherlich weiter senken können, doch die Häftlingsberichte zeigen, dass die Anordnungen nur sehr partiell umgesetzt wurden. Zudem sorgte Pohls zentrale Forderung, dass höchstens 10% der Häftlinge arbeitsunfähig sein dürften, in einigen Lagern für eine Verschärfung der Situation. Da Pohls erster Blick nun den Krankenziffern galt, begannen die Kommandanten fortan ein Interesse daran zu entwickeln, diese möglichst niedrig zu halten. Die Folge war, dass kranken Häftlingen der Weg ins Revier versperrt und eine Erholung von Krankheiten verunmöglicht wurde. So kam es fortan immer häufiger vor, dass kranke Häftlinge sich bis zu ihrem letzten Atemzug zur Arbeit schleppen mussten und dort tot umfielen, anstatt im Revier zu sterben oder sich dort zu regenerieren.<sup>244</sup> Im Dezember 1943 schrieb Glücks an alle Kommandanten sowie alle Lagerführer in den Außenlagern, dass er bei seinen letzten Kommandobesuchen eine ungenügende Disziplin bei den Wachmännern bemerkt hätte:

„Der Unterführer und die Posten stehen an der Arbeitsstelle umher und bekümmern sich kaum um die Häftlinge. Ein Unterführer hierüber zur Rede gestellt, behauptete, daß es verboten sei, die Häftlinge zur Arbeit anzutreiben. Das ist natürlich Unsinn. Jeder Unterführer und Wachmann hat die Häftlinge zur Arbeit anzuhalten. Daß es dabei verboten

243 Schreiben Pohl an die Kommandanten vom 26.10.1943, in: BAB, NS 3/386, Bl. 102-104.

244 Im Fall Neuengamme befanden sich im Hauptlager zum Zeitpunkt von Pohls Anforderung etwa 7.000 Häftlinge, von denen mehr als 1.000 im Revier waren. Aufgrund der Anforderung mussten von einem Tag auf den anderen mehr als 300 Häftlinge aus dem Revier entlassen und zur Zwangsarbeit eingesetzt werden. Zudem musste nun jeder eintreffende Krankentransport aus den Außenlagern mit einer weiteren Entlassung kranker Häftlinge zur Zwangsarbeit beantwortet werden: Aussage des ehemaligen polnischen Häftlingsarztes Zygmunt Szafranski vor dem Bezirksgericht in Radom am 26.10.1946, Archiv der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg, 147 Js 45/67.

ist den Häftling zu schlagen, zu stoßen oder nur zu berühren, ist selbstverständlich. Das Antreiben hat nur mit dem Wort zu geschehen. Ob der Wachmann das in deutscher oder in fremder Sprache tut[,] ist gleichgültig. Der Häftling weiß schon, was er soll.“<sup>245</sup>

Das Antreiben der Häftlinge wurde zunehmend zur zentralen Aufgabe der SS-Wachmannschaften. Besonders deutlich werden die Folgen des neuen Kurses an einem Befehl des im November 1943 neu ernannten Kommandanten des KZ Auschwitz I, Arthur Liebehenschel, der zuvor als Chef des Amts D I des WVHA gearbeitet hatte. Liebehenschel versuchte nun möglichst schnell, die Vorgaben des WVHA bezüglich des Arbeitseinsatzes auch in Auschwitz voll zum Tragen zu bringen. In einem Schreiben an seine Untergebenen vom Februar 1944 hieß es: „Alle Arbeitskräfte und jede Arbeitsstunde gehören der Rüstung und damit dem Siege.“ Diese Anforderung wurde seiner Meinung nach in Auschwitz aber nicht ausreichend umgesetzt, weil von 41.000 arbeitsfähigen Häftlingen immer noch etwa 12.000 nur für den Lagerbetrieb eingesetzt seien. Darin erblickte er eine „friedensmäßige, arbeitseinsatzmäßig verschwenderische Auffassung“, die er nicht mehr dulden wolle. Um dies zu ändern, verlangte er eine schärfere Überwachung der Häftlingsarbeit durch die KZ-Verwaltung. Des Weiteren wollte er die Produktivität der Häftlingsarbeit steigern. Hierzu empfahl er: „Dem fleißigen Häftling Erleichterungen jedmöglichster Art, gesteigert bis zur Wiedererlangung der Freiheit; dem faulen, unverbesserlichen Häftling die Härte aller bestimmungsmäßig möglichen Strafen.“<sup>246</sup>

Dies dürfte in etwa die Idealvorstellung der SS gewesen sein, auf welche der Einsatz der Häftlinge in der Rüstungsindustrie hinauslaufen sollte. Die wertvollen Arbeitskräfte unter den Häftlingen sollten vom alten Strafterror der SS zunehmend ausgenommen werden und nur noch vom Arbeitsterror zu immer höheren Leistungen angetrieben werden. Demgegenüber sollte bei aus Sicht der Rüstungsproduktion weniger wertvollen Häftlingen der alte Strafterror weiterhin greifen. Ganz in diesem Sinne war auch eine Anordnung vom Januar 1944 zu verstehen, die verlangte, dass bei jedem An-

---

245 Schreiben Glücks an die Kommandanten (mit Abdrucken für die Außenlager) vom 8.12.1943, BAB, NS 3/426, Bl. 167.

246 Sonderbefehl Liebehenschel vom 14.2.1944, StAN, NI-15201.

trag auf Prügelstrafe das Arbeitskommando des Häftlings genannt werden müsste.<sup>247</sup> Die passgenaue Trennung beider Gruppen ließ sich zwar nirgends durchführen, aber in der Praxis entwickelte sich in vielen der Außenlager, insbesondere bei den Produktions-Außenlagern, eine zunehmende Teilung der Häftlingsgruppe in besser versorgte wichtige Arbeitskräfte und deutlich schlechter gestellte unbedeutendere Arbeitskräfte. Unter den Bedingungen der mit allen Mitteln schnell vorangetriebenen Untertageverlagerung durch Häftlingszwangsarbeit gewann die Unterscheidung jedoch nur sehr bedingte Praxisrelevanz. Bei den Bauarbeiten eingesetzte Häftlinge verstarben innerhalb kürzester Zeit, wobei es kaum von Bedeutung war, ob die SS sie für fleißige oder faule Häftlinge hielt. Die Bedingungen waren so mörderisch, dass alle bei den Bauarbeiten eingesetzten Häftlinge permanent vom Tod bedroht waren und ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Opfer fielen. Dies war bei der Einrichtung des Lagers zwar keineswegs die Intention der SS gewesen, aber die Bedürfnisse der Rüstungsindustrie forderten einen sofortigen Baubeginn und ein schnelles Arbeitstempo, was den Tod der Häftlinge in kurzer Zeit zur Folge hatte. Die SS war ebenfalls nur am zügigen Vorantreiben des Projekts interessiert und unternahm nichts, um die Situation der Häftlinge zu verbessern. Sie nahm den Tod tausender Häftlinge in Kauf, weil es ihr in der Situation die einfachste Lösung zur Erfüllung der Anforderungen zu sein schien.

#### **IV. Die letzten, verzweifelten Rüstungsanstrengungen eines untergehenden Systems (Frühjahr 1944 bis Oktober 1944)**

##### **Die Rüstungswirtschaft**

Die Rüstungswirtschaft zeichnete sich in der Zeit vom Frühjahr bis Herbst 1944 durch die weitere Konzentration wichtiger Kompetenzen im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion aus. Speer war vom Januar bis Mai 1944 durch Krankheit weitgehend ans Bett gefesselt und konnte in dieser Zeit seine Machtposition nicht erweitern. Im Gegenteil baute der Speer zwar unterstehende, aber mitunter eigenmächtig agierende Franz

---

247 Schreiben Maurer an die Kommandanten vom 5.1.1944, BAB, NS 3/427, Bl. 2.

Xaver Dorsch seine Position innerhalb der Rüstungswirtschaft aus.<sup>248</sup> Nach seiner Rückkehr gelang es Speer jedoch rasch, seine Position zu festigen und Hitler mit Unterstützung wichtiger Vertreter der Rüstungsindustrie von einer weiteren Konzentration der Macht in seinen Händen zu überzeugen. Am 19. Juni 1944 unterschrieb Hitler den „Erlaß des Führers über die Konzentration in der Rüstung und Kriegswirtschaft“. Durch diesen erhielt Speer alle Vollmachten für die Konstruktion von Waffen und Kriegsgerät. Mit dem drei Tage später ergehenden „Erlaß betr. Mittelinstanz“ gelang es Speer, das Weisungsrecht der ihm unterstehenden Rüstungskommissionen gegenüber den Gauarbeitsämtern durchzusetzen und damit auch einen Sieg gegen die Gauleiter zu erringen.<sup>249</sup>

In zwei Denkschriften an Hitler vom 12. und 20. Juli 1944 forderte Speer die rücksichtslose Mobilisierung der allerletzten Reserven und die Vergabe von umfassenden Vollmachten an wenige Persönlichkeiten. Infolge des gescheiterten Staatsstreichs am 20. Juli ernannte Hitler Himmler noch am selben Tag zum Befehlshaber des Ersatzheeres. Fünf Tage später wurde Goebbels zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz“ berufen. Zumindest die Berufung Goebbels war von Speer aktiv gefördert worden. Beide Ernennungen liefen anfangs eng mit seinem Wunsch zusammen, die rücksichtslose Eskalation des Kriegs weiter voranzutreiben. Im Verlauf des Herbsts erwiesen sich die Stellenbesetzungen jedoch für Speer als zweischneidiges Schwert, weil beide in ihren neuen Positionen auch gegen Speers Ziele gerichtete Interessen durchzusetzen versuchten.<sup>250</sup>

Das Hauptziel von Speer und der Rüstungsindustrie war die Erhaltung des hohen Ausstoßes in der Rüstungsproduktion. Bis auf wenige, mitunter aber bedeutsame Einbrüche konnte die Rüstungsindustrie dieses Ziel bis zum Sommer 1944 weitgehend erreichen. In den meisten Rüstungssparten konnten die Produktion auf der Höhe des Frühjahrs 1944 gehalten, in einigen Bereichen sogar gesteigert werden. Dies konnte durch die immer weitergehende Konzentration der Ressourcen in der Rüstungswirtschaft und die

---

248 DRZW, Bd. 5/2, S. 378–386 und 451–455; *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 29–32.

249 Ebd., S. 38–41.

250 *Herbst*, Totaler Krieg, S. 343–347.

Einrichtung von Sonderstäben gelingen, die mit Hochdruck und Brutalität besonders zentrale Fertigungen vorantrieben.<sup>251</sup>

Die Sonderstäbe in der Rüstungswirtschaft entstanden vor allem dann, wenn alliierte Bombenangriffe eine zentrale Rüstungssparte zur Gänze bedrohten. Die Initiative lag also kaum noch beim Reich, sondern die deutschen Rüstungsbürokraten und -industriellen waren nun gezwungen, ihre Planungen den alliierten Aktionen anzupassen. Die folgende Tabelle zeigt die alliierten Schwerpunkte.

**Tabelle 11: Aufstellung der von den westalliierten Luftstreitkräften über Europa abgeworfene Bombenmenge (in „short tons“)<sup>252</sup>**

Zeit	Flächenziele	Flugzeugproduktion	Ölproduktion und Tanklager	Kugellagerindustrie	Transportwesen	Kampfgebiete	verschiedene Ziele
3. Quartal 1943	43.211	2.072	–	324	2.112	–	3.262
4. Quartal 1943	31.928	1.067	–	1.233	6.766	–	9.466
1. Quartal 1944	44.966	7.925	195	1.603	19.581	14.442	25.648
2. Quartal 1944	58.785	8.300	23.413	1.511	107.208	38.900	95.439
3. Quartal 1944	114.602	7.698	58.721	–	70.653	37.695	114.439
4. Quartal 1944	106.612	1.802	61.465	–	115.684	10.045	54.202
1. Quartal 1945	76.967	1.924	66.077	–	152.968	13.297	58.454
April 1945	19.461	958	6.451	–	41.999	10.275	32.318

Der erste Sonderstab wurde bereits im Oktober 1943 nach einem Luftangriff auf Schweinfurt eingerichtet, wo die wichtigsten Werke der deutschen

251 Tooze, Wages, S. 638–641; DRZW, Bd. 5/2, S. 618–647.

252 USSBS, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy (European Report # 3), S. 2–5, abgedr. in: Mac Isaac (Hrsg.), United States Strategic Bombing Survey [USSBS], Bd. I, New York 1976. Vgl. auch Demps, Ausbau, S. 61.

Kugellagerindustrie konzentriert waren. Speer ernannte daraufhin Phillip Kessler, den Vorstandsvorsitzenden einer Elektrizitätsfirma, die zum Siemens-Konzern gehörte, zum „Generalkommissar für die Wiederingangbringung der Wälzlagerproduktion“. Kessler und seine Mitarbeiter firmierten bald auch als „Kessler-Stab“ oder als „Kugellager-Schnellaktion“. Da die Kugellagerindustrie nur über fünf große Werke verfügte, blieb die Bedeutung des Stabs vergleichsweise gering. Seine Einrichtung war jedoch Vorbild für weitere Sonderstäbe, die weit größere Bedeutung, auch für das Konzentrationslagersystem, erlangten.<sup>253</sup>

### Der Jägerstab

Vom 20. bis zum 26. Februar 1944 flogen die Bomberverbände der Westalliierten massive und gezielte Angriffe auf die deutschen Flugzeugwerke. Die starke Beschädigung der Werke löste hektische Aktivität bei den deutschen Führungsspitzen aus. Bereits am 1. März 1944 richteten die Luftwaffe und das Rüstungsministerium ein interministerielles Gremium ein, den „Jägerstab“, welches umfangreiche Befugnisse erhielt, um die deutsche Flugzeugproduktion wiederaufzubauen und zu hohen Produktionsziffern zu verhelfen.<sup>254</sup> Das Gremium war zusammengesetzt aus Vertretern des Rüstungsministeriums, des Reichsluftfahrtministeriums, der SS und weiteren Behördenvertretern.<sup>255</sup> Göring bestätigte die Einrichtung des Gremiums per Erlass

---

253 *Bertrand Perz*, „Projekt Quarz“. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk, Wien 1991, S. 150–153.

254 Zum Jägerstab: *Perz*, Projekt Quarz, S. 129–154; *Wagner*, Produktion, S. 92–111; *Kooger*, Rüstung unter Tage, S. 92–116; *Rainer Fröbe*, „Wie bei den alten Ägyptern.“ Die Verlegung des Daimler-Benz-Flugmotorenwerks Genshagen nach Obrigheim am Neckar 1944/45, in: Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im Tausendjährigen Reich, hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Nördlingen 1987, S. 392–470, hier: S. 398–401; *Edith Raim*, Die Dachauer KZ-Außenkommandos Kaufering und Mühldorf. Rüstungsbauten und Zwangsarbeit im letzten Kriegsjahr 1944/45, Landsberg 1992, S. 28–53; *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 14–32, *Schulte*, Zwangsarbeit, S. 406–412; *Allen*, Business, S. 232–239; *Lutz Budraß*, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945, Düsseldorf 1998, S. 869–871; *Tooze*, Wages, S. 627–634.

255 Zur namentlichen Zusammensetzung: *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 17. Zur Organisationsstruktur des Jägerstabs auch die Skizze von Saur für die alliierten Ermittler vom 14.11.1946, StAN, NOKW–261.

drei Tage später, und einen weiteren Tag später stimmte auch Hitler der Einrichtung zu.<sup>256</sup> Die Führung des Gremiums lag in den Händen des Rüstungsministeriums in Person von Karl Otto Saur. Jedoch beruhte auch der Jägerstab, wie der Großteil der Arbeit des Rüstungsministeriums, auf einer engen Kooperation mit der Rüstungsindustrie, die viele der konkreten Vorschläge einbrachte. Die Entscheidungsgewalt blieb allerdings in den Händen Saur, der auch zu Entscheidungen gegen den Widerstand einzelner Industrieller in hohem Maße bereit war. Vielfach unterstützten ihn dabei jedoch die industriellen Vertreter in den Hauptausschüssen, die mitunter gewillt waren, eine gesamtplanerische Perspektive einzunehmen oder sich auch gegen Konkurrenz durchsetzen wollten.

Eine zentrale Aufgabe des Gremiums war es, die wichtigsten Fertigungen in bombensichere Anlagen zu verlegen, vor allem in Untertagewerke. Die Herrichtung der Untertageanlagen erforderte jedoch große Mengen an Arbeitskräften, die kaum vorhanden waren. Auch die Zwangsrekrutierung neuer ausländischer Zivilarbeiter schien nach dem weitgehenden Zusammenbruch des Sauckelschen Systems nur noch begrenzt möglich zu sein. Deswegen beriefen die Luftwaffe und das Rüstungsministerium einen SS-Verantwortlichen in den Jägerstab, während Himmler die umfangreiche Bereitstellung von KZ-Häftlingen für die Untertageverlagerung zusagte.<sup>257</sup>

Als sich der Jägerstab konstituierte, hatte das Reichsluftfahrtministerium aber bereits länger an Plänen zur Untertageverlagerung gearbeitet. Im Ministerium existierte seit November 1943 ein „Sonderstab Höhlen/Bau“.<sup>258</sup> Einen Monat später begannen das Rüstungsministerium und das RLM ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Untertageverlagerung zu koordinieren, wobei das Rüstungsministerium die Richtlinienkompetenz beanspruchte und sich letztlich auch durchsetzte. Am 21. Februar 1944 richtete das Amt Bau den „Arbeitsstab für die unterirdische Verlagerung“ (Arbeitsstab U) ein, in den

---

256 Erlass Göring vom 4.3.1944, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), Freiburg im Breisgau, RL 3/10, Bl. 5857–5858, abgedr. in: *Boelcke*, Deutschlands Rüstung, S. 337f., und *Demps*, Ausbau, S. 472f.

257 *Wagner*, Produktion, S. 96f.

258 *Demps*, Ausbau, S. 213; *Kooger*, Rüstung, S. 86.

neben Vertretern des Rüstungsministeriums auch Vertreter der Luftwaffe und der SS berufen wurden.<sup>259</sup> Die Führung beanspruchte weiterhin das Rüstungsministerium und insbesondere das Amt Bau im Ministerium mit seinem Amtschef Carl Stobbe-Dethleffsen. So existierten am 1. März 1944 bereits umfangreiche Planungen dazu, welche Fertigungen in welche Anlagen verlegt werden sollten, wobei die Grundlage eine vom Arbeitsstab U am 24. Februar erstellte Liste bildete.<sup>260</sup> Anfang März peilte man im Jägerstab 103 Untertageprojekte an.

### Die Jägerfabriken

Der Bau von gigantischen bombengeschützten Fabriken wurde seit dem Herbst 1943 vom Leiter der Organisation Todt (OT), Franz Xaver Dorsch, propagiert.<sup>261</sup> Da die Pläne aber nicht auf Speers Zustimmung stießen, blieben sie längere Zeit nicht durchsetzbar. Erst als Speer zu Beginn des Jahres 1944 ins Sanatorium musste, gelang es Dorsch, Unterstützung für seine Pläne zu gewinnen. Der Hauptförderer war Göring, der mit Dorschs Hilfe bombengeschützte Flugzeugfabriken errichten wollte. Göring konnte auch Dorschs Einladung zu einer Besprechung bei Hitler Anfang März 1944 erreichen. Hitler zeigte sich von den Plänen begeistert und dehnte Dorschs Vorstellungen noch aus: „Hinsichtlich der Größenordnung der neu zu erbauenden Betonwerke fordert der Führer wesentlich größere Einheiten und gibt als Richtlinie dafür einen Mindestumfang von 600.000 bis 800.000 qm an.“<sup>262</sup> Am 21. April wurde Dorsch von Hitler dann offiziell mit der Errichtung von sechs „Jägerfabriken“ betraut.<sup>263</sup>

---

259 Perz, Projekt Quarz, S. 142f.; Kooger, Rüstung, S. 87.

260 Perz, Projekt Quarz, S. 143.

261 Raim, Dachauer KZ-Außenkommandos, S. 42.

262 Protokoll der Führerbesprechung vom 5.3.1944, BAB, R 3/1509, Bl. 13, abgedr. in: Boelcke, Deutschlands Rüstung, S. 337.

263 Unveröffentlichter Erlass Hitlers vom 21.4.1944, BAB, R 3/1637, Bl. 8, abgedr. in: Martin Moll (Hrsg.), Führer-Erlasse 1939–1945, Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997, Nr. 319, S. 409–410.

Von den sechs geplanten Jägerfabriken gelangten letztlich nur zwei über den Stand von Erdarbeiten hinaus, aber auch in diesen beiden Fabriken konnte bis Kriegsende nichts mehr produziert werden.<sup>264</sup> Trotzdem hatte ihre Planung große Bedeutung, weil sich aufgrund von Dorschs Beauftragung auch die Machtverhältnisse innerhalb der Bauindustrie veränderten. Bis dahin war das Amt Bau für den Einsatz in Deutschland federführend gewesen. Mit Stobbe-Dethleffsen führte dieses ein Vertreter der großen Baufirmen.<sup>265</sup> Flankiert wurde er vom Leiter der Wirtschaftsgruppe Bau der Reichsgruppe Industrie, Bruno Gärtner, der auch den Hauptausschuss Bau im Rüstungsministerium leitete. Gärtner war ebenfalls ein direkter Vertreter der großen Baufirmen.<sup>266</sup> Gemeinsam konnten die beiden wichtige Entscheidungen in der Bauwirtschaft durchsetzen, wobei sie von Speer meistens unterstützt wurden.

Im Gegensatz zu allen anderen Wirtschaftssparten, in denen die Großindustrie mithilfe des Rüstungsministeriums die Macht in ihren Händen vereinigte, veränderte sich diese Konstellation jedoch im Jahr 1944 zuungunsten der Großindustrie. Mit der OT rückte im Mai 1944 eine Organisation an die

---

264 Raim, Dachauer KZ-Außenkommandos, S. 45–51; Demps, Ausbau, S. 242–244. Die Bauarbeiten wurden nach diesen Forschungen für vier Jägerfabriken aufgenommen: Beim Projekt „Weingut I“ in Mühlendorf und den Projekten „Weingut II“, „Diana II“ und „Walnuss II“ in der Nähe von Landsberg. Die Projekte „Diana II“ und „Walnuss II“ wurden nach dem Erdaushub eingestellt. Die Projekte „Weingut I“ und „Weingut II“ wurden hingegen unter massiver Ausnutzung der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen bis Kriegsende weitgehend fertiggestellt. „Weingut I“ wurde nach Kriegsende von den Alliierten gesprengt. „Weingut II“ blieb hingegen weitgehend erhalten und wird heute noch von der Bundeswehr genutzt. Vermutlich handelt es sich beim Projekt „Biber“ in Bedburg/Erft um eine fünfte Jägerfabrik, die auch über das Stadium des Erdaushubes hinauskam. Dort waren allerdings keine KZ-Häftlinge sondern Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter eingesetzt: Uwe Depcik, Die Organisation Todt. Bunkerbau in Bedburg, URL: <<http://www.wisoveg.de/bedburg/zwangsarbeit/otb2.html>> [28.3.2012].

265 Carl Stobbe-Dethleffsen war persönlich haftender Gesellschafter der Firma Wiemer & Trachte (Dortmund).

266 Bruno Gärtner (1895-?) war von 1934 bis 1945 Vorstandsmitglied und Direktor bei der großen Bauindustriefirma Wayss & Freytag AG (Frankfurt am Main). Nach dem Krieg konnte er seine Karriere ohne Unterbrechung fortsetzen und amtierte von 1945 bis 1962 weiter als Vorstandsmitglied und nun auch als persönlich haftender Gesellschafter der gleichen Firma. Rainer Eckert, Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, H. 4, S. 243–275, und 1980, H. 1, S. 177–233, hier: S. 199.

Spitze, die sich als militärische Einheit verstand. Sie wurde bei ihren Ambitionen teilweise von der mittelständischen Industrie unterstützt. Nach Hitlers Entscheidung musste Speer Stobbe-Dethleffsen absetzen, und Dorsch übernahm die Leitung des vereinigten Amt Bau OT. Dies bildete die Grundlage dafür, dass die OT in den folgenden Monaten die Oberhoheit über einen großen Teil der militärischen Großbauprojekte im Reich erhielt. Dadurch wurde die OT, die vorher vor allem in den besetzten Gebieten operiert hatte, zu einem Machtfaktor in Deutschland. Und sie wurde damit zu einer Organisation, die in umfassendem Maße den Einsatz von KZ-Häftlingen anleitete und koordinierte.

### Der Geilenberg-Stab

Nachdem die alliierten Bomberstaffeln zuerst konzertierte Angriffe auf die Kugellagerindustrie und dann auf die Flugzeugindustrie geflogen hatten, begannen im Mai 1944 gezielte Angriffe auf die deutsche Treibstoffindustrie.<sup>267</sup> Zur Mittagszeit des 12. Mai bombardierten alliierte Verbände die Treibstoffwerke in Leuna, Lützkendorf, Zeitz, Böhlen und Brüx. Für die Spitzen der deutschen Rüstungswirtschaft war dies ein noch bedeutsamerer Rückschlag als alle vorherigen Angriffe. Bereits im April 1943 hatte Generalfeldmarschall Milch bei einer Besprechung vor diesem Szenario gewarnt: „Die Hydrierwerke sind das schlimmste, was uns treffen kann; damit steht und fällt die Möglichkeit der ganzen Kriegsführung.“<sup>268</sup> Sofort nach den Angriffen war die deutsche Führungsspitze um die Ergreifung von Gegenmaßnahmen bemüht. Am 16. Mai fand in Leuna eine Besprechung unter Leitung von Rüstungsminister Speer statt, in der über die Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Werke verhandelt wurde. Speer garantierte, dass die Arbeiten für die Hydrierwerke „Vorrang vor allen anderen Dringlichkeitsstufen“ hätten.<sup>269</sup>

---

267 Zum Geilenberg-Stab: Tobias Bütow/Franka Bindernagel, Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der „Freundeskreis Himmler“, Köln 2003, S. 77–112; Wagner, Produktion, S. 112–118.

268 Zit. nach Wolfgang Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933–1945: ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen 1964, S. 9.

269 Schreiben Speer an Krauch vom 17.5.1944 und Schreiben von Speer an die Braunkohle-Benzin AG vom 17.5.1944, beide: BAB, R 3112/127, und: StAN, NI-11338.

Zudem wurde ein Wiederaufbaustab eingerichtet. Kurz darauf ernannte Speer den Leiter der OT, Franz Xaver Dorsch, zum Leiter des „OT-Sondereinsatz Hydrierwerke“. Auf einer Sitzung beim Generalbeauftragten für die chemische Erzeugung (GB Chem), Carl Krauch, wurde wenige Tage später ein erstes Aufbauprogramm beschlossen. Danach sollten die Bauaktivitäten in 19 Werken auf eine Dringlichkeitsstufe mit den Jägerstabprojekten gestellt werden. Damit waren etwa ein Fünftel der gesamten Bauplanungen des GB Chem in die höchste Dringlichkeitsstufe aufgenommen. Doch die Planungsgrundlage veränderte sich rasch weiter.

Am 28./29. Mai 1944 flogen die alliierten Verbände erneute Angriffe auf die Hydrierwerke, die noch massivere Schäden als die erste Welle hinterließen. Bereits am Abend des 30. Mai ernannte Hitler Edmund Geilenberg zum „Generalkommissar für die Sofortmaßnahmen“, dem umfassende Vollmachten zur „schnellsten Beseitigung von Fliegerschäden bei entscheidenden Produktionen“<sup>270</sup> erteilt wurden. Im unveröffentlichten Führer-Erlass heißt es:

„Die [...] bezeichneten Sofortmaßnahmen genießen den uneingeschränkten Vorrang vor allen anderen Maßnahmen. Der Generalkommissar für die Sofortmaßnahmen kann für von ihm bezeichnete Aufträge alle bestehenden Dringlichkeitseinstufungen zu Gunsten seiner Aufträge aufheben. Er kann Arbeiten der Wirtschaft, auch solche der Rüstung und Kriegsproduktion zu Gunsten seiner Forderungen stilllegen. [...] Er ist dafür verantwortlich, daß die ihm übertragenen Hilfsmaßnahmen mit großzügigstem Einsatz von Arbeitskräften und Material und mit rücksichtsloser Energie durchgeführt werden. [...] Die Schnelligkeit der Durchführung darf weder durch formale noch bezirkliche Hemmungen behindert werden.“<sup>271</sup>

Die Vollmachten des Generalkommissars gingen somit noch über jene des Jägerstabs hinaus und waren in ihrer Art bis dahin einzigartig, auch in der an Sondervollmachten nicht armen Herrschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Allerdings geht die häufig in der Forschung im Anschluss an Aussagen von Speer und Hans Kehrl erhobene Behauptung, dass für Geilenberg alle personellen, materiellen und finanziellen Begrenzungen aufgehoben wurden, doch über das Ziel hinaus.<sup>272</sup> Zum einen ist die in vielen

270 So die Formulierung im unveröffentlichten Führer-Erlass vom 30.5.1944, BAB, R 3112/127, und: StAN, NI-11338, abgedr. in: *Moll*, Führer-Erlasse, Nr. 325, S. 414f.

271 Ebd.

272 *Janssen*, Ministerium, S. 238; *Bütow/Bindernagel*, KZ in der Nachbarschaft, S. 81.

Formulierungen anklingende Personalisierung falsch, denn der Generalkommissar war in ein Beziehungsnetz eingelassen. Er traf keineswegs einsame Entscheidungen, sondern beriet sich vor allem mit Kehrl und Krauch. Er war zudem von den Informationen aus der Rüstungsbürokratie und der Industrie abhängig. Zum anderen blieb die Aufhebung aller Begrenzungen in vieler Hinsicht unerfüllbar. Allein die Streitigkeiten um die Abberufung von Arbeitskräften zu den Hydrierwerken zeigen, dass keineswegs alle Grenzen aufgehoben wurden, sondern auch die Sondervollmachten immer in ein bereits vorhandenes Netzwerk von Arrangements eingepasst werden mussten.<sup>273</sup>

Im Kern funktionierte der Geilenberg-Stab ähnlich wie der Jägerstab. Geilenberg leitete ein Gremium, das aus verschiedenen Experten staatlicher Einrichtungen zusammengesetzt war. In vielen Fällen entsandten die Ministerien sogar dieselben Vertreter in beide Stäbe.<sup>274</sup> Auch der Geilenberg-Stab war wie der Jägerstab in hohem Maß von der Mitarbeit der Betriebe und der Wirtschaftsgremien abhängig. Insbesondere der Stab des I.G.-Farben-Manns Krauch beim GB Chem war für das Funktionieren des Stabs unentbehrlich, und der zuvor eingerichtete Wiederaufbaustab in Leuna, der vor allem aus I.G.-Farben-Personal zusammengesetzt war, wurde direkt in den Geilenberg-Stab übernommen.

Zudem war mit Edmund Geilenberg nun im Gegensatz zum Jägerstab ein Mann der Industrie, wenn auch der staatlichen Industrie, Leiter des Stabs. Geilenberg war bei seiner Berufung auf eine der zentralen Stellen in der deutschen Kriegswirtschaft 42 Jahre alt. Sein Werdegang ist zudem eines der wenigen Beispiele für den Aufstieg aus kleinen Verhältnissen an die Spitze. Geilenberg lernte Schlosser und wechselte nach seiner Ausbildung auf ein Technikum. Nach dem Abschluss des Technikums begann er bei Rheinmetall-Borsig zu arbeiten, wo er bis zum Direktionsassistenten aufstieg. Am 1. Mai 1937 trat Geilenberg der NSDAP bei. Mitte 1939 wechselte er zu den Reichswerken Hermann Göring, wo er die Geschäftsführung der

---

273 Zu den Verhandlungen über Arbeitskräfte und deren Prämien: BA Dahlewitz-Hoppegarten, R 13 VIII/155.

274 Zur Zusammensetzung: *Eichholtz*, *Kriegswirtschaft*, Bd. 3, S. 17 und 35.

am 23. August 1939 gegründeten Tochterfirma Stahlwerke Braunschweig GmbH übernahm. Durch seine energische Art fiel Geilenberg bald auf. Speer ernannte ihn zum Leiter des Hauptausschusses Munition. Auch bei anderen Vertretern des Rüstungsministeriums wurden seine Fähigkeiten für die anstehenden Aufgaben geschätzt. Kehrl beschrieb Geilenberg in seinen Nachkriegsmemoiren wie folgt: „Geilenberg war mir seit fast zehn Jahren bekannt, da er ein alter Kumpel von Paul Pleiger war. [...] Er hatte eine Bullenenergie, war weit entfernt von intellektueller Kompliziertheit und Bedenken mit vielen Wenn und Aber. Wenn er zu etwas entschlossen war, gab es keine Hemmungen, keine Widerstände weder von Dingen noch Personen.“<sup>275</sup> Diese Eigenschaften machten ihn zur idealen Besetzung für die Position des Generalkommissars für die Wiederaufbaumaßnahmen. Geilenberg reiste fortan von Baustelle zu Baustelle und trieb die jeweiligen Betriebsführer an. Er vereinbarte extrem kurzfristige Fertigstellungstermine für einzelne Abschnitte und fragte bei jeder Terminüberschreitung nach, welche Gründe zur Verzögerung geführt hätten. Dabei schreckte er auch nicht vor einem rüden Ton oder Drohungen zurück. Wenn auch ein wichtiger Unterschied darin besteht, dass Geilenberg über seine Position in der staatlichen Industrie und Saur über seine Position in der Bürokratie an ihre Sonderstabführungsstellen gelangten, so ähnelte sich ihr Habitus doch in zentralen Punkten. Beide waren Techniker, die sich in der Privatindustrie hochgearbeitet hatten, denen dort aber der Zutritt zur obersten Führungsebene verschlossen blieb. Beiden gelang es nach ihrem Übertritt in die staatliche Bürokratie beziehungsweise die staatliche Industrie, ihre Karriere zu beschleunigen. Beide waren Macher, nicht Planer.<sup>276</sup> Der Wille des Technikers konnte das Unmögliche möglich machen und der Mensch dabei über sich hinaus wachsen. Schranken jeder Art galten ihnen dabei wenig, sie mussten niedergerissen und aus dem Weg geschafft werden. Dementsprechend war auch ihr Tonfall häufig barsch. Hergebrachte Benehmens- und

---

275 *Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg, Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S. 382.*

276 *Speer bezeichnete Geilenberg in einem alliierten Verhör als äußerst energisch, aber unfähig zur Planung. Report No. 13 der Verhöre Speers vom 20. Juni 1945, in: BAK, All Proz 2, FC 1818N.*

Höflichkeitsregeln bedeuteten ihnen nichts. Stattdessen galt es Widerstände zu beseitigen, die dem Ziel der Organisation im Weg standen.

Sowohl Saur als auch Geilenberg zeichneten sich durch Brutalität und Rücksichtslosigkeit aus. Speer wusste in beiden Fällen sehr gut über die Charaktereigenschaften seiner Mitarbeiter Bescheid und hielt sie bei ihren Sonderaufträgen dazu an, diese einzusetzen. Auch die Spitzen des Reichs wussten um die Eigenschaften. So schrieb Goebbels über Geilenberg: „Er macht einen sehr energischen, um nicht zu sagen brutalen Eindruck. Ich glaube[,] solche Männer kann man für Aufgaben wie die hier gestellten gut gebrauchen.“<sup>277</sup> Diese Brutalität ließ keinen Platz für Mitgefühl und Rücksichtnahmen irgendwelcher Art. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Verlagerungs- und Reparaturbaustellen des Jäger- und des Geilenberg-Stabs zu den Einsatzorten mit den höchsten Sterblichkeitsraten gehörten. Denn sowohl Saur wie Geilenberg legten größten Wert auf die Einhaltung der Termine und trieben Betriebsführer und Baufirmen beständig zur größten Eile an. In den meisten Fällen gaben diese den Druck unmittelbar an ihre Vorarbeiter weiter, welche die Aufgabe hatten, das Letzte aus der Arbeitskraft der Häftlinge herauszuholen. Sie führten damit die Reihe groß angelegter Bauprojekte fort, in denen KZ-Häftlinge in hoher Zahl zu Tode getrieben wurden und welche die Mittelwerk GmbH und Kammler in Mittelbau-Dora im Herbst 1943 begonnen hatten.

Bereits bei der „Führer-Besprechung“, auf der Geilenbergs Ernennung beschlossen wurde, plädierten die versammelten Fachleute nun dafür, einen Teil der Hydrieranlagen unter Tage zu verlegen.<sup>278</sup> Krauch hatte dies 1943 noch abgelehnt, und die Verlagerung der sensiblen und leicht entflammabaren Ölproduktion war deutlich komplizierter und gefährlicher als die Verlagerung der Flugzeugindustrie. Da im Juni 1944 die Produktion des besonders wichtigen Flugbenzins aber auf 10% der Produktion vom März 1944 abgesunken war, betonte Speer in seiner ersten Hydrier-Denkschrift die Not-

---

277 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. von *Elke Fröhlich*, Bd. 13: Juli – September 1944, München 1995, S. 534.

278 *Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes*, „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 235.

wendigkeit der Untertageverlagerung.<sup>279</sup> Seit Ende Juni arbeiteten Krauch und sein Stab an einem Bauprogramm für unterirdische Treibstoffanlagen.<sup>280</sup> Die Planungen mündeten im sogenannten Mineralöl-Sicherungsplan<sup>281</sup>, nach dem vor allem 65 neue Großanlagen entstehen sollten.<sup>282</sup>

Insgesamt war im zweiten Abschnitt des Mineralöl-Sicherungsplans der Neubau von 140 Anlagen zum Preis von 1,4 Milliarden RM, davon 865,5 Millionen RM für unterirdische Anlagen, geplant. Einkalkuliert wurde dafür ein Bedarf von 200.000 Arbeitskräften.<sup>283</sup> Das Programm wurde zwar bald darauf erheblich zusammengestrichen. Trotzdem blieb der Aufwand für die schließlich begonnenen Anlagen, insbesondere für jene zur Untertageverlagerung der Öl-Industrie, gigantisch. Ausgegeben wurden bis Kriegsende 382 Millionen RM, davon 269 Millionen für unterirdische Anlagen. Den Großteil verschlangen die sechs unterirdischen Großanlagen „Schwalbe I“ (Oberrödinghausen, 85 Millionen RM), „Kuckuck“ und „Meise“ (Niedersachsen, 70 Millionen RM) und „Dachs I-III“ (Porta Westfalica, Ebensee und Deutsch Brod, 61,5 Millionen RM).<sup>284</sup> Keines dieser Werke konnte vor Kriegsende noch eine bedeutende Produktion aufnehmen.<sup>285</sup> Doch die Menge an Material und Arbeitskraft, welche die Anlagen seit August 1944 banden, war enorm. Insbesondere wurden aber auch diese Projekte zu besonders tödlichen Arbeitsstellen für KZ-Häftlinge.

## Der Rüstungsstab und die Übernahme der Luftrüstung

Nachdem Speer durch den Jägerstab und den Geilenberg-Stab schon seine Machtbefugnisse in Rüstungsbereichen ausdehnen konnte, auf die er zuvor

279 1. Hydrierdenkschrift von Speer vom 30.6.1944, abgedr. in: *Birkenfeld*, Treibstoff, S. 238ff.

280 *Karlsch/Stokes*, „Faktor Öl“, S. 237.

281 Mineralöl-Sicherungsplan vom 1.8.1944, in: BAB, R 25/128; auch *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 145–147.

282 Ebd., S. 145f. Geplante Anlagen: Ofen (Verteilte Destillieranlagen) 40, Rost (Sammeldestillieranlagen) 5, Dachs (Schmierölanlagen) 5, Taube (Krackanlagen zur Verwandlung von Rückständen) 1, Wüste (Ölschieferanlagen) 15, Kuckuck (Isooctan- & Polymerisierungsanlagen) 1, Schwalbe (Hochdruckhydrieranlage) 1, Meise (Katalytische Crackanlage) 1.

283 USSBS, Oil Division, Final Report, S. 31.

284 *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 149.

285 Ebd.; *Karlsch/Stokes*, „Faktor Öl“, S. 237–243.

wenig Einfluss gehabt hatte, gelang es ihm schließlich durch die Einrichtung des Rüstungsstabs endgültig, die Rüstungsfertigung aller drei Waffenteile der Wehrmacht in seiner Hand zu vereinigen. Der Rüstungsstab wurde am 1. August 1944 gegründet und war eine Art Arbeitsstab für die bedeutendsten Endfertigungen der Rüstungswirtschaft.<sup>286</sup> Sein Vorbild war der Jägerstab, dessen zwölf Mitglieder auch komplett in den Rüstungsstab übernommen wurden. Des Weiteren wurden 13 neue Mitglieder berufen, die für die neu hinzukommenden Programme, vor allem U-Boote, Sturmgeschütze, Panzer, Lokomotiven, Flakgeschütze und V-Waffen, verantwortlich waren. Mit der Gründung des Rüstungsstabs übernahm Speer nun endgültig und formal die Zuständigkeit für die Luftrüstung. Speer war der formelle Leiter des Rüstungsstabs, de facto überließ er die Arbeit aber wie beim Jägerstab im Wesentlichen Saur.<sup>287</sup>

Der Rüstungsstab übernahm auch die Leitung der Untertageverlagerungsprojekte des Jägerstabs sowie aller anderen zum Stab genommenen zentralen Rüstungsprogramme. Die Leitung der Untertageverlagerung lag seit der Einsetzung des Jägerstabs bereits im Rüstungsministerium, das sich dabei gegen die Ansprüche des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsluftfahrtministeriums durchgesetzt hatte. Den Großteil der Untertageverlagerung beaufsichtigte bis zur Einsetzung des Rüstungsstabs das Rüstungslieferamt, welches nun aber einen Teil der Planungen an den Rüstungsstab abgab.

Die Untertageverlagerung hatte seit der Einsetzung des Jägerstabs gigantische Ausmaße angenommen. Sie erfasste fast alle zentralen Rüstungssparten, wenn auch in sehr unterschiedlicher Intensität. Die Verlagerungen wurden mit Hochdruck umgesetzt. Viele der Projekte wurden seit dem April 1944 von der OT übernommen und unter Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen vorangetrieben. Aufgrund des hohen Arbeitstempos und der oftmals katastrophalen Arbeitsbedingungen wurden viele dieser Baustellen zu Plätzen des Grauens, an denen insbesondere unter den KZ-Häftlingen eine extrem hohe Sterblichkeit vorherrschte.

---

286 Erlaß über die Bildung des Rüstungsstabes vom 1.8.1944, abgedr. in: *Demps*, Ausbau, S. 474–476.

287 *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 51f.; DRZW, Bd. 5/2, S. 399–403.

Dies dürfte ein Grund gewesen sein, warum Speer nach dem Krieg darum bemüht war, das Programm und seine Umsetzung als nicht besonders bedeutsam zu beschreiben. Speer behauptete so auch, dass bis Kriegsende nur etwa 300.000 Quadratmeter Produktionsfläche unter Tage fertiggestellt wurde.<sup>288</sup> Die historische Forschung ist Speer dabei oftmals gefolgt oder hat zumindest den Umfang der Umsetzung nicht beachtet.<sup>289</sup> In der Realität war der Umfang der Verlagerungen jedoch bereits im Herbst 1944 600% höher als von Speer veranschlagt. Im November 1944 waren 1,8 Millionen Quadratmeter unterirdische Räume bezugsfertig geworden. 175.000 Quadratmeter dieser Fläche waren von der SS fertiggestellt worden.<sup>290</sup> Zumindest im Bereich der „V2“- und der Jägerproduktion dürfte die erfolgreiche Untertageverlagerung eine wichtige Rolle bei der Erreichung hoher Produktionszahlen gespielt haben.

**Tabelle 12: Zustand der Pläne für die unterirdischen Bauwerke für die Rüstungsindustrie im November 1944 (in 1.000 Quadratmeter)<sup>291</sup>**

Art der Fertigung	Gesamtzahl U-Räume (Planung)	aufgegebene Räume	im November 1944 verbliebene U-Räume	nicht begonnen/ teilweise fertig	fertig
<b>Projekte des Rüstungsstabs</b>					
Zellenbau	1.930	60	1.870	1.540	330
Flugzeugzubehör	594	–	594	497	97
Motorenbau	1.951	125	1.826	1.475	351
Panzer	196	–	196	169	27

288 Speer, Sklavenstaat, S. 486.

289 Kaienburg, Vernichtung, S. 292; Janssen, Ministerium, S. 249; Milward, Kriegswirtschaft, S. 128.

290 USSBS, The Effects of Strategic Bombing, S. 233. Bei dieser Aufstellung fehlten noch die Untertageverlagerungsprojekte der Öl-Industrie, die vom Geilenberg-Stab koordiniert wurden. Diese dürften mit etwa 600.000 bis 800.000 Quadratmetern geplant gewesen sein. Vgl. Demps, Ausbau, S. 86.

291 Ebd.

Art der Fertigung	Gesamtzahl U-Räume (Planung)	aufgegebene Räume	im November 1944 verbliebene U-Räume	nicht begonnen/ teilweise fertig	fertig
Motorfahrzeuge	261	–	261	252	9
V-Waffen	143	–	143	36	107
Schiffbau	165	–	165	116	49
Waffen	202	–	202	197	5
Maschinenbau	660	–	660	565	95
Summe	6.102	185	5.917	4.847	1.070
<b>Projekte des Rüstungslieferamts</b>					
Elektrischer Maschinenbau	627	136	491	223	268
Feinmechanik	98	18	80	33	47
Glas und Keramik	5	–	5	–	5
Gießereiproduktion	19	–	19	5	14
Schweißausrüstung	2	–	2	–	2
Maschinenteile	730	405	325	109	216
Maschinenbau	24	24	–	–	–
Wehrmachtbedarf	19	–	19	19	–
Sonstiges	41	5	36	36	–
Summe	1.565	588	977	425	552
<b>Projekte der Waffen-SS</b>	1.050	71	979	804	175
<b>Gesamt</b>	<b>8.717</b>	<b>844</b>	<b>7.873</b>	<b>6.076</b>	<b>1.797</b>

## Der Rückgang der Zwangsarbeiterrekrutierungen und die Verschärfung der Repression

Der Erfolg der genannten Sonderstäbe hing auch davon ab, inwieweit für ihre Aufgaben Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Bisher waren die kurz-

fristigen Bedürfnisse der Rüstungsindustrie vor allem durch die Herbeischaffung ziviler Zwangsarbeiter gelöst worden. Dies sollte nach Sauckels Planungen auch für das Jahr 1944 so bleiben. Er erklärte im Januar 1944, dass er weitere vier Millionen zusätzliche Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft bereitstellen wolle. Auf einer Sitzung der Zentralen Planung am 1. März musste Sauckel schließlich offen zugeben, dass er diese Zahlen nicht würde erfüllen können. Am gleichen Tag erfolgte die Gründung des Jägerstabs, dessen Hauptziel die Untertageverlagerung der Flugzeugindustrie war. Für die Erfüllung des Plans bedurfte es einer großen Menge an Arbeitern, welche die Schwerstarbeit bei der Herrichtung der unterirdischen Anlagen verrichten mussten. Nachdem bereits im Vorfeld klar wurde, dass neue ausländische zivile Zwangsarbeiter dafür nur in geringem Maße zur Verfügung stehen würden, hatten sich die Luftwaffe und das Rüstungsministerium mit Himmler über die massive Ausweitung des Einsatzes von KZ-Häftlingen verständigt. Die Projekte des Jägerstabs bildeten den Auftakt des nun wirklich massenhaften Einsatzes von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie, der binnen der nächsten sechs Monate dafür sorgte, dass Deutschland mit einem fast flächendeckenden Netz von KZ-Außenlagern überzogen wurde.

Auch wenn Sauckel die Nichterfüllbarkeit seines ursprünglichen Plans eingestehen musste, gelang es seinen Stäben in Verbindung mit der Wehrmacht immer noch, eine Steigerung der Zahl ausländischer Zwangsarbeiter im Jahr 1944 zu erreichen: Sie steigerte sich bis zum August 1944 um fast 640.000 gegenüber dem Stand zum Jahresende 1943. Insgesamt waren im August 1944 7,6 Millionen ausländische Zwangsarbeiter beschäftigt. Davon waren 1,9 Millionen Kriegsgefangene und 5,7 Millionen zivile Zwangsarbeiter. Unter den zivilen Zwangsarbeitern machten Frauen mit 1,9 Millionen etwa ein Drittel aus.<sup>292</sup> Da die Zahl der westeuropäischen Zwangsarbeiter rückläufig war und auch aus Italien kaum neue Zwangsarbeiter herausgeholt werden konnten, ist die Steigerung 1944 vor allem auf die zwangsweise Räumung ganzer Gebiete beim Rückzug in der Sowjetunion und in Polen zurückzuführen. Auf einer Sitzung im Juli bilanzierte Sauckel, dass es seiner

---

292 *Herbert, Fremdarbeiter*, S. 300 und 315.

Behörde zwar nicht gelungen sei, die versprochenen zwei Millionen neuer Arbeitskräfte zu stellen, aber immerhin noch eine Zahl von 1,5 Millionen erreicht worden sei. Allerdings stellte die deutsche Bevölkerung mit fast 900.000 Kräften, je zur Hälfte Frauen und Lehrlinge, diesmal selbst den Großteil der neuen Arbeiter. Von den fast 600.000 Ausländern stammten Sauckels Angaben zufolge etwa 75% aus Osteuropa.<sup>293</sup>

Die Verhältnisse für die Zwangsarbeiter aus Westeuropa blieben auch in dieser Phase deutlich günstiger als für jene aus Osteuropa. Lohn und Arbeitszeit der Westarbeiter waren weitgehend identisch mit denen der deutschen Arbeiter. Deutlich schlechter war in den meisten Fällen die Ernährung in den Lagern, was aber vor allem an deren Zubereitung lag. Die ausgegebenen Kaloriensätze verblieben in der Höhe der Sätze für die deutsche Zivilbevölkerung. Trotzdem unterschied sich die Situation auch der Westarbeiter nach wie vor gravierend von der ihrer deutschen Kollegen, weil sie unverändert mehrheitlich in Lagern untergebracht waren und dort mit Demütigungen und Diskriminierungen zu rechnen hatten. Zudem war der Schutz für die Zwangsarbeiter bei Bombardierungen noch schlechter als für die deutsche Bevölkerung.<sup>294</sup>

Die Situation der osteuropäischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen war von Beginn an schlecht, und sie verschlechterte sich im Jahr 1944 trotz anderslautender Ankündigungen weiter. Überlange Arbeitszeiten, miserable Ernährung und Unterkunft sowie Diffamierungen und Misshandlungen waren kennzeichnend für ihre Situation.<sup>295</sup> Es ist darum nicht überraschend, dass Formen von Resistenz und Widerstand unter den osteuropäischen Zwangsarbeitern seit der Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad beständig anwuchsen. Die Berichte der Betriebe legen nahe, dass die Bummellei zunahm, aber da gleichzeitig oft die Arbeitsproduktivität der Zwangsarbeiter stieg, ist dieser Zunahme mit Vorsicht zu begegnen, weil sie gut zur Begründung nicht erfüllter staatlicher Vorgaben genutzt werden

---

293 Protokoll der Chefbesprechung am 11.7.1944, BAB R 43 II/651, Bl. 158–169, abgedr. in: IMT, Bd. 33, S. 186–195.

294 *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 332f.

295 *Ebd.*, S. 333–335.

konnte. Unzweifelhaft ist aber, dass osteuropäische Zwangsarbeiter zunehmend von ihren Arbeitsstellen und aus ihren Lagern flüchteten. Die Fluchten passierten vor allem in den Städten und standen oftmals in Verbindung mit den alliierten Bombenangriffen. Nach den Angriffen versorgten staatliche Stellen zumeist die deutsche Bevölkerung und dann zunächst die Westarbeiter, sodass von den zugeführten Lebensmitteln oft wenig für die osteuropäischen Zwangsarbeiter übrig blieb.<sup>296</sup>

Dementsprechend war die Flucht häufig auch eine Art Selbsthilfe. In der Regel versuchten die Zwangsarbeiter auch nicht, in ihr Heimatland zurückzugelangen, sondern zu ihren ebenfalls in Deutschland befindlichen Angehörigen zu kommen. Die deutschen Behörden reagierten mit einer weiteren Verschärfung der Repression. Großrazzien in Zwangsarbeiterlagern nahmen weiter zu, und auf der Flucht Ergriffene mussten nun häufiger mit der Einweisung ins KZ rechnen.<sup>297</sup> Jedoch nicht nur gegenüber den Zwangsarbeitern setzte das NS-Regime ab der zweiten Hälfte des Jahres 1944 auf eine Verschärfung des Kurses. Getrieben von „ideologischer Torschlusspanik“ und „hysterischen Dolchstoßängsten“<sup>298</sup> begann die Gestapo im September 1944 mit der Verhaftung sämtlicher deutscher „Halbjuden“ und „Mischlingsfamilien“. Zudem rückten nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler die deutschen politischen Gegner wieder verschärft ins Blickfeld des Verfolgungsapparats. Im Rahmen der „Aktion Gewitter“ verhaftete die Gestapo am 22. August 1944 mehr als 5.000 politische Gegner des Nationalsozialismus.<sup>299</sup>

### KZ-Häftlinge als letzte Arbeitskraftreserve

Das Ausbleiben des Nachschubs an zivilen Zwangsarbeitern und die zunehmende Untertageverlagerung der deutschen Rüstungsindustrie führten

---

296 Zum Kriegsalltag im Bombenkrieg in Deutschland und den Umgang mit Zwangsarbeitern dabei: DRZW, Bd. 9/2, S. 357–461, insb. S. 433–450; *Dietmar Süß*, Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England, München 2011; *Inge Marszolek/Marc Buggeln*, Bunker – Orte, Erinnerungen und Fantasmen, in: *dies.* (Hrsg.), Bunker. Kriegs-ort, Zuflucht, Erinnerungsraum, Frankfurt am Main 2008, S. 9–25.

297 *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 344–364.

298 *Lotfi*, KZ der Gestapo, S. 269.

299 *Ebd.*, S. 271.

zu einem Nachfrageboom hinsichtlich der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen. Die SS versuchte dieser Nachfrage Rechnung zu tragen, indem sie den Ausbau der Belegung der Konzentrationslager weiter beschleunigte. Während sich im Sommer 1943 224.000 Häftlinge in den Konzentrationslagern befanden und sich diese Zahl bis März 1944 vermutlich auf etwa 300.000 erhöhte, stieg sie bis Mitte August 1944 auf 524.000 an. Die absolute Mehrheit der mehr als 200.000 Neuzugänge kam kurz nach der Einlieferung in ein KZ-Außenlager. Dadurch drehte sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Außen- und Hauptlager komplett. Während das KZ Buchenwald im Dezember 1943 mit 46% aller Häftlinge in den Außenlagern vermutlich das Lager mit den verhältnismäßig meisten Häftlingen des Gesamtkomplexes in den Außenlagern darstellte, dürfte im Oktober 1944 das KZ Auschwitz mit etwa 30% der Häftlinge in den Außenlagern (31.809 von 93.973 Häftlingen) vermutlich das Lager mit dem im Verhältnis zu den Außenlagern bedeutendsten Hauptlager-Komplex gewesen sein.<sup>300</sup> In den meisten KZ-Komplexen befanden sich im Herbst beziehungsweise Winter 1944, allerdings mit einigen Ausnahmen<sup>301</sup>, zwischen etwa 50% und 80% der Häftlinge in den Außenlagern: In Buchenwald im August 1944 43.424 (58%) von 74.915 Häftlingen<sup>302</sup>, in Mauthausen Ende 1944 48.126 (58%) von 82.434 Häftlingen<sup>303</sup>, in Flossenbürg im September 1944 etwa 18 bis 19.000 (72 bis 76%) von 25.000<sup>304</sup>,

---

300 DZW, Bd. 6, S. 280. Knapp höher war das Verhältnis noch im KZ Stutthof, wo sich von insgesamt 57.000 Häftlingen etwa 33.000 im Hauptlager befanden: *Hermann Kuhn*, Stutthof: Ein Konzentrationslager vor den Türen Danzigs, Bremen 1995, S. 27.

301 Eine Ausnahme bildete das KZ Bergen-Belsen, welches ab März 1943 als „jüdisches Austauschlager“ und dann ab März 1944 als Ziel zahlreicher Kranken- und Evakuierungstransporte jüdischer Häftlinge über lediglich drei kleine Außenlager verfügte. Eine weitere Sonderrolle nahm das SS-Sonderlager/KZ Hinzert ein, dessen Einstufung als eigenständiges KZ-Hauptlager lange umstritten war, das aber vom Frühjahr 1942 bis zum November 1944, als es zum Außenlager des KZ Buchenwald umdeklariert wurde, als solches zu bezeichnen ist. Auch Hinzert verfügte nur über kleinere Außenlager, in denen zumeist weniger als 200 Häftlinge für die SS arbeiteten. Eine Ausnahme in anderer Hinsicht bildete das KZ Natzweiler. Hier musste das Hauptlager aufgrund der heranrückenden alliierten Truppen bereits im September 1944 geräumt werden. Die Außenlager wurden aber – zum Teil bis kurz vor Kriegsende – weitergeführt, und so befanden sich in diesem Fall 100% der Häftlinge in den Außenlagern.

302 *Stein*, Funktionswandel, S. 184.

303 *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 4, S. 309.

304 *Ebd.*, S. 46.

in Dachau im November 1944 40.719 (70%) von 57.839<sup>305</sup> und in Neuengamme am 1. Januar 1945 etwa 37.000 (75%) von 49.000 Häftlingen.<sup>306</sup>

### KZ-Häftlinge für die Flugzeugindustrie

Den Startschuss für die massive Ausweitung bildeten die Gründung des Jägerstabs und die Entscheidung, große Teile der deutschen Flugzeugindustrie unter Tage zu verlegen. Schon bis zu diesem Zeitpunkt waren viele der Häftlinge in KZ-Außenlagern bei der Arbeit für Fertigungen zugunsten der Luftwaffe eingesetzt. Pohl teilte Göring Mitte Februar 1944 mit, dass im Januar 35.839 KZ-Häftlinge in 40 Betrieben zugunsten der Luftwaffe eingesetzt worden waren.<sup>307</sup> Dabei kamen die Häftlinge bei elf Betrieben aus den KZ-Hauptlagern und bei 29 aus KZ-Außenlagern. Die bedeutendsten Außenlager im Januar mit jeweils über 1.000 Häftlingen waren:

**Tabelle 13: Außenlager mit über 1.000 KZ-Häftlingen beim Einsatz in der Luftfahrtindustrie<sup>308</sup>**

Außenlager	Hauptlager	Firma	Häftlingszahl
Oranienburg	Sachsenhausen	Heinkel	5.939
München-Allach	Dachau	BMW	3.434
Augsburg-Haunstetten	Dachau	Messerschmitt AG	2.695
Schwechat	Mauthausen	Heinkel	2.065
Wiener Neudorf	Mauthausen	Flugmotoren GmbH	1.983

305 Lagerstärke des KZ Dachau am 29.11.1944, Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau, A 2570 und 38.132. Ich danke Sabine Schalm für den Hinweis auf die Dokumente.

306 Für die Gesamtzahl die Aufstellung über SS-Wachmannschaften und Häftlingsbelegung für den 1. und 15. Januar 1945: BAB, NS 3/439. Die Zahl der Häftlinge in den Außenlagern beruht auf eigener Schätzung.

307 *Falk Pingel*, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978, S. 279.

308 Schreiben von Himmler an Göring vom 9.3.1944 mit einem Anhang über laufende und geplante Einsätze von KZ-Häftlingen in der Luftrüstung, StAN, PS-1584 (III), abgedr. in: IMT, Bd. 27, S. 355–362.

Außenlager	Hauptlager	Firma	Häftlingszahl
Neubrandenburg	Ravensbrück	Mechanische Werkstätten	1.981
Barth	Ravensbrück	Heinkel	1.721
Leipzig	Buchenwald	Erla Maschinenwerk	1.550
Schönebeck	Buchenwald	Junkers	1.310

Hierbei fällt auf, dass die neun größten Außenlager alle zu Komplexen der ‚alten‘ Hauptlager gehörten, die bereits vor Kriegsbeginn eingerichtet worden waren. Bereits im Schreiben an Göring versprach Pohl die Ausweitung der eingesetzten Häftlinge in der Luftfahrtindustrie auf über 90.000, wovon jeweils 10.000 Häftlinge bereits für die zwei Projekte zur Untertageverlagerung eingeplant waren. Ein Projekt war für den Junkers-Konzern (Projekt „Anhydrit“ mit Außenlager des KZ Buchenwald) eingeplant, das zweite Projekt hatte den Tarnnamen „Esche II“. Dort sollte ein Außenlager des KZ Mauthausen entstehen, wobei das Reichsluftfahrtministerium aber noch nicht entschieden hatte, welche Firma dort fertigen sollte.<sup>309</sup>

Mit der Gründung des Jägerstabs überschlugen sich dann aber die Planungen innerhalb weniger Wochen. Am 6. April 1944 legte der Stab seine detaillierten Planungen für die Untertageverlagerung der Luftfahrtindustrie vor. In der Aufstellung wurden 103 Untertageverlagerungsprojekte genannt, die demnächst auszuführen seien. Dabei sollten 2,2 Millionen Quadratmeter unterirdische Produktionsfläche zu Kosten von 575 Millionen RM zur Verfügung gestellt werden.<sup>310</sup> Am selben Tag forderte Hitler auf einer Rüstungssitzung, dass die gesamte deutsche Rüstungsindustrie unter die Erde verlagert werden sollte.<sup>311</sup>

Aufgrund des Arbeitskräftemangels waren der SS und der Ausnutzung der Häftlingsarbeitskraft von Anfang an eine bedeutende Rolle zgedacht, und die SS hatte großes Interesse, sich beim Projekt hervorzutun. Himmler si-

---

309 Ebd.

310 Aufstellung des Jägerstabs vom 6.4.1944, BAB, R 3/3126, Bl. 109ff.

311 *Boelcke*, Deutschlands Rüstung, S. 338.

cherte Göring bereits am 9. März zu, dass er 100.000 Häftlinge für die Untertageverlagerung der Flugzeugindustrie zur Verfügung stellen würde.<sup>312</sup> 20 der größten und bedeutendsten Projekte sollte die SS als Träger übernehmen, weil dadurch die Bereitstellung von KZ-Häftlingen als Arbeitskräfte gesichert war. Himmler benannte Kammler als seinen Verantwortlichen für die Durchführung der Bauten, weswegen dieser als Mitglied im Jägerstab aufgenommen wurde. In dieser Eigenschaft unterstand er nur dem Rüstungsminister direkt. Für die Durchführung der Bauaufgaben richtete Kammler in Berlin den „Sonderstab Kammler“ ein. Er baute so eine eigene Bauorganisation auf, die vom SS-WVHA und Pohl unabhängig agieren konnte.

Die 20 Bauvorhaben des Jägerstabs wurden Anfang März in zehn A-Projekte und zehn B-Projekte aufgeteilt. Die A-Projekte sollten sofort begonnen werden. Sie galten als vergleichsweise schnell und kostengünstig fertigzustellen, weil es sich um Projekte in bereits vorhandenen unterirdischen Räumen handelte, die im Wesentlichen für die Fertigung umgebaut werden mussten. Bei den zehn B-Projekten handelte es sich hingegen um deutlich aufwendigere Projekte, da es sich mit der Ausnahme des Projekts B 5 (Ausbau eines vorhandenen Steinbruchs) um den Neubau unterirdischer Räume handelte.<sup>313</sup>

Saur fasste die Planung für die SS-Bauvorhaben im Jägerstab Ende März 1944 wie folgt zusammen:

„Wir haben im Gebiet Kammler in der A-Gruppe ein Bauvorhaben von insgesamt 200 000 bis 250 000 qm unterirdischer Behelfsräume, die vorhanden und in Ordnung gebracht werden. [...] Dieser Plan ist auf sämtliche Objekte gestartet und läuft Zug um Zug in etwa 8 Wochen aus. Es folgt die Gruppe B. Sie umfaßt Bauten in einer Gesamtfläche von nahezu 600 000 qm. Das sind Großbauten von durchschnittlich 40 000 bis 60 000 qm, und zwar durchweg Neubauten in Höhlen, Tunnel oder sonstiger geschützter Bauweise, ebenfalls unter dem Stab Kammler und etwa Ende des Jahres fertig.“<sup>314</sup>

Vom Volumen der Gesamtplanung von 2,2 Millionen Quadratmetern nahmen die SS-Projekte also mehr als ein Drittel der gesamten Untertageverla-

312 Schreiben von Himmler an Göring vom 9.3.1944, StAN, 1584 (III)-PS, abgedr. in: IMT, Bd. 27, S. 355–362. Dies hätte bedeutet, dass ein Drittel aller KZ-Häftlinge in dem Projekt eingesetzt worden wäre.

313 Schreiben Kammler an Gabel (RWM) vom 21.3.1944, BAB, R 3101/31192, Bl. 97.

314 Jägerstab-Besprechung vom 31.3.1944, BA-MA, RL 3/4, Bl. 1493–1514, hier: Bl. 1494.

gerungskapazitäten ein. Dies kann nur heißen, dass sich die SS aus Sicht der Rüstungsverantwortlichen beim Projekt Mittelbau-Dora mehr als bewährt hatte und ihr nun noch bedeutendere und verantwortungsvollere Aufgaben für das Funktionieren der deutschen Kriegswirtschaft übertragen wurden. Bei vielen A-Vorhaben hatte die SS bereits Mitte März 1944 Außenlager eingerichtet und erste Häftlinge bei den Ausbaurbeiten in den unterirdischen Anlagen eingesetzt. Ende Mai verkündete Kammler im Jägerstab, dass die SS zu diesem Zeitpunkt 8.500 Häftlinge bei den Baustellen einsetzen würde. Mehr wären zu diesem Zeitpunkt noch nicht nötig, weil die SS die Häftlinge zu 72-Stunden-Schichten einsetzen würde und dies für die bis jetzt angegangenen Bauwerke ausreiche.<sup>315</sup> Ab Mai begann die SS dann auch zunehmend mit der Einrichtung von Außenlagern bei den B-Vorhaben, und bis Mitte Juni hatte sich die Zahl der eingesetzten Häftlinge bereits auf 17.000 verdoppelt.<sup>316</sup> Insgesamt waren zu den Hochzeiten allein für die zehn A-Projekte über 17.000 Häftlinge eingesetzt, darunter 3.500 Frauen.

Tabelle 14: Die Projekte A1 bis A10<sup>317</sup>

Projektname	Ort	Art	Nutzfläche (qm)	Baukosten (in Millionen RM)	Bauplanung	Fertigungsfirma	Stamm-lager	Höchstzahl Häftlinge
A 1 (Rebhuhn)	Lengerich	Reichsbahn-Tunnel	4.500	1,0	Luftwaffe	VLM Hannover	Neuengamme	200 (M)
A 2 (Stör)	Porta Westfalica	Sandsteinbruch	9.000	2,5	Dipl. Ing. Kollbecker	Ambi-Budd	Neuengamme	1.300 (M) 1.000 (F)

315 Jägerstab-Besprechung vom 26.5.1944, BA-MA, RL 3/7, Bl. 3642–3756, hier: Bl. 3678–3679, und: StAN, NOKW-336.

316 Aussage Kammler bei der Jägerstab-Besprechung vom 16.6.1944, BA-MA, RL 3/8, Bl. 4430–4485, hier: Bl. 4432.

317 Die Informationen für diese und die folgende Tabelle entstammen der Akte BAB, R 3101/31192 (unter anderem Zusammenstellung der A-Vorhaben vom 16.3.1944, Bl. 99–105; Liste der bis zum 6.7.1944 vergebenen Decknamen, Bl. 279–288; Liste der U-Bauvorhaben des Mindestbauprogramm, Bl. 327f.) sowie *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bde. 2–7.

Projektname	Ort	Art	Nutzfläche (qm)	Baukosten (in Millionen RM)	Bauplanung	Fertigungsfirma	Stamm-lager	Höchstzahl Häftlinge
A 3 (Iltis) (Bulldogge)	Helmstedt-Beendorf	Salzbergwerk	30.000	4,9	Baugruppe Schlempp	Askania (Lutherwerke)	Neuen-gamme	2.500 (F) 750 (M)
A 4 (Marder)	Hadmersleben	Salzbergwerk	25.500	2,0	Baugruppe Schlempp	AGO (Anschütz)	Buchenwald	700 (M)
A 5 (Heller)	Rottleberode	Heimkehle-Höhle	3.000	1,5	Junkers	Junkers	Buchenwald/Mittelbau	1.000 (M)
A 6 (Biber II)	Eisleben/Wansleben	Georgi-Schacht	10.000	1,8	Prof. Rimpl	Chr. Mansfeld (Erich Grätz) (Süddeutsche Bremsen-AG)	Buchenwald	900 (M)
A 7 (Zeisig)	Cochem/Bruttig	Reichsbahn-Tunnel	21.000	3,5	Architekturbüro Heese (Berlin)	Bosch	Natzweiler	1.500 (M)
A 8 (Brasse) (Goldfisch)	Obrigheim/Neckarelz	Gipsgrube	40.000	3,8	Prof. Rimpl	Daimler-Benz	Natzweiler	3.000 (M)
A 9 (Kiebitz)	Markirch (Elsaß)	Reichsbahn-Tunnel	53.000	5,3	Prof. Rimpl	BMW	Natzweiler	1.850 (M)
A 10 (Kranich)	Mühlhausen/Wesserling	Reichsbahn-Tunnel	15.000	3,0	Prof. Rimpl	Daimler-Benz	Natzweiler	2.400 (M)
Insgesamt			211.000	29,3				13.900 (M) 3.500 (F)

Deutlich aufwendiger waren die B-Projekte für die dementsprechend deutlich mehr Häftlinge eingesetzt wurden. Geht man von den jeweiligen Höchstbelegungen aus, lassen sich 47.600 Häftlinge nachweisen.

Tabelle 15: Die Projekte B1 bis B10

	Ort	Art der Anlage	Fertigungs-firma	Stamm-lager	Häftlings-belegung
B 1 (Zement) <sup>318</sup>	Ebensee	Stollen	Steyr-Daimler-Puch AG	Maut-hausen	9.000 (M) <sup>319</sup>
B 2 (Diamant) (Malachit?)	Langenstein bei Halberstadt	Stollen in Sandstein	Junkers	Buchen-wald	5.200 (M)
B 3 (Hydra)	Wolffleben bei Niedersachswerfen	Stollen in Anhydrith	Junkers Henschel	Mittel-bau-Dora	3.700 (M)
B 4 <sup>320</sup> (Malaphyr) (Lava)	Rottleberode-Stempeda	Stollen im Anhydrith	Junkers	Mittel-bau-Dora	1.000 (M)
B 5 (Richard I) (Richard II)	Leitmeritz	Stollen in Kalkstein	Auto-Union Osram	Flossen-bürg	7.000 (M) 700 (F)
B 6 (Magnetit) <sup>321</sup>					
B 7 (Dogger)	Hersbruck/Happurg	Stollen in Quarzsand	BMW	Flossen-bürg	6.000 (M)
B 8 (Esche II) (Bergkristall)	St. Georgen/Gusen II	Stollen in Quarzsand	Messerschmitt	Maut-hausen	5.000 (M)
B 9 (Quarz I)	Roggendorf/Melk	Stollen in Quarzsand	Steyr-Daimler-Puch AG	Maut-hausen	10.000 (M)
B 10 (Quarz II)	Roggendorf/Melk	Stollen im Quarzsand	Steyr-Daimler-Puch AG	Maut-hausen	s. B 9

Insgesamt waren also allein für diese 19 Jägerstab-Projekte mindestens 64.000 Häftlinge eingesetzt.<sup>322</sup> Berücksichtigt man die hohe Sterblichkeit gerade bei

318 Ursprünglich im März 1944 für einen Stollen in Stadtoldendorf vorgesehen (Tarnname: Schiefer).

319 Hier wurde die Belegung Ende 1944 angegeben. Ebensee wurde gegen Kriegsende zum Ziel von Evakuierungstransporten, sodass die Häftlingszahl dort auf etwa 18.000 anstieg. Dies hatte jedoch kaum noch etwas mit dem Rüstungsprojekt zu tun. Zudem waren keineswegs alle Häftlinge für das Projekt B 1 eingesetzt.

320 Ursprünglich im März 1944 für einen Stollen in Kröpla bei Pößneck vergeben (Tarnname: Pikrit).

321 Ursprünglich im März 1944 für einen Stollen in Ulm oder Überlingen vorgesehen. Bisher unklar, ob ein Projekt B 6 begonnen wurde.

den B-Projekten dürfte schätzungsweise mit dem Austausch von einem Drittel der Häftlinge durch Krankheit oder Tod auszugehen sein, sodass vermutlich eher 80.000 bis 90.000 Häftlinge bei diesen Projekten eingesetzt waren. Das heißt, dass etwa jeder zehnte Häftling, der sich Ende 1944/45 im KZ-System befand, Zwangsarbeit für die Untertageverlagerung der Flugzeugindustrie im Rahmen des Jägerstabs leistete.

Auf die herausragende Bedeutung des Jägerstabs deutet nicht nur seine zentrale Rolle beim Ausbau des Einsatzes von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie hin. Noch eindeutiger zeigt sich die Bedeutung der Untertageverlagerung der Jägerproduktion daran, dass die NS-Spitze zur Umsetzung des Programms bereit war, eine zentrale ideologische Forderung („das Reich judenfrei zu machen“), die bereits umgesetzt war, temporär zurückzunehmen. Entscheidend für diese Wandlung war das Verständnis, dass für die dringenden Arbeiten des Jägerstabs sofort neue Arbeitskräfte herbeigeschafft werden sollten. Dabei geriet mit der Besetzung Ungarns durch die Wehrmacht am 19. März 1944 die jüdische Bevölkerung des Landes schnell in den Fokus verschiedener NS-Planungsgruppen. Während das RSHA rasch mit Planungen zur Vernichtung der in Ungarn lebenden Juden begann, hatten die Rüstungsbürokratie und -industrie andere Pläne. Bereits am 3. April erklärte Saur beim Jägerstab, dass Ungarn einen Beitrag zur Lösung des Arbeitskräfteproblems liefern könne.<sup>323</sup>

Die Durchsetzung der Forderung gegenüber Hitler, ungarische Juden und Jüdinnen als Arbeitskräfte ins Reich zu holen, hing eng mit dem Bau besonders großer bombengeschützter Fabriken zusammen, die Dorsch mit der Unterstützung Görings vorantrieb. Hitler betonte nach seiner Genehmigung

---

322 Erwähnt sei hier, dass im Laufe des Jahres 1944 weitere A- und B-Projekte errichtet wurden. Diese waren aber nicht mehr ausschließlich Jägerstab-Projekte sondern beispielsweise auch Projekte des Geilenberg-Stabs. Die wichtigsten weiteren Einsätze für den Jägerstab waren: A 12 „Döbel II“ in einer Asphaltgrube in Hannover-Ahlem für die Continental-Werke (KZ Neuengamme, 1.000 Häftlinge) und B 12 „Kaolin“ in einem Stollen bei Woffleben für Junkers (KZ Mittelbau-Dora, 1.500 Häftlinge). Die Arbeitskräfte der Projekte B 11 und B 17 waren vor allem im Bereich des KZ Mittelbau-Dora für den Geilenberg-Stab eingesetzt (siehe unten).

323 Aussage Saur bei der Jägerstab-Besprechung vom 3.4.1944, BA-MA, RL 3/4, Bl. 1460.

der Bauwerke auf einer Rüstungssitzung Anfang April, dass er persönlich Himmler auffordern werde, 100.000 ungarische Juden als Arbeitskräfte für die Bauvorhaben herbeizuschaffen.<sup>324</sup> Nach Hitlers Freigabe des Einsatzes ungarischer Juden im Reich setzte eine sofortige Beschleunigung des Prozesses ein. Saur betonte in einer Jägerstab-Besprechung eine Woche später, dass er von Hitler weitere 100.000 Juden für die Zwecke des Jägerstabs beantragen wolle. Drei Tage später erklärte Hitler Goebbels, dass er 700.000 ungarische Juden für die Kriegsproduktion einsetzen wolle.<sup>325</sup>

Für die Frage des Umgangs der deutschen Industrie mit der Judenvernichtung bilden die Protokolle des Jägerstabs eine reichhaltige Quelle. Karl Lange, die Führungspersonlichkeit der deutschen Maschinenbauindustrie, forderte etwa den Vertreter der Abteilung des Arbeitseinsatzes im Rüstungsministerium auf, als dieser bei einer Sitzung des Jägerstabs über mangelnde Arbeitskräfte klagte: „Die können sie alle in Ungarn gewinnen. Da laufen die Juden in Budapest herum.“<sup>326</sup> Kurz nach Beginn der Deportationen aus Ungarn bekam Kammler im Jägerstab den Zuruf zu hören, ob er wegen der „jüdischen Zöglinge“ nicht doch mit auf eine Reise des Jägerstabs nach Budapest kommen wolle. Der Stenograf protokollierte einen weiteren Zwischenruf: „Das wird noch zu früh sein“.<sup>327</sup> Vertreter der deutschen Industrie waren also über die Deportation der ungarischen Juden und Jüdinnen genauestens informiert und sie reagierten auf die Informationen mit zynischen und aggressiven Sprüchen, welche zum Ziel hatten, die Deportationen zu beschleunigen. Auch das Oberkommando der Wehrmacht war über die Deportationen unterrichtet. Himmler teilte der versammelten Generalität im

324 Protokoll der Führerbesprechung vom 6./7. April 1944, BAB, R 3/1509, abgedr. in: *Boelcke*, Deutschlands Rüstung, S. 346–348. Auch: *Herbert*, Arbeit und Vernichtung, S. 413; *Christian Gerlach/Götz Aly*, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944–1945, Frankfurt am Main 2004, S. 159.

325 Ebd., S. 251f.

326 Jägerstab-Besprechung vom 25.5.1944, BA-MA, RL 3/7, Bl. 3758–3794, hier: Bl. 3780; *Rainer Fröbe*, Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943–1945, in: *Ulrich Herbert* (Hrsg.), Europa und der „Reichseinsatz“: Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 351–383, hier: S. 360.

327 Jägerstab-Besprechung am 30.5.1944, BA-MA, RL 3/7, Bl. 3539–3587, hier: Bl. 3564; *Fröbe*, Arbeitseinsatz, S. 360.

Mai 1944 mit: „Zur Zeit allerdings – es ist eigenartig in diesem Krieg – führen wir zunächst 100.000, später noch einmal 100.000 männliche Juden aus Ungarn in Konzentrationslager ein, mit denen wir unterirdische Fabriken bauen. Von denen aber kommt nicht einer irgendwie in das Gesichtsfeld des deutschen Volkes.“<sup>328</sup> Im Jägerstab wurde die Industrie auch über die Zusammensetzung der eintreffenden Transporte informiert. Bei der Besprechung am 26. Mai 1944 wurde mitgeteilt: „Bis jetzt sind zwei Transporte im KZ Auschwitz angekommen. Für den Flugzeugbau wurden nur Kinder, Frauen und alte Männer angeboten, mit denen man wenig anfangen kann.“<sup>329</sup> Die Konsequenz der Feststellung, die sofortige Ermordung der nicht arbeitsfähigen Juden und Jüdinnen, dürfte den Industriellen dabei bewusst gewesen sein.

Es zeigte sich jedoch bald, dass ein beträchtlicher Teil der Transporte aus Ungarn aus Frauen im arbeitsfähigen Alter bestand. Insgesamt hatte sich der Einsatz von weiblichen KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie bis zu diesem Zeitpunkt nur bedingt durchgesetzt. Nach der Initiative des Reichsluftfahrtministeriums und Erhard Milchs im Frühjahr 1942 war es zwar zur Einrichtung der Fertigungsstelle von Siemens in Ravensbrück gekommen, und im Anschluss daran entstanden einige weitere Außenlager des KZ Ravensbrück bei kleineren und mittleren Rüstungsfirmen, aber im großen Umfang hatte der Einsatz weiblicher Häftlinge noch nicht eingesetzt. Nachdem die Zusammensetzung der Transporte als Information beim Jägerstab angekommen war, begann Saur den Einsatz von weiblichen Häftlingen zu propagieren. Am 9. Juni 1944 teilte Milch mit, dass 20.000 weibliche deutsche KZ-Häftlinge und 10.000 bis 20.000 ungarische Jüdinnen zum Einsatz bereitstehen würden. Die Firmen sollten diese schnell beantragen, die SS verlange allerdings eine Anforderung von jeweils 1.000 weiblichen Häftlingen.<sup>330</sup> In den folgenden Tagen blieben Saur und das Rüstungsministerium die Hauptbefürworter des Einsatzes weiblicher KZ-Häftlinge. Die SS stand

---

328 Rede Himmlers vor Generälen der Wehrmacht in Sonthofen am 24.5.1944, zit. nach: *Bradley Smith/Agnes F. Peterson* (Hrsg.), Heinrich Himmler. Geheimreden 1933–1945 und andere Ansprachen, Frankfurt am Main 1974, S. 203.

329 Jägerstab-Besprechung vom 26.5.1944, StAN, NOKW-336, Bl. 81.

330 Jägerstab-Besprechung vom 9.6.1944, BA-MA, RL 3/7, Bl. 3192–3215, hier: Bl. 3209f.

dem Einsatz hingegen eher skeptisch gegenüber, weil sie es für schwieriger hielt, Frauen am Arbeitsplatz zu bewachen.<sup>331</sup> Auch die Firmen scheinen am Anfang eher zurückhaltend gewesen zu sein, da sie nach Saur's Ankündigung keine Einsatzanträge für die weiblichen Häftlinge stellten. Saur ließ aber nicht locker und drängte sowohl SS wie auch Firmen, den Einsatz voranzutreiben. Damit war er letztlich erfolgreich. Die SS reduzierte die Mindestgröße des Kommandos auf 500 Häftlinge, wodurch nun auch kleinere Firmen den Einsatz beantragen konnten. Am 27. Juni lagen dem Jägerstab dann Anträge zum Einsatz von 12.000 weiblichen, jüdischen KZ-Häftlingen vor.<sup>332</sup> Dies bildete den Auftakt für eine deutliche Ausweitung des Einsatzes weiblicher KZ-Häftlinge in Außenlagern. In der Folge entstanden bei fast allen großen Hauptlagern mehrere Außenlager mit weiblichen Häftlingen, die schließlich ab dem 1. September 1944 aus der bis dahin üblichen Verwaltung des KZ Ravensbrück entlassen und an die jeweils geografisch nahe liegenden KZ-Hauptlager zur Verwaltung übergeben wurden.<sup>333</sup>

Eine weitere zentrale Veränderung beim Einsatz der KZ-Häftlinge in der Rüstungsindustrie, welche durch die Einrichtung des Jägerstabs und den geplanten Bau der „Jägerfabriken“ vorangetrieben wurde, betraf die Bewachung der Häftlinge. Bis 1943 waren fast nur SS-Angehörige bei der Bewachung der KZ-Häftlinge eingesetzt, wobei die Personalsituation der SS aber mit dem Anstieg der Häftlingszahl immer angespannter wurde. Deswegen hatte Speer Himmler bereits im Dezember 1943 vorgeschlagen, dass Himmler sich ans OKW wenden solle, um nicht mehr oder nur bedingt fronttaugliche Soldaten zur Bewachung von KZ-Häftlingen bei Rüstungsfertigungen

---

331 Kammler sagte im Jägerstab: „Es ist nicht leicht Frauen zu bewachen, weil Frauen besser schwindeln und, wenn sie ausbrechen, sich verstecken und durchmogeln.“; Mitschrift der Jägerstab-Sitzung vom 24.6.1944, StAN, NG-1571. Siehe auch: *Kooger*, Rüstung, S. 118. In der Realität erwiesen sich Kammlers Annahmen über das Wesen der Frauen als falsche Vorstellungen, und die SS stellte deutlich weniger Wachmannschaften in den Frauenaußenlagern als in den Männeraußenlagern zur Bewachung der Häftlinge ab: *Buggeln*, Arbeit & Gewalt, S. 392-395.

332 *Kooger*, Rüstung, S. 118.

333 *Strebel*, Ravensbrück, S. 441-443. Für Mauthausen und Dachau erfolgte die Umstellung erst später: *Schalm*, Überleben, S. 189.

gestellt zu bekommen.<sup>334</sup> Bereits im März 1944 überstellte die Luftwaffe erste Soldaten an die SS, um Häftlinge beim Bau von Jägerstab-Projekten zu bewachen.<sup>335</sup> In größerem Umfang erfolgte die Überstellung jedoch erst, nachdem Hitler diese im Mai 1944 befürwortet hatte.<sup>336</sup>

In den folgenden Monaten wurden trotz kurzfristiger Engpässe Tausende Soldaten zur SS überstellt, was dazu führte, dass im Januar 1945 ehemalige Wehrmichtsangehörige mehr als 50% der Wachmannschaften ausmachten.<sup>337</sup> Diese Veränderungen trugen dazu bei, dass der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie und insbesondere in der Flugzeugindustrie ausgedehnt werden konnte. Bis zum Oktober 1944 stieg die Anzahl der Gesamtbeschäftigten in der Flugzeugproduktion (ohne Zulieferung) auf etwa 900.000 Arbeitskräfte an.<sup>338</sup> Diese setzten sich zusammen aus 468.000 deutschen Arbeitskräften, 324.000 zivilen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen und 118.000 KZ-Häftlingen. Der Anstieg des Beschäftigtenwachstums im Jahr 1944 war zu einem großen Teil auf den Zuwachs an KZ-Häftlingen zurückzuführen.<sup>339</sup>

### KZ-Häftlinge für die Öl-Industrie

Sofort nach der ersten Welle von Bombardierungen der Raffinerien planten die Firmen und der GB Chem den Wiederaufbau und auch den Neuaufbau von Werken. Um die Bauten zu forcieren, bedurfte es aber auch neuer Arbeitskräfte. Die Organisation Todt, die mit dem Großteil der Bauaufgaben

---

334 Miroslav Kárný, Waffen-SS und Konzentrationslager, in: *Herbert/Orth/Dieckmann*, Die nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 2, S. 787–799, hier: S. 794; *Bertrand Perz*, Wehrmichtsangehörige als KZ-Bewacher, in: *Walter Manoschek* (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 168–181, hier: S. 171.

335 *Wagner*, Produktion, S. 333; *Perz*, Wehrmichtsangehörige, S. 173.

336 Niederschrift Dorschs über die Besprechung beim Führer vom 9.5.1944, BAB, R 3/1509, Bl. 65–67, hier: Bl. 65.

337 *Stefan Hördler*, Wehrmacht und KZ-System. Zum Einsatz von Wehrmichtsoldaten in den KZ-Wachmannschaften, in: *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland 2012*, H. 13, S. 12–23, hier: S. 16; *Perz*, Wehrmichtsangehörige, S. 168f.

338 Im Mai 1941 waren in der Branche 550.000, im Mai 1942 685.000, im Mai 1943 740.000 und im Mai 1944 868.000 Arbeiter beschäftigt gewesen. Vgl. *Demps*, Ausbau, S. 188.

339 Ebd., S. 200; Zahlen nach USSBS, Aircraft Division Industry Report, S. 87.

beauftragt wurde, konnte diese aber in der erwünschten Schnelligkeit nicht herbeischaffen. Ende Mai 1944 beschlossen die Verantwortlichen bei einer Sitzung beim GB Chem deswegen: „Punkt 3: KZ-Leute-Abgabe von Auschwitz, zuständig: Kehrl und Ritter“.<sup>340</sup> Damit wurden Krauchs Untergebener Ritter und der in allen Sparten der Chemie fast omnipräsente Kehrl mit der schnellen Aufnahme von Verhandlungen mit der SS beauftragt.

Bereits in den Monaten zuvor hatte sich Krauch selbst bemüht, dem Chemie-Sektor neue Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.<sup>341</sup> Dabei gerieten spätestens Ende 1943 auch KZ-Häftlinge in seinen Blick. Da er aber mit den direkt zuständigen SS-Vertretern Maurer und Karl Sommer in den Verhandlungen nicht vorankam, versuchte er über einen prominenten SS-Führer, der in der Chemie-Industrie tätig war, mit der SS-Führung Kontakt aufzunehmen. Krauch bat Fritz Kranefuß direkt mit Pohl zu verhandeln. Kranefuß war Vorstandssprecher der Braunkohle Benzin AG und zugleich SS-Brigadeführer und Himmlers Organisator für den „Freundeskreis Reichsführer SS“, in dem sich Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft mit der SS-Spitze trafen.<sup>342</sup> Doch auch die direkten Verhandlungen von Kranefuß mit Pohl schlugen fehl. Pohl musste im Januar 1944 eingestehen, dass die SS zurzeit nicht über ausreichend Häftlinge verfügte, um alle Anfragen der Industrie zu befriedigen. Sogar Rüstungsprojekte der höchsten Dringlichkeitsstufe könnten nicht immer zugesagt werden. Dementsprechend könne er für den nicht als kriegswichtig eingestuften Chemie-Sektor inklusive der Öl-Hydrierung im Moment keine Häftlinge abgeben.<sup>343</sup>

Doch die Verhältnisse änderten sich schnell. Durch die Bombardierungen im Mai 1944 wurden 19 Öl-Hydrierwerke in die höchste Dringlichkeitsstufe aufgenommen und die SS verfügte unter anderem durch die Deportation

---

340 Protokoll von der Sitzung am 24.5.1944 beim GB Chem, BAB, R 3112/127, und: StAN, NI-11338.

341 Zum folgenden: *Bütow/Bindernagel*, KZ in der Nachbarschaft, S. 92ff.

342 Zu Kranefuß ebd., S. 41-68; zum Freundeskreis mit apologetischer Tendenz: *Reinhard Vogelsang*, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen 1972. Informativer: *Tobias Bütow*, Der „Freundeskreis Himmler“. Ein Netzwerk im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Politik und staatlicher Administration, Magisterarbeit, Freie Universität Berlin 2004.

343 Schreiben von Pohl an Kranefuß vom 15.1.1944, BAB, NS 19/1677, Bl. 6f.

der ungarischen Juden wieder über Häftlinge, die sie der Industrie zur Verfügung stellen konnte. Kranefuß war jetzt aber vorrangig für die Werke der Braunkohle-Benzin AG (Brabag) aktiv: Bereits am 6. Juni konnte er verkünden, dass Pohl ihm nun statt 2.000 schon 4.250 KZ-Häftlinge für den Wiederaufbau des Werks in Zeitz zugesagt habe. Wenige Tage darauf sagte Maurer auch Häftlinge für das Werk in Magdeburg zu.<sup>344</sup> Während dies geschah, hatten sich die Rahmenbedingungen für den Einsatz der Häftlinge bei den Hydrierwerken aber erneut verschoben.

Die zweite alliierte Angriffswelle führte zur Gründung des Geilenberg-Stabs. Aufgrund des Bedarfs an Arbeitskräften berief auch der Geilenberg-Stab, wie der Jägerstab, einen Vertreter der SS in das Gremium. In diesem Fall entschieden sich Himmler und Pohl dafür, Gerhard Maurer, den Leiter des Amtes für den Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge (Amt D II) des SS-WVHA, als Vertreter zu senden. Maurer dürfte allerdings noch weniger als Kammler im Jägerstab in der Lage gewesen sein, Einfluss auf zentrale Entscheidungen des Stabs zu nehmen, stattdessen dürfte sein Auftrag in der zügigen Bereitstellung der KZ-Häftlinge gelegen haben. Nicht nur der Einsatz der Häftlinge, sondern auch der der anderen Arbeitskräfte setzte rasch ein. Ende September 1944 arbeiteten 191.000 Menschen auf den Geilenberg-Baustellen.<sup>345</sup> Bis zum November verdoppelte sich die Zahl fast noch einmal auf etwa 350.000 Arbeiter.<sup>346</sup> Die Anzahl der KZ-Häftlinge unter ihnen ist allerdings bisher nicht genau festzustellen gewesen. Maurers Adjutant Sommer hatte in einem Verhör durch alliierte Ermittler von 50.000 Häftlingen beim Geilenberg-Stab gesprochen.<sup>347</sup> Ein Autorenteam um Rainer Fröbe vermutete, dass die Zahl in der Realität aber deutlich höher gewesen sein dürfte.<sup>348</sup> Tobias Bütow und Franka Bindernagel beziffern die Zahl mit über 100.000 Häftlingen.<sup>349</sup> Zu-

---

344 Bütow/Bindernagel, KZ in der Nachbarschaft, S. 94f.

345 Ebd., S. 88.

346 Kehrl, Krisenmanager, S. 382; Birkenfeld, Treibstoff, S. 195.

347 Eidesstattliche Aussage Sommers vom 4.10.1946, StAN, NI-1065.

348 Rainer Fröbe/Claus Füllberg-Stolberg/Christoph Gutmann/Rolf Keller/Herbert Obenaus/Hans Hermann Schröder, Einleitung, in: dies., Konzentrationslager in Hannover, Bd. 1, S. 3–43, hier: S. 39.

349 Bütow/Bindernagel, KZ in der Nachbarschaft, S. 88.

mindest letztere Zahl dürfte vermutlich doch zu hochgegriffen sein. Nach meiner Berechnung dürften sich etwa 25.000 KZ-Häftlinge in Außenlagern des Geilenberg-Stabs befunden haben.<sup>350</sup>

**Tabelle 16: Einsatz von KZ-Häftlingen bei Firmenstandorten der Öl-Industrie**

Ort	Firma	Einrichtung Außenlager	Hauptlager	Höchste Häftlingsbelegung
Hannover-Misburg	Deurag-Nerag	6/1944	Neuengamme	1.000
Hamburg	Rhenania, Esso	7/1944	Neuengamme	3.500
Blechhammer	Oberschlesische Hydrierwerke	4/1944	Auschwitz	4.000
Böhlen	Brabag	7/1944	Buchenwald	1.100
Magdeburg-Rothensee	Brabag	6/1944	Buchenwald	2.200
Tröglitz	Brabag	6/1944	Buchenwald	5.000
Schwarzheide	Brabag	5/1944	Sachsenhausen	3.000
Gelsenkirchen-Horst	Gelsenberg Benzin	7/1944	Buchenwald	2.000
Lützkendorf	Wintershall	7/1944	Buchenwald	1.000
Pölitz	Norddeutsche Hydrierwerke	6/1944	Stutthof	2.800

Deutlich schwerer zu bestimmen ist die Zahl der in den Verlagerungsprojekten eingesetzten KZ-Häftlinge, da über einige der Projekte wenig bekannt ist. Nach bisherigem Stand gab es bei folgenden Verlagerungsprojekten der Öl-Industrie Häftlingseinsätze:

---

350 Die Gesamtzahl aller Häftlinge, die insgesamt in diesen Lagern waren, muss aber höher sein, weil die gestorbenen und abtransportierten Häftlinge in der Rechnung nicht enthalten sind. Das Werk Blechhammer wurde mitgezählt, obwohl bereits vor den Luftangriffen auf die Hydrierwerke Häftlinge dort eingesetzt waren. Diskutierbar wäre auch die Einbeziehung eines Teils der Häftlinge von Auschwitz-Monowitz, weil dort neben der Buna-Anlage auch eine Hydrier-Anlage gebaut wurde. Zu den Zahlen: *Benz/Distel*, *Der Ort des Terrors*, Bde. 3–6.

**Tabelle 17: Verlagerungsprojekte der Öl-Industrie mit Einsatz von KZ-Häftlingen<sup>351</sup>**

Projekt	Standort	Firma	Errichtung	Hauptlager	Häftlinge
Schwalbe II	Strand/ Königstein	Brabag	12/1944	Flossenbürg	900
Schwalbe III	Porschdorf	HGW	2/1945	Flossenbürg	250
Schwalbe V	Berga	Brabag	12/1944	Buchenwald	1.800
Meise	Niedersach- swerfen	I.G. Farben		Mittelbau	Kuckuck I
Eber (B 11)	Niedersach- swerfen	I.G. Farben		Mittelbau	Kuckuck I
Kuckuck I (B 11)	Niedersach- swerfen	I.G. Farben	5/1944	Mittelbau	2.200
Kuckuck II (B 17)	Ellrich	I.G. Farben	Herbst 1944	Mittelbau	600
Dachs I	Porta	Nerag		Neuengamme	500 – 1.000
Dachs II	Ebensee	Rhenania		Mauthausen	>5.000
Dachs IV	Osterode	Rhenania	10/1944	Mittelbau	300
Wüste II	Bisingen		8/1944	Natzweiler	3.000
Wüste IV-V	Erzingen	SS	1/1944	Natzweiler	350
Wüste VI-VIII	Dormettingen		9/1944	Natzweiler	500
Wüste IX	Schömberg		9/1944	Natzweiler	3.000

351 Zahlen nach: ebd.; *Christine Glauning*, Entgrenzung und KZ-System. Das Unternehmen „Wüste“ und das Konzentrationslager in Bisingen 1944/45, Berlin 2006, S. 116–119 und 148; *Wagner*, Produktion, S. 636f.; *Freund*, Zement. Bei den Häftlingszahlen ist zumeist der Stand der höchsten Belegung geschätzt worden. Durch Abtransporte und Todesfälle dürften die Zahl der Häftlinge, die insgesamt für Untertageprojekte des Geilenberg-Stabs eingesetzt waren, noch höher gewesen sein. So zählten die Außenlager des KZ Natzweiler, die zum Komplex „Wüste“ gehörten, insgesamt zwischen 11.500 und 12.500 Häftlinge, während die Addition der Höchstbelegung eine Zahl von circa 8.850 Häftlingen ergibt: *Glauning*, Entgrenzung, S. 118f.

Projekt	Standort	Firma	Errichtung	Hauptlager	Häftlinge
Wüste XI	Schörzingen	Kohle-Öl-Union	2/1944	Natzweiler	1.000
Wüste XII	Schandelah	DASAG	5/1944	Neuengamme	800
Wüste XIII	Schömborg	DÖLF	12/1943	Natzweiler	800
Wüste XV	Frommern	LIAS	1/1944	Natzweiler	200

Nach den bisherigen Erkenntnissen scheint sich der Häftlingseinsatz bei den Verlagerungsprojekten der Öl-Industrie also in der Höhe von etwa 20.000 Häftlingen bewegt zu haben.<sup>352</sup> Insgesamt dürften vom Mai 1944 bis zum Kriegsende bis zu 50.000 Häftlinge beim Geilenberg-Stab eingesetzt gewesen sein, davon bis zu etwa 40.000 Häftlinge zur gleichen Zeit.

### Die Verteilung der Häftlinge

Im Herbst 1944 befanden sich etwa 600.000 KZ-Häftlinge in den Konzentrationslagern. Davon befanden sich mindestens 200.000 in den Hauptlagern. Dort war immer noch nur ein geringer Teil der Häftlinge zur direkten Rüstungsproduktion eingesetzt. Der größere Teil arbeitete nach wie vor für SS-Wirtschaftsbetriebe oder in der Lagerwirtschaft. Zudem war in den meisten Lager-Komplexen ein höherer Anteil an nicht arbeitsfähigen Häftlingen in den Hauptlagern als in den Außenlagern, weil das Hauptlager oft das „Abschiebelager“ für kranke Häftlinge blieb. Die Zuordnung der bis zu 400.000 Häftlinge in den Außenlagern gestaltet sich nach wie vor schwierig, weil nur für wenige KZ-Hauptlager exakte Belegungszahlen zu den Außen-

---

<sup>352</sup> Allerdings ist über ein bis Kriegsende weitgehend fertiggestelltes Großprojekt bisher wenig bekannt: „Schwalbe I“ wurde im Hönnetal für die Firma Rheinbraun vorangetrieben. Dort sollen laut Gabriele Lotfi 10.000 Männer eingesetzt gewesen sein, darunter auch KZ-Häftlinge. Vgl. Lotfi, KZ der Gestapo, S. 295. Von der geografischen Lage hätte ein etwaiges Außenlager zum Bereich des KZ Buchenwald gehören müssen. Dies kann jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, weil die Buchenwalder Überlieferung zu Außenlagern vergleichsweise gut ist, sodass zu vermuten ist, dass das Projekt mit zivilen Zwangsarbeitern und Häftlingen aus Arbeitserziehungslagern durchgeführt worden sein dürfte.

lagern vorliegen. Zudem lässt sich auch aus diesen mitunter die bedeutsame Frage, zu welchen Arbeiten die Häftlinge eingesetzt waren, nicht klären. Denn bisweilen ist unklar, ob die Häftlinge zum Beispiel in den Außenlagern in Porta Westfalica für das Verlagerungsprojekt der Luftfahrt oder der Öl-Industrie eingesetzt waren. Zudem wurden sie während der Bauarbeiten eher dem Kammler-Stab zugerechnet und erst beim Einsatz in der Produktion den jeweiligen Industriesparten. Ähnliches gilt für viele von der OT geleitete Verlagerungsprojekte. Dementsprechend wird eine genaue Bestimmung der Verteilung vermutlich schwierig bleiben.

Oswald Pohl hatte nach dem Krieg ausgesagt, dass von den 600.000 Häftlingen etwa 480.000 arbeitseinsatzfähig waren. Etwa 120.000 Häftlinge (20%) waren also krank, auf Transport oder in Quarantäne.<sup>353</sup> Damit hatte Pohl sein Ziel von einem Krankenstand von unter 10% auf jeden Fall deutlich verfehlt. Von den arbeitseinsatzfähigen Häftlingen hätten laut Pohl 140.000 im Bereich des Kammler-Stabs, 130.000 für die Organisation Todt und 230.000 für die Privatindustrie gearbeitet.<sup>354</sup> Abgesehen davon, dass dadurch die Zahl der arbeitsfähigen Häftlinge auf 500.000 angestiegen war, scheint Pohls Zahl immerhin für die OT von hoher Genauigkeit zu sein. Laut einer Aufstellung des Amts Bau OT arbeiteten am 30. November 1944 fast 1,5 Millionen Menschen für die OT, darunter 127.752 KZ-Häftlinge.<sup>355</sup> Vermutlich dürfte auch der größte Anteil der etwa 40.000 Häftlinge des Geilenberg-Stabs zur OT gezählt worden sein, und nur ein kleiner Teil zur Privatindustrie oder zum Kammler-Stab. Noch komplizierter ist die Situation für die Luftfahrtindustrie. Waren tatsächlich alle 140.000 KZ-Häftlinge, die zu den Beschäftigten in der Flugzeugindustrie gezählt wurden, nach Pohls Aufzählung der Privatindustrie zuzurechnen oder arbeitete ein Großteil der Häftlinge nach Pohls Unterteilung für den Kammler-Stab? Es deutet viel

---

353 Die Zahl dürfte relativ realistisch sein. Im KZ Flossenbürg waren zum Beispiel im September 1944 von 25.259 Häftlingen 19.683 (78%) arbeitsfähig. DZW, Bd. 6, S. 275.

354 *Herbert*, Arbeit und Vernichtung, S. 413.

355 USSBS, *The Effects of Strategic Bombing*, S. 238; *Demps*, Ausbau, S. 156. Eine Aufstellung der OT von Mitte November spricht von 140.000 Strafgefangenen und KZ-Häftlingen. Schreiben der OT an Reichsbankinspektor Kutzbach vom 15.11.1944, BAB, R 3/1808, Bl. 353.

darauf hin, dass hier auch die bei der OT und dem Kammler-Stab eingesetzten Häftlinge für Verlagerungsprojekte der Luftfahrtindustrie mitgezählt wurden. Eine Gesamtbetrachtung aller Außenlager zeigt, dass die Annahme unrealistisch ist, dass von den 230.000 Häftlingen in der Privatindustrie 61% in der Flugzeugindustrie eingesetzt waren. Doch selbst wenn dies nicht der Fall ist, bleibt der Anteil der Luftwaffe an der Ausbeutung der KZ-Häftlinge gewaltig. Von 480.000 bis 500.000 einsatzfähigen KZ-Häftlingen arbeiteten mehr als ein Drittel für die Zwecke der Luftfahrtindustrie. Für eine Industriesparte, die im „Altreich“ im Mai 1944 von insgesamt 6,9 Millionen deutschen Arbeitskräften etwa 500.000 deutsche Arbeitskräfte (7%) beschäftigte<sup>356</sup>, war es ohne Zweifel ein großer Erfolg, vom Arbeitskräftepotenzial der Konzentrationslager mehr als ein Drittel für eigene Zwecke gestellt zu bekommen. Zudem zeigt sich erneut die große Bedeutung des Jägerstabs und des Geilenberg-Stabs. Von den 400.000 Häftlingen in den KZ-Außenlagern war etwa jeder Vierte bei einem der beiden Sonderstäbe zur Zwangsarbeit eingeteilt.

### Die Auswirkungen des Außenlager-Ausbaus auf die Häftlingszusammensetzung

Die Projekte des Jägerstabs und des Geilenberg-Stabs sorgten dafür, dass die Nachfrage nach der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen förmlich explodierte, und auch immer mehr andere Unternehmen versuchten, auf diese Ressource zurückzugreifen. Die SS bemühte sich, der enorm angewachsenen Nachfrage durch die Erhöhung der Belegung nachzukommen. Kammler formulierte den Zusammenhang bei einer Jägerstab-Sitzung am deutlichsten: „Für alle diese Maßnahmen muß ich noch 50.000 Schutzhäftlinge hineinpumpen.“<sup>357</sup> Die SS erwies sich dabei als überaus erfolgreich beim Einfangen neuer Arbeitskräfte: Vom Frühjahr bis zum Herbst 1944 verdoppelte sich die Belegschaft von etwa 300.000 auf etwa 600.000 Häftlinge.

---

356 *Rolf Wagenführ*, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin 1963, S. 153.

357 Jägerstab-Besprechung am 26.5.1944, StAN, NOKW-336, Bl. 34, und: BA-MA, RL 3/7, Bl. 3642–3756, hier: Bl. 3679.

Die größte Gruppe unter den neu eingelieferten Häftlingen stellten die ungarischen Juden und Jüdinnen, deren Einsatz der Jägerstab gefordert und dem Hitler schließlich im April 1944 zugestimmt hatte. Nachdem Hitlers Forderung bekannt war, setzten sofort Verhandlungen des RSHA und des Auswärtigen Amts mit der ungarischen Regierung ein. Man einigte sich auf eine schnelle Deportation der jüdischen Bevölkerung, wobei aber die ungarische Regierung darauf bestand, 80.000 jüdische Männer zur Zwangsarbeit in Ungarn zu behalten. Parallel wurde in Auschwitz der ehemalige Kommandant Rudolf Höß aus dem WVHA zurückbeordert, um das Lager für die Aufnahme, Selektion und Ermordung der Deportierten vorzubereiten. Die Deportationen begannen mit zwei Zügen am 29./30. April 1944 aus den Internierungslagern Kistarcsa und Topolya nach Auschwitz. Bei der Ankunft in Auschwitz wurden 2.698 der Deportierten mit Gas ermordet, während 486 Männer und 616 Frauen als arbeitsfähig gemustert wurden.<sup>358</sup> Nach einer kurzen Pause rollten dann vom 14. Mai bis zum 9. Juli fast täglich Züge aus Ungarn ins KZ Auschwitz. Mitte Juli nahm der politische Druck von außen auf die ungarische Regierung so stark zu, dass diese sich gezwungen sah, die Deportationen auszusetzen.<sup>359</sup> Bis dahin waren etwa 430.000 ungarische Jüdinnen und Juden nach Auschwitz deportiert worden. Von ihnen ermordete die SS etwa 320.000, während 110.000 für den Arbeitseinsatz vorerst am Leben gelassen wurden.<sup>360</sup>

Die Selektion erfolgte nach groben Kriterien. Die zentrale Kategorie bei der Selektion war das Alter. Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren wurden in der Regel ermordet, zwischen 14 und 16 Jahren bestanden Überlebenschancen, und Jugendliche über 16 Jahren wurden als arbeitsfähig deklariert. Auf der anderen Seite der Arbeitsskala wurden Frauen bis 40 und Männer bis 45 generell als arbeitsfähig erklärt. An der oberen Altersgrenze hing die

---

358 *Czech*, Kalendarium, S. 764; *Gerlach/Aly*, Letztes Kapitel, S. 274.

359 Ebd., S. 325–343.

360 Ebd., S. 375; ähnliche Zahlen bei *Herbert*, Arbeit und Vernichtung, S. 414, und *Randolph L. Braham*, *The Destruction of the Hungarian Jewry. A Documentary Account*, New York 1963, S. 440f. Nicht zutreffend ist die These, dass weniger als 10% der ungarischen Juden in Auschwitz als arbeitsfähig selektiert wurden: *Michael Burleigh*, *The Third Reich. A New History*, New York 2000, S. 773; *Peter Longerich*, *Die Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 568.

Entscheidung der SS stark vom Erscheinungsbild der Selektierten ab. Frauen zwischen 40 und 50, höchstens 55, und Männer zwischen 45 und 60, höchstens 65 Jahren, hatten Überlebenschancen. Frauen über 55 und Männer über 65 Jahren ermordete die SS hingegen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit.<sup>361</sup> Dementsprechend waren die jüdischen Frauen, die in die Außenlager zum Arbeitseinsatz geschickt wurden, in der Regel im Durchschnitt jünger als die männlichen Juden.

Bereits im April 1942 war Auschwitz durch die Selektion in zu ermordende und arbeitsfähige Juden zur zentralen Drehscheibe für jüdische Zwangsarbeit innerhalb des KZ-Systems geworden.<sup>362</sup> Da jüdische Häftlinge aber nicht im Reich eingesetzt werden durften, hatte die Drehscheibenfunktion nur einen sehr begrenzten Regionalcharakter. Mit Hitlers Entscheidung, arbeitsfähige ungarische Juden ins Reich zur Zwangsarbeit zu holen, veränderte sich dies. Auschwitz wurde als zentraler Ort der Vernichtung der europäischen Juden gleichzeitig zur Drehscheibe für den Einsatz der Juden und Jüdinnen bei wichtigen Arbeitseinsätzen im Reich.

Bevor und während die Transporte mit ungarischen Jüdinnen und Juden in Auschwitz eintrafen, wurden vermehrt Transporte mit russischen und polnischen Häftlingen in die Konzentrationslager im Reich transportiert. Gleichzeitig kam es mit Hitlers Erlaubnis der Einsetzung ungarischer Juden auch bald zum Transport von jüdischen Häftlingen aus anderen Staaten ins Reich. Die ersten Häftlinge, die in den Außenlagern zur Errichtung der Jägerfabrik in Kaufering Mitte Juni 1944 eintrafen, waren litauische Juden, die aus den Ghettos in Litauen über das KZ Stutthof nach Bayern deportiert wurden.<sup>363</sup> Kurz darauf traf am 18. Juni 1944 auch der erste Transport mit ungarischen Juden in Kaufering ein.

Im Bereich des KZ Neuengamme trafen die ersten jüdischen Häftlinge Mitte Juli 1944 ein. Es handelte sich um etwa 600 tschechische und 400 ungarische Jüdinnen, die in das Außenlager Hamburg-Dessauer Ufer verbracht wurden,

---

361 *Gerlach/Aly*, Letztes Kapitel, S. 285–298.

362 *Fröbe*, Bauen und Vernichten, S. 160.

363 *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 2, S. 362.

wo sie für den Geilenberg-Stab eingesetzt wurden.<sup>364</sup> Die ersten Transporte mit männlichen jüdischen Häftlingen erreichten Norddeutschland etwa einen Monat später. Am 7./8. September erreichte ein Transport mit 1.000 polnischen Juden aus Auschwitz das Außenlager Hannover-Stöcken (Continental), wenige Tage später folgte ein Transport mit 500 polnischen Juden aus Auschwitz ins Außenlager Braunschweig-Büssing.<sup>365</sup> Bei beiden Transporten handelte es sich um Überlebende aus dem Ghetto Litzmannstadt, die im August 1944 nach Auschwitz deportiert worden waren. Die ersten männlichen ungarischen Juden trafen in Neuengamme vermutlich im Oktober 1944 ein. Insgesamt kamen etwa 1.400 ungarische Juden und 5.800 ungarische Jüdinnen in die Außenlager des KZ Neuengamme. Sie stellten damit knapp mehr als die Hälfte der 13.000 Jüdinnen und Juden, die ab dem Sommer 1944 zur Zwangsarbeit in die Außenlager des KZ Neuengamme deportiert wurden.

Ganz anders sah das Verhältnis im KZ Mauthausen aus. Hier trafen sehr früh ungarische Männer ein. Beim ersten Transport am 28. Mai 1944 handelte es sich vermutlich um einen der ersten Transporte mit ungarischen Juden aus dem KZ Auschwitz in ein anderes Konzentrationslager. Im Juni trafen weitere Transporte mit männlichen Juden in Mauthausen ein. Sie wurden fast alle bei schweren Bauarbeiten in Untertageverlagerungsprojekten eingesetzt, viele davon bei den B-Vorhaben des Jägerstabs. Ungarische Jüdinnen kamen dagegen erst im November 1944 in die Mauthausener Außenlager.<sup>366</sup> Insgesamt waren von den ungarischen Juden im Bereich Mauthausen 91% männliche Häftlinge.<sup>367</sup> Insgesamt befanden sich im Bereich Mauthausen am 15. März 1944 19, am 15. September 1944 10.556 und am 15. März 1945 15.118 jüdische Häftlinge.<sup>368</sup> Diese setzen sich Ende 1944

---

364 Hans Ellger, *Zwangsarbeit und weibliche Überlebensstrategien. Die Geschichte der Frauenaußenlager des KZ Neuengamme 1944/45*, Berlin 2007, S. 35f.

365 Christoph Gutmann, *KZ Ahlem. Eine unterirdische Fabrik entsteht*, in: *Fröbe/Füllberg-Stolberg/Gutmann, Konzentrationslager in Hannover*, Bd. 1. S. 331–406, hier: S. 338–346; *Karl Liedke, Destruction through Work: Lodz Jews in the Büssing Truck Factory in Braunschweig 1944–45*, in: *Yad Vashem Studies* 30, 2002, S. 153–179, hier: S. 162.

366 Andreas Baumgartner, *Die vergessenen Frauen von Mauthausen. Die weiblichen Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen und ihre Geschichte*, Wien 1997.

367 Gerlach/Aly, *Letztes Kapitel*, S. 379f.

368 Benz/Distel, *Der Ort des Terrors*, Bd. 4, S. 316.

fast zu gleichen Teilen aus ungarischen und polnischen Juden zusammen, während alle anderen Nationen bei den jüdischen Häftlingen in Mauthausen kaum ins Gewicht fielen.<sup>369</sup>

Dies zeigt bereits, dass es sich bei der zweiten großen Gruppe von neu eingewiesenen Häftlingen ebenfalls um Juden aus den besetzten Gebieten handelte. Neben den 110.000 ungarischen Juden kam noch einmal eine Gruppe von geschätzt zwischen 60.000 bis 90.000 Juden anderer Nationalität neu in das KZ-System. Die größte Gruppe unter ihnen dürften polnische Juden und Jüdinnen gebildet haben, die bei der Räumung der letzten Ghettos in Polen, insbesondere dem Ghetto Litzmannstadt, in die Konzentrationslager kamen; des Weiteren ein Teil der baltischen Juden, weil im Baltikum die Evakuierung der Ghettos aufgrund des Vorrückens der Roten Armee begann. Zudem kamen auch tschechische, niederländische und deutsche Juden durch mehrere Transporte aus Theresienstadt nach Auschwitz. Dementsprechend dürften jüdische Häftlinge insgesamt fast zwei Drittel der 300.000 Neuzugänge in das KZ-System zwischen Frühjahr und Herbst 1944 ausgemacht haben.

Unter dem in etwa verbliebenen Drittel der Neueinweisungen handelte es sich bei den beiden größten Gruppen um Mitglieder der Widerstandsbewegungen in Westeuropa, insbesondere aus Frankreich, und um osteuropäische Zwangsarbeiter. Im KZ Neuengamme trafen zwischen Mai und September 1944 sechs große Transporte mit neuen männlichen Häftlingen aus Frankreich sowie je zwei Transporte aus Belgien und den Niederlanden ein.<sup>370</sup> Der große Teil der 11.000 Franzosen, die im KZ Neuengamme registriert wurden, kam mit diesen Transporten ins Lager. Ähnliches gilt für die 6.600 Niederländer und die 3.400 Belgier.<sup>371</sup> Während die Niederländer und Belgier aufgrund der geografischen Nähe in Neuengamme einen größeren Anteil als in den meisten anderen Hauptlagern hatten, stieg die An-

---

369 Am 31. Dezember 1944 befanden sich 9.098 jüdische Häftlinge in Mauthausen. Davon stammten 4.879 aus Ungarn und 4.133 aus Polen. Vgl. *Marsálek*, Mauthausen, S. 120.

370 AGN, Ng. 3.2.4/1 bis 9.

371 KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), *Zeitspuren. Die Ausstellungen*, Bremen 2005, S. 26.

zahl französischer Häftlinge in den meisten KZ-Komplexen 1944 deutlich an.<sup>372</sup>

Des Weiteren sorgte die SS im Frühjahr 1944 für eine stark erhöhte Einweisung von osteuropäischen Zwangsarbeitern, die bereits im Reich eingesetzt waren, in die Konzentrationslager. Seit Februar 1943 konnten zwar sowjetische Zwangsarbeiter bei Vergehen auf genauso einfachen Weg in ein KZ wie in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen werden, de facto blieb aber das Arbeitserziehungslager 1943 der Hauptort der Bestrafung sowjetischer Zwangsarbeiter.<sup>373</sup> Erst am 12. Februar 1944 befahl Himmler den Stapo-Stellen, sämtliche auf der Flucht ergriffenen sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter grundsätzlich ins KZ zu überstellen. Diese Forderung wurde von der Gestapo sofort in die Tat umgesetzt. Alle ergriffenen sowjetischen Zwangsarbeiter wurden ab Mitte Februar 1944 in ein Konzentrationslager deportiert.<sup>374</sup>

Der zunehmende Abtransport sowjetischer Zwangsarbeiter in die Konzentrationslager blieb der Rüstungsindustrie nicht lange verborgen. Bald trafen erste Beschwerden bei Walther Schieber, dem Leiter des Rüstungslieferamts im Rüstungsministerium, ein. Dieser bemühte sich, die Frage einvernehmlich mit der SS zu lösen, stieß dabei aber auf energischen Widerstand. Daraufhin schrieb Schieber Speer am 7. Mai 1944 einen fünfseitigen Brief, in dem er die neue Praxis der SS beklagte: „Durch die jetzige Tendenz bei der SS wird der erreichte Anfangserfolg nicht nur zunichte, sondern darüber hinaus eine grosse Zahl ausländischer Arbeitskräfte uns entzogen, weil mit allen Mitteln die Zahl der KZ-Häftlinge erhöht werden soll.“<sup>375</sup> Speer entschied sich, die Angelegenheit Hitler vorzulegen:

---

372 In Buchenwald stieg die Zahl französischer Häftlinge von 6.919 im April 1944 auf 13.198 im September 1944. Im KZ Mauthausen verdoppelte sich die Anzahl französischer Häftlinge vom März zum September 1944 von 2.289 auf 4.587 Häftlinge. In Natzweiler trafen vom März bis Juli 13 Transporte aus Frankreich ein, und im August erreichten weitere zehn Transporte aus Frankreich mit insgesamt 1.653 Häftlingen das Lager. *Stein*, Funktionswandel, S. 179; *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 4, S. 316; *Steegmann*, Natzweiler-Struthof, S. 195–199.

373 *Lotfi*, KZ der Gestapo, S. 181f.

374 *Ebd.*, S. 235–237.

375 Brief Schieber an Speer vom 7.5.1944, BAB, R 3/1631, Bl. 9–13, hier: Bl. 11, abgedr. in: *IMT*, Bd. 41, S. 408–412.

„Den Führer darauf aufmerksam gemacht, dass aus der Gesamtwirtschaft jeden Monat 30 – 40 000 entlaufene Arbeiter oder Kriegsgefangene von der Polizei eingefangen werden, die dann als KZ-Sträflinge bei den Vorhaben der SS eingesetzt werden. Dies sei für mich nicht tragbar [...]. Auch hier will der Führer nach einer Besprechung zwischen Pg. Himmler und mir eine Entscheidung in meinem Sinne fällen.“<sup>376</sup>

Es ist zu vermuten, dass Himmlers Untergebene daraufhin ihr Verhalten änderten und die sowjetischen Zwangsarbeiter wieder mehrheitlich in die Arbeitserziehungslager einwiesen. Die verstärkte Überstellung von sowjetischen Zwangsarbeitern fand also von Mitte Februar bis Anfang Juni 1944 statt. Ob die von Speer genannten monatlichen Einweisungszahlen erreicht wurden, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Angesichts der großen Einweisungswellen an jüdischen und französischen Häftlingen dürfte aber zu vermuten sein, dass es sich um weniger als 100.000 Häftlinge gehandelt hat. Gesichert ist, dass die Belegung mit „Zivilarbeitern“ in Mauthausen von März bis September 1944 um fast 8.000 Häftlinge von 5.327 auf 13.155 anstieg.<sup>377</sup>

Speers und Schiebers Befürchtungen über die sich immer weiter steigende Einweisungswut der SS waren aber auf jeden Fall berechtigt. Nachdem die SS die Häftlingszahlen von März bis August 1944 von circa 300.000 auf 524.000 gesteigert hatte, plante sie im August weitere, noch größere Einweisungswellen, welche die Häftlingsbelegung auf über eine Million steigern sollten. 612.000 neue Häftlinge sollten aus folgenden Gruppen gefangen werden:

„1. aus dem Ungarnprogramm (Judenaktion)	90 000
2. aus Litzmannstadt (Polizeigefängnis und Ghetto)	60 000
3. Polen aus dem GG	15 000
4. Strafgefangene aus dem Ostland Baltikum	10 000
5. ehemalige polnische Offiziere	17 000
6. aus Warschau (Polen)	400 000
7. lfd. Zugänge aus Frankreich	ca. 15 000 bis 20 000“ <sup>378</sup>

Die Führungsspitze des WVHA rechnete damit, die Belegung der Konzentrationslager innerhalb kürzester Zeit mehr als zu verdoppeln. Wie die SS

376 Protokoll der Führerbesprechung vom 3. bis 5.6.1944, BAB, R 3/1509, Bl. 94, abgedr. in: IMT, Bd. 41, S. 416f., und *Boelcke*, Deutschlands Rüstung, S. 376.

377 *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 4, S. 316.

378 Schreiben Burger an Lörner vom 15.8.1944, StAN, NO-1990.

diese Menschen in den bereits völlig überbelegten Lagern hätte unterbringen wollen, stand dabei anscheinend nicht zur Debatte. Vermutlich hoffte die SS, den Großteil der Häftlinge schnell an die Rüstungsstäbe und die Rüstungsindustrie weiterzuverleihen, die zu diesem Zeitpunkt beständig Bedarf bei der SS anmeldeten. Die Zahlen der SS erwiesen sich jedoch schnell als illusorisch. Bis Januar stieg die Gesamtzahl der Häftlinge ‚nur‘ auf 714.211 an.<sup>379</sup> Dies lag unter anderem daran, dass anstatt der erwarteten 400.000 Warschauer, welche die SS im Rahmen des Warschauer Aufstands zu verschleppen gedachte, lediglich etwa 55.000 bis 70.000<sup>380</sup> tatsächlich in die Konzentrationslager kamen. Auch die Hoffnung der SS, nach dem vorläufigen Ende der Deportationen aus Ungarn Anfang Juli 1944 noch 90.000 Juden aus Ungarn als KZ-Häftlinge in die Hand zu bekommen, erfüllte sich vorerst nicht. Erst mit der Installation der Pfeilkreuzler-Regierung in Ungarn im Oktober 1944 konnten die SS und das Auswärtige Amt die Wiederaufnahme der Deportationen erreichen. Etwa 55.000 Juden wurden von Oktober bis Dezember 1944 per Fußmarsch nach Österreich verschleppt. Der Großteil von ihnen wurde entlang der österreichisch-ungarischen Grenze zu Befestigungsarbeiten eingesetzt. Die Hälfte der direkt aus Ungarn nach Österreich verschleppten Juden starb bis Kriegsende.<sup>381</sup> Obwohl die angepeilten Zahlen nicht erreicht wurden, zeigten sich an den Planungen die Vorstellungswelt der SS und ihre Zielsetzung. Das KZ-Imperium sollte zur Steigerung der Rüstungsproduktion mit allen Mitteln ausgebaut werden.

### Der Umgang der SS mit den Häftlingen

Immer stärker rückten der Rüstungseinsatz der KZ-Häftlinge und die Ausweitung der Belegungsstärke in den Mittelpunkt der Planungen. Die SS

---

379 Stärkemeldung des SS-WVHA für den 15.1.1945, BAB, NS 3/439.

380 Zu den Zahlen: *Georg Erdelbrock*, Das Schicksal der bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes in das KZ Neuengamme und seine Außenlager deportierten Polinnen und Polen, in: *KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), Häftlinge im KZ Neuengamme. Verfolgungserfahrungen, Häftlingssolidarität und nationale Bindung*, Hamburg 1999, S. 85–92.

381 *Florian Freund/Bertrand Perz/Mark Spoerer*, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945, München 2004, S. 182–186. Gerlach und Aly gehen von einer höheren Zahl Verschleppter (76.000) aus: *Gerlach/Aly*, Letztes Kapitel, S. 355–367.

kümmerte sich aber gleichzeitig immer weniger darum, die Bedingungen für einen weiteren Ausbau des KZ-Systems zu schaffen. Zudem betonte die SS mit dem Näherrücken der Kriegsniederlage auch wieder stärker die Notwendigkeit der harten Bestrafung der KZ-Häftlinge. In einem Schreiben an die Kommandanten von Anfang März 1944 betonte Pohl noch stark den Rüstungseinsatz:

„Neue, umfangreiche Rüstungsarbeiten, die wir mit Häftlingen durchführen müssen, erfordern, dass jeder Häftling, der an seinem jetzigen Arbeitsplatz nicht unbedingt notwendig ist, für diese Massnahmen freigestellt wird. [...] Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, dass die Arbeitskraft der Häftlinge dem Reich gehört. Wer in seinem Haushalt oder für seine Privatzwecke ohne meine ausdrückliche Genehmigung und ohne Bezahlung Häftlinge beschäftigt, macht sich des Betruges schuldig. Ich werde gegen Übergriffe einschreiten.“<sup>382</sup>

Pohl legte hier erneut den Schwerpunkt der Aufgaben der Konzentrationslager auf die Rüstungsfertigung. Seine Drohung gegenüber Missbräuchen zeigte im Wesentlichen, dass diese weit verbreitet waren und sich durch weitgehend folgenlose Drohungen aus der Zentrale nur bedingt abstellen ließen. Im März 1944 diskutierte die Führung des WVHA sogar darüber, ob besonders qualifizierte Häftlinge nicht einen geringen Lohn erhalten sollten.<sup>383</sup> Diese Pläne waren jedoch in der SS nicht durchsetzungsfähig, weil die immer wieder neu zu erarbeitenden Prämien als leistungsfördernder betrachtet wurden: „Es liegt aber im Wesen der Prämienzahlung, daß man sich die Beträge durch Mehrleistung immer wieder erarbeiten muß. Diese Zuwendungen dürfen nicht den Charakter einer selbstverständlichen Einnahme zum Wochenende annehmen.“<sup>384</sup>

Zudem hatte die SS zwar 1943 begonnen, Unterschiede in der Behandlung zwischen gut und schlecht arbeitenden Häftlingen einzuführen, sie war aber nicht bereit, die Frage der Arbeitsleistung zum ausschließlichen Kriterium der Häftlingsbehandlung zu machen, wie dies Pläne der Industrie vorsahen. So lehnte die SS den Vorschlag der I.G. Farben ab, besser arbeitende

---

382 Schreiben Pohl an die Kommandanten vom 8.3.1944, in: BAK, All Proz. 7, Roll 17, France 544.

383 *Kaienburg*, Wirtschaft, S. 1064.

384 Schreiben Maurer an Dürrfeld (I.G. Farben) vom 19.4.1944, StAN, NI-10849.

Häftlinge durch Ärmelstreifen zu kennzeichnen.<sup>385</sup> Die offen getragenen Kennzeichen der KZ-Häftlinge informierten die Aufseher aus SS und Industrie also weiterhin nur über den Einweisungsgrund und die Nationalität der Häftlinge. Demgegenüber musste die Einschätzung der Arbeitsleistung der Häftlinge durch die Bewacher anhand von Aufzeichnungen, Beobachtungen und gegenseitigen Abstimmungen vorgenommen werden. Zudem schritt die SS nun gegen die beobachtete Tendenz ein, dass Häftlinge in der Rüstungsindustrie auch bei Sabotage nur eine Prügelstrafe erhielten, um ihre Arbeitskraft weiterhin zur Verfügung zu haben. Maurer betonte dagegen, dass „in Fällen nachgewiesener Sabotage [...] Antrag auf Exekution durch den Strang zu stellen“ ist.<sup>386</sup>

Parallel nahm das Interesse der Lager-SS am Überleben der Häftlinge aufgrund der rasch ansteigenden Zahlen von Neueinlieferungen insgesamt ab. Bei neu eingelieferten Häftlingen aus der Sowjetunion mussten ab April 1944 keine Todesmeldungen mehr erfolgen.<sup>387</sup> Noch deutlicher zeigte sich das Desinteresse der SS beim Umgang mit der zunehmenden Bedrohung durch Luftangriffe. Das Thema war zwar Tagungspunkt bei einer Besprechung der Kommandanten im Mai 1944, aber verpflichtende Maßnahmen wurden nur für den Schutz der SS-Wachmannschaften festgelegt, während hinsichtlich der KZ-Häftlinge nur der Bau von „überdachten Splitterschutzgräben im Zickzack-Kurs oder offenen Deckungsgräben“ geplant war, „so weit es das Gelände zulässt“. Weiter hieß es: „Die übrigen Häftlinge, die nicht gesichert untergebracht werden können, müssen in den Baracken verbleiben und gehen am besten entlang der Seitenwände der Baracken zu Boden.“<sup>388</sup> Insgesamt scheint es, zumindest in den Außenlagern des KZ Neuengamme, nur selten zur Einrichtung von Schutzgräben für Häftlinge gekommen zu sein. Stattdessen wurden die Häftlinge zumeist auf offenen Flächen auf dem Betriebsgelände oder in ihren Baracken während der An-

---

385 Schreiben Dürrfeld an Maurer vom 28.2.1944 und Schreiben Maurer an Dürrfeld vom 19.4.1944, beide ebd.

386 Schreiben Maurer an die Kommandanten vom 11.4.1944, BAB, NS 3/427, Bl. 37.

387 *Broszat*, Konzentrationslager, S. 124.

388 Schreiben von Maurer an die Kommandanten vom 9.5.1944 mit Bezug auf die Kommandantentagung vom 5.5.1944, BAB, NS 3/427, Bl. 42–44, hier: Bl. 43.

griffe untergebracht. Dieser mangelnde Schutz sorgte dafür, dass KZ-Häftlinge zunehmend häufiger Opfer von Luftangriffen wurden.

Noch deutlicher als beim mangelnden Luftschutz zeigte sich das zunehmende Desinteresse der SS am Überleben der Häftlinge an der Bekleidungs-situation. Im Winter 1943/44 hatte die SS zumindest proklamiert, die Situation der Häftlinge durch eine verstärkte Ausgabe von Winterkleidung zu verbessern. In der Vorbereitung auf den Winter 1944/45 war von einer Verbesserung der Situation nicht mehr die Rede, sondern nur noch von der Verwaltung des Mangels. Am 1. August 1944 betrug die Belegung aller Konzentrationslager 524.286 Häftlinge davon 379.167 Männer und 145.119 Frauen. Zu diesem Zeitpunkt rechnete die SS mit dem baldigen Eintreffen von weiteren 612.000 Häftlingen, davon 387.000 Männer und 225.000 Frauen. Das für die Verwaltung der Bekleidung der Häftlinge zuständige Amt D IV im SS-WVHA musste angesichts der Zahlen eingestehen, dass eine Bekleidung der vorgesehenen Neueinlieferungen nicht mehr möglich war.<sup>389</sup> Der Referent des Amtes D IV schlug deswegen vor:

„Aus vorstehenden Gründen bitte ich Sie, Gruppenführer, die notwendigen Schritte beim Reichswirtschaftsministerium zu veranlassen zu wollen, [...] damit der überaus hohe Bedarf an Häftlingskleidung sichergestellt werden kann. Dabei wäre beim Reichswirtschaftsministerium darauf hinzuweisen, dass bis heute noch enorme Mengen an Lumpen von den nicht brauchbaren Zivilsachen aus den einzelnen Aktionen von Auschwitz und anderen Lagern zur Verfügung des Reichswirtschaftsministeriums zur Ablieferung gelangten und noch weiterhin zur Ablieferung kommen.“<sup>390</sup>

Das SS-WVHA reagierte auf den vermeldeten Notstand vorerst mit der Freigabe von kenntlich gemachter Zivilkleidung auch für einen Teil der Häftlinge in den Außenlagern. Dies galt jedoch nur, wenn die Häftlinge „geschlossen zur Arbeit eingesetzt und nicht mit einem Großteil von Zivilarbeitern der einzelnen Firmen durchsetzt sind“.<sup>391</sup> Trotz des absoluten Notstands behielt die SS also einen hohen Sicherheitsstandard bei, weil sie auch bei mit riesigen, farbigen Kreuzen markierter Kleidung eine erhöhte Flucht-

---

389 Schreiben von Burger an Lörner vom 15.8.1944, StAN, PS-1166.

390 Ebd.

391 Schreiben Maurer an die Kommandanten und die Leiter der Verwaltungen der KZ vom 17.8.1944, BAB, NS 3/427, Bl. 57.

gefahr sah. Nachdem im Oktober klar geworden war, dass das Reichswirtschaftsministerium die Forderungen der SS nicht erfüllen wollte, sondern um ein Drittel gekürzt hatte, bemühte sich die SS die Lage dadurch zu verbessern, dass Wintermäntel „nur an Aussenkommandos mit sehr langen Anmarschwegen zum Arbeitsplatz, eingesetzten Kommandos im Straßen-, Stollen- und Tunnelbauten sowie Baustellen und solche Kommandos, die den ganzen Tag über unter freiem Himmel arbeiten und den Witterungsbedingungen sehr stark ausgesetzt sind, ausgegeben werden“.<sup>392</sup>

Mitte Oktober stand für die SS also zweifelsfrei fest, dass für einen großen Teil der Häftlinge keine Winterkleidung zur Verfügung stehen würde. Um die Versäumnisse der SS-Führung zu übertünchen, schob Maurer die Schuld zum Teil den Lagerverwaltungen zu. So betonte er, dass „die Aussortierung der unbrauchbaren Bekleidung nicht immer mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt wird[,] da gerade die Aussonderung der Mängelartikel [...] viel zu groß ist. Jedes noch verwertbare Stück muß daher instandgesetzt und dem Gebrauch wieder zugeführt werden“.<sup>393</sup> Die SS war damit endgültig zu einer Politik der notdürftigen Kaschierung der dramatischen Mängel übergegangen. Mängel, die im Winter 1944/45 einer großen Zahl von Häftlingen das Leben kosten sollten.

## V. Letzte Planungen vor der nahenden Niederlage (Oktober 1944 bis Mai 1945)

Der Krieg war für Deutschland aufgrund der Übermacht der alliierten Kräfte schon seit 1943 kaum mehr zu gewinnen. Trotzdem hatte sich in Speers Rüstungsministerium und auch unter Teilen der Rüstungsindustrie im Frühjahr 1944 ein optimistischer Ton gehalten, und die Rüstungsproduktion konnte in einigen Bereichen auch tatsächlich noch einmal gesteigert werden. Diese Stimmung begann im Sommer 1944 nach der alliierten Landung in der Normandie zusammenzubrechen. Im Herbst war von der optimisti-

---

392 Schreiben Maurer an die Leiter der Verwaltungen der KZ (Abschrift an die Kommandanten) vom 11.10.1944, BAB, NS 3/427, Bl. 59.

393 Ebd.

schen Stimmung dann nichts mehr übrig. Speer und Hitler begannen Mitte August 1944 über einen „Minimal-Wirtschaftsraum“ zu diskutieren, der für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens nötig wäre und der eine Preisgabe ganz Südosteuropas bereits voraussah.<sup>394</sup> Anfang September erreichten erste alliierte Truppen die Westgrenze des Reichs. Im Oktober 1944 brach durch die Bombardierungen der Schiffs- und Eisenbahnverkehr zwischen der Ruhr und dem Rest Deutschlands kurzfristig fast gänzlich zusammen und konnte sich anschließend nur mühsam erholen. Im Herbst 1944 begann die finale Agonie NS-Deutschlands und seiner Rüstungswirtschaft. An eine Steigerung der Rüstungsproduktion war nicht mehr zu denken, möglich waren nur noch ein notdürftiges Zusammenhalten einer Restproduktion und Appelle an den Durchhaltewillen der Soldaten und der Bevölkerung.<sup>395</sup>

Seit dem Sommer 1944 flohen immer mehr Zwangsarbeiter aufgrund der weiter zunehmenden Bombardierung aus ihren Unterkünften und versuchten, sich auf eigene Faust in den halb zerstörten Städten durchzuschlagen. Seit dem Sommer 1944 nahmen die Plünderungsmeldungen im Reich zu, wobei diese auch von Deutschen durchgeführt wurden. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich bei den Plünderungen um Formen der Nahrungsmittel- und Kleidungsbeschaffung. Unterdessen führten die Meldungen zu einer drastischen Verschärfung der Repression. Anfang November 1944 gestattete das RSHA per Erlass den Gestapo-Stellen, ohne Rücksprache eigenverantwortlich Exekutionen von Ostarbeitern und Polen durchzuführen. Im Frühjahr 1945 wurde der Erlass auch auf westeuropäische Zwangsarbeiter ausgeweitet.<sup>396</sup> Die Folge des Erlasses war, dass die Gestapo vor Ort immer häufiger zu Massenerschießungen von Zwangsarbeitern überging.

---

394 Dietrich Eichholtz betrachtet diesen weitgehend resignativen Plan als das Ende von Speers bis dahin hochgehaltener Siegeszuversicht. Speer überließ die Rüstungsproduktion nun zunehmend seinen Amtsleitern und widmete sich Plänen für das Kriegsende und die Nachkriegszeit. Vgl. *Eichholtz, Kriegswirtschaft*, Bd. 3, S. 55.

395 Mit ihren Appellen war die deutsche Führung durchaus erfolgreich. Die Arbeiter verblieben weitgehend an ihren Arbeitsplätzen, und die Soldaten der Wehrmacht führten einen überaus zähen Verteidigungskrieg, der zu extrem hohen Verlusten auf beiden Seiten führte. In beiden Fällen war für diesen Durchhaltewillen aber zweifellos auch das extrem hohe Repressionspotenzial verantwortlich.

396 *Herbert, Fremdarbeiter*, S. 381.

Während größer angelegte Massenerschießungen vor allem in nahe gelegenen Waldgebieten oder in Arbeitererziehungslagern stattfanden, erschoss die Gestapo häufiger auch einzelne Zwangsarbeiter vor den Augen der Bevölkerung.<sup>397</sup> Dies führte schließlich auch dazu, dass die deutsche Bevölkerung zum Teil selbst zur Ermordung ergriffener Zwangsarbeiter schritt. In einzelnen Städten entstand ein Klima der Lynchjustiz.<sup>398</sup> Vielerorts mündete die staatspolizeiliche Selbstjustiz in den letzten Tagen vor der Einnahme in einen Amoklauf gegen Zwangsarbeiter, der nur noch durch die Eroberung der jeweiligen Stadt durch alliierte Truppen gestoppt werden konnte.<sup>399</sup>

### **Evakuierungstransporte und die Überfüllung der Lager**

Diese Veränderung der Situation hatte natürlich auch Auswirkungen auf das WVHA und den Einsatz der KZ-Häftlinge in der Rüstungswirtschaft. Zuerst spitzte sich die Konzentration der Aufgaben der Rüstungswirtschaft auf das Speer-Ministerium weiter zu. In diesem Rahmen übernahm das Ministerium nun auch endgültig die Verantwortung für die Zuweisung der KZ-Häftlinge an Rüstungsprojekte, nachdem die Zuständigkeit der SS schon mit dem Geilenberg-Stab beschnitten worden war. Die SS durfte nur noch einen Beauftragten entsenden, der prüfte ob „die Voraussetzungen hinsichtlich des getrennten Einsatzes und der gesicherten Unterkünfte“<sup>400</sup> gegeben waren. „Bei Erfüllung der Voraussetzungen erfolgt die Zuweisung der angeforderten Kräfte, sofern diese verfügbar sind. Ein unmittelbarer Verkehr mit den SS-Dienststellen ist im Interesse einer geregelten Geschäftsführung und einer beschleunigten Abwicklung keinesfalls statthaft.“<sup>401</sup> Obwohl die SS zuvor auch Einsätze zumeist nur aufgrund von Sicherheitsbedenken ab-

---

397 *Bernd A. Rusinek*, *Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand - Köln 1944/45*, Essen 1989, S. 341-391; *Lotfi*, *KZ der Gestapo*, S. 274. Genereller zu den Endphaseverbrechen: *Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler* (Hrsg.), *Terror nach innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 2006.

398 *Herbert*, *Fremdarbeiter*, S. 382-383.

399 *Lotfi*, *KZ der Gestapo*, S. 310.

400 Schreiben des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion vom 9.10.1944, StAN, NI-638.

401 Ebd.

sagen konnte, war ihre Macht noch weiter beschränkt worden. Sie konnte mit den Unternehmen nun zum Beispiel auch nicht mehr über die Anzahl der zu stellenden Häftlinge verhandeln. Zudem wurde die direkte Kommunikation der Unternehmen mit dem SS-WVHA weitgehend ausgeschaltet.

Trotz dieses Machtverlustes hielt die SS aber an ihrer Politik fest, die Konzentrationslager mit Häftlingen aufzufüllen und über das Rüstungsministerium an die deutsche Kriegswirtschaft zu verleihen. Die Anzahl der Häftlinge stieg von 524.826<sup>402</sup> im Sommer 1944 bis auf 714.211 im Januar 1945, von denen 202.674 weiblich waren.<sup>403</sup> Durch die Räumung von Konzentrationslagern – im Westen wurde Natzweiler im September 1944 aufgelöst, im Osten Auschwitz im Januar 1945 – stiegen die Belegungsdichte und die Anzahl der Außenlager im Reichsgebiet permanent.

### Neuerrichtung von Außenlagern

Am Beispiel der Neuengammer Außenlager soll gezeigt werden, in welchen Bereichen ab Oktober 1944 noch neue Außenlager entstanden. Im KZ-Kosmos Neuengamme errichtete die SS und das Rüstungsministerium mehr als ein Drittel der über 80 Außenlager (31) erst ab Oktober 1944. Da durch das Verkehrschaos kaum noch mit einem Anstieg der Rüstungsproduktion zu rechnen war, gab es darunter so gut wie keine neuen Kommandos, die direkt in kriegswichtigen Betrieben eingesetzt wurden. Alle fünf neuen Außenlager bei Rüstungsproduktionen entstanden noch im Oktober 1944 und waren durchgängig bereits vorher geplant gewesen. Danach errichtete man keine neuen Außenlager bei Rüstungsproduktionen mehr. Es kam allerdings zu Verlagerungen von Außenlagern des KZ Neuengamme, um die Anmarschwege der Häftlinge zu den Arbeitsstätten zu verkürzen (Bremen-Osterort und Bremen-Schützenhof). Des Weiteren ist die Verlegung ganzer

---

402 Stärkemeldung des SS-WVHA vom 15.8.1944, StaN, KV-Anklage, NO-399.

403 Stärkemeldung des SS-WVHA für den 1. und für den 15.1.1945, BAB, NS 3/439. Die Belegungszahlen für die im Folgenden genannten Hauptlager betragen am 15. Januar 1945: Neuengamme 48.164 (38.230 Männer und 9.934 Frauen), Buchenwald 110.556 (83.906 Männer und 26.650 Frauen), Mittelbau-Dora 29.323 Männer und Ravensbrück 53.938 (7.848 Männer und 46.070 Frauen).

Häftlingskommandos festzustellen, die entweder im Osten geräumt werden mussten (zum Beispiel das KZ-Außenlager Laurahütte, welches zum Komplex Auschwitz gehörte, nach Hannover-Mühlenberg) oder infolge der Zerstörung des vorherigen Lagers durch Bombardierung verlegt wurden (zum Beispiel Lütjenburg-Hohwacht oder Hamburg-Fuhlsbüttel).

Im Fall Neuengamme entstanden vier neue Lager für Bauprojekte der SS. Es handelte sich jedoch um kleine Kommandos mit jeweils weniger als 30 Häftlingen. Neue Außenlager entstanden vor allem zur Wiederherstellung von Bahnanlagen, Trümmerbeseitigung und zu Befestigungsarbeiten. Für die Instandsetzung von Bahnanlagen nach alliierten Bombenangriffen war die Reichsbahn selbst zuständig. Sie unterhielt zu diesem Zweck Bauzüge, die anfangs aus deutschen Arbeitern, mit Kriegsdauer zunehmend aber auch aus nicht deutschen Zwangsarbeitern bestanden. 1944 nahmen die Bombenangriffe auf Gleisanlagen und Bahnhöfe deutlich zu.<sup>404</sup> Auch Himmler und das WVHA waren bestrebt, der Reichsbahn mit KZ-Häftlingen als Arbeitskräften auszuhelfen. Hierfür setzte die SS mobile SS-Eisenbahnbaubrigaden ein, die in Reichsbahnwaggons untergebracht wurden. Die letzte in Marsch gesetzte Eisenbahnbaubrigade war dem KZ Neuengamme unterstellt und verließ das Hauptlager im Februar 1945. Die SS brachte die Häftlinge in Waggons nach Soest, wo sie zur Wiederherstellung des Bahnhofs eingesetzt wurden. Parallel errichtete die SS in Kooperation mit der Reichsbahn aber auch nicht mobile Außenlager bei Einrichtungen der Bahn. Bis Kriegsende wurden mindestens zehn solcher KZ-Außenlager reichsweit bei Bahnbetriebsstätten gegründet.<sup>405</sup> Der Großteil dieser Lager entstand erst im letzten Kriegsjahr. Auch die beiden Außenlager des KZ Neuengamme in Uelzen und Hildesheim entstanden erst Ende Februar 1945.

Neben der Zerstörung der Bahnanlagen bildete auch die Zerstörung der Städte ein wichtiges Einsatzfeld für neue Außenlager. Zum Teil wurden

---

404 *Klaus Hildebrand*, Die Deutsche Reichsbahn in der nationalsozialistischen Diktatur 1933–1945, in: *Lothar Gall/Manfred Pohl* (Hrsg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 165–243, hier: S. 236; *Fings*, Krieg, S. 247f.

405 *Martin Weinmann* (Hrsg.), Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), Frankfurt am Main 1990, S. 1045–1054; *Fings*, Krieg, S. 248, zählt mindestens 13.

aber auch Häftlinge der bei der Rüstungsindustrie bestehenden Außenlager aufgrund von Produktionsproblemen wegen Rohstoffmangels bei der Trümmerbeseitigung eingesetzt. Dies sei hier am Beispiel der Stadt Hamburg aufgezeigt.<sup>406</sup> In Hamburg nahmen die alliierten Luftangriffe im August 1944 systematischen Charakter an. Nach der Zerstörung der Ölraffinerien richteten sich die Angriffe insbesondere auf die Verkehrsinfrastruktur. Sowohl der Hafen wie die Bahnlinien waren ein häufiges Ziel. Nachdem im Oktober das E-Werk in Neuhof und das Gaswerk in Barmbek getroffen worden waren, sank das Niveau der Rüstungsproduktion in Hamburg kurzfristig um etwa 70% gegenüber den Frühjahrszahlen ab. Dies führte innerhalb der Hamburger Wirtschafts- und Politikführungsriege zu hektischer Aktivität. Am 7. November 1944 legte Gauleiter Karl Kaufmann zum Abschluss einer Besprechung schließlich eine neue Dringlichkeitsreihenfolge für Hamburg fest: „1. Verkehr, Versorgungsbetriebe und Reichsbahn, soweit diese sich nicht durch die Heranziehung auswärtiger Kräfte selbst helfen kann. 2. Bestimmte Sparten der Ernährungswirtschaft. 3. Rüstungsindustrie und Instandsetzung von Wohnungen. Die Dringlichkeitsstufe 1 stellt der Gauleiter vor Geilenberg und alle sonstigen Programme“.<sup>407</sup>

Wenige Tage später erließ der Gauleiter die „Anordnung über den Einsatz von Arbeitskräften bei Sofortmassnahmen nach Luftangriffen“. Demnach sollte die Durchführung der dringendsten Arbeiten in den ersten 48 Stunden nach dem Angriff in den Händen des Polizeipräsidenten liegen. Anschließend sollte Staatsrat Friedrich Stanik die zentrale Steuerung des Einsatzes übernehmen. An erster Stelle der Dringlichkeitsliste stand die Freilegung von Straßen und Schienensträngen. Unter Punkt VI hieß es: „Arbeitskräfte für die Aufräumarbeiten sind zu stellen von: a) der Wehrmacht, b) dem Polizeipräsidenten einschl. [...] Häftlinge des KZ, c) der Wirtschaft, d) der Bauverwaltung“.<sup>408</sup> Die KZ-Häftlinge wurden von den Hamburger

---

406 Hierzu auch für alle Gruppen von Zwangsarbeitern: *Friederike Littmann*, *Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945*, Hamburg 2006, S. 594–617.

407 Aufzeichnung von Rudolf Blohm von der Sitzung beim Gauleiter am 8.11.1944, in: Staatsarchiv Hamburg, 621-1, 23 Bd. 18.

408 Anordnung von Gauleiter Kaufmann vom 16.11.1944, in: Archiv der Handelskammer Hamburg, 73.4.27, Bd. 3.

Verantwortlichen für die veränderten Prioritäten als mobile Einsatzkräfte rasch eingeplant. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Häftlinge, die in Hamburg für das Geilenberg-Programm eingesetzt waren. In ganz ähnlicher Form dienten auch in Bremen KZ-Häftlinge als mobile Einsatzkräfte bei der Wiederherstellung der städtischen Infrastruktur, und es ist stark anzunehmen, dass dies auch in anderen KZ-Komplexen vorkam.

In den fünf neuen Außenlagern des KZ Neuengamme, die ab November 1944 für Befestigungsarbeiten errichtet wurden, mussten die Häftlinge Panzergräben ausheben, um den Vormarsch beziehungsweise eine Invasion der Alliierten zu erschweren. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die neuen Außenlager in der letzten Phase in besonderem Maße bei Arbeitsfeldern eingerichtet wurden, die erst durch alliierte Bombenangriffe beziehungsweise den alliierten Vormarsch entstanden. Hierzu gehört auch letztlich die Errichtung von neuen Außenlagern als mögliche Auffangorte von Evakuierungstransporten. Im Bereich des KZ Neuengamme diente das Außenlager Wöbbelin dieser Aufgabe. Im KZ-Kosmos Stutthof entstanden von Januar bis Anfang Februar zehn solcher Außenlager.<sup>409</sup>

### Massensterben und Massenmord

Der steile Anstieg der Belegungszahlen war in den meisten Konzentrationslagern ab dem Herbst 1944 von einem noch deutlich dramatischeren Anstieg der Sterblichkeit begleitet, der in vielen Lagern als Massenmord durch systematische Vernachlässigung bezeichnet werden muss. Im KZ-Kosmos Neuengamme stiegen die Todesziffern bereits im Oktober 1944 dramatisch an. Während im dritten Quartal 1944 den Eintragungen in den Totenbüchern zufolge 352 Häftlinge starben, waren es im vierten Quartal 4.591.<sup>410</sup>

Noch weit vor Neuengamme und den meisten anderen Hauptlagern entwickelten sich die Situation von Überfüllung, Massensterben und -mord im

---

409 *Janina Grabowska*, Marsz smierci. Ewakuacja piesza wieźniów KL Stutthof i jego podobozów 25 stycznia – 3 maja 1945, Gdansk 1992; *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 6, S. 551–554, 607–616, 670–676, 687–689 und 703–710.

410 *Buggeln*, Arbeit & Gewalt, Anhänge 8, 9 und 11.

KZ Stutthof. Stutthof wurde schon im Sommer 1944 zum Ziel der Gefangenentransporte aus den evakuierten Lagern im Baltikum sowie von Überstellungen von ungarischen Juden aus dem KZ Auschwitz. Der erste große Transport traf am 29. Juni mit 2.502 ungarischen Jüdinnen aus Auschwitz ein. Bis Ende Oktober brachte die SS insgesamt 23.566 Häftlinge, davon 21.817 Frauen, aus dem KZ Auschwitz nach Stutthof. Fast parallel trafen ab Mitte Juli 1944 insgesamt 25.043 jüdische Häftlinge aus den Lagern des Baltikums in Stutthof ein.<sup>411</sup> Das Hauptlager war dadurch im dritten Quartal 1944 stark überfüllt. Die SS reagierte mit der Abtrennung bestimmter Sterbezonen, der Errichtung einer Gaskammer und Massenerschießungen. Stutthof wurde so zum Modellfall für den Umgang der SS mit durch Evakuierungsstransporte und Einweisungswellen überfüllten Hauptlagern.<sup>412</sup>

Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch mitunter später einsetzend und in anderer Relation, gab es in den meisten Hauptlagern im Reichsgebiet. Im KZ-System Buchenwald kam es erst im Frühjahr 1945 zum dramatischen Anstieg der Todesrate. Während es 1943 3.516 Tote gab, stieg die Zahl auf 8.644 Tote im Jahr 1944; ein Anstieg, der aber noch in etwa mit der Vergrößerung des Lagers korrelierte. Im Frühjahr 1945 setzte das Massensterben dagegen in voller Härte ein. Im ersten Quartal 1945 starben 13.056 Häftlinge.<sup>413</sup> Im KZ-System Mittelbau-Dora war die Entwicklung wieder etwas anders. Im Hauptlager erreichten die Todesziffern nicht wieder die Höhe des Winters 1943/44<sup>414</sup>, weil dort inzwischen hauptsächlich Produktionsarbeit verrichtet wurde. Vom Oktober 1944 bis Januar 1945 verzeichnete man zwischen 48 und 160 Tote. Im Februar und März kam es dann zu einem markanten Anstieg auf je etwa 300 Sterbefälle. In den Außenlagern Doras stieg die Sterblichkeit hingegen seit Oktober 1944 kontinuierlich an: Im Oktober

---

411 *Benz/Distel, Der Ort des Terrors*, Bd. 6, S. 493f.

412 Dies wurde bisher kaum erforscht. Ich verdanke die Hinweise darauf vor allem Stefan Hördler, dessen Dissertation über die letzte Phase des KZ-Systems hier Grundlagenarbeit leisten wird.

413 Gedenkstätte Buchenwald (Hrsg.), *Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945*. Begleitband zur historischen Dauerausstellung, Göttingen 1999, S. 253.

414 Die höchste Sterblichkeit innerhalb eines Monats gab es im März 1944 mit 721 Todesfällen.

120 Todesfälle, im November 235, im Dezember 507, im Januar 634, im Februar 1.035 und im März 2.250.<sup>415</sup>

In Ravensbrück kam es im Frauenlager ab dem Oktober 1944 zu einem langsamen Anstieg der Sterblichkeit, welcher sich dann im Dezember 1944 dramatisch beschleunigte. Vom Februar bis September 1944 starben monatlich knapp unter 100 Frauen. Im Oktober starben dann circa 180 Frauen, im November circa 270 und im Dezember circa 750.<sup>416</sup> Im Männerlager des KZ Ravensbrück begann der dramatische Anstieg der Sterblichkeit dagegen erst im ersten Quartal 1945. Während in den vier Quartalen 1944 zwischen 80 und 138 Männer starben, waren es im ersten Quartal 1945 348.<sup>417</sup> Im KZ Dachau begann der rasante Anstieg der Sterblichkeit wie im KZ Neuen-gamme im Oktober 1944. Im Oktober starben 403, im November 997 und im Dezember 1.915 Häftlinge. Im Frühjahr 1945 stieg die Zahl weiter dramatisch, und in der Zeit von Dezember 1944 bis zur Befreiung starben insgesamt 14.511 Häftlinge.<sup>418</sup>

Die Gründe für diesen Anstieg waren vielfältig. Einen wichtigen Grund stellt ohne Zweifel dar, dass die SS immer weniger in der Lage war, selbst da wo sie es wollte, eine Versorgung der Häftlinge mit Nahrungsmitteln und Bekleidung zu gewährleisten. Bereits im August 1944 reichte die Bekleidung für die Häftlinge nicht mehr aus. Doch die SS tat wenig, um diesen Mangel abzuändern und ging im Herbst 1944 schließlich dazu über, den Häftlingen die Schuld an der Situation zu geben. Pohl schrieb: „Es geht nicht an, daß nur über die schlechte Qualität der Bekleidung geschimpft und der einzelne Häftling vielleicht noch bemitleidet wird, [...] anstatt ihn regelmäßig, und wenn es sein muß, durch eine anständige Tracht Prügel zu belehren, wie man mit seinen Sachen umgeht“.<sup>419</sup>

Die SS versuchte den Mangel also durch verstärkte Gewaltanwendung aus der Welt zu schaffen. Bemerkenswert ist dies auch, weil Pohl und das Amt D

---

415 *Wagner*, Produktion, S. 647.

416 *Strebel*, Ravensbrück, S. 507.

417 *Ebd.*, S. 509.

418 *Benz/Distel*, Der Ort des Terrors, Bd. 2, S. 268.

419 Schreiben Pohl an Glücks vom 7.11.1944, StaN, NO-2341.

in ihren Briefen und Weisungen an die Kommandanten offiziell immer das Schlagen von Häftlingen außer bei beantragten Strafen verboten hatten. Der entstehende Kleidungs-mangel war im hohen Maße gravierend, weil der Winter 1944/45 ein besonders kalter Winter wurde und die mangelnde warme Kleidung einen von vielen wichtigen Gründen für den rapiden Anstieg der Sterblichkeit ab Oktober 1944 darstellte.

### **Die Reorganisation des KZ-Systems: Versuche zur Regulierung des Todes und der Rückzug der Industrie**

Es lässt sich festhalten, dass die SS mit den seit Sommer 1944 weiterhin rapide ansteigenden Zahlen von KZ-Häftlingen bei einem gleichzeitigen Beginn der Evakuierung erster Konzentrationslager im Osten an ihre Kapazitäts- und Organisationsgrenzen stieß. Sie reagierte darauf zum einen mit einem erneuten Anstieg der Gewalt, der die Sterblichkeitsraten in den Lagern wieder nach oben trieb. Für die SS hatte die Tötung dabei aber auch den Effekt, das Lagerbereiche und -komplexe, die besonders angewachsen waren, kontrollierbar gehalten wurden. Zum anderen reagierte die SS auf die sich verschärfende Situation mit dem Versuch einer Reorganisation der Konzentrationslager. Hierfür war vor allem der mit dem Jäger- und dem Geilenberg-Stab verbundene Ausbau des Außenlagersystems verantwortlich, weil die nun entstehende Vielzahl an Außenlagern eine neue Verwaltungsstruktur erforderlich machte.

Im Zentrum der Reorganisation stand der Aufbau neuer regionaler Verwaltungsstrukturen. Hierbei sind drei Prozesse zu benennen: Erstens wurden die Verwaltungen der weit verstreuten Frauen-Außenlager, die dem KZ Ravensbrück unterstanden, ab dem 1. September 1944 an die jeweils nächstgelegenen Hauptlager übergeben. Das KZ Ravensbrück gab damit über die Hälfte seiner Außenlager und weit mehr als 10.000 weibliche Häftlinge an andere Hauptlager, insbesondere Buchenwald, Flossenbürg und Sachsenhausen, ab.<sup>420</sup> Dies war insofern ein folgerichtige Entwicklung, weil die - anfangs vor allem im Rahmen des Jägerstabs - eingerichteten Außenlager

---

420 *Strebel*, Ravensbrück, S. 441–443.

im Reichsgebiet mit weiblichen jüdischen Häftlingen aus dem KZ Auschwitz ab dem Sommer 1944 schon den jeweils nächstgelegenen Hauptlager zugeordnet worden waren.

Zweitens wurde der von Buchenwald kaum noch zu kontrollierende Ausbau eines Systems von Außenlagern im Südharz durch die offizielle Ver selbstständigung des KZ Mittelbau am 28. Oktober 1944 zu einem eigenständigen KZ-Komplex, der ebenfalls regionale Befehlsstrukturen ermöglichte.<sup>421</sup> Drittens entstand in mehreren KZ-Komplexen mit der Funktion des Stützpunktleiters eine regionale Führungsinstanz für mehrere Außenlager. Am umfassendsten lässt sich diese neue Position für die Konzentrationslager Natzweiler und Neuengamme nachweisen, in denen fast alle Außenlager einem Stützpunkt zugeordnet waren. Doch auch für die Komplexe Dachau, Flossenbürg und Groß-Rosen lässt sich zeigen, dass zumindest einige Außenlager zu Stützpunkten zusammengefasst wurden.<sup>422</sup>

Ähnlich wie das Rüstungsministerium, das seit Mitte August zu planen begann, wie der Krieg mit einem „Minimal-Wirtschaftsraum“ weiterzuführen sei<sup>423</sup>, plante die SS die Entwicklung des KZ-Systems für die nächsten Monate zunehmend auch nur noch für einen kleineren Raum, der vorerst militärisch haltbar schien. Im Herbst/Winter 1944 galt das haltbare Gebiet vor allem durch die Oder, den Rhein und die Alpen begrenzt zu sein, sodass die Lager im Reichsgebiet, in Österreich und im Protektorat den Planungsschwerpunkt der SS bildeten. Durch den absehbaren Ausfall von Auschwitz, begann die SS mit der Planung und Errichtung von Gaskammern, welche zur Beseitigung des zu erwartenden Anstiegs der Sterblichkeit durch die Evakuierungstransporte aus Osteuropa genutzt werden sollten. Im Herbst 1944 entstanden neue Gaskammern in den Hauptlagern Sachsenhausen, Ravensbrück und Mauthausen.<sup>424</sup> Insgesamt waren die meisten Hauptlager

---

421 *Wagner*, Produktion, S. 245.

422 *Buggeln*, Arbeit & Gewalt, S. 396–399.

423 *Eichholtz*, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 54.

424 *Orth*, Das System, S. 294–299; *Strebel*, Ravensbrück, S. 486–491. Vgl. jetzt auch die Beiträge von Bertrand Perz/Florian Freund, Günter Morsch und Bernhard Strebel, in: *Günter Morsch/Bertrand Perz* (Hrsg.), *Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung*, Berlin 2011.

zu diesem Zeitpunkt vor allem Drehscheiben zur Verteilung der Häftlinge zur Zwangsarbeit in den Außenlagern. Das wichtigste Ziel der SS war dabei die Trennung der ‚arbeitsfähigen‘ von den kranken und schwachen Häftlingen. In den meisten Hauptlagern entstanden dabei, auch durch die Rückführung kranker Häftlinge aus den Außenlagern, große abgetrennte Bereiche in denen die Häftlinge nur noch zum Sterben aufbewahrt wurden.

Im KZ Neuengamme wurden die Reviere stärker vom Rest des Lagers abgetrennt und zunehmend zur Sterbezone. Auch im KZ Ravensbrück wurde das Revier im Herbst 1944 zunehmend zur Sterbezone. Im Januar 1945 trennte die SS eine Reihe von Unterkunftsbaracken mit schwachen und sterbenden Häftlingen vom Rest des Lagers durch Stacheldraht ab. Des Weiteren baute die Lagerführung das vormalige „Jugendschutzlager“ Uckermark zur abgetrennten Sterbezone des Lagers aus.<sup>425</sup> Im Hauptlager Buchenwald wurde das „Kleine Lager“ im Januar 1945 zum Sterbelager. Ein gesonderter Fall ist das Lager Bergen-Belsen, dass als eigenständiges Konzentrationslager zunehmend die Funktion eines Durchgangs- und Sterbelagers für jüdische Häftlinge zugewiesen bekam. Spätestens mit der Ankunft des neuen Kommandanten Josef Kramer aus Auschwitz im Dezember 1944 verschärfen sich die Verhältnisse im Lager dramatisch. Bergen-Belsen wurde zum Sterbelager für von der Zwangsarbeit erschöpfte jüdische Häftlinge.<sup>426</sup>

In den Sterbezonen der Lager ließ die SS im Regelfall durch organisierte Verwahrlosung sterben. Für den Fall, dass sich die Bereiche jedoch zu schnell mit Häftlingen füllten, griff die SS auch wiederholt zur direkten Tötung der Häftlinge. Im Lager Ravensbrück fanden seit dem Winter 1944/45 in den Sterbezonen sowohl Erschießungen, Vergasungen wie auch massenhafte Ermordungen durch Giftspritzen statt.<sup>427</sup> Das Vorgehen der SS wurde dabei zumindest bis zum Februar/März 1945 in der Zentrale des SS-WVHA so-

---

425 *Stefan Hördler*, Die Schlussphase des Konzentrationslagers Ravensbrück. Personalpolitik und Vernichtung, in: *ZfG* 56, 2008, S. 222–248; *Simone Erpel*, Zwischen Vernichtung und Befreiung. Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück in der letzten Kriegsphase, Berlin 2005, S. 68–96; *Linde Apel*, Jüdische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück 1939–1945, Berlin 2003, S. 326–337; *Strebel*, Ravensbrück, S. 460f.

426 *Orth*, Das System, S. 262–266.

427 *Strebel*, Ravensbrück, S. 459–481.

wie im Stab Himmlers koordiniert. Inwieweit die jeweiligen Tötungsaktionen dabei vor Ort geplant und ‚von oben‘ abgesegnet wurden oder auf zentralen Befehl erfolgten, bleibt noch zu untersuchen. Zurzeit deutet vieles darauf hin, dass die Initiative häufig von der Zentrale ausging. So erfolgte im KZ Neuengamme noch die Ermordung von 20 jüdischen Kindern auf Befehl des SS-WVHA.<sup>428</sup> Im KZ Ravensbrück gibt es zumindest Hinweise darauf, dass Himmler im Oktober 1944 angeordnet hat, monatlich 2.000 Häftlinge sterben zu lassen.<sup>429</sup> Zudem begann die SS im Januar 1945 in einigen Lagern mit der Ermordung von „nicht marschfähigen“ sowie als „politisch gefährlich“ eingestuften Häftlingen, wobei die letztere Aktion vom SS-WVHA angeordnet wurde.<sup>430</sup>

Neben der Abtrennung von Sterbezonen in den Hauptlagern kam es auch zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung zwischen den Außenlagern. Ziel der SS war es, die Leistungsfähigkeit der Häftlinge in den zentralen Rüstungsaußenlagern hochzuhalten, während andere weniger bedeutende Außenlager dem Verfall preisgegeben wurden. Zum Teil wurden Außenlager auch zu Sterbelagern für die geschwächten Häftlinge anderer Außenlager umfunktioniert. Im riesigen Komplex von Außenlagern in Kaufering, die zum Hauptlager Dachau gehörten, wurde im Dezember 1944 das Außenlager Kaufering IV zum Sterbelager umfunktioniert.<sup>431</sup> In den zum Hauptlager Groß-Rosen gehörenden Außenlagern des Komplexes „Riese“ errichtete die SS zwei getrennte Kranken-Außenlager: Das Außenlager Tannenhäuser nahm die kurierbaren Fälle auf, während ins Außenlager Dörnhau die schwer erkrankten Häftlinge transportiert wurden, wodurch sich das Lager schnell zum Sterbelager entwickelte.<sup>432</sup> Im Komplex Dora entwickelte sich ein System der mobilen Selektion, wobei die geschwächten Häftlinge aus den bedeutenden Rüstungsaußenlagern selektiert und stufenweise in

---

428 Günther Schwarberg, *Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm*, Hamburg 1979.

429 Strebel, *Ravensbrück*, S. 464.

430 Erpel, *Vernichtung*, S. 68–96; Orth, *Das System*, S. 287–301.

431 Sabine Schalm, *Überleben durch Arbeit? Außenkommandos und Außenlager des KZ Dachau 1933–1945*, Berlin 2009, S. 293–298.

432 Benz/Distel, *Der Ort des Terrors*, Bd. 6.

immer schlechtere Außenlager verlegt wurden, bis sie schließlich in den Sterbelagern des Komplexes, vor allem Boelcke-Kaserne und Ellrich-Julius-hütte, landeten.<sup>433</sup> Im Lager-Komplex Flossenbürg empfahl die SS der Firma Osram im Januar 1945, ihre Produktionshäftlinge bei der Verlegung ins Außenlager Leitmeritz unbedingt getrennt von den dortigen Bauhäftlingen unterzubringen, damit die besser ausgebildeten Häftlinge sich bei den zu Tode geschundenen Bauhäftlingen nicht anstecken konnten.<sup>434</sup>

Derweil begann sich die deutsche Industrie angesichts des alliierten Vorrückens langsam auf die Nachkriegszeit einzurichten. Die Unternehmer wollten die Substanz ihrer Unternehmen retten und eine möglichst gute Ausgangslage herstellen. Die Produktion sollte weiter betrieben werden, um die deutschen Arbeiter an ihren Plätzen zu behalten und dieses zentrale Betriebskapital im Frieden sofort wieder zur Verfügung zu haben. Parallel dazu planten die Unternehmer die langsame Entfernung von Zwangsarbeitern und insbesondere von KZ-Häftlingen aus den Betrieben. Erstens sollten so Aufstände von Zwangsarbeitern in den Betrieben verhindert werden. Zweitens wollte man gegenüber der Besatzungsmacht nicht als Sklavenhalter dastehen. Die Reichsgruppe Industrie verhandelte ab dem Januar 1945 verstärkt über dieses Thema. Sie unterrichtete die regionalen Handelskammern bereits Mitte Januar über ihr Konzept zur Neuzusammensetzung der Belegschaften.<sup>435</sup> Als Ziel formulierte die Reichsgruppe: „Die Betriebe müssen das Recht erhalten, zum Beispiel die KZ-Häftlinge, Juden und Kriegsgefangene an die zuständigen Dienststellen (Stalag, Gestapo, Arbeitsamt) zurückzugeben.“<sup>436</sup> Am 14. Februar 1945 begab sich ein Vertreter der Reichsgruppe zum Gespräch mit Ministerialdirektor Max Timm (GBA), um mit diesem über die Wünsche der Industrie zu sprechen. Grundsätzlich äußerte

---

433 *Wagner*, Produktion, S. 491–500.

434 Niederschrift eines Osram-Mitarbeiters über ein Telefonat mit SS-Obersturmführer Biemann vom 24.1.1945, Landesarchiv Berlin, A Rep. 231, O.482 (Bestand Osram). Ich danke Ulrich Fritz für den Hinweis auf dieses Dokument.

435 Niederschrift über die Sitzung der Industrie-Abteilungen der nordwestdeutschen Gauwirtschaftskammern am 15./16.1.1945 in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, 621–1, 125.

436 Besprechungsvorlage der Reichsgruppe Industrie für eine Sitzung am 8.2.1945, BAB, R 12I/339. Ähnlich heißt es auch in einem Entwurf von Prof. Friedrich für die Reichswirtschaftskammer vom 13.2.1945, ebd.

der Ministerialdirektor Verständnis dafür. Er betonte jedoch, dass eine generelle Rücknahme angesichts von etwa acht Millionen ausländischer Arbeitskräfte keineswegs möglich sei. Zudem sei ein erster Versuch der Abschiebung von ausländischen Zwangsarbeitern aus Berlin in umliegende Gaue an den dortigen Widersprüchen gescheitert. Deswegen schlug er vor, zumindest die ausländischen Zwangsarbeiter an Ort und Stelle zu behalten, ansonsten würde Chaos drohen.<sup>437</sup> In der Folge bemühten sich die staatlichen Stellen, die Wünsche der Industrie so weit wie möglich zu erfüllen. So wurde versucht, Niederländer, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Norweger und Dänen in ihre Herkunftsländer abzuschieben.<sup>438</sup>

Am wichtigsten war es der Industrie jedoch, die KZ-Häftlinge an die SS zurückzugeben. Mit diesem Ansinnen konnte sich die Industrie letztlich beim WVHA durchsetzen. Im Bereich des KZ Neuengamme versuchte als erstes die Phrix AG in Wittenberge, die Häftlinge des Außenlagers zurück ins Hauptlager bringen zu lassen. Dies stieß jedoch bei der Kommandantur auf Ablehnung: „Nach Auskunft der Arbeitseinsatzverwaltung sieht diese keine Möglichkeit, die Häftlinge nach Neuengamme zurückzunehmen, da das Lager angeblich überfüllt sei.“<sup>439</sup> Die Firma wandte sich daraufhin an das WVHA und betonte, dass der „Verbleib der KZ.-Häftlinge bei uns ein erhebliches Gefahrmoment für die Sicherheit des Werkes“ darstelle.<sup>440</sup> Zwei Tage später genehmigte das WVHA die Rückführung der Häftlinge zurück ins Hauptlager.<sup>441</sup> Ein weiterer Fall zeigt, dass die SS danach den Wunsch der Industrie akzeptiert zu haben scheint, wenn er geäußert wurde.<sup>442</sup>

---

437 Besprechung von Lohmann (Reichsgruppe Industrie) mit Timm (Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) am 14.2.1945, ebd., abgedr. in: *Rainer Fröbe, KZ-Aussenlager und industrielle Interessenpolitik in den letzten Kriegsmonaten*, in: *Karl Giebeler/Christoph Schubert* (Hrsg.), *KZ-Aussenlager in der letzten Kriegsphase in Baden-Württemberg*, Bad Boll 1997, S. 5–31, hier: S. 28.

438 *Eichholtz, Kriegswirtschaft*, Bd. 3, S. 651.

439 Schreiben Phrix AG an das WVHA vom 8.2.1945, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam, Pr. Br. Rep. 75, Bd. 62, Bl. 188.

440 Ebd.

441 Telegramm des WVHA vom 10.2.1945, ebd., Bl. 189.

442 Hierzu: *Fröbe, KZ-Aussenlager*, S. 20f.

Doch der frühzeitige Rückzug der Industrie von der Nutzung der Arbeitskraft der Häftlinge blieb eher die Ausnahme und in den meisten Fällen mussten die Häftlinge bis kurz vor dem Eintreffen der Alliierten Zwangsarbeit leisten. In Teilbereichen war die SS dabei mit ihrer von der Rüstungsindustrie geforderten und unterstützten Strategie der Trennung der arbeitsfähigen von den kranken und schwachen Häftlingen erfolgreich. Im Komplex Mittelbau-Dora gelang es, im Hauptlager die Sterblichkeitsrate bis zum März 1945 niedrig zu halten, durch die Sperrung des Lagers für kranke Häftlinge aus den Baulagern im Herbst 1944. In den Bau-Außenlagern Boelcke-Kaserne und Ellrich wurden hingegen abgetrennte Sterbezonen eingerichtet, welche die Sterblichkeitsziffern in diesen Lagern dramatisch ansteigen ließen.<sup>443</sup> Der Versuch, Todeszonen von produktiven Zonen zu trennen, endete im März 1945. Die SS begann mit den Planungen zur Räumung der Konzentrationslager im Reichsgebiet, die schließlich die letzte Phase des Systems einläutete, die hier nicht mehr untersucht werden soll.<sup>444</sup>

## VI. Fazit: Sklavenarbeit als Genozidpolitik und „Vernichtung durch Arbeit“?

In der generelleren Debatte um die Bedeutung und Funktion der KZ-Außenlager hat der Begriff „Vernichtung durch Arbeit“ die Debatte lange Jahre geprägt. Er entstand in den Verhandlungen zwischen Bormann, Goebbels, Thierack und Himmler im Herbst 1942, in denen es um die Überstellung von Justizhäftlingen in die Konzentrationslager ging. Den Dokumenten zufolge wurde er von Thierack und Goebbels verwandt. Die SS selbst verwandte den Begriff in ihrem internen Schriftverkehr weder für die überstellten Justizhäftlinge noch für andere Häftlingsgruppen. Trotzdem wurde der Quellenbegriff schon im Nürnberger Prozess zur Kennzeichnung der

---

443 *Jens-Christian Wagner*, Ellrich 1944/45. Konzentrationslager und Zwangsarbeit in einer deutschen Kleinstadt, Göttingen 2009; *ders.*, Produktion, S. 491–500.

444 Den besten Überblick bietet nach wie vor: *Orth*, Das System, S. 270–336. Die jüngste Studie von Daniel Blatman bietet eine hervorragende Darstellung über die zahlreichen Massaker in dieser Phase, aufgrund der zu starken Konzentration auf diese ist sie aber nur bedingt als Überblicksdarstellung geeignet: *Blatman*, Todesmärsche.

Situation im KZ Mittelbau-Dora verwandt und bald darauf sowohl von den Historikern in der DDR wie in der Bundesrepublik verwandt. In den 1980er und 1990er Jahren entstand um den Begriff eine Debatte über die Frage, inwieweit die SS durchgängig ökonomische Motive dem ideologischen Ziel der Vernichtung der KZ-Häftlinge unterordnete und sich damit auch gegenüber anderweitigen Interessen durchsetzte. Falk Pingel hat in seiner grundlegenden Arbeit über das Konzentrationslagersystem bereits darauf hingewiesen, dass er den Begriff „Vernichtung durch Arbeit“ nicht auf alle Häftlingsgruppen bezogen für tragbar hält. Diese Position wurde aber insbesondere von Hermann Kaienburg und Miroslav Kárný konsequent zurückgewiesen. Beide betonen, dass das Konzept konsequent von der SS umgesetzt wurde und nur Raum für geringe Zugeständnisse blieb: „Vielmehr bestand die *Absicht*, die KZ-Gefangenen zu vernichten. Die rücksichtslosen Arbeitseinsätze stellten eine Methode dar, diese Intention zu verwirklichen.“<sup>445</sup>

In den letzten Jahren hat vor allem Jens-Christian Wagner eine überzeugende Kritik an den Positionen Kaienburgs und Kárnýs formuliert. Wagner zeigt, dass selbst im häufig als Paradebeispiel für die „Vernichtung durch Arbeit“ angeführten KZ Mittelbau-Dora keineswegs von einem zielgerichteten Programm gesprochen werden kann. Vielmehr wurden Häftlinge nicht mehr nur nach ihrer Nationalität und Einweisungskategorie, sondern auch entsprechend der Bedeutung ihrer Arbeitskraft und Arbeitsqualifikation behandelt. Dadurch entstanden Handlungssituationen, in denen die SS und die wirtschaftlichen Nutzer der Arbeitskraft die Faktoren „Erhalt der Arbeitskraft“ und „Vernichtung“ gegeneinander abwägen konnten und es häufig eher zu Mischformen kam, die an die jeweilige aktuelle Versorgungslage mit Arbeitskräften und den Wert der jeweiligen Häftlingsarbeitskraft angepasst wurden, ohne dass dies programmatisch-ideologisch bewusst durchdacht gewesen wäre. Wagner ist zuzustimmen, dass „eine klare Trennung von ‚rationalen‘ wirtschaftlichen von ‚irrationalen‘ ideologischen Aspekten [...] damit nicht mehr gegeben“ war.<sup>446</sup>

---

445 Kaienburg, *Vernichtung*, S. 469 (Hervorhebung im Original).

446 Wagner, *Außenlagersystem*, S. 724.

Auch die Veränderungen in der Sterblichkeitsrate in den Konzentrationslagern in den Jahren 1942 bis 1945 sprechen gegen ein durchgängig wirksames und handlungsleitendes System der „Vernichtung durch Arbeit“. In der Phase vom Winter 1941/42 bis zum September 1942 begann die SS mit Überlegungen zum Einstieg in die Rüstungsproduktion in umfangreichem Maße. Dieser sollte jedoch nicht auf dem Weg der Errichtung von Außenlagern, sondern durch die Verlegung von Rüstungsproduktionen in die Hauptlager geschehen. Auch in der Praxis wurden in dieser Zeit im Wesentlichen die Voraussetzungen für einige Rüstungsprojekte in den Hauptlagern geschaffen. Parallel begann die SS den Arbeitsdruck und die Arbeitszeit der Häftlinge auszudehnen, während gleichzeitig die Nahrungsrationen gekürzt wurden. Das führte ab dem Herbst 1942 zu einem deutlichen Anstieg der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern. Man könnte in diesem Fall tatsächlich von einer zunehmenden „Vernichtung durch Arbeit“ der Häftlinge reden. Allerdings zeigte sich sehr bald, dass die Erhöhung der Sterblichkeit von der SS nicht in dieser Form intendiert war, weil die SS-Führung gegen Ende des Jahres 1942 Erlasse und Rundschreiben an die Konzentrationslager-Kommandanten verschickte, welche die Senkung der Sterblichkeit verlangten. Die Forderung der SS hing eng zusammen mit der Grundsatzentscheidung im September 1942, die zur ersten Gründungswelle von Außenlagern führte und bei der SS für Bemühungen sorgte, die Anzahl der Häftlinge in den Konzentrationslagern deutlich zu steigern, um diese Projekte auch personell besetzen zu können. Die verlangte Senkung der Sterblichkeitsrate setzte dann auch im Verlauf des Jahres 1943 ein. Die Behauptung Kárnýs, „[g]erade zu der Zeit, als die Methode einer effektiveren Ausbeutung der Häftlingsarbeitskräfte für die Rüstungsindustrie zur Geltung kam, gingen – absolut und relativ – mehr Häftlinge zugrunde als in den früheren Zeitabschnitten“<sup>447</sup>, ist nicht haltbar. In allen Konzentrationslagern im „Altreich“ sank die Sterblichkeit im Jahr 1943 relativ und in einigen Fällen sogar absolut.

Erst mit der Entstehung von Außenlagern bei großen Bauprojekten nahm die Sterblichkeit in einzelnen Außenlagern dramatisch zu und dort war die

---

447 Kárný, Vernichtung, S. 145.

prozentuale Sterblichkeit dann höher als in den Hauptlagern. Diese Entwicklung setzte mit der Gründung des Buchenwalder Außenlagers Mittelbau-Dora Ende August 1943 ein und beschleunigte sich mit dem Einsatz von KZ-Häftlingen bei der Untertageverlagerung der Luftfahrtindustrie im Frühjahr 1944. Für das Gesamtsystem kam es jedoch erst im letzten Quartal 1944 wieder zu einem dramatischen Anstieg der Sterblichkeitsrate.

Deswegen scheint mir auch die jüngste Interpretation von Daniel Blatman fehlerleitend, die zwar einige Kritikpunkte von Jens-Christian Wagner aufnimmt, letztlich aber im Arbeitseinsatz die Fortführung eines Völkermords im KZ-System sieht:

„Ende 1943, mit dem Übergang zum totalen Krieg, war diese neue Form des Genozids dann vollständig entwickelt. Die unaufhörliche Anstrengungen, welche die SS unternahm, immer neue Gruppen von Häftlingen in die Konzentrationslager zu verbringen, um Bauprojekte und Industrialisierung voranzutreiben, brachte sehr viele Häftlinge in die Lager, die von vorneherein als nicht lebenswert definiert wurden: Juden, Polen, Russen, Ukrainer, Mitglieder der französischen Résistance, jugoslawische Kommunisten, Italiener und andere mehr.“<sup>448</sup>

Letztlich geht Blatman sogar weit über die Formulierung „Vernichtung durch Arbeit“ hinaus, indem er nicht nur die Vernichtungslager sondern alle Konzentrationslager als genozidales Projekt versteht. Damit geht er sehr weit über die UNO-Konvention „über die Bestrafung und Verhütung des Völkermords“ von 1948 hinaus. Dort heißt es: „In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen werden eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.“<sup>449</sup> Insbesondere die unter Punkt c) genannte Handlung („vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen“) scheint durchaus treffend für die Verhältnisse in den Konzentrationslagern in den Kriegsjahren.

Zweifelhaft ist jedoch, ob man davon sprechen kann, dass im Konzentrationslager Ukrainer, Franzosen oder Italiener als Gruppe ganz oder teilweise

---

448 Blatman, Todesmärsche, S. 81f.

449 UNO-Konvention vom 9.12.1948, zit. nach: Alfred Grosser, Ermordung der Menschheit. Genozid im Gedächtnis der Völker, München 1990, S. 52f.

zerstört werden sollten. Hierfür erscheinen die Häftlingszahlen im Verhältnis zur Gesamtgruppe als viel zu gering. Dementsprechend erscheint es sinnvoll die Verwendung des Begriffs „Genozid“ innerhalb des KZ-Systems auf die Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden sowie den Sinti und Roma zu beschränken.

Auch Jacques Sémelins Begriff des „Massakers“ scheint mir für die Gewalt der Konzentrationslager nicht treffend, evoziert der Begriff doch etwas Eruptives und zeitlich Begrenztes.<sup>450</sup> Zwar kam es im KZ-System fast täglich zu Gewaltexzessen und Massakern, gleichzeitig existierte jedoch ein Strafsystem nach dem Mechanismus der Sanktion, welches Gewaltausübung ohne exzesshafte Momente zur alltäglichen Erfahrung der Häftlinge machte, wobei, hier stimme ich Wolfgang Sofsky zu, „der Übergang von der geregelten Strafe zur Terrorstrafe fließend“ war.<sup>451</sup> Das KZ-System lässt sich so wohl am besten als die Aufdauerstellung von extremer Gewalt beziehungsweise Massengewalt bezeichnen.

Für das System der Konzentrationslager waren die von der NSDAP und der SS vorgenommenen Feinddefinitionen von Beginn an prägend. Während für Juden und für die Sinti und Roma die Feinddefinition des NS-Systems absolut war<sup>452</sup> und eine Überschreitung der Trennlinie zunehmend unmöglich wurde, war die Feinddefinition gegenüber der Mehrheit der KZ-Häftlinge gradueller Natur. Sozialdemokraten, Kommunisten, Zeugen Jehovas und sogenannte „Asoziale“ oder „Kriminelle“ hatten aus Sicht der Nationalsozialisten die Möglichkeit, sich zu rehabilitieren, und konnten prinzipiell aus dem KZ-System entlassen werden. Ähnliches gilt für den Großteil der Häftlinge, die als Widerstandskämpfer aus anderen Ländern in die Konzentrationslager verschleppt wurden. Sie wurden als Feinde des Nationalsozialismus betrachtet, aber die Feindschaft war nicht absolut. Während Juden, die den Einsatzgruppen in die Hände fielen oder in ein Vernichtungslager

---

450 *Jacques Sémelin*, Säubern und Vernichten. Die Politik der Massaker und Völkermorde, Hamburg 2007.

451 *Sofsky*, Ordnung, S. 246.

452 So unter anderem: *Saul Friedländer*, Das Dritte Reich und die Juden, 2 Bde., München 1997/2006; *Harald Welzer*, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt am Main 2005.

eingeliefert wurden, in der Regel getötet werden *mussten*, galt für die Mehrzahl der KZ-Häftlinge aus Sicht der SS, dass sie getötet werden *konnten*, aber nicht *mussten*. Im Zentrum der Arbeit der SS-Bewachungsmannschaften stand die Terrorisierung und Brechung der Häftlinge und die Erzwingung von höchsten Arbeitsergebnissen. Ziel war weniger der Tod, auch wenn er immer billigend in Kauf genommen wurde, als die Reduzierung des Häftlings zu einem verängstigten Reaktionsbündel, das nie wieder zum Widerstand in der Lage sein und dem gleichzeitig ein Höchstmaß an Arbeit abverlangt werden sollte.

## Bildnachweis

### Foto auf dem Frontcover

KZ-Häftlinge und zivile deutsche Vorarbeiter beim Bau des U-Boot-Bunkers „Valentin“ in Bremen-Farge, 1944 fotografiert von Johan Seubert im Auftrag der OT-Oberbauleitung.

(Bestand Dieter Schmidt, der inzwischen von der Landeszentrale für politische Bildung in Bremen an das Staatsarchiv Bremen übergeben wurde)

### Zeichnung auf dem Frontcover

Zeichnung des ehemaligen dänischen Häftlings Hans Peter Sørensen, die er kurz nach Kriegsende in Dänemark vollendete und die nach dem Vorbild von Skizzen entstand, die er zuvor im KZ Neuengamme erstellt hatte. Sie wurde 1948 in einer Mappe mit 20 lithografischen Drucken unter dem Titel „Neuengamme Erindringer“ (Erinnerungen an Neuengamme) veröffentlicht. Die zu sehende Zeichnung untertitelte er mit: „Zum Schluss noch eine Schilderung des Arbeitsplatzes, an dem ein SS-Mann völlig hemmungslos seiner ‚Lebenslust‘ freien Lauf lässt“.

(KZ-Gedenkstätte Neuengamme)

### Zeichnung auf dem Rückcover

Zeichnung des ehemaligen dänischen Häftlings Jens Martin Sørensen, der vom November 1944 bis zum März 1945 im Neuengammer Außenlager in Meppen-Versen beim Bau von Panzergräben eingesetzt war. Auch er fertigte während der KZ-Zeit kleine Skizzen an, die er nach Kriegsende in linierete Hefte übertrug. In den 1960er Jahren fertigte er nach dem Vorbild der Zeichnungen einige farbige Aquarelle. Das hier zu sehende Aquarell trägt den Titel „Baumtransport beim KZ-Lager Versen“.

(Frøslevlejrens Museum, Padborg)

## Zum Autor

### Dr. Marc Buggeln

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Redaktionsmitglied bei H-Soz-u-Kult und Sozial.Geschichte.Online und Mitherausgeber von Werkstatt Geschichte. Seine Dissertation zum Außenlagersystem des KZ Neuengamme wurde mit dem Herbert-Steiner-Preis des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands in Wien und dem Preis „Geisteswissenschaften International“ des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Er arbeitet zurzeit an seiner Habilitation mit dem Titel: „Die Öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989“. Veröffentlichungen unter anderem: Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009; Der U-Boot-Bunker ‚Valentin‘. Kriegsmarine, Zwangsarbeit und Erinnerung, Bremen 2010; Mitherausgeber von: Bunker. Kriegsort, Zuflucht und Erinnerung, Frankfurt am Main 2008.



## Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

### Zuletzt sind erschienen:

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 94)

ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkerling

„Flucht und Vertreibung“ ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauer- ausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Diskussion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 91)  
ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 92 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 90)  
ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 89)  
ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 88)  
ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 60 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 87)  
ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 43 S.  
(Gesprächskreis Geschichte; 86)  
ISBN 978-3-86872-319-9